

**Sebastian Jaenichen
Torsten Steinrücken
(Hrsg.)**

**Wettbewerbsstrategien auf Medien- und
Standortmärkten**

Wettbewerbsstrategien auf Medien- und Standortmärkten

Eine vergleichende Analyse des Zusammenhangs
zwischen Wettbewerb, Strategiewahl und
Marktergebnis unter Berücksichtigung
regulatorischer Instrumente

Herausgegeben von
Sebastian Jaenichen und Torsten Steinrücken



Universitätsverlag Ilmenau
2010

Impressum

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Angaben sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Technische Universität Ilmenau/Universitätsbibliothek

Universitätsverlag Ilmenau

Postfach 10 05 65

98684 Ilmenau

www.tu-ilmenau.de/universitaetsverlag

Herstellung und Auslieferung

Verlagshaus Monsenstein und Vannerdat OHG

Am Hawerkamp 31

48155 Münster

www.mv-verlag.de

ISBN 978-3-939473-92-3 (Druckausgabe)

urn:nbn:de:gbv:ilm1-2010100120

Inhalt	5
Vorwort.....	7
1. Medienwettbewerb im Spannungsfeld zwischen Wahr- heit und ideologischen Präferenzen – Eine Analyse der Positionierung politischer Inhalte unter Berücksichti- gung der Zweiseitigkeit von Medienmärkten, <i>Sebastian Jaenichen</i>	9
2. Zur Berechnung des Subventionswertes von staatli- chen Bürgschaften <i>Torsten Steinrücken</i>	59
3. Praxis der Gewährung von Bürgschaften für die Unternehmenstätigkeit in Thüringen und Ver- gleichsbundesländern <i>Florian Klietz</i>	71

Vorwort

Lieber Leser!

Dieses Ihnen vorliegende Buch liefert einen Einblick in die Logik wirtschaftlichen Wettbewerbs innerhalb zweier Objektbereiche ökonomischen Denkens. Es spürt zum einen der Frage nach dem Einfluss von Wettbewerb auf dem Markt für politische Berichterstattung nach. So betrachtet der Autor Sebastian Jaenichen die grundsätzliche Frage nach der Eignung des wettbewerblichen Parallel- und Austauschprozesses auf dem Medienmarkt als Kontrollinstrument zur Sicherung realitätsgetreuer Berichterstattung im Spannungsfeld zwischen den Präferenzen von Nachrichtenanbietern, Rezipienten und Werbekunden.

Die Logik wettbewerblicher Parallel- und Austauschprozesse untersuchen in ihren Beiträgen auch Torsten Steinrücken und Florian Kliez anhand des Marktes für Industriestandorte, auf dem standort anbietende Jurisdiktionen und standortnachfragende Unternehmen Leistungen, wie Infrastruktur oder Schutz vor politischen Risiken tauschen. Ein in der letzten Zeit häufig genutztes Instrument von Standorten – beispielsweise zur Rettung von Unternehmen – ist die staatliche Bürgschaft. Sowohl bei der Rettung der deutschen Banken (Hypo Real Estate, Commerzbank) als auch bei den Rettungsversuchen des Autobauers Opel zeigte sich, dass Bürgschaften ein beliebtes Instrument zur Unterstützung und Rettung von Unternehmen sind. Der Beitrag von Torsten Steinrücken stellt dar, wie man den Beihilfewert einer staatlichen Bürgschaft bestimmt und von welchen Parametern die Höhe der Begünstigung abhängt, die einem Unternehmen aus der Nutzung einer staatlichen Bürgschaft erwächst.

Im Beitrag von Florian Kliez wird ausführlich das Instrument der Landesbürgschaft dargestellt. Diese Ausführungen sind vor allem deswegen für die Untersuchung wettbewerblicher Prozesse aufschlussreich, weil im Wettbewerb der Unternehmen der „Produktionsfaktor“ Standort eine in der jüngeren Literatur immer besser erkannte Bedeutung als Wettbewerbsparameter innehat. Für den

standortwettbewerblichen Austauschprozess zwischen Jurisdiktionen als Bürgen und Unternehmen als Nutznießer von Ausfallbürgschaften hat dieses Wirtschaftsförderinstrument eine wettbewerbslogische Bedeutung. So vermögen die ihrerseits in einem Wettbewerbsprozess als Anbieter auftretenden Standorte durch die implizite Beteiligung an den Risiken der Unternehmenstätigkeit im Wege der Vergabe von Bürgschaften eine für das Zustandekommen von Standortbindungsentscheidungen der standortnachfragenden Unternehmen unerlässliche Information über ihre Glaubwürdigkeit als Bereitsteller eines bleibend verlässlichen Standortangebots liefern. Ausfallbürgschaften die von staatlichen Stellen gewährt werden, sind daher eine denkbare Antwort auf das Paradox des Staates, der als Garant individueller Freiheit immer auch die Macht hätte, unvorhersehbare Eingriffe in Freiheitsrechte und deren gesetzliche Begrenzungen, die wie beispielsweise Steuergesetze für das Kalkül rationaler Investoren Relevanz besitzen, vorzunehmen.

Für die Entstehung dieses Buches gebührt einer Reihe uneigennütziger und kreativer Gutachter für ihre wertvollen Kommentare, den Teilnehmern an der Freisinger Sommerakademie für Wettbewerbsökonomik 2010 sowie dem Fachgebiet Finanzwissenschaft der TU Ilmenau für die finanzielle Unterstützung des Buchprojektes unser herzlicher Dank.

Ilmenau und Erfurt im November 2010.

Die Herausgeber

1. Medienwettbewerb im Spannungsfeld zwischen Wahrheit und ideologischen Präferenzen – Eine Analyse der Positionierung politischer Inhalte unter Berücksichtigung der Zweiseitigkeit von Medienmärkten

Sebastian Jaenichen

„Die Achtung vor der Wahrheit, die Wahrung der Menschenwürde und die wahrhaftige Unterrichtung der Öffentlichkeit sind oberste Gebote der Presse.“

Deutscher Pressekodex

„Nachrichten und Informationen sind auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen. Ihr Sinn darf durch Bearbeitung, Überschrift oder Bildbeschriftung weder entstellt noch verfälscht werden.“

Deutscher Pressekodex

1 Politische Färbung medial vermittelter Information als Ergebnis eines Wettbewerbsprozesses

Für angehende Medienwissenschaftler oder Journalisten ist das 1984 erstmals erschienene Buch des Autorenkollektivs Schneider, Matthies, Naß (1992) „Unsere tägliche Desinformation - Wie die Massenmedien uns in die Irre führen“ beinahe schon ein Klassiker. In diesem Buch wird wie selbstverständlich unterstellt, dass der Markt für mediale politische Berichterstattung Produkte von fragwürdiger Qualität hervorbringt. Ein Befund der Autoren lässt sich als die Ubiquität verzerrter Berichterstattung, von Media Bias, umschreiben. Demnach sind es nicht die schwarzen Schafe, also einzelne Berichterstatter, sondern der Mediensektor insgesamt, der scheinbar allzeit

und überall zu der Frage Anlass gibt, wie verlässlich professionelle Nachrichtenübermittler überhaupt sind.

Die Möglichkeit der Verzerrung und Verfärbung von Nachrichten durch professionelle Berichterstatter besorgt die rezipierende Öffentlichkeit und die Handelnden im politischen Geschehen, über das Bericht erstattet wird, seit der Einfluss der Medien im öffentlichen Meinungsbildungsprozess klar erkannt wird. In einer berühmt gewordenen Rede vom 13. November 1969 äußerte sich der damalige US-Vize-Präsident warnend zum Thema „Television News Coverage“, also zum Auswahlprozess, in dem Nachrichtenfirmen die für die öffentliche Debatte wichtigen Themen kraft ihrer redaktionellen Auswahl bestimmen: „The purpose of my remarks tonight is to focus your attention on this little group of men who not only enjoy a right of instant rebuttal to every Presidential address, but, more importantly, wield a free hand in selecting, presenting, and interpreting the great issues in our nation.“¹

Andererseits wird ein schierer Verlautbarungsjournalismus, bei dem die Berichterstatter, über die in diesem Zitat problematisierte Macht nicht verfügen, dem Anspruch, Kontrolle der im Namen der Öffentlichkeit Handelnden auszuüben, nicht gerecht. Die im Folgenden behandelte Frage nach dem Einfluß von Wettbewerb auf die Zuverlässigkeit politischer Berichterstattung wäre trivial, wenn als einzige Quelle von Verzerrungen Sorgfaltsmängel der Berichterstatter angenommen würden. Wettbewerbsprozesse könnten schludrige Berichterstatter aus dem Markt eliminieren, wenn deren Fehlleistungen mit genügend hoher Wahrscheinlichkeit aufgedeckt würden und deren Unternehmen über einen Reputationsmechanismus sanktioniert würden. Von einem solch eindimensionalen Qualitätswettbewerb kann auf dem Markt für politische Berichterstattung jedoch nicht gesprochen werden. Selbst im Wettbewerb um schiere Reputation als glaubwürdiger Berichterstatter und unter Ausschluss eigener ideologischer Präferenzen sind Medienunternehmen dazu verleitet, bewusst Verzerrungen der medialen Berichterstattung im

¹ Vgl.
<http://www.americanrhetoric.com/speeches/spiroagnewtvnewscoverage.htm>.

Sinne einer manipulierten Wiedergabe zuzulassen. So zeigen Gentzkow und Shapiro (2006b), dass Medienunternehmen unausweichliche Anreize besitzen, ihre Inhalte an die „prior beliefs“, die Grundüberzeugungen ihrer Rezipienten anzupassen, weil ihnen diese angepassten Nachrichten weniger Reputationskosten aufbürden, als unverzerrte Nachrichten. Dies liegt daran, dass an die Grundüberzeugungen der Rezipienten angepasste Nachrichten von diesen als glaubwürdiger eingeschätzt werden und mithin das berichterstattende Unternehmen selbst an Glaubwürdigkeit gewinnt. Man mag geneigt sein, dieses Argument Gentzkows und Shapiros für abwegig zu halten und zu erwidern, dass unverzerrte Berichterstattung, vulgo: die Wahrheit, nur selten für unglaublich befunden werden kann. Als ein typisches Beispiel für eine „Wahrheit“, die ein großer Teil der medialen Öffentlichkeit schlechthin nicht glauben *will*, sei daher der sogenannte Big Tradeoff Okuns (1975), der Konflikt zwischen Equality und Efficiency angeführt. Dass mehr soziale Umverteilung zu geringerer Effizienz arbeitsteiligen Wirtschaftens führt, wird von vielen Beobachtern bereitwillig ignoriert. Es wäre hier angemessen, von einer Form gewollter Unwissenheit (*willful ignorance* oder auch *Nelsonian knowledge*²) statt von rationaler Unwissenheit (*rational ignorance*) zu sprechen.

Als weitere Ursachen für verzerrte Wiedergabe durch den Berichterstatter müssen neben schieren Sorgfaltsmängeln also der ideologische Hintergrund der Zielgruppe, aber auch die ideologische Agenda des Berichterstatters, also jene seiner Herausgeber und Redakteure sowie die Anfälligkeit für Verzerrung, also die Interpretationsbedürftigkeit der Nachricht selbst gelten. Es kann daher nicht verwundern, dass mit Verzerrung bzw. Media Bias nicht nur trotz, sondern gerade auch wegen eines hohen Grades an Wettbewerbsintensität im Mediensektor zu rechnen ist.

Dennoch kann die Vorstellung, dass Wettbewerb unter den Anbietern von Nachrichten die Möglichkeit derer Rezipienten erhöht, sich ein verlässliches Bild der Dinge zu machen, ja dass Wettbewerb im

² Dieser Term rührt von der berühmten Befehlsverweigerung des damaligen Vizeadmiral Nelson her, der, um einen Rückzugsbefehl Sir Hyde Parkers zu ignorieren, ein Fernrohr an sein blindes Auge hielt und später vorgab die entsprechenden Signale nicht sehen gekonnt zu haben.

Mediensektor schlechthin wahrheitsdienlich sei, als einflussreiches Paradigma der politischen, sowie sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Debatte über die Regulierung des Mediensektors angesehen werden. Zwar findet ein Großteil der Debatte über Wettbewerb im Mediensektor unter dem Blickpunkt der Meinungsvielfalt und Meinungsfreiheit statt³, jedoch betont gerade die angelsächsische Literatur in diesem Zusammenhang auch das mit Meinungsvielfalt verbundene Ziel einer möglichst unverzerrten Wiedergabe von Fakten⁴. Wird eine Nachricht zwar transportiert, dabei aber verzerrt oder selektiv wiedergegeben, so kann es – je nach Stärke dieser Verzerrung – zu gleichen oder ähnlichen Effekten kommen, wie bei einer einseitigen Berichterstattung. Es ist einigermaßen wahrscheinlich, dass sowohl Konsumenten als auch Medienunternehmen einen politischen Bias aufweisen, also tendenziell eine einseitige Sichtweise präferieren und somit sowohl angebots- als auch nachfrageseitig eine verzerrte Sicht der Wirklichkeit induziert wird. Es geht den Verfechtern der Meinungsvielfalt durch Wettbewerb im Mediensektor mithin um zweierlei: Produktdifferenzierung (Hypothese 1: Je mehr Wettbewerber umso mehr Produkt- und Meinungsvielfalt) und Produktqualität (Hypothese 2: Je mehr Wettbewerber umso geringer die Verzerrung in der medialen Informationsvermittlung) auf Medienmärkten. Smith (1981) zeigt in einer Untersuchung der nordamerikanischen Geschichte, dass die Idee „[...]that truth would prevail in a competitive marketplace of ideas [was] used continuously [...]. Puritans, printers, and politicians among others used the concept to justify their assaults on authority“. Diese Idee dient den Apologeten der Pressefreiheit auch als Rechtfertigung der weltweiten Durchsetzung selbiger (vgl. Islam 2002).

Gegen eine solche, rundherum positive Würdigung von Wettbewerb im Mediensektor sind einige Einwände ins Feld geführt worden: So deuten die Untersuchungen von Zaller (1999) darauf hin,

* Dr. rer. pol. Sebastian Jaenichen ist wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl Finanzwissenschaft an der Technischen Universität Ilmenau.

³ So ist es erklärtes Ziel der Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK) Meinungsmacht zu begrenzen um Meinungsvielfalt zu sichern. Vgl. www.kek-online.de/Aufgaben.

⁴ Vgl. Efron (1971), Mencken (1975), Sutter (2001), Goldberg (2002), Alterman (2003), Coulter (2003), Franken (2003) und Gentzkow et al. (2008).

dass mit zunehmendem Wettbewerbsdruck die redaktionelle und herausgeberische Qualität zurückgeht. Dies erklärt möglicherweise, dass Irrtümer trotz oder gerade wegen hoher Wettbewerbsintensität lange unaufgeklärt in der medialen Berichterstattung zu verharren vermögen (Schauer 1986). Anbieter mit Grundversorgungsauftrag, die aufgrund eines öffentlich-rechtlichen Status dem Wettbewerb partiell enthoben sind, werden häufig als informationsträchtiger wahrgenommen, wie Prat and Stromberg (2005) zeigen. Qualitätsunsicherheit der Rezipienten könnte das Aussenden von Qualitätssignalen erfordern, die ähnlich Einführungsrabatten oder Werbung zumindest eingeschränkte Wettbewerbsintensität (monopolistische Konkurrenz) voraussetzen, also bei atomistischer Anbieterstruktur eher nicht in Frage kommen.

Die Wettbewerbskräfte, als deren Gleichgewicht die beobachtete politische Positionierung der Berichterstattung durch professionelle Nachrichtenübermittler und professionelle Exegeten des politischen Geschehens aufgefasst werden könnte, erwecken aus zumindest zwei empirisch fassbaren Gründen den Verdacht, dass Wettbewerb einer unverzerrten Berichterstattung nicht per se dienlich ist.

Erster Grund:

Die Einseitigkeiten der Berichterstattung durch einzelne Berichterstatter erscheinen weniger als Ausrutscher, Anpassungs- oder Übergangsphänomen, sondern als persistierend. Eine als vorurteilsbehaftet oder einseitig geltende Berichterstattung könnte demnach tatsächlich als ein Wettbewerbsgleichgewicht angesehen werden. Dies umso mehr, wenn Verzerrung über einen längeren Zeitraum angenommen werden kann. Zwar finden sich in der journalistischen Fachliteratur hierzu nicht allzu viele Untersuchungen, was sicher mit dem Problem der Operationalisierung latenter Variablen zu begründen sein dürfte⁵. Dennoch fehlen Anhaltspunkte und Untersu-

⁵ Um die Schwierigkeit der Messung von Media Bias zu erwägen, stelle man sich nur vor, es solle einem Untersuchungsteam mit Methoden der empirischen Sozialforschung, beispielsweise mit der Methode der Inhaltsanalyse, gelingen, die politische Positionierung deutscher Tageszeitungen in einem Links-Rechts-Spektrum zu ermitteln. Die latenten Konstrukte „Links“ und „Rechts“ mittels geeigneter Indikatoren in von der Methode verlangte, ma-

chungen zu persistierender Media Bias nicht gänzlich. So untersuchte Merrill (1965) die Stellungnahmen von Autoren der US-Wochenzeitung Time zu den US-Präsidenten Truman, Eisenhower und Kennedy und fand dabei deutliche Hinweise auf präsidentspezifische Vorbehalte des Magazins. Merrills methodische Vorgehensweise zeigt dabei sehr beispielhaft die Schwierigkeit und das Kreativitätserfordernis bei der Suche nach Möglichkeiten der Umwandlung latenter in manifeste Variablen. In seiner Arbeit benutzte er sechs Untersuchungskategorien, um den subtilen Möglichkeiten der redaktionellen Beeinflussung der Berichterstattung über den jeweiligen US-Präsidenten nachzuspüren. Darunter finden sich Analysen zu den Kategorien „Attribution, Adjective, Adverbial, Contextual, Outright Opinion and Photograph“ um Antwort auf folgende Forschungsfrage zu finden: „What kind of stereotyped image of each of the Presidents – Truman, Eisenhower, and Kennedy – was presented by the magazine?“ (ebd., S. 563). Mit der gleichen Forschungsfrage und dem gleichen Untersuchungsgegenstand (Time Magazin) haben sich Fedler et al. (1979) später erneut beschäftigt und kamen 1979 zu einem ähnlichen Ergebnis wie Merrill 1965.

In der nachfolgenden Abbildung werden Ergebnisse einer Studie der Berichterstattung anhand des Umfangs negativer Berichterstattung zusammenzufassen versucht. Aus dieser Darstellung lässt sich ein über die Zeit konstant bleibendes Meinungsbild und eine bleibend stereotypisierende Berichterstattung herauslesen.

nifeste Variablen umzuwandeln, dürfte ein mehr als heikles Unterfangen sein.

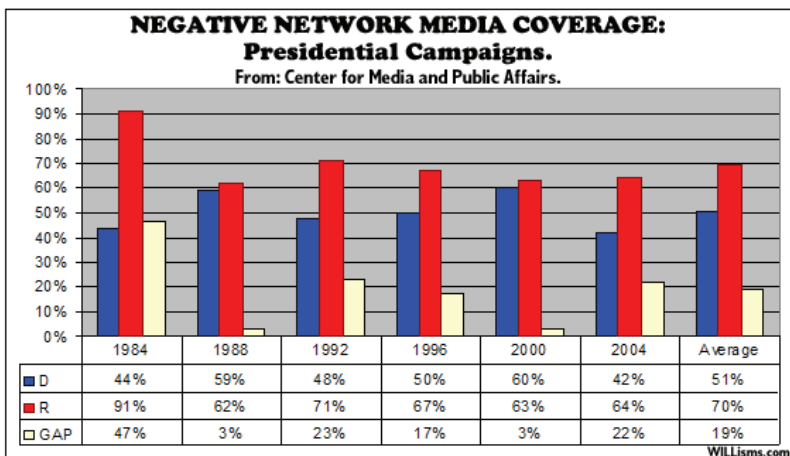


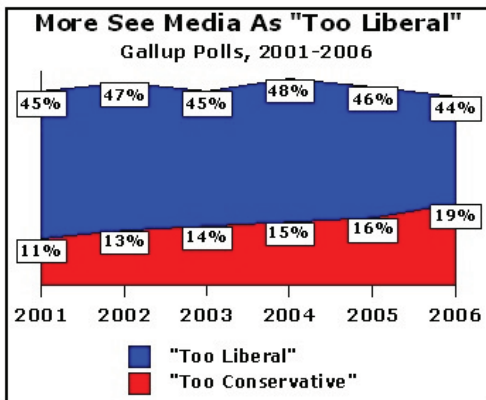
Abbildung 1 : Grafik in Anlehnung an "The Nightly News Nightmare: Network Television's Coverage of U. S. Presidential Election's, 1988-2000, by Stephen J. Farnsworth, S. Robert Lichter

Neben diesen Befunden aus dem wissenschaftlichen Schrifttum sei zur Illustration dessen, was Merrill (1965) mit seinem Katalog für Indikatoren verzerrter Nachrichtenübermittlung meinte, kurz die sich wegen ihrer Beispielhaftigkeit hierfür anbietende Berichterstattung über die Berlinreise des niederländischen Politikers Geert Wilders am 2. Oktober 2010 in deutschen Zeitungen rezipiert. Zum einen wurde in der deutschen Presse das – allerdings bereits gängige – Attribut „Rechtspopulist“ so verwendet, als handle es sich dabei um ein Faktum. Dass dieses Wort durch Zusammenfügung die bereits für sich pejorative Konnotation von „rechts“ und „Populist“ verstärkt, sollte einem professionellen Berichtersteller nicht unbekannt sein, so dass es sich hier um eine gewollte Wortwahl handeln dürfte. Daneben wurde in der Berichterstattung über diesen Besuch in verschiedenen Zeitungen das Äußere des Holländers in merkwürdigen Ausschmückungen beschrieben: „Als drinnen auf der Bühne Wilders' blondierte Haartolle auftaucht [...]“ beginnt ein Abschnitt in einem Bericht der Frankfurter Rundschau vom 3. Oktober 2010. Es kann natürlich bestenfalls gemutmaßt werden, ob der Autor einen Zusammenhang zwischen Blondheit und Rechtspopulismus unterstellen wollte, jedoch bleibt die Erwähnung der Äußerlichkeit fragwürdig. Anhand des CSU-Politikers Karl-Theodor zu Guttenberg lassen sich ähnliche Phänomene mit umgekehrten Vor-

zeichen exemplifizieren. Derartige Schiefstellung durch die Berichterstattung wurde von Hayakawa (1940) mit dem Begriff „Slanting“ umschrieben und definiert als „the process of selecting details that are favorable or unfavorable of the subject being described“. Letztlich genügt wohl einem jeden kritischen Rezipienten die eigene Anschauung medialer Berichterstattung um Beispiele für persistierende inhaltliche Profilierung bestimmter Produkte oder ganzer Unternehmen der Medienbranche auszumachen.

Zweiter Grund:

Neben „Verzerrungsgleichgewichten“ die sich aufgrund stabiler politischer Positionierung von Medienprodukten durch Redaktionen und Herausgeber vermuten lassen, können Verzerrungsphänomene von unterschiedlichen Gruppen gegensätzlich bewertet werden. Diese Gegensätzlichkeit kann dabei ein dauerhaftes Phänomen sein. So mögen konservative Beobachter dazu tendieren, die Medien seien liberal, vielleicht sogar linksliberal. Progressistische Beobachter mögen hingegen ihrer Wahrnehmung folgend mediale Verzerrung als einen Kotau der Medien vor dem konservativen Establishment begreifen. Bisweilen erklingt von verschiedenen Seiten sogar der oft unvorsichtig dahergesagte, konspirationstheoretische Vorwurf der Unterwanderung. Unabhängig davon welche Sicht der Dinge richtiger sein mag, kann also die wahrgenommene Verzerrung stabil gegensätzlich sein. Maß und Richtung von Verzerrung hängen also sehr von der ideologischen Grundüberzeugung des Urteilenden ab. Dieser bereits für sich selbst einsichtige Befund kann anhand der nachfolgenden Grafik auch mit Blick auf die Empirie nachvollzogen werden. Wiederum soll vor allem auf die Stabilität der gegensätzlichen Überzeugungen und weniger auf die Anteile der Gruppen, die Gegensätzliches wahrnehmen geachtet werden.



Ideologische Grundüberzeugungen der Rezipienten muss ein im Wettbewerb stehender Berichterstatter wie bereits gesagt auch deshalb bei der Positionierung seiner Inhalte berücksichtigen, weil mit zunehmendem Abstand zwischen der ideologischen Positionierung seiner Inhalte und der ideologischen Position der Rezipienten die von den Rezipienten wahrgenommene Glaubwürdigkeit des Berichterstatters sinkt.

Eine Analyse von Media Bias sollte daher den beiden angesprochenen, auf Wettbewerb zurückführbaren Eigenschaften gerecht werden: Media Bias ist (a) dauerhaft und (b) gruppenspezifisch gegensätzlich.

Ziel dieses Beitrages ist es, nach einer kurzen Auseinandersetzung mit der Hypothese 1, wonach Wettbewerb der Produktdifferenzierung auf Medienmärkten zuträglich sei, vor allem die Hypothese 2, Wettbewerb verringere intentionale Verzerrungen und Sorgfaltsmängeln in der Berichterstattung zuzuschreibende Irrtümer, kritisch zu durchdenken.

Die erste Hypothese zu prüfen, ist schon wegen Ihres Zusammenhangs mit der zweiten sinnvoll. Produktdifferenzierung ist eine Vorbedingung für Produktqualität in dem Sinne, als durch eine größere Auswahl an Informationsquellen heterogene Nachfragerpräferenzen zielgenauer befriedigt werden, Wettbewerb sein Poten-

zial als Entdeckungsprozess nur auf der Basis vielfältiger Alternativen entfalten kann und ein reiner Preiswettbewerb vermieden wird. Ein weiterer Grund für die Verknüpfung der Frage nach dem Einfluss von Wettbewerb auf Produktdiversität mit der nach dem Verhältnis von Wettbewerb und Produktqualität ist das prinzipielle Problem der ungenügenden Beobachtbarkeit letzterer.

Dabei beschränkt sich die Analyse weitgehend auf die Erfassung des logischen Zusammenhangs zwischen Vielfalt und Qualität von politischer Berichterstattung, weil es sich bei beiden theoretischen Konstrukten um Analysegegenstände handelt, deren empirische Prüfung nur unter Zuhilfenahme aufwändiger und anspruchsvoller Methoden möglich erscheint. Wie oben für die Richtung und das Maß der Verzerrung festgestellt wurde, dass beides gegensätzlich und gruppenspezifisch beurteilt wird, ist auch die Feststellung von Pluralität beobachterabhängig. So dürfte vom Blickpunkt eines Beobachters, dessen ideologische Position in der so genannten politischen Mitte angesiedelt ist, die Meinungspluralität der etablierten, reichweitestarken Berichtersteller naturgemäß für größer eingeschätzt werden, als von Vertretern randständiger Positionen, aus deren Sicht genau diese Berichtersteller einem in sich homogenen „Mainstream“ zuzuordnen sind.

Noch einfacher ist die unterschiedliche, d.h. beobachterspezifische Wahrnehmung der Verlässlichkeit politischer Berichterstattung zu begründen: Gruppenübergreifend kann man nur indirekt über detektierte Fehlmeldungen, Errata und andere offenkundige Irrtümer auf die Verlässlichkeit schließen. Zudem ist es jedem Beobachter jedoch ganz persönlich möglich, die Berichterstattung quellenübergreifend zu vergleichen. Es ist völlig einsichtig, dass Beobachter, die mit größerer eigener Erfahrung und mehr eigenem Aufwand bei der Hinzuziehung verschiedener Quellen operieren, zu einem anderen Urteil über die Verlässlichkeit von Medienprodukten kommen als Beobachter, die diesen Aufwand nicht treiben.

Der Hauptteil der Analyse, die sich mit dem Zusammenhang von Wettbewerb und Media-Bias (allgemein ausgedrückt als die Produktqualität) beschäftigt, ist zweigeteilt: Zunächst wird gefragt, warum eine zunehmende Anzahl von untereinander unabhängigen

Wettbewerbern die angebotsseitigen Verzerrungen medialer Informationsweitergabe verringert oder erhöht. Danach wird die Rezipientenseite des Marktes als Quelle für Einseitigkeiten, Übertreibungen und Flachheiten der Berichterstattung beleuchtet. Schließlich führt intensivierter Wettbewerb zu stärkerer Orientierung an den Rezipientenbedürfnissen. Wenn diese ihrerseits in dem Sinne verzerrt sind, dass informatorisch verzerrte Berichterstattung belohnt wird, kann dies Ursache von Qualitätsminderungen der Nachrichtenvermittlung sein. Um es etwas provokativ zu formulieren: Eine bessere Befriedigung der Konsumentenbedürfnisse ist dann Ausdruck einer geringen Produktqualität, wenn Verzerrungen in der politischen Berichterstattung den Nachfragernutzen steigern und dies von den eigennützigen Berichterstattern berücksichtigt wird.

Am Ende des Beitrages werden die gewonnenen Einsichten auf die Regulierungspraxis angewendet. Es soll sich zeigen, ob von der staatlichen Kontrolle der Marktstruktur - beispielsweise mit Hilfe der Kommission zur Kontrolle der Konzentration im Medienbereich (KEK) - ernsthaft Verbesserungen der Effizienz des Medienmarktes im Hinblick auf Diversität und Qualität der Berichterstattung erwartet werden können.

2 Wettbewerb auf Medienmärkten und Pluralität der Berichterstattung

Es scheint, als müsse eine höhere Wettbewerbsintensität, die sich als Folge einer größeren Anzahl strategisch unabhängiger Anbieter ergibt, naturgemäß zu einer größeren Vielfalt der produktpolitisch beschrittenen Wege, also zu größerer Diversität des Angebotes führen. Beispielsweise müsste die Zahl der musikalischen Genres oder der Sportarten, über die Bericht erstattet wird, steigen, wenn mehr Anbieter auf dem Rundfunkmarkt agieren. Übertragen auf den hier interessierenden Gegenstand allgemeiner und insbesondere politischer Berichterstattung müsste die Zahl der „bedienten“ Meinungsprofile im Print- oder Rundfunkmarkt in der Breite und Dichte mit der Anzahl unabhängiger Anbieter wachsen. Es müssten also so-

wohl mehr Berichterstattung im Sinne randständiger (vulgo: extremerer) politischer Positionen als auch nuancenreichere Zwischentöne im Angebotsspektrum medial vermittelter Nachrichten vorgefunden werden. Dieser vermeintliche Zusammenhang, die Hypothese 1 dieser Untersuchung, muss nun mit Blick auf die Logik des zugrunde liegenden Wettbewerbes, insbesondere des Parallelprozesses des Wettbewerbs der Nachrichtenunternehmen überprüft werden.

Weil der Wettbewerb politische Inhalte kommunizierender Medien dort, wo er kein reiner Preiswettbewerb ist, über den Wettbewerbsparameter „Position im politischen Meinungsspektrum“ geführt wird, erscheint es naheliegend, ein räumliches Wettbewerbsmodell zur Prognose gleichgewichtiger Positionierungen heranzuziehen. Der Annahme, dass „Position im politischen Meinungsspektrum“ ein geeigneter Wettbewerbsparameter sei, liegt die Verhaltensannahme zugrunde, dass Rezipienten demjenigen Medium die größte Aufmerksamkeit/Zahlungsbereitschaft schenken, welches ihrer eigenen politischen Position am nächsten kommt - weswegen der klassische Grundsatz *audiat et altera pars* oft ein frommer Wunsch bleibt -, was innerhalb der Kommunikationswissenschaft weitgehend unbestritten ist. Die Forschungsergebnisse zur Problematik kognitiver Dissonanz führen dies sehr eindrucksvoll vor Augen. Für eine medien- und kommunikationswissenschaftliche Inblicknahme dieses Phänomens vgl. Graber (1984) sowie Severin und Tankard (1992). Für des Menschen Neigung, gerade je Informationen leichter zu verarbeiten und zu speichern, die mit seinen Grundüberzeugungen harmonieren, wurden bereits von Bartlett (1932) systematische Hinweise gefunden. Mit diesem Ergebnis korrespondiert neuere Forschung zur Informationsverarbeitung, die Hinweise darauf liefert, dass jene Nachrichten, die mit den Grundüberzeugungen der Rezipienten nicht übereinzubringen sind, für weniger glaubwürdig gehalten werden und hier auch seltener nachgehakt wird um sich auf dem neuesten Stand zu halten. Vgl. hierzu Lord (1979, Zaller (1992), Rabin und Schrag (1999). Eine schöne Illustration der Förderlichkeit kognitiver Konsistenz für die Informationsverarbeitung ist der Befund Grabers (1984:130): „stories about economic failures in

third world countries were processed more readily than stories about economic successes.“

Mit dem berühmten Modell von Hotelling (1929) lässt sich zumindest kontrastierend zum Duopolfall zeigen, dass ein Monopolist Anreize besitzen könnte, größere Meinungsunterschiede zweier abhängiger Redaktionen zu befördern, als zwischen zwei unabhängigen Redaktionen im Gleichgewicht bestünden. Für letztere gilt das Prinzip der minimalen Produktdifferenzierung. Diese dem Wettbewerb geschuldete „Homogenisierung“ des Angebotes könnte auch durch ein Streben nach Wettbewerbsparität bei diesem Wettbewerbsparameter unbekannter Auswirkung auf die Nachfrage (die politischen Position) und somit als Strategie der Bewältigung von Unsicherheit erklärt werden. Ein Monopolist könnte hingegen sogar Anreize besitzen, durch sehr akzentuierte, polemische Berichterstattung die Kontroverse zwischen verschiedenen Sichtweisen zu verstärken⁶.

Die Konzentration in der Mitte des politischen Spektrums kann auf Basis des räumlichen Wettbewerbsmodells lediglich für einen Wettbewerb mit zwei Akteuren als stabil postuliert werden. In der Literatur finden sich jedoch allgemeinere Analysen dieses Zusammenhangs, die auf einen Konflikt zwischen Vielfalt und Wettbewerbsintensität auch für mehr als zwei Wettbewerber hindeuten. Als frühe ökonomische Analyse zur Vielfalt in Medienmärkten, ist hier die wegweisende Arbeit von Steiner (1952) zu nennen, die sich mit der Programmwahl von Radiosendern vor dem Hintergrund unterschiedlicher Marktstrukturen beschäftigt. Unter der Annahme von werbefinanzierten Radiostationen, die einer endlichen Anzahl an

⁶ Als ein sehr illustratives Beispiel soll hier an die überaus heißspornige bis geschmacklose Berichterstattung der polnischen und deutschen Springer-Redaktionen vor der EM-Begegnung der deutschen und polnischen Fußballnationalmannschaften 2008 erinnert werden (Abbildung enthaltener Mannschaftskapitäne und Trainer bzw. Forderung nach Entthauptung als Chiffre für einen Sieg in der Begegnung). Unabhängige Redaktionen hätten möglicherweise ein geringeres Maß an Schärfe und Provokation gewählt, weil nur ein vergleichsweise geringerer Teil der durch die hitzige Berichterstattung gewonnenen Aufmerksamkeit dem eigenen Produkt und die Produzentenrente nur zu Teilen dem eigenen Unternehmen zugekommen wäre.

Konsumentengruppen mit unterschiedlichen Präferenzen bezüglich der Programminhalte gegenüberstehen, zeigt Steiner, dass ein Monopolist durchaus einen Anreiz haben kann, eine größere Vielfalt anzubieten als sie sich *ceteris paribus* bei intensiverem Wettbewerb einstellen würde. Dieses Ergebnis wird vor allem dadurch hervorgerufen, dass aufgrund der Werbefinanzierung, nicht die Zahlungsbereitschaften der Zuhörer für die Platzierung der Inhalte ausschlaggebend sind, sondern lediglich die Einschaltquoten für ein bestimmtes Programm. Unterscheidet sich die Zahlungsbereitschaft der Werbekunden für unterschiedliche Zuschauergruppen nicht und sind überdies die Produktionskosten der verschiedenen Programminhalte hinreichend ähnlich, so wird ein gewinnmaximierender Sender immer den Inhalt wählen, der die meiste Nachfrage auf sich zieht. Existieren nun beispielsweise zwei unterschiedlich starke Zuhörergruppen (in Bezug auf die Anzahl der Rezipienten) wird ein Sender zunächst immer die größere der beiden Gruppen bedienen, da er hierdurch höhere Werbeeinnahmen realisieren kann. Solange jeder Sender nur für ein Programm eine Sendelizenz innehat, ändert sich dieses Ergebnis auch dann nicht, wenn mehrere Sender in den Markt eintreten. Ein neuer Sender wird immer den Inhalt wählen, der den größeren Gewinn verspricht. Nischen - Bedienung zweit- oder drittgrößter Rezipientengruppen - werden erst dann besetzt, wenn eine Duplikation der Inhalte nicht mehr lohnend ist.

Würde die redaktionelle Tätigkeit aufgrund einer gemeinsamen strategischen Unterordnung verschiedener Redaktionen in einem Konzern koordiniert, sanken die Anreize zur Duplikation erheblich, weil die Konkurrenz unter den eigenen Sendern schwächer wäre als unter strategisch unabhängigen Sendern. Es ist einigermaßen nahelegend zu schlussfolgern, dass eine derartige Koordination der Produktpolitik zu weniger Me-Too-Produkten im Medienbereich führen würde. Es gäbe mithin weniger Koch-Shows, Casting-Shows, Arztserien und Gerichtssendungen mit geringer Innovationshöhe und Differenzierung, wenn nicht die herrschenden Wettbewerbskräfte ein derartiges Wettbewerbsgleichgewicht hervorbrächten. Eine Untersuchung von Czygan (2003) weist darauf hin, dass dies auch für den deutschen Hörfunkmarkt gesagt werden könnte, auf dem die variantenreichste Contentgestaltung im Bereich der den ge-

ringsten Wettbewerbskräften ausgesetzt, öffentlich-rechtlichen Senderkette zu finden ist. Im Übrigen kann für diese Hypothese auch ins Feld geführt werden, dass der Medienmarkt im Rundfunkbereich vor seiner Öffnung für private Fernsehsender in viel geringerem Umfang duplizierende bzw. redundante Formate hervorbrachte. Mehr noch gilt dies für den „Rundfunkmarkt“ in Zentralverwaltungswirtschaften. Ein Markt, der offenbar hohe Imitationsanreize setzt, bringt ein tendenziell umso weniger effizientes Marktgleichgewicht hervor, je stärker die angebots- und nachfrageseitigen Skaleneffekte sind. Skaleneffekte in der Produktion und im Konsum von Medienprodukten sind kennzeichnend für große Teile der Medienbranche. Gerade für Medienprodukte muss daher die Existenz einzelwirtschaftlicher Imitationsanreize als problematisch angesehen werden.

Dewenter (2007) weist darauf hin, dass es ein besonderes Problem werbefinanzierter Angebote sein mag, auf die verschiedenen Zahlungsbereitschaften unterschiedlicher Nachfragergruppen mit produktpolitischer Differenzierung zu antworten, findet jedoch auch Hinweise, dass selbst für mischfinanzierte Angebote (z.B. Werbeeinnahmen und Gebühren) eine Tendenz zu massenkompatiblen Produkten gezeigt werden kann.

Die zentrale Aussage des Hotelling-Modells - minimale Produktdifferenzierung im Duopol - lässt sich für jede beliebige Verteilung der Rezipienten über das politische Spektrum auf den Markt für politische Berichterstattung übertragen. Sie wird gleichwohl verstärkt, wenn man realistischerweise von einer zentralen Tendenz, einer Häufung der Rezipienten in der Mitte des Spektrums ausgeht. Ein weiterer Verstärker ist der bereits erwähnte Anreiz, zur Vermeidung von Reputationsverlusten Berichterstattung so zu färben, dass sie von den Rezipienten als glaubwürdig wahrgenommen wird.

Für die politische Berichterstattung bedeutet dies, dass überall, wo starke Skaleneffekte auf die Produktpolitik Einfluss nehmen, eine Tendenz in die politische Mitte mit nur schwacher Profilierung erwartet und beobachtet werden kann. Der Vorwurf, Medien berichte-

ten zu politisch korrekt über Befangenheitsthemen⁷, impliziert den Vorwurf einer zu starken Orientierung an den möglichen Rezipienten-Gewinnen und -Verlusten infolge offensiverer Berichterstattung bei politisch entzündlichen Gegenständen. Dieser Vorwurf verbindet sich mit dem polemischen Stigma „Mainstream-Medien“ („MSM“), das nicht zufällig von Seiten kleiner Internet-Berichterstatter an größere Akteure aus der vordigitalen Zeit gerichtet ist. Bei der Abwägung von Chancen und Risiken einer profilierten politischen Stellungnahme kommt ein kleinerer Akteur (z.B. ein Blog) zu einem völlig anderen Ergebnis, als ein etablierter Konkurrent, dessen Reputationskapital rasch aufgezehrt wäre, würde er sich durch seine redaktionelle Tätigkeit eine politische Profilierung erarbeiten, die ihn politisch ein- und zuordenbar macht. Es ist in der Frage der Produktvielfalt daher streng zwischen großen Anbietern mit hohen Fixkosten und kleinen, flexiblen (Internet-)Akteuren zu unterscheiden. Es kann insofern nicht überraschen, dass kleine (Nischen-)Anbieter ihre politische Positionierung zum Gegenstand ihres Marketing machen, während sich große Anbieter günstigstenfalls als konservativ oder liberal zu erkennen geben und am liebsten ganz auf Überparteilichkeit setzen. Versuche, größere Anbieter in einem politischen Spektrum zu verorten, fallen daher naturgemäß schwer. In den nachfolgenden Abbildungen ist in einem zwei- (Abb. 2) und einem dreidimensionalen (Abb. 3) politischen Spektrum dieser Versuch unternommen worden. In der rechten Abb. 3 ist einigermaßen deutlich erkennbar, dass die Tageszeitung Neues Deutschland, die eine Nische (Gesamtauflage im März 2008: 41.752) am linken Rand des politischen Spektrums besetzt, eine deutliche inhaltliche Profilierung aufweist. Hingegen lässt sich für die moderat links einzuordnende Süddeutsche Zeitung (Gesamtauflage im

⁷ Gegenstände möglicher Befangenheit medialer Berichterstatter sind insbesondere Themata mit Bezug zu Religionen, insbesondere dem Islam und dem Judentum; Fragen die die Allgemeinheit am Rande, Minderheiten aber zentral betreffen wie Homosexualität oder Ausländerkriminalität; aber auch wissenschaftliche Probleme, wie beispielsweise Ergebnisse historischer Forschung insbesondere zu Fakten und Interpretationen mit Bezug zu den geschichtlichen Katastrophen des 20. Jahrhunderts, wissenschaftliche Fragestellungen und Ergebnisse der Intelligenzforschung; und bestimmte gesellschaftspolitische Fragen, wie die Auseinandersetzung über die Rolle der Geschlechter oder über Bildung und Erziehung.

April 2008: 457.353) eine ausgeglichene Profilierung ablesen. Es muss jedoch konzediert werden, dass lediglich eine gefühlte, anekdotische Evidenz Grundlage der Einordnung ist.

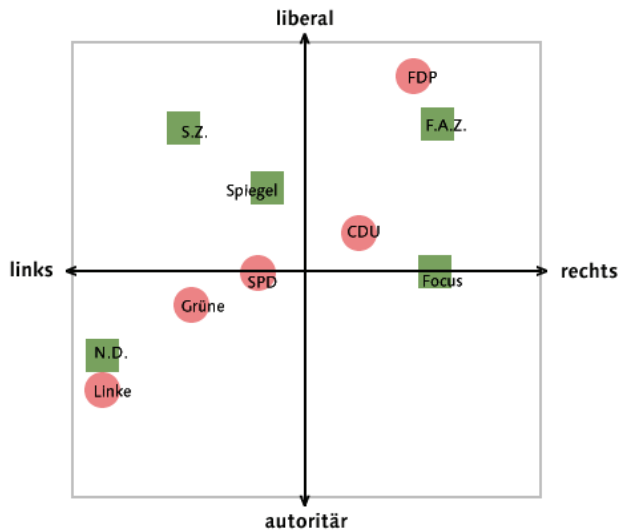


Abb. 2: Positionierung von Parteien und Printmedien in einem zweidimensionalen Spektrum

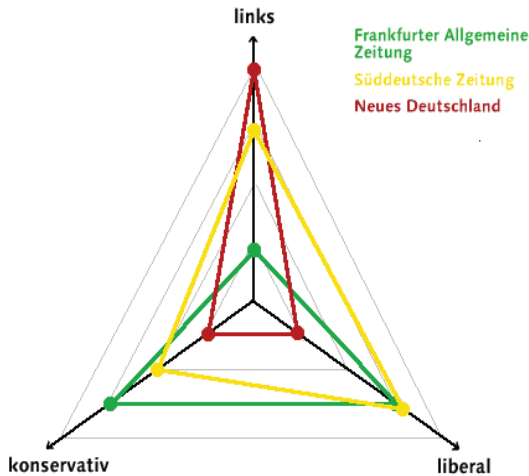


Abb. 3: Positionierung von Printmedien in einem dreidimensionalen Spektrum

Die Tendenz zur politischen Mitte und mithin zu geringerer Produktdifferenzierung könnte neben Skaleneffekten in der Produktion auch Skaleneffekten in der Distribution zugeschrieben werden. In der nachfolgenden Tabelle wird sichtbar, dass die Abhängigkeit vom Distributionsweg Direktabonnement für kleinere Anbieter viel höher sein dürfte, als für größere, was auf die höheren durchschnittlichen Distributionskosten kleiner Auflagen im Straßenverkauf hinweist. Es sind die randständigeren, das Meinungsspektrum verbreiternden Zeitungen, die die kleine Auflage, den weniger diversifizierten Distributionsweg und so die höheren durchschnittlichen Distributionskosten aufweisen und mithin auch das höhere Risiko, aus dem Printmarkt auszuschneiden.

	<u>Gesamtauflage</u>	<u>davon Abonnements</u>
Der Spiegel	1.046.090 (3/08)	472.882 (45,2%)
Süddeutsche Zeitung	457.353 (4/08)	296.914 (64,9%)
Die Tageszeitung	56.671 (4/08)	45.162 (79,9%)
Neues Deutschland	41.752 (3/08)	37.862 (90,7%)
Junge Freiheit	16.790 (01/09)	12.875 (76,7%)

Tabelle 1: Abo-/Auflagen-Verhältnisse für zwei große und drei kleine deutschsprachige Printmedien (Quartalsdaten der Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern - IWV)

3 Wettbewerb und Media Bias - Politische Positionierung im Spannungsfeld von Grundüberzeugungen sowie Überprüfbarkeit und Interpretationsbedürftigkeit der Nachrichten?

Wenden wir uns der zweiten Hypothese dieser Untersuchung zu, wonach mit zunehmender Anzahl unabhängiger Anbieter medialer Berichterstattung die Chance der Rezipienten wächst, ein möglichst verzerrungsfreies Bild der Wirklichkeit zu erhalten. Die Position des klassischen Liberalismus vertraut auf die Durchsetzungsfähigkeit wahrheitsgetreuer Positionen mit Hinweis auf den Kontrast, der zwischen richtigen und falschen Überzeugungen besteht, und der von der Öffentlichkeit zur Identifikation des Richtigen benutzt werden kann. „Let her [Truth] and Falsehood grapple; who ever knew Truth put to the worse, in a free and open encounter?“ (Milton, 1644). Dies führt zur bereits erwähnten Vorstellung eines Marktes der Ideen, dessen innerer Mechanismus aufgrund der Mündigkeit und Urteilsstärke der medialen Öffentlichkeit für die Durchsetzung der unverzerrten Informationen sorgt. Die liberale Position steht dabei im Gegensatz zur traditionellen katholischen Auffassung, wonach Wahrheit und Irrtum kein gleiches Recht auf öffentliche Verkündung haben, weil die Wahrheit Vorrang vor den Forde-

rungen der Freiheit hat, wenngleich letztere, wie insbesondere Thomas von Aquin (1225-1274) betont, für das Wesen des Glaubensaktes essenziell ist. Letztere, freiheitsskeptischere Position zeigt sich sensibel dafür, dass im Wettbewerb der Berichterstatter Lauthheit über Lauterkeit zu siegen vermag und dass gemäß jüdisch-christlicher Vorstellung die Wahrheit mit leiser Stimme spricht (vgl. Psalm 51, 8).

Die traditionelle, liberale Vorstellung darüber, wie sich die Nachfrage nach politischer Berichterstattung ergibt, unterstellt als einzig wesentliches Qualitätsmerkmal Tatsachentreue (accuracy). Je präziser die Berichterstattung, umso wertvoller ist demnach die Quelle für den Rezipienten. Daher vermöge Wettbewerbsdruck im Parallel- und Austauschprozess die Berichterstatter zu genauerer Berichterstattung zu zwingen, so wie die gleiche Wettbewerbslogik die Hersteller von Symphoniekonzerten zu fehlerfreierem und ausdrucksvollerem Spiel veranlasst. Diese Sichtweise des Medienwettbewerbs legen ihren Arbeiten Coase (1974), Stromberg (2001), Dyck und Zingales (2002), Burgess und Burgess (2002), Besley und Prat (2006), Djankov et al. (2003) zugrunde.

Informationstheoretisch lässt sich die Vorstellung des klassischen Liberalismus folgendermaßen modellhaft begreifen: Betrachten wir eine Welt, in der verzerrte und weniger verzerrte Informationen zu einem bestimmten Gegenstand - einem historischen oder aktuellen Ereignis; einer Sachfrage - simultan Verbreitung über mediale Nachrichtenkanäle finden. Falls jeder Nachrichtenkanal neben sekundärer Evidenz einen informatorisch autonom gewonnenen Hinweis auf die Richtigkeit seiner eigenen Berichterstattung liefert, erhöht sich mit der Anzahl der unabhängigen Nachrichtenkanäle die Anzahl der gelieferten Hinweise. Intensiverer Wettbewerb führt so zwangsläufig zu einer Verbreiterung der Informationsbasis. Falls diese unabhängig gewonnenen Hinweise informatorisch in dem Sinne sind, als ihre Berücksichtigung eine stärkere und zweifelsfreiere Annäherung an die Realität ermöglicht, wird ein rationaler Rezipient nach deren Einbezug in seine Urteilsbildung die realitätsnahe Überlieferung einer verzerrten Darstellung tendenziell vorziehen. Intensiverer Wettbewerb durch mehr unabhängige Kanäle

führt im Ergebnis zu geringerer Verzerrung, also zu geringerer Differenz zwischen der Realität und der wahrgenommenen Realität. Die vorausgesetzte Unabhängigkeit der einzelnen Nachrichtenkanäle impliziert hier, dass jeder autonom gewonnene Hinweis einen eigenen Informationshintergrund und einen eigenen Informationsweg vom Ursprung der Nachricht zum Kanal, in dem sie verbreitet wird, besitzt. Mullainathan und Shleifer (2005) betrachten diese Möglichkeit anhand eines informationstheoretischen Modells, in dessen Gleichgewicht ein gewissenhafter Rezipient („conscientious reader“) Verzerrung durch Prozesse der Abgleichung und Durchschnittsbildung eliminieren kann. Dass ein durch eine Vielzahl an Quellen gewonnenes Bild der Realität informativer sei als das Zeugnis einer einzigen Quelle, ist eine Vorstellung, die sowohl in der akademischen Wissenschaft (Hayek 1945) als auch in der Populärwissenschaft (Surowiecki 2007) einflussreiche Fürsprecher besitzt.

Auch wenn dies ein starkes Argument für eine intensiven Wettbewerb begünstigende Anbieterstruktur zu sein scheint, kann festgehalten werden, dass zusätzliche Nachrichtenkanäle nur dann zu einer Entzerrung der Realitätswiedergabe führen, wenn diese tatsächlich über eigene Quellen verfügen und eben nicht die gleichen Inhalte nacherzählen oder lediglich bekannte Inhalte transformieren. Wenn man Wettbewerb mit wirtschaftswissenschaftlichem Placet eine Begünstigung der informatorischen Qualität von Nachrichtenübermittlung zuschreiben wollte, müsste man zudem wettbewerbsbedingte Anreize konstatieren, Verzerrungen im Zuge dieser Übermittlung zu vermeiden. Eine Annäherung an diese Frage soll die Untersuchung angebotsseitiger Verzerrungsimpulse und deren Responsivität auf sich ändernde Wettbewerbsintensitäten liefern.

3.1 Wettbewerb und Supply-Side-Bias – Eine Analyse unter besonderer Berücksichtigung der Zweiseitigkeit von Medienmärkten

Staatliche Beeinflussung

Eines der gängigsten Argumente für eine wettbewerbliche Anbieterstruktur im Bereich politischer und aktuellpolitischer Berichterstattung weist auf die größere Robustheit einer tendenziell anony-

meren Masse an Berichterstattern gegenüber Eingriffen staatlicher Autoritäten hin. Hier ist auf die größere Reichweite marktmächtiger Nachrichtenkanäle zu schauen. So wie die Attraktivität eines Mediums durch seine Reichweite für die Werbeindustrie steigt, so wächst mit der Reichweite auch seine Attraktivität für staatliche Einflussnahme auf die Berichterstattung.

Es scheint zunächst so, als könne ein an Verzerrung der Berichterstattung interessierter, staatlicher Akteur unabhängig von der Anzahl der Berichterstatter Verzerrungen induzieren, indem er Kampagnen mit Hilfe einzelner kooperativer Kanäle durchführt. Dies mag in bestimmten Situationen tatsächlich zu der gewünschten Verzerrung führen, z.B. weil die Kampagne als Anstoß für eine Desinformationskaskade gewirkt hat⁸.

Um für den Zusammenhang zwischen der Anbieterstruktur und den staatlichen Einflussmöglichkeiten ein klares ökonomisches Argument zu liefern, wird im Folgenden zwischen programm- und projektgebundener Beeinflussung unterschieden.

Ein staatlicher Akteur, der beispielsweise an einer Imageverbesserung durch günstige Berichterstattung interessiert ist, kann dies im Wege programmgebundener Förderung imageverbessernder Inhalte zu einigermaßen überschaubaren Transaktionskosten mit Hilfe einer Vielzahl kleiner Berichterstatter erreichen. Ein Beispiel hierfür sind Medienförderprogramme, mit deren Mitteln Rundfunkberichte über die EU, die dezidiert „pro-europäisch“ sind, finanziert werden. Darüber hat die FAZ im Jahr 2006 in mehreren Artikeln kritisch berichtet. Demnach müssen die Empfänger solcher Fördermittel eine Verpflichtungserklärung unterschreiben, „[...] in der es unter anderem heißt: ‚Ich versichere, das Image der Europäischen Union, ihrer Politik und Einrichtungen weder direkt noch indirekt zu schädigen.‘“⁹ Eine programmgebundene Förderung unterliegt jedoch typischerweise einer Legitimitätsprüfung durch einen Gesetzgeber und,

⁸ Zum Konzept der (Des-)Informationskaskade vgl. die Ausführungen in Abschnitt 3.2.

⁹ So zitiert nach Lahme, Tilman (2006): Die EU bezahlt Journalisten, um ihr Image zu pflegen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. Mai 2006.

wie die Kritik des zitierten FAZ-Redakteurs zeigt, auch einem kritischen Hinterfragen durch die Öffentlichkeit selbst.

Hingegen dürfte eine projektgebundene Beeinflussung medialer Berichterstattung mit Hilfe eines marktbeherrschenden Unternehmens einige Transaktionskostenvorteile aufweisen. Beispielsweise könnte dem etwaigen Erfordernis der Konspiration (z.B. wegen sicherheitspolitischer Relevanz der Inhalte) durch einen einzelnen Kanal viel einfacher entsprochen werden¹⁰. Die Existenz dominierender, marktbeherrschender Berichterstatter könnte so auch dann das günstigere Umfeld für politische Einflussnahme sein, wenn lediglich ökonomische Motive, nicht jedoch publizistische Ziele die politische Färbung der Berichterstattung erklären. Politische Einflussnahme kann nämlich, wenn sie im Wege materieller Begünstigung erfolgt, auch die für Medienmärkte typische Konzentrationstendenz durch Spiraleffekte verstärken. Man könnte dies Plattformnutzen-Reichweiten-Spirale nennen: Mit zunehmendem Plattformnutzen (Nützlichkeit für manipulative Berichterstattung) steigen die Einnahmen durch politische Einflussnahme. Dies erhöht die Attraktivität der Präsentation des Content durch höheres Budget für die massenattraktiven Produkte des Unternehmens. Die dadurch gesteigerte Reichweite führt zu einer weiteren Erhöhung der Einnahmen durch die mit der Reichweite gewachsene Plattformattraktivität.

¹⁰ Ein Beispiel hierfür ist die Verzögerung der Berichterstattung über den Abu-Ghraib-Skandal (Misshandlung von Kriegsgefangenen durch Angehörige des US-Militärs) im Irakkrieg. So gelang es dem Generalstabschef der US-Truppen den Sender CBS-News, der in den Besitz von Fotos der Übergriffe gekommen war, von der Ausstrahlung vorübergehend abzuhalten. Die Ausstrahlung wurde verschoben (vgl. Bauder, 2004).

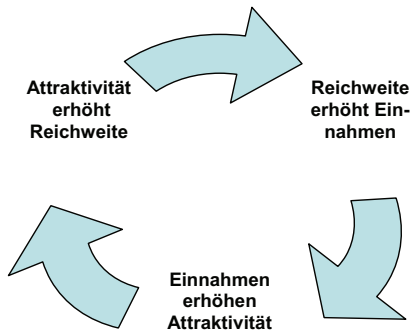


Abbildung 4: Plattformnutzen-Reichweiten-Spirale

Um neben jenem Beispiel aus Fußnote 10 ein weiteres für projektgebundene Einflussnahme des Staates auf die mediale Berichterstattung zu geben, sei auf die Zahlungen der Bundesagentur für Arbeit an verschiedene öffentlich-rechtliche Sender hingewiesen. So sollen allein dem MDR im Jahr 2005 ca. 150.000 Euro aus dem Etat für Öffentlichkeitsarbeit für positive Fernsehberichte zu zum Teil von der Agentur für Arbeit selbst vorgeschlagenen Themen zugeflossen sein (Hanfeld 2006). Die Förderung der Beiträge wurde damit begründet, dass die Agentur für Arbeit die Rechte an den Sendungen kauft, um sie im Anschluss auch noch für interne Vorführungen zu nutzen. Zwar wurde auf die finanzielle Unterstützung der Agentur für Arbeit in den meisten Fällen im Abspann hingewiesen und es beteuern die Beteiligten, dass die Inhalte von unabhängigen Redaktionen erstellt wurden. Es wurde insgesamt allerdings insgesamt sehr positiv über die Arbeit der Bundesagentur berichtet. Problematisch an dieser Art der Kooperation ist, dass so keine Missstände aufgedeckt werden können und die Zuschauer bei öffentlich-rechtlichen Sendern nicht von dieser Art der finanziellen Unterstützung ausgehen (Hanfeld 2006).

In Anlehnung an Besley und Prat (2006) lässt sich der Zusammenhang zwischen Wettbewerbsintensität und Anfälligkeit der medialen Informationsvermittlung für staatliche Einflussnahme folgendermaßen modellieren: Mögen N konkurrierende Berichterstatter im Besitz einer Enthüllungstory sein, deren Publikwerdung einem staatlichen Akteur einen Schaden von D zufügt und deren Veröf-

fentlichung für die Branche insgesamt Zusatzeinnahmen von R verheißt: Welche Zahlung B (Bestechung/bribe) ist erforderlich, um ein Schweigekartell zu stabilisieren? Man bedenke, dass ein einziger Berichterstatter genügt, den gesamten Schaden D zu verursachen. Wegen dieses Weakest-link-Charakters des Gutes „Zurückhaltung der Publikation“ muss ein Nichtveröffentlichungsgleichgewicht die Bedingung $D/N \geq R$ erfüllen. Dies besagt, dass jeder Berichterstatter einen „Schweigelohn“ erhalten muss, der größer als der Gesamtgewinn der Branche aus korrekter Berichterstattung ist und dass mit zunehmendem N (zunehmenden Wettbewerb) die Chancen auf korrekte Berichterstattung wachsen, weil Schweigekartelle immer kostspieliger werden.

Investition in Enthüllung

In der voranstehenden Modellbetrachtung wurde vorausgesetzt, dass sich die Berichterstatter bereits im Besitz der Enthüllungsstory befinden. Insofern waren etwaige Kosten für investigativen Aufwand nicht entscheidungsrelevant. Tatsächlich scheint ein Großteil des Wettbewerbs von Nachrichtenkanälen darin zu bestehen, eine „Story“ zu detektieren, um sie früher als die Wettbewerber publizieren zu können. Zu diesem Behuf haben Berichterstatter schon früh spektakuläre Aufwendungen betrieben: Stephens (1988) berichtet unter anderem über die Nutzung von Brieftauben, Montgolfieren, Gaffelschonern (um Schiffsbesatzungen auf hoher See zu begegnen und befragen zu können) um über Transportmittelschnelligkeit früher in den Besitz von Nachrichten zu gelangen. Daneben finden sich Hinweise auf die Hemmung des Nachrichtentransportes der Wettbewerber durch Tötung konkurrierender Brieftauben, Bestechung berittener Postboten und Behinderung des Zugverkehrs, wenn Wettbewerber diesen zum Nachrichtentransport nutzten (Stephens 1988; Jones 1947; Woods und Bishop 1983).

Auf den ersten Blick scheinen derartige Investitionen in Schnelligkeit mit einer größeren Zahlungsbereitschaft der Rezipienten für rascheren Informationsfluss erklärbar zu sein. Demnach zahlen Rezipienten einen Aufpreis dafür, dass sie heute statt morgen über einen

Sachverhalt aufgeklärt werden¹¹. Da der enthüllende Berichterstatter eine Nachricht nicht exklusiv und ohne gleichsam am nächsten Tag - im Zeitalter der Internet-Portale schon sehr viel früher - zitiert zu werden verbreiten kann, ist der Anreiz zu solcher Pionierstellung allerdings begrenzt. Die Strategie Zitieren könnte dominant sein. Die Vorteile desjenigen Wettbewerbers, der am frühesten in den Besitz einer „Story“ gelangt (Strategie: Investieren), sind möglicherweise ungenügend um ein Wettbewerbsgleichgewicht zu erzeugen, in dem viele Redaktionen aktiv in Enthüllungen investieren. So könnte unabhängig von der Zahl der Wettbewerber (der Wettbewerbsintensität) ein Gleichgewicht existieren, in dem alle Berichterstatter Zitieren statt Investieren spielen.

Um zu zeigen, dass dennoch „Investieren“ eine gleichgewichtige Strategiewahl sein könnte, betrachten wir folgendes Modell: Schauen wir in eine Welt mit zwei möglichen Ausprägungen der redaktionellen Enthüllungsaktivität H und L. H-Redaktionen haben die Eigenschaft immer in Enthüllung zu investieren (z.B. wegen publizistischen Ehrgeizes), wenn sich eine Enthüllungsstory abzeichnet. L-Redaktionen zitieren in einem Anteil q der Fälle und investieren im restlichen Anteil $1-q$ der Fälle. Die Redaktionseigenschaft sei ein Erfahrungsgut und den Rezipienten mithin nicht a priori bekannt. Für die Produkte einer H-Redaktion sind die Rezipienten mehr zu zahlen bereit, so dass für eine L-Redaktion Anreize bestehen, ihre Eigenschaft zu verschleiern.

Es ist nun nach dem Einfluss von Wettbewerb zu fragen und zwischen einem Monopolfall und einer Situation mit (Parallel-)Wettbewerb zu unterscheiden. Im Falle des Monopolisten können die Rezipienten nicht von den Enthüllungsaktivitäten auf die Charakteristik der Redaktion (L oder H) schließen. Weil auf der zweiten Spielstufe (Konsumententscheidung der Rezipienten) keine Bestrafung der L-Redaktion im Sinne einer Abwanderung zu einem Wettbe-

¹¹ Auch wenn der zeitliche Informationsvorsprung keine direkten materiellen Vorteile mit sich bringt, mag die Zahlungsbereitschaft für frühere Erlangung desselben mitunter beträchtlich sein. So wurde ein neuer Harry-Potter-Roman über eBay für 250 statt für 18 Dollar verkauft, weil dieser Verkauf 3 Tage vor dem allgemeinen Verkaufsstart stattfand. (vgl. Collier 2007).

werber erfolgt, wird auf der ersten Spielstufe (Investition in Enthüllung) nur solange investiert, wie dies Gewinnsteigerungen verspricht. Solche Gewinnsteigerungen durch Investitionen sind nur möglich, wenn hinreichend viele Rezipienten eine hohe Zahlungsbereitschaft für frühzeitige Enthüllung haben. Diese Konstellation ist regelmäßig nicht gegeben, da es der Mehrheit der Rezipienten egal ist, ob sie die gleiche Information aus erster oder zweiter Hand zu erhalten, so dass Enthüllungsinvestitionen im Monopolfall kaum stattfinden, das Gleichgewicht also nahe bei $q = 1$ liegt.

Im Fall eines Wettbewerbers mit H-Eigenschaft wird die L-Redaktion nach n ($n > 0$) Enthüllungen der H-Redaktion mit einer Wahrscheinlichkeit von q_n enttarnt. Deswegen ist es die gleichgewichtige Strategiewahl der L-Redaktion in Gegenwart eines H-Wettbewerbers zu investieren, sobald sich eine Enthüllung abzeichnet. Diese Logik eines Yardstick-Wettbewerbes kann vom illustrierten Zwei- zum N-Spieler-Wettbewerb mit der Folgerung ausgefaltet werden, dass die sozial günstigere Strategiewahl „Investieren“ mit zunehmender Zahl von Teilnehmern an einem Wettbewerb um Reputation nur noch wahrscheinlicher wird. Ein weiterer treibender Grund mag hierfür in der Diskontinuität zwischen dem Reputationsgewinn eines Erstberichterstatters und dem später zum gleichen Thema berichtender Korrespondenten bestehen. Mit Blick auf die Reputation ist der Wettbewerb um Enthüllungen ein „the-winner-takes-it-all“-Wettbewerb.

Reputationseffekte sind ein weiterer Erklärungsansatz für die bereits angesprochene Konzentrationstendenz im Medienwettbewerb. Dass der Aufbau von Reputation eines Berichterstatters natürlicherweise zu einer Asymmetrie zwischen den Konkurrenten führt, soll anhand einer hier postulierten, weiteren Spiralwirkung verdeutlicht werden. Dieser Effekt sei hier Reichweiten-Reputationsspirale genannt. Eine Reichweiten-Reputationsspirale entsteht durch die iterativ-zirkuläre Verstärkung von Reputation, Reichweite, Einnahmen aus Verkauf/Anzeigengeschäft und Attraktivität des Content. Die Logik dieses Effektes sei anhand der folgenden Grafik visualisiert, die die Ursache-Wirkungsbezüge zyklisch reiht:

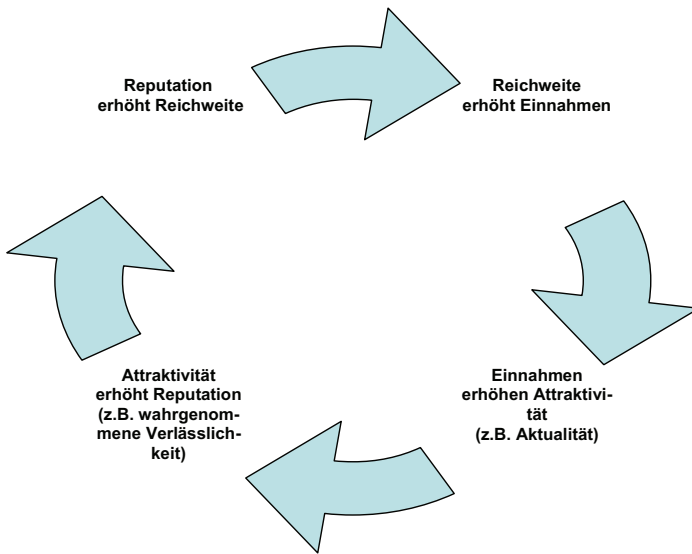


Abbildung 5: Reichweiten-Reputationsspirale

Dieser Spiraleffekt führt wegen der Eigentümlichkeit des Gutes Reputation gleichwohl nicht zu einer vollständigen Konzentration bei höchster Meinungsmacht eines einzigen Berichterstatters. Mit wachsender Reputation steigt auch die Empfindlichkeit für Reputationsverluste. Dies kann verschiedene Gründe haben. So mag der Argwohn gegenüber Nachrichten aus vermeintlich zuverlässiger Quelle mit Blick auf die prinzipielle Korruptierbarkeit rational-egoistischer Akteure wachsen. Weil also einem Berichterstatter viel Vertrauen entgegengebracht wird, glaubt man diesen versucht, seine Reputation auszunutzen, und reduziert den Vertrauensvorschuss. Besitzt ein Berichterstatter institutionellen Schutz vor Konkurrenten (z.B. mit öffentlich-rechtlichem Status oder als Zentralorgan einer dominierenden Partei) oder gar Legitimation durch angenommene Autorität (z.B. katholisches Lehramt) dürfte dies die Skepsis der Rezipienten daher herausfordern. Ein natürliches Wettbewerbsgleichgewicht ergibt sich so am ehesten bei einer oligopolistischen Marktstruktur mit wenigen reichweitestarken Berichterstat-tern, wie sie im Print- und Rundfunkbereich auch im deutschen Sprachraum noch immer typisch ist. Die Ausführungen zu Informationskaskaden und der Abschnitt 3.2 sollen hingegen vor Augen

führen, dass eine solche Marktstruktur keine Vorteile hinsichtlich der Verzerrungsfreiheit der medialen Informationsvermittlung mit sich bringt.

Umgang mit der Reputation Dritter

Während die Bemühungen um die eigene Reputation mit zunehmendem Wettbewerb naturgemäß intensiver zu werden scheinen, wachsen mit der Wettbewerbsintensität gleichzeitig die Anreize, die Reputation anderer Akteure anzugreifen. Dies kann dann zum Schaden der Allgemeinheit, also wohlfahrtsschädlich sein, wenn der Reputationsverlust des Dritten wohlfahrtsrelevante Tauschhandlungen gefährdet bzw. zu deren Verringerung führt. Beispielsweise könnte Wettbewerb für Anreize zu verleumderischer Information über gentechnisch weiterentwickelte Produkte oder über bestimmte politische Kräfte sorgen. Am Beispiel der Berichterstattung über das Radsportereignis Tour de France bzw. den Radsport überhaupt soll dies genauer illustriert werden. Im Verlauf der 90er Jahre wurde wegen sportlicher Erfolge deutscher Fahrer und zunehmenden Interesses der Öffentlichkeit seitens der TV-Sender ARD, ZDF und Eurosport verstärkt über diese Rundfahrt berichtet. Mit der verschärften Observanz der Dopingaktivitäten ging ein zunächst schleichender, spätestens im Jahr 2007 akuter Reputationsverlust dieser Sportereignisse einher. Dabei sind zwei Strategien der Berichterstattung über Doping denkbar gewesen: 1. Schonung durch sachliche Aufklärung über die Wettbewerbslogik und die sportpolitischen Institutionen zur Sicherung eines fairen Wettbewerbs; 2. Skandalisierung durch moralisierende, anklagende Berichterstattung.

Es soll hier gemutmaßt werden, dass die Wahl der zweiten Strategie durch die TV-Sender ARD und ZDF im Zusammenhang mit der wettbewerblichen Berichterstattung stand. Wäre die gesamte Produzentenrente (u.a. die gesamte Zuschauerschaft) einem einzigen Sender zugefallen, so hätte dieser Anreize zum Reputationserhalt durch weniger reißerische Berichterstattung über das radsportspezifische Dopingproblem besessen. Insbesondere die Aufklärung des Zusammenhangs zwischen den Wettbewerbsmechanismen und den sportpolitischen Institutionen sowie über die besondere Problematik des Eigenblutdopings hätte, wenn sachgerecht aufgearbeitet, nicht

zum totalen Ansehensverlust des Radsports führen müssen. Statt die Zuschauer zu skandalisieren, hätte man sie über das Maß der unvermeidlichen Restunsicherheit bezüglich der Leistungen der Sportler aufklären können, was sicher zu deutlich weniger Reichweitenverlust und zu weniger Druck auf die Veranstalter, die erfolgreichsten Fahrer aus dem Wettbewerb zu eliminieren, geführt hätte.

ARD und ZDF haben sich für die Skandalisierungsstrategie entschieden, um so im Sinne eines Schlussrundenspiels eine Letztverwertung des Sportereignisses zu betreiben. Ein Anreiz, durch konsequente Enthüllung nicht nur zur sachlicheren Würdigung der sportlichen Leistungen beizutragen, sondern überdies die Reputation des Radsports zu gefährden, bestand im Übrigen immer auf Seiten potenzieller Berichterstatter. Von dieser Seite wäre die Skandalisierung auch erwartet worden. Dass die Skandal-Strategie durch die etablierten Berichterstatter verfolgt wurde, ist daher auch mit dieser Drohung, dass die eigene Berichterstattung mit dem schärferen Verdikt über den Radsport seitens potenzieller Konkurrenten verglichen und als zu unkritisch gescholten wird, erklärbar. Wettbewerb macht eben auch feige, eine weniger massenkompatible Meinung zu vertreten.

Media-Bias und die Zweiseitigkeit des Medienmarktes

Das sattsam bekannte Phänomen der Spiraleffekte auf Medienmärkten stellt ein Einfallstor für Verzerrungseffekte dar. Es ist zunächst der Angebotsseite des Medienmarktes zuzurechnen und wurde im vorangegangenen Abschnitt bereits beschrieben.

Ausgangspunkt für die folgenden Überlegungen ist die Einsicht, dass die Gegenleistung des Rezipienten für die erbrachte Leistung des Berichterstatters in vielen Fällen keine Geldzahlung, sondern seine Aufmerksamkeit ist. Auch für den Fall der Mischfinanzierung¹² des Content über den Verkauf des Content an die Rezipienten und den damit möglich werdenden Verkauf der Aufmerksam-

¹² Der Anteil der Werbung an den Einnahmen der Tages- und Wochenzeitungen liegt in den USA zwischen 50 und 80 Prozent. In Europa liegt er zwischen 30 und 80 Prozent. Vgl. Baker (1994) sowie Gabszewicz et al. (2001).

keit der Rezipienten an die die Nachfrager von Werbeplatz gilt das Folgende.

Die betriebswirtschaftlichen Notwendigkeit, Werbeplatz zu verkaufen, konfrontiert politische Berichterstatter nicht nur mit der eher praktischen und vielleicht etwas trivialen Frage nach dem rechten Zueinander von Content und Werbung. Diese Frage berührt Entscheidungen zum Anteil der Werbung am Gesamtumfang einer Zeitung oder einer Rundfunksendung sowie Fragen des rechten Timing und der grafischen Anordnung. Diese Frage führt Werbende und Berichterstatter auch regelmäßig zu der Frage inwieweit Content und Werbung inhaltlich zueinander passen. Es ist jedem Fernsehzeuschauer bekannt, dass Liebesfilme mit größerer Wahrscheinlichkeit von Spots für Waschmittel oder Schminkzeug unterbrochen werden als Action- oder Erotikfilme. Der damalige Geschäftsführer und derzeitige Präsident des französischen Fernsehsenders TF1, Patrick Le Lay hat dies 2004 mit den inzwischen viel zitierten Worten ausgedrückt:

“TF1’s job is to help a company like Coca-Cola sell its products. For a TV commercial’s message to get through, the viewer’s brain must be receptive. Our programs are there to make it receptive, that is to say to divert and relax viewers between two commercials. What we are selling to Coca-Cola is human brain time.”

Dieses Zitat verweist auf einen noch tieferen Zusammenhang zwischen Content und Werbung. Des Rezipienten Sinne sollen demnach empfänglich („receptive“) für die Werbebotschaften werden. In einem Modell mit Rezipienten, die präzise Berichterstattung wünschen, und Werbetreibenden, die Empfänglichkeit der Rezipienten für Werbung schätzen, untersuchen Ellman und Germano (2009) die Frage nach der Existenz von *Advertiser-Bias*. Diese Frage fordert die mit Blick auf die Historie begründete, positive Würdigung der Werbefinanzierung politischer Berichterstattung heraus. So argumentieren Curran und Seaton (2003) in Anlehnung an Lippman (1931), dass erst die Reduktion der Steuerlast auf Werbeaktivitäten englische Zeitungen in den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts aus ihrer verborgenen Abhängigkeit von Regierungsbeihilfen befreite.

Dieser „liberalen“ Würdigung von Werbefinanzierung tritt eine skeptische Sichtweise der Werbefinanzierung entgegen, die eine Adaption der Inhalte der Berichterstattung durch den Berichterstat-ter mit dem Ziel der „Schaffung von Empfänglichkeit“ für die Wer-bebotschaften unterstellt. Hinweise auf entsprechende Aktivitäten professioneller Berichterstat-ter liefern Baker (1994) und Hamilton (2004). In ihrer formalen Analyse dieses Problems zeigen Ellman und Germano (2009), dass intensiver Wettbewerb zwischen den Be-richterstat-tern nicht ausreicht, um Verzerrung zu mindern, weil die Möglichkeiten zur Produktdifferenzierung auf dem Gebiet der poli-tischen Berichterstattung ausreichen, um direktem Wettbewerb mit dem Wettbewerbsparameter „Genauigkeit“ auszuweichen.

3.2 *Wettbewerb und Demand-Side-Bias*

Wenn Rezipienten eine Vorliebe für solche Nachrichten haben, die mit ihrem ideologisch-weltanschaulichen Gepräge harmonieren, ist die Fähigkeit des Wettbewerbes politischer Berichterstat-ter, eine verzerrungsarme Wirklichkeitswiedergabe im Sinne des Marktplat-zes für Ideen zu bewerkstelligen, höchst gefährdet. Gibt es ein Be-dürfnis nach Verzerrung, wird dieses, so könnte man meinen, von gewinnmaximierenden Berichterstat-tern befriedigt. Das Problem nachfrageseitiger Verzerrungsanreize kann als solches kaum in Ab-rede gestellt werden. Neben der kommunikationswissenschaftlichen Grundlagenforschung zum Phänomen kognitiver Dissonanz, liefert auch die medienökonomische Forschung Analysen zur Wahr-scheinlichkeit und den Ursachen eines Demand-Side-Bias (Vgl. Gentzkow et al. 2006 bzw. Mullainathan et al. 2005). Um ein Beispiel für diesen recht abstrakten Terminus zu geben, sei ein mögliches Interesse der deutschsprachigen Rezipienten an einer bestimmten Sichtweise der Geschichte des 20. Jahrhunderts und ein möglicherweise bestehen-der Anreiz der Berichterstat-ter, dieser Sichtweise entgegenzukom-men, beschrieben: Viele ehemalige DDR-Bürger erwarten heute von den Medien, dass, wenn sie die DDR als Unrechtsstaat darstellen, dies mit Hinweis auf die Vergehen der Stasi tun, die ca. 120000 ehemalige Mitglieder zählt. Im Vergleich dazu zählt die SED ca. 1,4 Millionen ehemalige Mitglieder. Es besteht daher möglicherweise ein konsumentenseitig begründeter Anreiz nichts scharf Anklagen-

des gegen die SED zu sagen, um diese vergleichsweise größere Rezipientengruppe nicht zu verlieren. Dass dies nicht unbedingt der wahren Verantwortlichkeit für DDR-Unrecht entsprechen muss, wird sichtbar, wenn man bedenkt, dass die Stasi nur „Schwert und Schild der Partei“ (Auftragnehmer) war, dass, wer in der Stasi Karriere machen wollte, hierfür vom Goodwill von SED-Mitgliedern abhing. Für im Dritten Reich begangenes Unrecht schreibt die gängige Historiographie die Schuld dem Wirken der NSDAP und weniger dem der Gestapo oder des SD zu. Ehemalige NSDAP-Mitglieder dürften aber auch nur noch eine sehr kleine Rezipientengruppe darstellen. Diesem konsumentenseitigen Verzerrungsanreiz scheint die mediale Berichterstattung entgegenzukommen.

Überprüfbarkeit vs. Interpretationsbedürftigkeit von Nachrichten

Um die Wettbewerbskräfte, die zu verzerrter Berichterstattung führen besser zu verstehen, sei das auf dem Markt für politische Berichterstattung gehandelte Gut genauer untersucht. Anand et al. (2007) haben vorgeschlagen, politische Nachrichten als Güterbündel aufzufassen, die aus einer überprüfbaren (verifiable) und einer interpretationsbedürftigen (nonverifiable) Nachricht zusammengesetzt sind¹³. Je höher das anteilige Gewicht des informationsbedürftigen Teils der Nachricht an der Gesamtnachricht ist, umso entscheidender werden für die Konsumentenentscheidung der Rezipienten meinungsbildende Kommentare. Für eine Analyse dieser Wettbewerbslogik ist es erforderlich die reichlich naive Vorstellung zu überwinden, Berichterstatter hielten sich kraft ihres Berufsethos

¹³ Ein sehr illustratives Beispiel für diese Bündelcharakteristik politischer Nachrichten lieferte die Regensburger Zeitung „Wochenblatt“ in einem Bericht vom 15. September 2010 unter der Überschrift „Neuaufgabe im Prozess gegen Holocaust-Leugner“. Darin wurden die Umstände des Gerichtsprozesses gegen einen katholischen Bischof beschrieben. Um den Andrang der Öffentlichkeit zu illustrieren wurde ein Richter mit den Worten zitiert „Eine Prostituierte zu ermorden, reicht nicht, um so viele Journalisten in den Gerichtssaal zu kriegen“ (überprüfbar). Daneben wurde die Zusammensetzung des Publikums beschrieben: „Da saßen ältere Damen, gut gekleidet, wie man sich die alternde Eva Braun vorstellt“ (nicht überprüfbar). Es kann nun durchaus als eine dem Produkt (Berichterstattung vom Prozess gegen einen katholischen Bischof) entsprechende Wettbewerbsstrategie aufgefasst werden, dass die Zeitung in der umrissenen Weise berichtet hat.

oder ihrer Ausbildung an Regeln, wonach Fakten und Meinungen sichtbar getrennt voneinander geliefert würden. Eine technische Analyse sollte daher ohne Allgemeingültigkeitsverlust Nachrichten als ein Produktbündel begreifen, das nicht entflochten werden kann. Die politische Positionierung von Kommentaren ist zwangsläufig ein Wettbewerbsparameter, wenn die Konsumenten Präferenzen für bestimmte politische Färbungen besitzen. Sowohl die Anreize zur politischen Färbung auf Seite der Berichterstatter, als auch die Anreize, bestimmte Formate anderen vorzuziehen, lassen sich als eine Funktion der Interpretationsbedürftigkeit der Nachricht auffassen. Das gehandelte Produkt selbst entscheidet also über die Strategiewahl auf beiden Marktseiten.

Wenn man vernünftigerweise annimmt, dass Rezipienten lediglich hinsichtlich des interpretationsbedürftigen Anteils von Nachrichten Anpassungen an ihre Grundüberzeugungen wertschätzen, führt Wettbewerb nur dann in ein Gleichgewicht mit Produktdifferenzierung und mithin zu Media Bias, wenn Nachrichten solche interpretationsbedürftigen Anteile enthalten. Freier Marktzutritt für potenzielle Berichterstatter kann dann jedoch Verzerrungsphänomene nicht sicher ausschließen. Berichterstattung unterliegt nach der gleichen Logik wie für andere Güter der Produktdifferenzierung. Während bei normalen Konsumgütern Produktdifferenzierung als Voraussetzung für einen Wettbewerb, der auch als Entdeckungsverfahren dient, gesehen wird, wird diese Wettbewerbsfunktion im Bereich von politischen Inhalten und Formaten dort in sein Gegenteil verkehrt, wo eine für sich sprechende Nachricht, eine Agenturmeldung etwa, von professionellen Berichterstattern zunächst interpretativ verändert und dann weitergetragen wird und die Rezipienten darauf mit ihren Konsumententscheidungen antworten. Im Vorgang der interpretativen Überformung kommt kein Wissen des Berichterstatters über den Gegenstand der Berichterstattung, sondern nur Wissen über die potenzielle Wirkung der Berichterstattung bei den Rezipienten zum Tragen. Um es noch einmal zu sagen: Für normale Konsumgüter ist genau dies wünschenswert. Für Nachrichten ist es problematisch.

3.3 Publizistische Interessen in der wettbewerblichen politischen Berichterstattung als Quelle für deren Verzerrung

Die Betrachtung politischer Nachrichten als ein Produktbündel erlaubt auch Rückschlüsse auf die Möglichkeiten zu verzerrter Berichterstattung, die auf die ideologische Grundhaltung des Berichterstatters zurückzuführen ist. Weil es dem Menschen eigentümlich ist, dass ihm nicht nur materieller Reichtum, sondern auch die Harmonie mit seiner Umwelt einen Nutzen stiftet, dürfte ein typischer Berichterstatter neben ökonomischen Zielen in einem gewissen Umfang auch publizistische Ziele verfolgen. Spielräume hierfür existieren zumindest dann, wenn die Wettbewerbskräfte Gestaltungsfreiheit zu politischer Färbung der Nachrichten lassen, nachdem die konsumentenseitigen Verzerrungsanreize bei der Positionierung der Berichterstattung Berücksichtigung gefunden haben. Sollten die bereits beschriebenen Wettbewerbskräfte, die die Positionierung politischer Inhalte determinieren, multiple oder uneindeutige Gleichgewichte besitzen, tun sich dem Berichterstatter Wahlmöglichkeiten auf, seinen eigenen Überzeugungen Gehör zu verschaffen. Ein solches „Einbringen“ der eigenen ideologischen Grundhaltung verursachte ihm dann keinen Verlust an Produzentenrente verglichen mit einem Wettbewerb, in dem politische Positionierung von Inhalten eindeutig durch die Rezipientenseite des Marktes festgelegt ist.

Wenngleich die mögliche Existenz ideologischer A-Priori-Überzeugungen auf Seiten der Berichterstatter von niemandem ernsthaft bezweifelt wird, lohnt es doch an dieser Stelle, mit zwei überdeutlichen Beispielen auf deren Ausdruck in konkreter Nachrichtenübermittlung hinzuweisen:

(1) Als besonders krasse Verfehlung eines etwaigen journalistischen Aufklärungsauftrages dürfte es gelten, wenn Journalisten die ihre persönliche Weltansicht stützenden Realitäten künstlich erschaffen. Auf einen solchen Fall wies die Münchener Internetzeitung tz-online in einem Bericht vom 1. Oktober 2010 hin. Hier wurde unter der Überschrift „Eklat um BR-Team bei Sarrazin-Lesung“ berichtet, wie Redakteure des Bayrischen Rundfunks bei einer Buchlesung Thilo Sarrazins sich als dessen und als Mitglieder einer fiktiven rechten Partei ausgegeben haben. Ziel dieses Einsatzes war es wohl,

die Teilnehmer der Lesung zu Sympathiebekundungen mit Inhalten rechtspopulistischen Werbematerials zu bewegen. Dieses Werbematerial hatten die BR-Redakteure zu diesem Zweck selbst erstellt und mitgebracht. Sie erbaten vom Publikum der Lesung Stellungnahmen zu Forderungen wie „Staatlich gefördertes Fortpflanzungsjahr für Akademiker“, oder „Intelligenzgesteuerte Zuwanderung“. Es liegt auf der Hand, dass eine Stellungnahme eines willkürlich befragten Teilnehmers davon abhängt, wie er sein Gegenüber einschätzt. Einem als Neonazi verkleideten Journalisten gibt man dabei möglicherweise aus Angst oder reiner Gefälligkeit eine andere Antwort als einem als BR-Journalisten erkennbaren Interviewer.

(2) In der ZDF-Nachrichtensendung *heute journal* des 3. Novembers 2010 wurde über die Einschätzung der US-Wirtschaftspolitik unter der Führung Präsident Obamas durch US-Arbeitslose berichtet. In den geführten Interviews forderten US-Arbeitslose die Senkung der Steuer für Reiche und erklärten dies mit der Hoffnung auf dadurch bewirkte Anreize zur Job-Schaffung. Diese auf ein erhebliches wirtschaftswissenschaftliches Verständnis der Interviewten hindeutenden Äußerungen wurden im Kommentar der Nachrichtensendung durch die Formulierung „einfaches Weltbild“ ins Lächerliche gezogen. Der Zuschauer musste sich daher fragen, was das einfachere Weltbild sei: Die Vorstellung, man könne Armut und Beschäftigungslosigkeit durch Reichensteuern bekämpfen oder die durch die US-Arbeitslosen geäußerte Vermutung, dies gelinge eher durch Senkung der Grenzbelastung für Spitzeneinkommen.

3.4 Rezipienten-Bias und Strategiewahl politischer Berichterstat- ter

Um die Rolle des Wettbewerbes auszuloten, also die strategische Interaktion zwischen verschiedenen Berichterstatlern in Gegenwart von Rezipienten-Bias zu beforschen, sei zunächst eine simple Chancen-Risiken-Überlegung angestellt. Dazu kann man die zwei Strategiealternativen „wirklichkeitsbezogene Berichterstattung“ und „rezipientenbezogene Berichterstattung“ gegenüberstellen. Unter der Annahme, dass lediglich ökonomische, nicht jedoch publizistische Gesichtspunkte handlungsleitend sind, kommt man dabei zu der Einsicht, dass die Strategiewahl von der Reichweite des jeweiligen

Berichterstatters abhängt. Für kleinere Nischenplayer im Nachrichtenmarkt sind für beide Strategieoptionen Marktlücken denkbar:

- (1) *Rezipientenbezogene Berichterstattung*: Beispielsweise kann die konsequente Rücksichtnahme auf ein bestimmtes Meinungsprofil, die Grundhaltung oder Ideologie einer konkreten Rezipientengruppe eine Chance für einen Berichtersteller sein, der spezialisiert genug ist, dass etwaige reputationale Spillovers, also die negativen Imageeffekte einseitiger, die politische Gegnerschaft anderer Rezipientengruppen hervorrunder Berichterstattung, keine anderen Geschäftseinheiten „kontaminieren“. Einfacher ausgedrückt: Ein reichweitenstarkes Nachrichtenunternehmen müsste, um randständigeren Content zu etablieren, zumindest eine eigene Marke gründen, damit die etablierten, reputierlicheren Produkte nicht unter einer etwaigen, negativen Imagewirkungen des neu positionierten Formates leiden.
- (2) *Wirklichkeitsbezogene Berichterstattung*: Selbstredend verschafft auch jede Form von Expertise zu einem bestimmten Bereich eine Nischenstellung, also eine wenig herausgeforderte Marktposition, in der verzerrungsfreie Berichterstattung erfolgt, weil bestimmte Rezipientengruppen es möglichst verzerrungsfrei mögen und einseitige, tendenziöse Berichterstattung meiden.

Es wird hier bewusst davon ausgegangen, dass diese Möglichkeiten nur für Nischenplayer gegeben sind und dass reichweitenstarke Berichtersteller weniger Freiheit haben, eine bestimmte Strategie der Reaktion auf rezipientenseitige Verzerrungsanreize zu wählen. Es ist also nicht Wettbewerb, sondern die Emergenz von Nischenanbietern, die die Nischenstrategie wählen, gerade um dem Wettbewerb zu entfliehen, der sich Pluralität in erster Linie verdankt. Ein vielfältiges Meinungsspektrum verschafft Berichterstattern so eine Vielzahl von Rückzugsgebieten, in denen sie ihre spezifischen Sichtweisen pflegen, ohne dort durch ökonomischen Wettbewerb stark herausgefordert zu werden. In gewisser Weise ließe sich diese Analyse dahingehend ausfallen, dass Nischenplayer zur Vermeidung wettbewerblicher Herausforderung Anreize zur Vermeidung von

Reichweitenwachstum besitzen. Mit zunehmender Attraktivität müssten Nischenplayer das von ihnen bediente Meinungsprofil schärfen, um ihr Alleinstellungsmerkmal zu verteidigen. Wettbewerb kann aus diesem Grunde Ursache für verschärfte Profilierung unter Inkaufnahme von Verzerrungen sein.

Für *reichweitenstarke Player*, die wegen der dem Medienmarkt eigentümlichen, besonderen Konzentrationstendenz natürlicherweise entstehen, kann intensiverer Wettbewerb aus anderen Gründen ebenfalls Verzerrungen fördern. Die Strategie rezipientenbezogener Berichterstattung und Dominanz ökonomischer Motive der Strategiewahl dürfte für massenattraktive Berichtersteller die Regel sein. Weil die ökonomischen Wirkungen einer bestimmten Profilierung oder einer gewissen Weise zu berichten unsicher sind, dürften Imitationshandlungen zwischen großen Wettbewerbern häufig sein. Schließlich erreicht man durch Imitationen Wettbewerbsparität im Bereich des black-box-artigen Wettbewerbsparameters „politisches Profil“. Die Neigung zur Imitation ist für sich eine große Bedrohung rationaler, verzerrungsarmer Informationsweitergabe. Imitation bei der Verwertung und Weitergabe von Information führt zur Verwertung und Verbreitung nichtinformativer Signale, die Berichtersteller allein aufgrund des Verhaltens anderer Berichtersteller erhalten. Dadurch entstehen so genannte Informationskaskaden. Das Entstehen und die Konsequenz von Informationskaskaden, die sich aus abgeleiteten, nicht unabhängigen Entscheidungen ergeben, wird von Bikhchandani et al. (1992) modellhaft erklärt. Etwas vereinfacht ausgedrückt entstehen Informationskaskaden, die eine Form der Verzerrung im Prozess wirklichkeitsbezogener Berichterstattung sind, weil die sichtbaren Handlungen anderer, beispielsweise Meldungen, Kommentare und Stellungnahmen von Wettbewerbern, Irrtümer enthalten, die mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit rational ignoriert werden. Eine Schlüsselrolle spielen dabei beobachtbare Imitationshandlungen der Wettbewerber selbst, die zum Ursprung kaskadenhafter Ausbreitung von Irrtümern werden können.

Um dies mit einem Beispiel greifbarer zu machen sei an die zum Medienereignis des Januars 2009 gewordene Rücknahme einer im Jahr 1988 ausgesprochenen Exkommunikation einiger Weihbischöfe

der Bruderschaft katholischer Priester „Sankt Pius X.“ (FSSPX) erinnert. Diese zunächst harmlose pastorale Entscheidung des Papstes erhielt politische Sprengkraft durch die sachfremde Verknüpfung der pastoralen Entscheidung der Rücknahme des Exkommunikationsdekrets mit der vermeintlichen kirchenpolitischen Entscheidung über nichtdoktrinaire Ansichten eines der betroffenen Weibischöfe zur Geschichte des 20. Jahrhunderts. Aus einem Ereignis, das ohne diese sachfremde Verknüpfung außerhalb katholischer Fachzeitschriften keinerlei Beachtung gefunden hätte, wurde eine vermeintliche Story, die über ca. drei Wochen in der deutschsprachigen Presse als Topnachricht galt, was man insbesondere an der Platzierung von Nachrichten zu diesem Thema auf dem elektronischen Nachrichtenportal google-news (news.google.de) ersehen konnte. Die Informationskaskade scheint dabei folgendermaßen in Gang gekommen zu sein: Zunächst haben Spezialisten der großen Zeitungs- und Internetredaktionen (so genannte Vatikanisten) das Thema aufgegriffen und einigermaßen sachlich und verzerrungsarm analysiert. Da die über google-news erkennbare hohe Klickrate der Rezipienten auf Darstellungen über diese päpstliche Entscheidung Anlass gab, weiter, detaillierter und wohl auch reißerischer über das Thema zu berichten, haben neben den spezialisierten Vatikanisten auch die Chefredakteure Kommentare zur päpstlichen Haltung gegenüber der FSSPX verfasst. In dieser Phase scheint sich die falsche Vorstellung verselbständigt zu haben, dass mit der pastoralen auch eine politische Entscheidung zu Gunsten einer revisionistischen Deutung der Geschichte des 20. Jahrhunderts verbunden war. Die Verbreitung dieser Falschnachricht hatte eine derart machtvolle Rückwirkung auf das öffentliche Meinungsbild, dass sich selbst die deutsche Regierungschefin öffentlich über eine Exkommunikation zu äußern gedrängt sah, über einen Gegenstand also, der das Glaubensverständnis einer Protestantin eigentlich übersteigen sollte.

4 Ideologische Präferenzen – Eine Herausforderung für die Marktsystemtheorie

Dem eigentlichen Problem eines Rezipienten-Bias als Auslöser für Verzerrungen der Beichterstattung scheint man mit Wettbewerb

kaum beizukommen. Ein sehr konstruiert wirkendes Argument für Wettbewerb könnte auf die Existenz eines intraindividuellen Zielkonfliktes eines jeden Rezipienten abstellen. Demnach wollen Rezipienten verlässlich über die Welt informiert werden. Dabei sollen die Nachrichten jedoch nicht ihre grundlegenden Ansichten und Einstellungen herausfordern. Man könnte Wettbewerb nun als ein Entdeckungsverfahren würdigen, den besten Kompromiss zwischen diesen beiden Zielvorstellungen der Nachfrager zu finden. Es bleibt aber offen, wie man ein Marktergebnis bewertet, dass den Konsumentennutzen - und Produzentennutzen - maximiert, dabei jedoch das Ziel wahrhafter Berichterstattung dem ökonomischen Interesse beider Marktseiten unterordnet. Für eine solche Bewertung bedarf es eines Grundsatzentscheides, wie ihn die katholische Lehre vom Vorrang der Wahrheit vor den Forderungen der Freiheit, oder die des klassischen Liberalismus mit seinem Vertrauen in die Durchsetzungsfähigkeit der Wahrheit entgegen aller Verzerrungsanreize enthält.

Dieser Beitrag möchte daher eine zentrale Grundannahme der Ökonomik von einer bisher kaum beachteten Seite her in Frage stellen. Ein wesentliches Ergebnis der Marktsystemtheorie ist die beinahe im Range einer Gesetzmäßigkeit stehende Hypothese, dass die Existenz rationaler Wettbewerber jeglichen effizienzmindernden Einfluss irrationaler Marktteilnehmer bis zur Aufhebung reduziert. Eine solche Gesetzmäßigkeit hat schon Milton Friedman (1953) anhand des Verhaltens von Akteuren auf dem Finanzmarkt untersucht und für gültig befunden. Dieser Hypothese ist inzwischen mit empirischen und theoretischen Forschungsergebnissen entgegengetreten worden (Vgl. dazu Shleifer (2000) sowie Brunnermeier und Nagel (2004)). So zeigen DeLong et al. (1990), dass das Aufeinandertreffen von Investmentgesellschaften (hier die rationale Marktseite) und Investoren (hier die irrationale Marktseite) tatsächlich zu Blasenbildung, also zu spekulationsbedingtem Aufblähen der Preise bestimmter Wertpapiere, führen kann, auch wenn die rationale Marktpartei dies im Interesse der rationalitätsbeschränkten Marktseite verhindern könnte. Ähnliche Untersuchungen zu den Besonderheiten asymmetrisch rationaler Marktseiten sind von Glaser (2005) sowie von Murphy und Shleifer (2004) für den „Markt für politische Unterstützung“ angestellt worden. Eine so gesehen

grundsätzlich verwandte Fragestellung, die ein Aufsatz von Gabaix und Laibson (2006) behandelt, ist die nach dem Einfluss von Rationalitätsasymmetrien auf das Produktdesign. Der Annahme von Rationalitätsasymmetrien zwischen den Marktparteien könnte entgegengehalten werden, dass sie auf einem heterodoxen Menschenbild fußt. Für die hier angesprochenen Märkte, insbesondere für den eingehend betrachteten Medienmarkt, ist dies jedoch unzulässig. Entscheidend für die Rationalitätsasymmetrie sind die jeweiligen Motive und die Anreize zur Informationsverarbeitung, die sich zwischen den Marktparteien unterscheiden.

Neben dem intraindividuellen Zielkonflikt existiert das Bedürfnis der Rezipienten, durch den Prozess der medialen Informationsvermittlung als solchen eine Nutzensteigerung zu erfahren. Unter den Schlagworten Infotainment bzw. Edutainment versteht man genau diesen Versuch, den Nachrichtenempfang entkoppelt vom eigentlichen Nachrichtengehalt als nutzenstiftend zu vermarkten. Dies führt aus zumindest zwei Gründen zu einer weiteren Verzerrung:

- (1) *Selektion*: Rezipienten mit Interesse an einer Nutzensteigerung durch den Prozess der medialen Informationsvermittlung teilen ihre Zahlungsbereitschaft zwischen den zwei Nutzenkomponenten Nachrichtenqualität und Vermittlungsqualität (Unterhaltungswert). Dies liefert Berichterstattern einen Anreiz, solche Nachrichten bevorzugt zu übermitteln, deren Nutzen für den Konsumenten gering ist, deren schiere Übermittlung jedoch einer Wertschätzung durch die Rezipienten unterliegt. Ein Beispiel hierfür sind Skandalnachrichten: Um hier auf die Forschungsfrage nach dem Einfluss von Wettbewerb zu fokussieren, sei die Verbreitungspraxis von Skandalnachrichten (z.B. Inzestfällen) anhand eines Vergleichs zwischen dem monopolisierten Zeitungswesen der DDR und dem liberaleren der heutigen Bundesrepublik betrachtet. Es fällt auf, dass das monopolisierte Zeitungssystem der DDR ohne politische Notwendigkeit dergleichen Skandale zu verschweigen, auf solche Berichterstattung weitgehend verzichtet hat. Das liberalere System der Bundesrepublik bringt ganz offenkundig Anreize zur Geltung, Skandalgeschichten in aller Detailschärfe

und mit Blick auf basale Neigungen der Rezipienten auszu-
leuchten.

- (2) *Hypokrisie*: Hierunter soll der Mangel an Kritik gegenüber wettbewerbsbedingt sehr unterhaltsam vorgetragener Berichterstattung verstanden werden. Beispielsweise könnten Rezipienten dazu neigen, statt von „trockenen“ Nachrichtensendungen ihre politischen Informationen von Unterhaltungskünstlern (Kabarettisten, Karikaturisten, Komödianten) zu beziehen. Es liegt auf der Hand, dass derartig übertragene Informationen nicht mit dem gleichen Argwohn aufgenommen werden und dennoch einen Einfluss auf die Weltsicht ihrer Rezipienten nehmen. Sowohl für linksliberale (Hagen Rether) als auch für konservative (Harald Schmidt) Rezipienten finden sich im deutschen Sprachraum Angebote dieser Form extrem auf den Unterhaltungswert bedachter, politischer Informationsvermittlung.

5 Fazit – Brauchen wir pro-kompetitive Regulierungseingriffe im Mediensektor?

Im vorliegenden Beitrag wurde der Zusammenhang zwischen Wettbewerbsintensität und Verlässlichkeit bzw. Wahrhaftigkeit medialer Berichterstattung untersucht. Es fanden sich starke Argumente für beide möglichen Hypothesen: Wettbewerb verringert Verzerrungen oder Wettbewerb verstärkt Verzerrungen in der medialen Berichterstattung. Insbesondere zu Gunsten der letzteren Hypothese wurde eine Reihe von Argumenten entwickelt, die so in der Literatur noch nicht beachtet, geschweige denn gewürdigt wurden und die die klassisch-liberale Position, Wettbewerb sei per se wahrheitsdienlich, in Frage stellen. So verhilft eine eingehende Analyse des wettbewerblichen Parallel- und Austauschprozesses zwischen verschiedenen Medienunternehmen (Berichterstattern) und zwischen Unternehmen und Rezipienten zu der Einsicht, dass Wettbewerb nicht nur Verzerrungen zu beheben vermag, sondern er auch zu Verzerrungsgleichgewichten, deren Gleichgewichtscharakter an der Dauerhaftigkeit wahrgenommener Verzerrung erkennbar ist, führen kann. Wettbewerb ist dann nicht das *Mittel gegen*, sondern die

Ursache der Krankheit. Eine besondere Rolle hierbei spielt die ausgeprägte Zweiseitigkeit von Medienmärkten.

Dies legt die Schlussfolgerung nahe, dass eine Wettbewerbsaufsicht für den Mediensektor nicht mit Blick auf die Produktqualität, dass heißt mit Blick auf die sachgemäße Weitergabe von Informationen gerechtfertigt werden sollte. Es scheint sinnvoll zu sein, andere Instrumente als die der Wettbewerbspolitik in den Blick zu nehmen, um ordnungspolitisch auf das Ziel höherer Produktqualität im Bereich politischer Berichterstattung hinzuwirken. Sowohl die erörterten Theorieargumente als auch die simple Schau der Programmpolitiken und der kommunizierten Meinungen und Kommentare deuten darauf hin, dass der Wettbewerb die Konzentration der großen Anbieter in der Mitte des Meinungsspektrums nicht verhindert und somit keinen ausreichenden Pluralitätsimpuls setzt. Viel mehr als vom Wettbewerb dürfte die Pluralität der Meinungslandschaft von der Freiheit einzelner Berichterstatter zur Verlautbarung unorthodoxer Weltansichten, von der Unbefangenheit im Umgang mit Fakten und das heißt auch von der Fähigkeit der kritischen Öffentlichkeit zu negativer Toleranz abhängen. Negative Toleranz ist die dulden-de Toleranz, die es erträgt, dass andere auf für irrig befundenen Ansichten beharren. Zur negativen Toleranz, zum Geltenlassen von Anderssein, gehört neben dem Geltenlassen des ethnischen, kulturellen oder sexuellen auch das Geltenlassen des überzeugungsmäßigen Andersseins. Dies wird von der Forderung nach positiver Toleranz, nach Intoleranz gegenüber bestimmten Überzeugungen ausgehöhlt. Toleranz gegen überzeugungsmäßiges Anderssein darf immer nur für den anders Überzeugten, nicht für die andere Überzeugung gefordert werden, weil sie sich sonst selbst aufhebt. Insofern hängt die Frage nach Diversität und Verzerrungsfreiheit der medialen Informationsvermittlung von gänzlich anderen Faktoren ab, als von der Marktstruktur. Dieses Urteil schließt freilich nicht aus, dass es andere Beweggründe für eine wettbewerbsfördernde Regulierung des Mediensektors geben mag.

Literaturverzeichnis

- ALTERMAN, ERIC (2003): *What liberal media? The truth about bias and the news*, New York: Basic Books.
- ANAND, B., R. DI TELLA und A. GALETOVIC (2007): Information or Opinion? Media Bias as Product Differentiation, in: *Journal of Economics & Management Strategy*, 16: 635–682.
- BAKER, C. (1994): *Advertising and a Democratic Press*, Princeton: Princeton University Press.
- BARTLETT, FREDERIC (1932): *Remembering: A study in experimental and social psychology*, Cambridge, Cambridge University Press, 1932.
- BAUDER, DAVID (2004): CBS News Says It Held Off on Prisoner Abuse Story for Two Weeks; in: *Associated Press*, May 3.
- BESLEY, TIMOTHY und ANDREA PRAT (2006): Handcuffs for the Grabbing Hand? Media Capture and Government Accountability.” *American Economic Review*, 96(3), 720–36.
- BIKHCHANDANI, SUSHIL, DAVID HIRSHLEIFER und IVO WELCH (1992): A Theory of Fads, Fashion, Custom, and Cultural Change as Informational Cascades, in: *Journal of Political Economy*, 100, 5, S. 992-1026.
- BRUNNERMEIER, MARKUS K. und STEFAN NAGEL (2004): Hedge Funds and the Technology Bubble, in: *Journal of Finance*, 2004, 59(5), S. 2013–2040.
- COASE, RONALD H. (1974): The Market for Goods and the Market for Ideas, in: *American Economic Review*, 1974, 64(2), S. 384–91.
- COLLIER, WILL (2007): I Was an eBay Voldemort. *National Review Online*, July 19.

- COULTER, ANN (2003): *Slander: Liberal lies about the American Right*. New York: Three Rivers Press.
- CURRAN, J. und J. SEATON (2003): *Power Without Responsibility: The Press and Broadcasting in Britain*, 6. Auflage, London: Routledge.
- CZYGAN, MARCO (2003): *Wettbewerb im Hörfunk in Deutschland. Eine industrieökonomische Analyse*, Baden-Baden.
- DE LONG, J. BRADFORD; ANDREI SHLEIFER; LAWRENCE H. SUMMERS and ROBERT J. WALDMANN (1990): Positive Feedback Investment Strategies and Destabilizing Rational Speculation, in: *Journal of Finance*, 1990, 45(2), S. 379–395.
- DEWENTER, RALF (2007): *Crossmediale Fusionen und Meinungsvielfalt*, Diskussionspapier der Universität der Bundeswehr Hamburg Nr. 65.
- DJANKOV, SIMEON; CARLEE MCLIESH; TATIANA NENOVA und ANDREI SHLEIFER (2003): Who Owns the Media?, in: *Journal of Law and Economics*, 2003, 46(2), pp. 341–81.
- DYCK, ALEXANDER und LUIGI ZINGALES (2002): The Corporate Governance Role of the Media, in: Roumeen Islam, ed., *The right to tell: The role of media in development*. Washington, DC: 2002, pp. 107–37.
- EFRON, EDITH (1971): *The News Twisters*. Los Angeles: Nash Publishing.
- ELLMAN, MATTHEW und FABRIZIO GERMANO (2009): What do the Papers Sell? A Model of Advertising and Media Bias, in: *Economic Journal*, 4/2009, Bd. 119 Heft 537, S. 680–704.

- FEDLER, F., M. MEESKE, AND J. HALL (1979): Time Magazine Revisited: Presidential Stereotypes Persist, in: *Journalism Quarterly*, 56, 353–359.
- FRANKEN, AL. (2003): *Lies and the lying liars who tell them: A fair and balanced look at the Right*. New York: E.P. Dutton & Company.
- FRIEDMAN, MILTON (1953): The Case for Flexible Exchange Rates, in: Milton Friedman, in: *Essays in positive economics*, Chicago: University of Chicago Press, 1953, S. 157–203.
- GABSZEWICZ, J.J., D. LAUSSEL und N. SONNAC (2001): Press advertising and the ascent of the *Pensée Unique*, in: *European Economic Review*, vol. 45(4-6), S. 641–51.
- GABAIX, XAVIER und DAVID LAIBSON (2006): Shrouded Attributes, Consumer Myopia, And Information Suppression In Competitive Markets, in: *Quarterly Journal of Economics*, 2006, v121(2,May), S. 505-540.
- GENTZKOW, MATTHEW und JESSE M. SHAPIRO (2006): What Drives Media Slant? Evidence from U.S. Daily Newspapers., in: *National Bureau of Economic Research Working Paper 12707*.
- (2006b): Media bias and reputation, in: *Journal of Political Economy* 114, Nr. 2, S. 280-316
- (2008): Competition and Truth in the Market for News, in: *Journal of Economic Perspectives – Volume 22, 2*, S. 133-154.
- GLAESER, EDWARD L. (2005): The Political Economy of Hatred, in: *Quarterly Journal of Economics*, 2005, 120(1), S. 45–86.
- GOLDBERG, B. (2002): *Bias: A CBS Insider Exposes How the Media Distort the News*, Washington.

- GRABER, DORIS (1984): Processing the news: How people tame the information tide. New York: Longman Press, 1984.
- HANFELD, MICHAEL (2006): Hartz IV für den MDR, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. Mai 2006.
- HAROLD HOTELLING (1929): Stability in Competition. *Economic Journal*, 39, S. 41-57.
- HAYAKAWA, SAMUEL I. (1940): Language in thought and action, 5. Auflage, New York: Harcourt, Brace & Company (Hrsg.), 1990. Erstveröffentlichung 1940 durch Harcourt, Brace & Company.
- HAYEK, FRIEDRICH (1945): The Use of Knowledge in Society, *American Economic Review*, 35(4): S. 519–530.
- HAMILTON, J.T. (2004): All the News That's Fit to Sell: How the Market Transforms Information into News, Princeton: Princeton University Press.
- ISLAM, ROUMEEN (2002): Into the Looking Glass: What the Media Tell and Why - An Overview, in: World Bank Institute, The Right to Tell: The Role of Mass Media in Economic Development, WBI Development Studies. Washington DC.
- JONES, ROBERT W. (1947): Journalism in the United States. New York.
- LAHME, TILLMAN (2006): Die EU bezahlt Journalisten, um ihr Image zu pflegen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. Mai 2006.
- LIPPMANN, W. (1931). On two revolutions, in: *Yale Review*, Bd. 20(3), S. 433–441.
- LORD, CHARLES G.; LEE ROSS UND MARK R. LEPPER (1979): Biased Assimilation and Attitude Polarization: The Effect of Theories on Subsequently Considered Evidence, in: *Journal of Personality and Social Psychology*, 1979, 37(11), S. 2098–2109.

- MENCKEN, H. (1975): *A Gang of Pecksniffs*, Arlington House Publishers, New Rochelle, New York.
- MERRILL, J.C. (1965): How Time Stereotyped Three US Presidents, *Journalism Quarterly*, 42, S. 563–570.
- MILTON, JOHN (1644): *The Areopagitica*. Elektronische Quelle: http://www.dartmouth.edu/~milton/reading_room/areopagitica/
- MULLAINATHAN, SENDHIL und ANDREI SHLEIFER (2005): The Market for News, in: *American Economic Review*, 95(4), S. 1031–1053.
- MURPHY, KEVIN M. UND ANDREI SHLEIFER (2004): Persuasion in Politics, in: *American Economic Review*, 2004, (Papers and Proceedings), 94(2), S. 435–439.
- OKUN, ARTHUR M. (1975): *Equality and Efficiency - The Big Tradeoff*, Washington.
- PRAT, ANDREA und DAVID STROMBERG (2005): *Commercial Television and Voter Information*. CEPR Discussion Papers, 4989.
- RABIN, MATTHEW und JOEL L. SCHRAG (1999): First Impressions Matter: A Model of Confirmatory Bias, in: *Quarterly Journal of Economics*, 1999, 114(1), S. 37–82.
- SCHAUER, FREDERICK (1986): The Role of the People in First Amendment Theory, Symposium: New Perspectives in the Law of Defamation, *California Law Review*, 74(3), S. 761–788.
- SCHNEIDER, WOLF, BERND MATTHIES und MATTHIAS NAß (1992) „Unsere tägliche Desinformation. Wie die Massenmedien uns in die Irre führen“, Erstauflage 1984, 5. Aufl., München.

- SEVERIN, WERNER J. und JAMES W. TANKARD JR. (1992): *Communication theories: Origins, methods and uses in the mass media*, 3. Auflage, New York.
- SHLEIFER, ANDREI (2000): *Inefficient markets: An introduction to behavioral finance*. Oxford: Oxford University Press, 2000.
- SMITH, JEFFREY A. (1981): Freedom of Expression and the Marketplace of Ideas Concept from Milton to Jefferson, in: *Journal of Communication Inquiry*, 7(1), S. 47–63.
- STEINER, P.O. (1952): Program Patterns and Preferences and the Workability of Competition in Radio Broadcasting, *Quarterly Journal of Economics* 66(2), 194–223.
- STEPHENS, MITCHELL (1988): *A History of News: From the Drum to the Satellite*, New York.
- STROMBERG, DAVID (2001): Mass Media and Public Policy, in: *European Economic Review*, 2001, 45(4–6), S. 652–63.
- SUROWIECKI, JAMES (2007): *Die Weisheit der Vielen*, München.
- SUTTER, D. (2001): Can the Media be so Liberal? The Economics of Media Bias, in: *Cato Journal*, Vol. 20, No. 3, S. 431–451.
- WOODS, OLIVER UND JAMES BISHOP (1983): *The Story of the Times*. London.
- ZALLER, JOHN R. (1992): *The nature and origins of mass opinion*. Cambridge: Cambridge University Press, 1992.
- ZALLER, JOHN (1999): Market Competition and News Quality, Diskussionspapier des Annual Meetings of the American Political Science Association, Atlanta, Elektronische Quelle: <http://www.sscnet-ucla.edu/polisci/faculty/zaller/News%20quality%20paper.pdf>.

2. Zur Berechnung des Subventionswertes von staatlichen Bürgschaften

Torsten Steinrücken

*„Bürge werden, leih'n und borgen, macht
grau Haar und große Sorgen.“
Deutsches Sprichwort*

1 Vorbemerkungen

Die Einführung der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg war zugleich die Geburtsstunde von Staatsbürgschaften. Während die Weimarer Reichsverfassung eine derartige staatliche Unterstützung noch nicht kannte und in Art. 87 Weimarer-Reichsverfassung die Grenzen eines solchen staatlichen Engagements nur recht vage umschrieb, wurde in Art. 115 GG der Bundesrepublik Deutschland neben den anderen staatlichen Unterstützungen auch die Staatsbürgschaft als ein wichtiges Instrument staatlicher Wirtschaftspolitik eingeführt (Lambsdorff und Skora 1994, 45f.).

In jüngster Zeit standen vor allem die Bürgschaften des Staates zur Bankenrettung und zur Rettung von Opel in der Diskussion. So belief sich die Gesamtsumme der staatlichen Bürgschaften für die inzwischen verstaatlichte Hypo Real Estate (HRE) auf gut 100 Milliarden Euro. Die Bank hatte im Jahr 2009 einen Vorsteuerverlust von knapp 2,5 Milliarden ausgewiesen. 2008 hatte der Vorsteuerverlust bei 5,4 Milliarden Euro gelegen. Hierdurch war die Bank im Zuge der Schieflage bei der amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers in einen massiven Liquiditätsengpass geraten. Die HRE konnte ihre Pleite nur durch die Bürgschaften von anderen Banken und dem Staat abwenden.

2 Funktionsweise einer Bürgschaft

Eine Bürgschaft ist ein Vertrag, durch den sich ein Bürge gegenüber dem Gläubiger verpflichtet, für die Verbindlichkeiten eines Dritten einzustehen¹. Das Wesen einer Bürgschaft besteht in der Sicherung einer Forderung des Gläubigers gegen den Hauptschuldner. Eine staatliche Bürgschaft ermöglicht es damit Unternehmen, Kredite zu günstigeren Konditionen aufzunehmen, da das Verlustrisiko der Bank durch die staatliche Bürgschaft sinkt und die Risikoprämie der Bank geringer ausfallen kann. Die staatlichen Garantien können auf diese Weise den Aufbau neuer Unternehmen erleichtern und Firmen in die Lage versetzen, Kredite aufzunehmen, um ihren Geschäftsbereich auszuweiten oder überhaupt weiter im Geschäft zu bleiben.

Bei der Vergabe einer (öffentlichen) Ausfallbürgschaft entsteht eine Dreiecksbeziehung zwischen der Bank, dem Kreditnehmer und dem Bürgen. Will ein Gläubiger einen Bürgen in Anspruch nehmen, muss er zunächst versuchen, bei seinem Hauptschuldner an sein Geld zu kommen. Erst danach kann er den Bürgen haftbar machen. Bei einer selbstschuldnerischen Bürgschaft kann sich der Gläubiger auch direkt an den Bürgen wenden. Eine Bürgschaft bezieht sich immer auf ein konkretes Kreditverhältnis zwischen der Bank und dem Kreditnehmer². Der Kreditnehmer wird durch die Bürgschaft also nicht von seiner Verpflichtung entbunden, den Kredit zurückzuzahlen. Vielmehr dient die Bürgschaft der Absicherung des Risikos der Bank. Die Bank übernimmt die Auszahlung des Kredites teilt sich aber mit dem Bürgen - in Abhängigkeit vom Verbürgungsgrad - das Kreditausfallrisiko. In der Regel beträgt der Verbürgungsgrad in Deutschland maximal 80%, was bedeutet, dass min-

¹ Im deutschen Recht gibt es keine verbindliche Legaldefinition des Begriffs „Bürgschaft“. So heißt es in § 765 Abs.1 BGB lediglich: „Durch den Bürgschaftsvertrag verpflichtet sich der Bürge gegenüber dem Gläubiger eines Dritten, für die Erfüllung der Verbindlichkeit des Dritten einzustehen.“

² Von einer akzessorischen Bürgschaft spricht man, wenn die Sicherheit vom Bestehen einer Forderung abhängig ist. Erlischt bei einer akzessorischen Bürgschaft die Forderung, so erlischt damit auch die Bürgschaft.

destens 20% des Obligos bzw. des Kreditrisikos bei der Bank verbleibt.

Am häufigsten werden staatliche Bürgschaften als Sicherheitenersatz bei Darlehens- beziehungsweise Kreditverträgen eingesetzt. Sofern die Gesellschaft und die Eigentümer der Gesellschaft über keine ausreichenden Sicherheiten verfügen, kann eine Bürgschaft deren Kreditwürdigkeit erhalten oder herstellen. In den meisten Fällen müssen die Gesellschafter dem Bürgschaftsinstitut eine persönliche Schuldübernahme erklären. In Deutschland unterscheidet man zwischen zwei Bürgschaftsarten:

- Den *Brutto-Programmen*, bei denen der Kreditnehmer für den Kredit in seiner Gesamtheit, also für den Teil des Kredits, der durch die staatliche Bürgschaft gedeckt ist, und für den Teil des Kredits, der im wirtschaftlichen Risiko der Bank liegt, Sicherheiten stellt.
- Bei den *Netto-Programmen* deckt die Bürgschaft nur den Teil des Kredites ab, der nicht mit Sicherheiten unterlegt ist.

Der übliche Weg zu einer Bürgschaft führt über die Hausbank, die das zu finanzierende Vorhaben begleitet. Neu eingeführt haben einige Bundesländer Programme, bei dem der Interessent direkt bei einer Bürgschaftsbank eine Bürgschaft beantragt – und sich mit der Bürgschaftszusage bei seiner Hausbank um den Kredit bemüht. Solche Bürgschaftsprogramme nennt man „Bürgschaft ohne Bank“.

3 Ökonomische Wirkungen

Öffentliche Bürgschaften sind Finanzierungsergänzungen. Die öffentliche Bürgschaft wird in verschiedenen Förderbereichen gewährt, jedoch liegt das Hauptgewicht bei Investitionsdarlehen und Kapitalbeteiligungen. Bürgschaftsfähige Finanzierungsprojekte sind zum Beispiel:

- Gründungs-, Projekt- und Nachfolgefinaanzierungen,

- Wachstumsbedingte beziehungsweise verlustbedingte Finanzierungen,
- Rationalisierungs- und Modernisierungsmaßnahmen,
- Auffanglösungen, Restrukturierungen, Sanierungen.

Öffentliche Bürgschaften bis circa 750.000 Euro werden in Deutschland von Bürgschaftsbanken, Bürgengemeinschaften und Kreditgarantiegemeinschaften vergeben. Für größere Summen stehen dann Landesbürgschaften bereit. Die Vergabe einer staatlichen Bürgschaft hat zum einen Auswirkungen auf (1) die Bank und zum anderen auf (2) den Kreditnehmer.

(1) Durch eine staatliche Bürgschaft vermindert sich das Kreditausfallrisiko der Bank, was bedeutet, dass sie weniger Eigenkapital gemäß den Eigenkapitalhinterlegungsvorschriften hinterlegen muss. Die Vergabe von staatlichen Bürgschaften hat demnach auch Auswirkungen auf Dritte, denn durch die staatliche Bürgschaft werden für die Bank Anreize geschaffen, weitere Kredite an andere Kreditnehmer zu gewähren. Zudem erfolgt durch die Risikoteilung zwischen der Bank und dem staatlichen Bürgen (Bund, Land oder Gemeinde) eine Doppelprüfung.

(2) Aus Sicht des Kreditnehmers erhält dieser Zugang zu Bankkrediten bzw. zu Finanzierungsbedingungen, die er ohne Bürgschaft nicht bekäme. Damit kann eine öffentliche Bürgschaft Vorhaben ermöglichen, die ohne diese Zusatzsicherheit nicht zu finanzieren gewesen wären. Für die Inanspruchnahme der Bürgschaft muss der Kreditnehmer ein Entgelt an den Bürgen entrichten.

Obwohl eine Bürgschaft zunächst keine Belastung des öffentlichen Haushaltes hervorruft sogar im Gegenteil Einnahmen durch die Bürgschaftsentgelte erzeugt, verbinden sich mit der Vergabe von Bürgschaften Haushaltsrisiken für die öffentliche Hand.

So lag im Freistaat Sachsen im Jahr 2006 der Gesamtbestand an ausgereichten Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen am 31.12.2006 bei rd. 6,1 Mrd. €. Dies entsprach rd. 37 % des Isthaltshaushaltsvolumens des Jahres 2006. Durch den Verkauf der

Sachsen LB wurde im Haushaltsjahr 2007 erstmalig die Ermächtigung zur Übernahme von Bürgschaften und Garantien in Höhe von 1,65 Mrd. € nach § 12 Abs. 3 HG ausgeschöpft. Weitere 1,1 Mrd. € folgten im Jahr 2008. Diese Gewährleistungen stellen 9,9 bzw. 6,8 % des Haushaltsvolumens der Jahre 2007 bzw. 2008 dar³.

Gleichwohl verbinden sich mit der Bürgschaftsvergabe auch Vorteile für den Staat und die Volkswirtschaft als ganzes. So beziffert eine Studie von Elkan und Schmidt (2007) den volkswirtschaftlichen Nutzen der deutschen Bürgschaftsbanken. Das Ergebnis der Studie zeigt, dass das Bruttoinlandsprodukts Deutschlands jährlich um durchschnittlich 3,4 Milliarden Euro durch die Vergabe von Bürgschaften gesteigert wird.

4 Der Beihilfewert

Mit der Vergabe von staatlichen Bürgschaften an Unternehmen ist unter Umständen eine Beeinflussung und ggf. Verzerrung des Wettbewerbs verbunden. Eine Beeinflussung des Wettbewerbs ist immer dann zu vermuten, wenn die Konditionen der öffentlichen Bürgschaft von den marktüblichen Konditionen abweichen und Unternehmen die Bürgschaft zu niedrigeren Preisen als am Markt üblich offeriert werden. Wann eine Beihilfe den Charakter einer Subvention (Beihilfe) annimmt, kann mit dem sogenannten *Beihilfewert* bestimmt werden. Der Beihilfewert (auch oft als Subventionsäquivalent, Höhe der Beihilfe oder Subventionswert bezeichnet) ist die Höhe der Vergünstigung des Förderproduktes im Gegensatz zu einem vergleichbaren Produkt zu Marktbedingungen. Der Beihilfewert B kann folgende Zustände annehmen:

$$(1) \quad \text{Beihilfewert} \begin{cases} B > 0 & \text{bessere Konditionen als marktüblich } (\rightarrow \text{Subvention}) \\ B = 0 & \text{Marktäquivalente Konditionen} \\ B < 0 & \text{schlechtere Konditionen als marktüblich} \end{cases}$$

Für die Berechnung des Beihilfewertes einer staatlichen Bürgschaft ist insbesondere die Differenz zwischen dem vom Staat getragenen

³ Vgl. Sächsischer Rechnungshof (2008, S.89).

Risiko, das von der Wahrscheinlichkeit des Ausfalls des verbürgten Kredites abhängt, und den Prämien, die der Staat für seine Bürgentätigkeit erhält, ausschlaggebend.

Der Beihilfewert einer Bürgschaft entspricht der Summe des Barwertes der Entschädigungszahlungen, die der Bürge voraussichtlich an den Kreditgeber zahlen wird, abzüglich der Summe des Barwertes der für die gesamte Bürgschaftsdauer erwarteten Bürgschaftsentgelte⁴.

Hinsichtlich der Abschätzung des Beihilfecharakters von Bürgschaften sind verschiedene Berechnungsmethoden vorstellbar. Im Folgenden wird die in der Bundesrepublik Deutschland seit 2007 verwandte Methode näher beschrieben, die die Europäische Kommission als vereinbar mit europäischem Recht anerkannt hat⁵. Für die Berechnung des Beihilfewertes nach dieser Methode sind die folgenden Parameter bedeutsam:

- a) Ausfallwahrscheinlichkeit
- b) Erlösquote (Recovery Rate)
- c) Grenzausfallwahrscheinlichkeit
- d) Tilgungsplan
- e) Abzinsungssatz
- f) Bürgschaftsentgelt

a) Ausfallwahrscheinlichkeit (a)

Der Abschätzung und Berechnung der Ausfallwahrscheinlichkeit des Kredites kommt bei der Beurteilung von Bürgschaftskonditionen eine zentrale Rolle zu. Die Berechnung stützt sich auf eine vom Kreditgeber (Kreditinstitut, Bank) durchgeführte Bewertung des Risikos des einzelnen Kreditnehmers⁶. Auf Basis dieser Bewertung (Unternehmensrating) wird der Kreditnehmer in eine entsprechen-

⁴ Vgl. K(2007) 4287 – Staatliche Beihilfe N 197/2007 – Deutschland – Methode zur Berechnung der Beihilfeintensität von Bürgschaften.

⁵ Siehe K(2007) 4287 – Staatliche Beihilfe N 197/2007 – Deutschland – Methode zur Berechnung der Beihilfeintensität von Bürgschaften.

⁶ Das Rating basiert grundsätzlich auf einer eingehenden Analyse sowohl „harter“ Finanzkennzahlen als auch „weicher“ Faktoren wie beispielsweise Managementqualität.

de Ratingkategorie eingestuft. Jeder Ratingkategorie sind empirisch ermittelte Ausfallwahrscheinlichkeiten zugeordnet. Diese Methode koppelt den Beihilfewert der Bürgschaft mithin unmittelbar an die Wahrscheinlichkeit eines Ausfalls des begünstigten Unternehmens. Die von den Kreditinstituten verwendeten Mehrjahresausfallwahrscheinlichkeiten werden jedoch üblicherweise als Geschäftsgeheimnisse betrachtet. Sie werden weder veröffentlicht noch gegenüber dem Kreditnehmer oder dem Bürgen offengelegt. Lediglich die Einjahres-Ausfallwahrscheinlichkeit wird offengelegt. Auf Basis der von der Bank übermittelten Einjahres-Ausfallwahrscheinlichkeit werden die Mehrjahresausfallwahrscheinlichkeiten hochgerechnet⁷.

Rating-kategorie	1-Jahres PD	Bonitäts-index	2-Jahres PD	3-Jahres PD	4-Jahres PD	5-Jahres PD
1	2,00	100-262	2,2525	3,8087	5,4379	6,6248
2	3,00	263-278	3,4375	5,4387	7,3122	8,8945
3	4,50	279-309	4,9115	7,6106	9,9516	11,8842
4	7,00	310-339	10,4740	15,0189	18,7805	20,6897
5	10,00	340-382	18,0532	24,5023	28,2599	31,4100

Tabelle: Mehrjahresausfallquoten und Beihilfewert (PD= „Probability of Default“ in %)⁸

b) Erlösquote (Recovery Rate, r)

Die Ausfallwahrscheinlichkeiten geben an, wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, dass die Zahlungen eines bestimmten Unternehmens ausfallen und der Kreditgeber die staatliche Bürgschaft in Anspruch nimmt. Wenn es zu einem solchen Ausfall kommt und die Bürgschaft in Anspruch genommen wird, beläuft sich die Zahlung des Bürgen an den Kreditgeber jedoch für gewöhnlich nicht auf die volle Höhe der Bürgschaft. Denn bei einem Ausfall verringert sich meist der Verlust für den Kreditgeber und den Bürgen durch verschiedene Faktoren. So werden Gläubiger versuchen, durch Pfändung und Verkauf von Sicherheiten, mit denen der Kredit unterlegt

⁷ Unter Zuhilfenahme von Daten der Creditreform.

⁸ Vgl. Europäische Kommission
http://ec.europa.eu/community_law/state_aids/comp-2007/n197-07.pdf.

wurde, Geld zurückzuerlangen. Ferner könnten die Gläubiger durch den Verkauf anderer Vermögenswerte Geld zurückzuerlangen. Aufgrund dessen muss die sogenannte Erlösquote berücksichtigt werden, die angibt, inwieweit der Verlust des Bürgen bei einem Ausfall durch diese beiden Faktoren verringert wird. Die Erlösquote wird auf Grundlage von Erlösquoten bestimmter Bürgschaftsprogramme in Deutschland für die Jahre 2004 bis 2006 für Netto Programme mit 12,5 % und für Brutto-Programme mit 20,0% angesetzt. Durch die Erlöse verringern sich die vom Bürgen bei einem Ausfall zu tragenden Kosten. Daher ist zur Ermittlung des für den Bürgen relevanten Betrags die Ausfallwahrscheinlichkeit mit dem Faktor $(1-r)$ zu multiplizieren. Die korrigierte Ausfallwahrscheinlichkeit (a^*) ergibt sich dann als:

$$(2) \quad a^* = (1-r)a.$$

c) Grenzausfallwahrscheinlichkeit (g)

Die Entschädigungszahlung, die ein Bürge im Rahmen der Bürgschaft an einen Kreditgeber leisten muss, erfolgt unter Umständen erst Jahre nach der Gewährung der Bürgschaft. Dies ist beispielsweise dann der Fall, wenn die Insolvenz des Kreditnehmers erst Jahre nach Vergabe des verbürgten Kredites eintritt. Da der Barwert einer künftigen Zahlung geringer ist als ihr nomineller Wert, muss bestimmt werden, wann diese Zahlung zu erwarten ist, so dass sie entsprechend abgezinst werden kann. Deshalb muss für jedes einzelne Jahr der Bürgschaftslaufzeit ermittelt werden, wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, dass der Bürgschaftsfall eintritt. Zu diesem Zweck muss für jedes Jahr die Grenzausfallwahrscheinlichkeit bestimmt werden. Die Grenzausfallwahrscheinlichkeit g ergibt sich aus der Differenz zwischen der kumulierten Ausfallwahrscheinlichkeit eines Jahres t und der des Vorjahres $t-1$, d.h. $a_t - a_{t-1}$. Durch Multiplikation dieses Ergebnisses mit der korrigierten Ausfallwahrscheinlichkeit (2) erhält man die Bürgschaftszahlungswahrscheinlichkeit für das betreffende Jahr der Bürgschaftslaufzeit, d.h.

$$(3) \quad g = (a_t - a_{t-1}) \cdot (1-r).$$

d) Tilgungsplan

Der Zeitplan für die Rückzahlung eines Kredites hat einen großen Einfluss auf das vom Bürgen zu tragende Risiko. Denn das Risiko bei einem zehnjährigen Kredit, der in zehn gleichen Jahresraten getilgt wird, ist sehr viel geringer als ein zehnjähriger Kredit, dessen Nennwert erst am Ende der Kreditlaufzeit zurückzuzahlen ist. Denn im letztgenannten Fall steht für der Kreditgeber der gesamte Betrag über die gesamte Laufzeit im Obligo, wohingegen im ersten Fall der Kreditsaldo allmählich sinkt und zu Beginn des letzten Jahres nur noch ein Zehntel des Anfangsbetrages ausmacht⁹. Der Tilgungsplan gibt mithin zu Beginn jedes Jahres der Kreditlaufzeit den im Obligo stehenden Betrag an.

e) Abzinsungssatz (δ)

Für die Ermittlung der Barwerte der wird ein Abzinsungssatz δ gebraucht, der wie folgt definiert ist:

$$(4) \quad \delta = 1/(1+i)^t$$

Zum Zeitpunkt der Bürgschaftsgewährung wird der Abzinsungssatz auf Basis des EU-Referenzzinssatzes (i) ermittelt.

f) Bürgschaftsentgelt (e) und Verwaltungskosten

Für die Bereitstellung der Bürgschaft und die Übernahme des hiermit verbundenen Risikos wird ein Bürgschaftsentgelt verlangt. Dieses kann einheitlich für alle Ratingkategorien festgelegt werden (z.B. 1 %). Es ist aber auch möglich je nach Risiko/ Ratingkategorien unterschiedliche Bürgschaftsentgelte zu verlangen. So sind Bürgschaftsprämien zwischen 0,75 % und 2,50 % p. a. je nach Ratingkategorie zu beobachten. Der für die Abschätzung der Wettbewerbsbeeinflussung zu ermittelnde Beihilfewert ist von dem jeweiligen Entgelt der öffentlichen Bürgschaft abhängig. Üblicherweise haben Unternehmen, die eine staatliche Bürgschaft beantragen, zusätzlich zum Bürgschaftsentgelt ein einmaliges Antragsentgelt von 0,25 % bis 2,5 % des Bürgschaftsbetrages zu entrichten. Die Verwaltungskosten finden in der Berechnung des Beihilfewertes keine Berücksichtigung. Die Tabelle im Anhang liefert einen beispielhaften

⁹ Vgl. K(2007) 4287 – Staatliche Beihilfe N 197/2007 – Deutschland – Methode zur Berechnung der Beihilfeintensität von Bürgschaften.

Überblick über die Berechnung des Subventionswertes einer staatlichen Bürgschaft. Bei der Berechnung wurden folgende Werte unterstellt: Zehnjährige Tilgung, Erlösquote (r) 20%, Abzinsungssatz (i) 4,62%, Bürgschaftsentgelt (e) 1 %, Ratingkategorie 3.

Das Berechnungsbeispiel im Anhang zeigt, dass bei einer Bürgschaft mit zehnjähriger Tilgung, einer Erlösquote von 20%, einem Abzinsungssatz von 4,62%, einem Bürgschaftsentgelt von 1 % und einer Ratingkategorie 3 der Beihilfewert 3,759% beträgt. D.h. wenn dem Unternehmen unter diesen Bedingungen eine Bürgschaft von 1 Mio. € aus öffentlichen Mitteln gewährt wird, dann entspricht diese Bürgschaft einem nichtrückzahlbaren Zuschuss in Höhe von 37.590€.

5 Resümee

Der Beitrag zeigt, dass der Subventions- oder Beihilfewert einer Bürgschaft von verschiedenen Parametern abhängt. Die Vergabe einer Bürgschaft in Höhe von einer Million Euro bedeutet keineswegs, dass der Staat das betreffende Unternehmen in dieser Höhe begünstigt. Der Wert der tatsächlichen Begünstigung durch die staatliche Bürgschaft wird anhand des Subventions- oder Beihilfewertes sichtbar. Dieser ist deutlich kleiner als die Bürgschaft. So beträgt der Subventionswert bei einer staatlichen Bürgschaft von einer Million Euro ca. 37.000€ (vgl. Beispiel im Anhang). Die Attraktivität staatlicher Bürgschaften für Unternehmen wird – neben dem relativ geringen Fördervorteil – auch durch die Kosten für die Inanspruchnahme der staatlichen Bürgschaft und die mit Bürgschaften teilweise verbundenen Auflagen eingeschränkt. Auch wenn die Summen, die für staatliche Bürgschaften häufig sehr groß erscheinen, das tatsächliche Geschenk an die Unternehmen – die wirkliche Förderung – ist viel kleiner.

Literaturverzeichnis

Lambsdorff, Hans Georg Graf und Bernd Skora (1994): Handbuch des Bürgschaftsrechts, München.

Sächsischer Rechnungshof (2008): Mittelbindung und Risiken im Haushalt., online verfügbar:
www.rechnungshof.sachsen.de/jb2008/jb08-03.pdf .

Elkan, Marco van und Axel G. Schmidt (2006) : Der gesamtwirtschaftliche Nutzen der deutschen Bürgschaftsbanken, Trierer Schriften zur Mittelstandsökonomie ; 7, Berlin 2007.

Anhang 1: Beispiel für die Berechnung des Beihilfewertes einer Bürgschaft: Zehnjährige Tilgung, Erlösquote (r) 20%, Abzinsungssatz (i) 4,62%, Bürgschaftsentgelt (e) 1 %, Ratingkategorie 3

		Jahr 1	Jahr 2	Jahr 3	Jahr 4	Jahr 5	Jahr 6	Jahr 7	Jahr 8	Jahr 9	Jahr 10
1	Ausfallwahrscheinlichkeit (laut Creditreform)	a	4,500	4,912	7,611	9,952	11,884	13,267	14,240	15,068	15,889
2	Ausfallwahrscheinlichkeit abzgl. Erlösquote	$a^* = (1-r)a$	3,600	3,929	6,088	7,961	9,507	10,613	11,392	12,054	12,711
3	Abzinsungsfaktor	$\delta = 1/(1+i)^t$	0,956	0,914	0,873	0,835	0,798	0,763	0,729	0,697	0,666
4	Grenzausfallwahrscheinlichkeit	$g = (a_t - a_{t-1}) \cdot (1-r)$	3,600	0,329	2,159	1,873	1,546	1,106	0,779	0,662	0,657
5	Barwert der Grenzausfallwahrscheinlichkeit	$g^* = \delta \cdot g$	3,441	0,301	1,886	1,563	1,234	0,843	0,568	0,461	0,437
6	Bürgschaftsalvuta zu Jahresbeginn	BV	1,000	0,900	0,800	0,700	0,600	0,500	0,400	0,300	0,200
7	Barwert der rechnerischen Ausfälle pro Jahr	$BV^* = BV \cdot g$	3,441	0,271	1,509	1,094	0,740	0,422	0,227	0,138	0,087
8	Barwert des Bürgschaftsentgelts	$e^* = -BV \cdot e \cdot \delta \cdot (1 - a_{t-1} / 100)$	-0,913	-0,782	-0,645	-0,526	-0,422	-0,331	-0,250	-0,178	-0,112
9	Barwert des jährlichen Beihilfewertes in % des Bürgschaftsbetrags	$BV^* + e^*$	2,528	-0,511	0,863	0,568	0,318	0,091	-0,023	-0,039	-0,025
10	Summe Beihilfewert in % des Bürgschaftsbetrags		3,759%								

3. Praxis der Gewährung von Bürgschaften für die Unternehmenstätigkeit in Thüringen und Vergleichsbundesländern

Florian Kietz

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	72
2	Begriffe und rechtlicher Rahmen	73
2.1	<i>Subventionen als Instrument der Wirtschaftsförderung</i>	<i>73</i>
2.2	<i>Beihilferegelung in der EU.....</i>	<i>77</i>
2.3	<i>Legitimationsprobleme von Subventionen und Beihilfen</i>	<i>84</i>
3	Praxis der Bürgschaftsgewährung in Thüringen	113
3.1	<i>Thüringer Bürgschaftssystem.....</i>	<i>113</i>
3.2	<i>Thüringer Landesbürgschaftsprogramm (LBP).....</i>	<i>117</i>
3.3	<i>Bürgschaften über die Bürgschaftsbank Thüringen.....</i>	<i>123</i>
3.4	<i>Thüringer Aufbaubank-Bürgschaftsprogramm (TABBP).....</i>	<i>149</i>
4	Ländervergleich.....	159
4.1	<i>Landesspezifische Bürgschaftspraxis in Baden Württemberg.....</i>	<i>161</i>
4.2	<i>Landesspezifische Bürgschaftspraxis in Sachsen.....</i>	<i>164</i>
5	Zusammenfassung und Fazit	167

1 Einleitung

Luxuriöse Oberklasse-Uhren aus Glashütte, effiziente Solarzellen aus Thalheim, Deutschlands beste Steaks aus Hamburg – was haben all diese unterschiedlichen Produkte gemeinsam? Ohne eine öffentliche Bürgschaft zur Firmengründung würde es sie mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht geben.

Die Uhren der Firma NOMOS-Glashütte gehören zur weltweiten Premiumklasse. Gestartet mit 3 Mitarbeitern vor 20 Jahren im beschaulichen Ort Glashütte/ Sachsen, arbeiten mittlerweile 55 Mitarbeiter für die exklusive Uhrenmanufaktur. Nicht weniger beachtlich sind das Unternehmenswachstum des Solarzellenherstellers Q-Cells aus Thalheim/ Sachsen-Anhalt in buchstäblicher Lichtgeschwindigkeit von 1 Mio. EUR Umsatz auf mittlerweile über 140 Mio. EUR oder aber die Erfolgsgeschichte von Deutschlands beliebtester Steakhauskette, dem Familienunternehmen Block-House¹. Drei von unzähligen unternehmerischen Erfolgsgeschichten der Mittelstandsfinanzierung, ermöglicht durch öffentliche Bürgschaften in Deutschland. Aber nicht nur in der Vergangenheit hat Deutschlands Wirtschaft von dieser Art der Subventionierung profitiert. Während der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise wurden so viele öffentliche Bürgschaften bewilligt, wie nie zuvor. Bürgschaften für die Unternehmenstätigkeit sind damit aktueller denn je.

Öffentliche Bürgschaften helfen kleinen und mittelständischen Unternehmen, trotz unzureichender Sicherheiten Darlehen für die Unternehmenstätigkeit von Ihrer Hausbank zu erhalten. Besonders in den neuen Bundesländern mit ihrer klein- und mittelständisch geprägten Unternehmenslandschaft sind Bürgschaften ein unverzichtbares Instrument in der Klaviatur der Wirtschaftsförderung, um die spezifischen Nachteile bei der Kapitalbeschaffung dieser Unternehmen abzufedern. Vor allem die Wirtschaft im Freistaat Thüringen ist mit einem KMU-Anteil von 99,9 %² stark mittelständisch geprägt.

¹ vgl. diese und weitere Beispiele: *VdB 2006, S. 11ff.*

² 99,9 % der ca. 80.000 Unternehmen in Thüringen haben einen Jahresumsatz unter 50 Mio. EUR, 99,7 % beschäftigen weniger als 250 Mitarbeiter

(TMWTA 2007, S. 24). Vor diesem Hintergrund wird das Thüringer Bürgschaftssystem im Hinblick auf die Mittelstandsförderung im Folgenden genau untersucht.

Die nachfolgenden Kapitel ordnen die Bürgschaft zunächst als Subventionsart in die deutsche Wirtschaftsförderung ein, stecken den rechtlichen Rahmen der Bürgschaftsgewährung ab und definieren die wichtigsten Begriffe und Zusammenhänge. In diesem Rahmen stehen auch die besonderen Regelungen während der Finanz- und Wirtschaftskrise im Fokus der Betrachtung. Der anschließende Hauptteil dieser Arbeit gibt dann einen detaillierten Überblick über das Thüringer Bürgschaftssystem, analysiert Größe, Geschäfts- und Eigentümerstruktur der Mittel ausreichenden Stellen "Thüringer Bürgschaftsbank" und "Thüringer Aufbaubank" als wichtige Bestandteile des Thüringer Bürgschaftssystems. Danach werden zum Vergleich die äquivalenten Bürgschaftssysteme und die landesspezifische Praxis in den Bundesländern Baden-Württemberg und Sachsen analysiert. Der inhaltliche Schwerpunkt liegt dabei auf den Bürgschaftsbanken dieser Bundesländer.

2 Begriffe und rechtlicher Rahmen

2.1 Subventionen als Instrument der Wirtschaftsförderung

2.1.1 Subventionsbegriff

Der Subventionsbegriff erfährt in der volkswirtschaftlichen Fachliteratur sowie in der Gesetzgebung keine einheitlich verbindliche und von allen Seiten anerkannte Definition. Vielmehr trägt jede der einzelnen Definitionen einen Teil zum Gesamtbild der Subventionen bei. In der Finanzwissenschaft wird häufig die folgende eher weiter gefasste Definition von Subventionen verwendet: "Einseitige Übertragungen des Staates an die Unternehmen; Geldzahlungen oder geldwerte Vorteile (z.B. Steuervergünstigungen, Preisnachlässe bei Käufen des Staates, Bürgschaften), die der Staat oder Institutionen der EU ohne (marktwirtschaftliche) Gegenleistung i.d.R. Unterneh-

(KMU-Definition vgl. Europäische Gemeinschaften 2006, S. 14)

men gewährt." (Mosena, R. et al 2010, o. S.). Dies können im engeren Sinne Direktzahlungen an private Unternehmen wie Zuschüsse, Kredite, Bürgschaften oder Förderungskapital zur Starthilfe sein. Betrachtet man die Subvention finanzwissenschaftlich im weiteren Sinne, so beinhaltet diese ebenso indirekte Zuwendungen wie Steuerbegünstigungen, Zollbefreiungen, Rückvergütungen und Verzicht auf sonstige Abgaben. Das deutsche Stabilitäts- und Wachstumsgesetz behandelt Subventionen in §12 StabG nach ihrer Zielsetzung im Sinne von Finanzhilfen zur Erhaltung, Anpassung und Förderung von Betrieben und Wirtschaftszweigen. Aus dem strafrechtlichen Subventionsbetrug abgeleitet, wird die Subvention als "eine Leistung aus öffentlichen Mitteln nach Bundes- oder Landesrecht, nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaften, an Betriebe oder Unternehmen, die wenigstens zum Teil ohne marktmäßige Gegenleistung gewährt wird und der Förderung der Wirtschaft dienen soll" (§264 Abs. 7 StGB), definiert. Im europäischen Recht wird statt Subvention der Begriff Beihilfe verwendet. Der in Art. 87 EG-Vertrag geregelte Beihilfebegriff dient als Basis für die rechtliche Beurteilung von Zuwendungen zur Wirtschaftsförderung durch die Europäische Kommission und soll als Grundlage für die weitere Verwendung im Rahmen dieser Arbeit dienen.

2.1.2 Rolle der Wirtschaftsförderung in der Finanz- und Wirtschaftskrise

Die Aufgabe der Wirtschaftsförderung als ausführendes Instrument der Wirtschaftspolitik hat sich durch die Etablierung der Europäischen Union in ihrem Wirkungsbereich zunehmend erweitert. Ausgehend von einer klassischen Definition auf kommunaler Ebene nach Knemeyer³, verbunden mit der zunehmenden Bedeutung der Ebene der Region durch die Etablierung der EU und der Internationalisierung in den letzten Jahren, definieren Reschl und Rogg die Aufgabe der Wirtschaftsförderung als "die kommunalen und regionalen Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliches Handeln so

³ Definition der kommunalen Wirtschaftsförderung nach Knemeyer (1980):
" Kommunale Wirtschaftsförderung ist die zur Daseinsvorsorge zählende Aufgabe der Gemeinden, Städte und Landkreise, die durch eine Schaffung bzw. Verbesserung der Standortbedingungen für die Wirtschaft das wirtschaftliche und soziale Wohl der Bevölkerung in den Gemeinden und im Kreis sichert oder steigert." (Reschl, R. et al 2003, S. 10)

zu beeinflussen, dass die Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Menschen in einer Kommune oder Region positiv beeinflusst werden." (Reschl, R. et al 2003, S. 10). Der daraus abgeleiteten Aufgabe, "die ansässigen Unternehmen krisenfester zu machen" (Reschl, R. et al 2003, S. 10), kommt besonders in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten eine gehobene Bedeutung zu.

Ausgelöst durch die Finanzmarktkrise im Frühsommer 2007 (Beginn der US-Immobilienkrise) und das Übergreifen auf die Realwirtschaft 2008, ist die Wirtschaftsleistung in Deutschland 2009 um -4,9 % (BIP) zurückgegangen (vgl. Statistisches Bundesamt Deutschland 2010, o. S.). Die Anzahl der Insolvenzen deutscher Unternehmen ist von 2008 zu 2009 um 11,6 % auf 32.687 angestiegen (vgl. Statistisches Bundesamt Deutschland 2010, o. S.). Grund dafür sind nicht zuletzt der schwierige Zugang zu Finanzmitteln und die eingeschränkte Vergabe von Krediten durch die Kreditinstitute. Zur Stabilisierung der angespannten Liquiditätssituation der Unternehmen (und davon sind vor allem die klein- und mittelständischen betroffen) ist es Aufgabe der Wirtschaftsförderung, im Sinne der Unternehmensbestands- und Beschäftigungssicherung, den Unternehmen den Zugang zu Finanzmitteln zu erleichtern.

2.1.3 Wirtschaftsfonds Deutschland und Konjunkturpaket II

Das am 06.03.2009 in Kraft getretene Konjunkturpaket II ist das zweite Maßnahmenpaket der Bundesregierung, der durch die Finanzmarktkrise ausgelösten Rezession zu begegnen. Während das Konjunkturpaket I vom 01.01.2009 noch unter dem Motto "Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung" stand, wird das zweite Paket "Entschlossen in der Krise, stark für den nächsten Aufschwung - Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland zur Sicherung der Arbeitsplätze, Stärkung der Wachstumskräfte und Modernisierung des Landes" genannt. Dahinter verbirgt sich ein Maßnahmenbündel von 50 Milliarden EUR, womit die Bundesregierung die Binnenkonjunktur stützen möchte und das Land nachhaltig zu stärken versucht.

Dieses Maßnahmenbündel beinhaltet u.a. den sog. "Wirtschaftsfonds Deutschland". Er regelt das Kredit- und Bürgschaftspro-

gramm zur Förderung von Investitionen, Innovationen und Nachfrage in der Wirtschaft. Darin stellt die Bundesregierung über die KfW-Bankengruppe⁴ 15 Milliarden EUR im "KfW-Sonderprogramm mittelständische Unternehmen" und 25 Milliarden EUR im "Sonderprogramm große Unternehmen" für die Gewährung von Krediten zur Verfügung. Ergänzend zu den beiden oben genannten Kreditprogrammen wird das bestehende Bürgschaftsprogramm der Bundesregierung zur Kreditsicherung für kleine, mittelständische und große Unternehmen um 75 Milliarden EUR erweitert. In dem Zusammenhang wurde der Höchstbetrag für Bürgschaften der Bürgschaftsbanken von 1 Mio. auf 2 Mio. EUR angehoben.

Das Antragsverfahren für die Kreditvergabe aus den KfW-Sonderprogrammen geschieht auf dem üblichen Weg über die Hausbank der Unternehmen. Über Anträge für die Gewährung von Bürgschaften wird ebenso in den bewährten Strukturen (Bürgschafts- und Förderbanken) auf Landes- und Bundesebene entschieden (vgl. Kapitel 2.4. und 3.). Dadurch erhofft sich die Bundesregierung eine zügige Bearbeitung der Anträge. Seit Start des Wirtschaftsfonds Deutschland am 06.03.2009, konnten 2009 über 110.000 Arbeitsplätze allein mit Hilfe von Bürgschaftsbanken durch die Begleitung von KMU-Finanzierungsvorhaben gesichert werden. Dies entspricht einem Zuwachs von 60 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (VdB, 2010, S. 1).

Die volkswirtschaftliche Wirkung der Konjunkturpakete und ihrer antizyklischen Fiskalpolitik ist unter führenden Vertretern der Wirtschaftswissenschaft stark umstritten (vgl. Homburg, S. 2009, o. S.). So bezweifelte beispielsweise Homburg generell die Sinnhaftigkeit der Programme und geht sogar von einer wohlfahrtsschmälernden Wirkung aus (vgl. Homburg, S. 2009, o. S.). Die von der Politik popularisierte Kreditklemme bezeichnet Homburg gar als "Phantomdebatte" und verweist auf aktuelle Zahlen der Bundesbank, nach denen die Kreditvergabe an Nichtbanken seit Anfang 2009 sogar ge-

⁴ Die KfW-Bankengruppe ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts im Eigentum von Bund und Ländern mit den Aufgaben der Realisierung von öffentlichen Aufträgen, wie der Förderung von Existenzgründungen, Mittelstand, Investitionskrediten und Infrastruktur (*KfW-Bankengruppe*, 2007, S. 1ff.)

stiegen sei (Manager Magazin 2009, o. S.). Dass es am Ende keine Kreditklemme im eigentlichen Sinne gab, ist mittlerweile erwiesen. Trotzdem haben Kreditinstitute grundsätzlich weniger Kredite an Unternehmen vergeben. Dies hatte mehrere Gründe. Zum einen verfügen die Banken durch die Finanzmarktkrise und damit verbundene hohe Abschreibungen über weniger Eigenkapital, welches zur Kreditvergabe zur Verfügung gestellt werden kann. Zum anderen ist die Risikobereitschaft der Banken bei der Kreditvergabe in einer Rezessionsphase geringer, da aufgrund der ungewissen zukünftigen wirtschaftlichen Lage der Unternehmen die Anzahl der Insolvenzen und Ausfallquoten für Kredite wachsen. Die deutschen Finanzinstitute hatten und haben zwar die Möglichkeit ihr Eigenkapital mit Hilfe des SoFFin (Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung) zur Stabilisierung des Finanzmarktes zu stärken, nahmen diese Option aber teilweise nur unzureichend wahr. Betrachtet man das Problem der Gefahr einer Kreditklemme in Verbindung mit dem erweiterten Bürgschaftsprogramm im Konjunkturpaket II, so erscheint es nachvollziehbar, der fehlenden Risikobereitschaft von Kreditinstitute bei der Kreditvergabe an Unternehmen, durch (zumindest teilweise) staatliche Risikoübernahme in Form von Bürgschaften entgegenzuwirken.

2.2 Beihilferegulung in der EU

2.2.1 Beihilfebegriff und EU-Kontrolle

Der Beihilfebegriff ist im EG-Vertrag bewusst nicht eindeutig festgelegt. Denn mit jedem neuen Mitgliedsstaat erhöhen sich die Anzahl der Definitionen dieses Begriffs sowie die Artenvielfalt an Subventionen und staatlichen Fördermitteln innerhalb der EU (Wollenweber, L.-E. 2004, S. 89). Daraus resultiert die Anforderung an den Begriff "Beihilfe", jedwede Form von staatlichen Förderungen abzudecken. Die Formulierung "Beihilfen gleich welcher Art" in Art. 87 Abs. 1 EGV-A deutet schon auf einen offenen und erweiterungsfähigen Charakter der Begriffsdefinition hin.

Als Abgrenzung zur Subvention, ist die Beihilfe der etwas weiter gefasste Begriff (Kassow, J. 2004, S. 17). Die Subvention wird häufig gleichgesetzt mit einer direkten staatlichen Leistung. Unter den Beg-

riff der Beihilfe fallen jedoch auch alle indirekten und versteckten Formen der Subventionierung, womit er über das Subventionsrecht der Mitgliedsstaaten hinausgeht. Nach Auslegung des EuGH kann es sich dabei sowohl um eine "positive Leistung, als auch Reduzierung einer Belastung" handeln" (Wollenweber, L.-E. 2004, S.90).

Dies sind nach Wollenweber u.a. Zuschüsse, Steuerbefreiungen, Kredite und auch Bürgschaften. Kassow dagegen beschreibt die Beihilfe im Sinne des Art. 87 I EGV etwas allgemeiner als "Maßnahmen, die wie eine Geldzahlung des Staates an den Begünstigten wirken" und untersucht weiterführend, welche staatlichen Vorteilszuwendungen wie eine Geldzahlung wirken können und wie sich eine Begünstigungen im Sinne eines qualifizierenden Vorteils für ein Unternehmen äußern kann (Kassow, J. 2004, S. 19 ff.).

Die Europäische Kommission hält sich bei ihren Entscheidungen eng an die Begriffsauslegung des EuGH (Staiger, B. 2009, S. 284f.). Nach Schmidt, I. et al unterscheidet der EuGH die Beihilfe in zweifacher Hinsicht von der Subvention:

1. Beihilfen sind stärker zweckgebunden als Subventionen
2. Beihilfen umfassen neben positiven Leistungen auch Maßnahmen, die für den Begünstigten mit einer Verringerung von Lasten verbunden sind. (Schmidt, I. et al 2006, S. 223, vgl. Staiger, B. 2009, S. 285)

Diese Feststellung deckt sich inhaltlich weitestgehend auch mit der Definition von Kassow (vgl. Kassow, J. 2004, S. 19 ff.). Staiger identifiziert aus Art. 87 Abs. 1 EGV und in Anlehnung an Schmidt, I. et al fünf kumulative Kriterien der Kommission zur Abgrenzung des Beihilfebegriffs (Staiger, B. 2009, S. 285f.):

- eine Beihilfe ist eine staatliche Maßnahme, die Unternehmen begünstigt bzw. ihnen einen wirtschaftlichen Vorteil verschafft
- Beihilfen werden aus staatlichen Mitteln gewährt, d.h. es entstehen Kosten in Form von Ausgaben oder Mindereinnahmen für die öffentlichen Haushalte

- die finanziellen Vorteile müssen speziell sein, d.h. ein diskriminierendes Element enthalten. Diese selektive Begünstigung hat entweder einen regionalen, sektoralen oder unternehmensspezifischen Effekt
- es muss eine Handelsbeeinträchtigung vorliegen, d.h. eine Veränderung der Struktur und /oder des Volumens der Handelsströme
- die Beihilfe führt zu einer Wettbewerbsverfälschung. (vgl. dazu auch Blauburger, M. 2009, S. 60f.)

Für die Identifikation einer Maßnahme als Beihilfe ist dabei nicht ihre Bestimmung, sondern vielmehr ihre tatsächliche Wirkung ausschlaggebend. Dieser Wirkungsbezug wiederum macht die Begriffsdefinition inhaltlich so flexibel, dass Umgehungsversuche einzelner Mitgliedsstaaten verhindert werden können (Staiger, B. 2009, S. 285).

Beihilfen stellen dabei grundsätzlich einen direkten künstlichen Eingriff in die staatliche Wirtschaft dar und sind somit als schädlich für eine Volkswirtschaft einzustufen. In Art. 3 Abs. 1g EGV-A wird deshalb der Auftrag geregelt, den Wettbewerb im gemeinsamen Markt der EG vor Verfälschungen zu schützen. Diese so genannten Wettbewerbsverfälschungen können sowohl durch private Unternehmen (Kartelle, Monopole) entstehen, oder aber auch durch die Gewährung von öffentlichen Beihilfen durch die EU-Mitgliedsstaaten an Unternehmen oder bestimmte Wirtschaftszweige (Oppermann, T. 2005, S. 426). Diese staatlichen oder aus staatlichen Mitteln gewährten Beihilfen sind nach Art. 87 EGV-A mit dem gemeinsamen Markt unvereinbar, wenn sie: "durch die Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Wirtschaftszweige den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen, ..., soweit sie den Handel zwischen Mitgliedstaaten beeinträchtigen" (Oppermann, T. 2005, S. 426). Um die Ergebnisse von Marktprozessen zu sichern, nimmt die Europäische Kommission eine umfassende Kontrollbefugnis wahr. Die Kontrolle der Beihilfen ist in Art. 88 EGV-A geregelt (vgl. Kapitel 2.2.4).

2.2.2 Ausnahmeregelungen

Es ist die Aufgabe der EU, eine "harmonische und ausgewogene Entwicklung des Wirtschaftslebens in der gesamten Gemeinschaft zu fördern" (Art. 2 EGV). Dabei ist zu beachten, dass die historisch gewachsene wirtschaftliche Entwicklung in den EU-Mitgliedsstaaten und ihren Regionen unterschiedlich verläuft und durch bestimmte Ereignisse wie Wirtschaftskrisen, Naturkatastrophen oder gar Änderungen des politischen Systems geprägt ist. Die Länder müssen deshalb die Fähigkeit haben, auf ökonomische Krisen reagieren zu können und strukturell benachteiligte Regionen zu fördern (Wollenweber, L.-E. 2004, S. 98). Aus diesem Grund werden in Art. 87 Abs. 2 Ausnahmebereiche und in Art. 87 Abs. 3 EGV Ermessensbereiche bestimmter Ausnahmen von der Genehmigungspflicht geregelt. Bei den Ausnahmen in Art. 87 Abs. 2 EGV, handelt es sich um sog. Legalausnahmen, d.h. generelle Ausnahmetatbestände (Oppermann, T. 2005, S. 436), die mit dem gemeinsamen Markt der EU vereinbar sind. Dies sind:

- "Beihilfen sozialer Art an einzelne Verbraucher, wenn sie ohne Diskriminierung nach der Herkunft der Waren gewährt werden" (*Art. 87 Abs. 2 Buchst. a EGV*)
- "Beihilfen zur Beseitigung von Schäden, die durch Naturkatastrophen oder sonstige außergewöhnliche Ereignisse entstanden sind" (*Art. 87 Abs. 2 Buchst. a EGV*)
- "Beihilfen für die Wirtschaft bestimmter durch die Teilung Deutschlands betroffener Gebiete der Bundesrepublik Deutschland, soweit sie zum Ausgleich der durch die Teilung verursachten wirtschaftlichen Nachteile erforderlich sind" (*Art. 87 Abs. 2 Buchst. c EGV*).

Der letzte Punkt ist Ausdruck dessen, dass Deutschland eine Sonderstellung in der EU-Beihilfekontrolle einnimmt (vgl. Wollenweber, L.-E. 2004, S. 100 ff., Staiger, B. 2009, S. 289).

Bei den Ausnahmen in Artikel 87 Abs. 3 EGV handelt es sich dagegen um sog. Fakultativausnahmen zum Ausgleich zwischen den wirtschafts-, sozial- und kulturpolitischen Interessen der EU-Mitgliedsstaaten und dem Wettbewerb auf dem Gemeinsamen

Markt (Wollenweber, L.-E. 2004, S. 104). Genehmigungspflichtige Fördermaßnahmen, die folgende Bereiche umfassen, sind ebenfalls zulässige Beihilfen:

- "Beihilfen zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung von Gebieten, in denen die Lebenserhaltung außergewöhnlich niedrig ist oder eine erhebliche Unterbeschäftigung herrscht" (Artikel 87 Abs. 3 Buchst. a EGV)
- "Beihilfen zur Förderung wichtiger Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse oder zur Behebung einer beträchtlichen Störung im Wirtschaftsleben eines Mitgliedsstaates" (Artikel 87 Abs. 3 Buchst. b EGV)
- "Beihilfen zur Förderung der Entwicklung gewisser Wirtschaftszweige oder Wirtschaftsgebiete, soweit sie die Handelsbedingungen nicht in einer Weise verändern, die dem gemeinsamen Interesse zuwiderläuft" (Artikel 87 Abs. 3 Buchst. c EGV)
- "Beihilfen zur Förderung der Kultur und Erhaltung der kulturellen Erbes, soweit sie die Handels- und Wettbewerbsbedingungen in der Gemeinschaft nicht in einem Maße beeinträchtigen, das dem gemeinsamen Interesse zuwiderläuft" (Artikel 87 Abs. 3 Buchst. d EGV)
- "Sonstige Arten von Beihilfen, die der Rat durch eine Entscheidung mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission bestimmt" (Artikel 87 Abs. 3 Buchst. e EGV).

Diese fakultativen Ausnahmebereiche beruhen auf möglichen Zielkonflikten zwischen europäischen wettbewerbs- und regional- oder strukturpolitischen Zielen in den Mitgliedsstaaten. Die Kommission entscheidet per Einzelfallregelung welches höherrangige Interesse bei der jeweiligen Beihilfe im Vordergrund steht (Staiger, B. 2009, S. 290; vgl. Schmidt, I. et al 2006, S. 217f.). Die Europäische Kommission ist sowohl bei Legal- als auch Fakultativausnahmen prüfungsbe-rechtigt.

2.2.3 *De-minimis*-Beihilfen

Eine wichtige bürgschaftsrelevante Ausnahme in der Beihilfekontrolle bilden die De-minimis-Beihilfen. Es handelt sich dabei um Subventionen, die unterhalb einer bestimmten Bagatellgrenze liegen

und bei der Europäischen Kommission nicht angemeldet oder von ihr genehmigt werden müssen. Damit eine Beihilfe als De-minimis-Beihilfe anerkannt wird, darf ihr Subventionswert 200.000,- EUR (100.000,- EUR bei Unternehmen aus dem Straßentransportsektor) innerhalb von drei Steuerjahren nicht überschritten werden (Europäische Kommission 2006, S. 2). Die Kommission geht davon aus, dass derart geringfügige Beihilfen keine wettbewerbsverzerrende Wirkung haben. Bezogen auf die Beihilfe im Sinne der Gewährung von Bürgschaften, darf der verbürgte Teil eines Darlehens, für den im Rahmen der De-minimis-Regelung eine Einzelbürgschaft gewährt wurde, einen Betrag von 1.500.000,- EUR⁵ nicht überschreiten (750.000,- EUR bei Unternehmen aus dem Straßentransportsektor) (Europäische Kommission 2006, S. 2). Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die De-minimis-Beihilfen-Regelung zur Vereinfachung des nachfolgend beschriebenen Notifizierungsverfahrens beiträgt.

2.2.4 Das Notifizierungsverfahren der Beihilfekontrolle

Für alle Beihilfen, auch jene, bei denen sich die Mitgliedsstaaten nicht sicher sind, ob es sich um eine Beihilfe im Sinne des EU-Rechts handelt, gilt das Notifizierungsverfahren: Grundsätzlich muss jede Begünstigung von Unternehmen aus staatlichen Mitteln vor ihrer Verwirklichung bei der Kommission angemeldet werden. Es ist Aufgabe der Kommission, eine Beihilfe als mit dem Markt vereinbar oder unvereinbar zu erklären (Wollenweber, L.-E. 2004, S. 143). Die Kommission hat nach Art. 88 EGV die zentrale Rolle bei der Beihilfekontrolle. Die Vorgehensweise wird in einer Verfahrensordnung (VVO) geregelt (vgl. Europäische Gemeinschaften 1999, S. 1ff.).

Das angewandte Kontrollverfahren unterscheidet sich je nachdem, ob es sich bei der zu genehmigenden Beihilfe um eine neue (bzw. geänderte) Beihilfe oder um eine fortlaufende Überprüfung einer bereits bestehenden Beihilfe handelt (Blauberger, M. 2009, S. 67). Bei der Genehmigung einer neuen Beihilfe geschieht die Kontrolle in den Schritten 1. Anmeldung, 2. Vorprüfverfahren und ggf. 3. Hauptprüfverfahren (siehe Abbildung 1). Beihilfemaßnahmen müs-

⁵ Während der Finanzmarktkrise 2 Mio. EUR.

sen vor ihrer Durchführung von den Mitgliedsstaaten angemeldet werden und dürfen nach der sog. Stillhalteklausele in Art 88 Abs. 3 EGV erst nach Genehmigung durch die Kommission durchgeführt werden (Blauberger, M. 2009, S. 67). Beihilfen, die nicht angemeldet wurden oder bereits vor der Genehmigung erbracht wurden, gelten zunächst als rechtswidrig und werden nachträglich nach Verfahrensordnung auf Wettbewerbsverzerrung geprüft. Nicht angemeldet werden müssen Maßnahmen, die im Rahmen einer Gruppenfreistellungsverordnung (z.B. De-minimis-Beihilfen und Kleinbeihilfen, vgl. Kapitel 2.2.3 und 2.4.4) der Kommission oder eines Beihilfeschemas/ Beihilfeprogramms gewährt werden (vgl. Mestmäcker, E. J. et al 2004, S. 1137). Die übergreifende Genehmigung des Beihilfeprogramms reicht in den meisten dieser Fälle aus (Wollenweber, L.-E. 2004, S. 145).

Erfährt die Kommission durch Anmeldung, Beschwerde eines Konkurrenten oder aus den Medien von einer Beihilfemaßnahme, wird das sog. Vorprüfungsverfahren eingeleitet. Die Entscheidung, ob die Maßnahme mit dem gemeinsamen Markt vereinbar ist oder nicht, muss in der Regel 2 Monate nach deren Anmeldung geschehen. Passiert dies nicht, gilt die Maßnahme automatisch als genehmigt (Art 4. Abs. 6 VVO). Wird die geplante Maßnahme entweder nicht als Beihilfe oder aber nicht als Bedrohung für den Gemeinsamen Markt erachtet, endet das Kontrollverfahren bereits an dieser Stelle und die Maßnahme gilt als genehmigt. In allen anderen Fällen wird das Hauptprüfungsverfahren eröffnet. Hier bekommen Mitgliedsstaaten und Dritte die Möglichkeit, sich zur geplanten Beihilfe zu äußern. Die abschließende Entscheidung der Kommission sollte dann innerhalb der nächsten 18 Monate gefällt werden (Art. 7 Abs. 6 VVO). Die Kommission kann dann entscheiden, dass keine Beihilfe vorliegt (Art. 7 Abs. 2 VVO), dass die Beihilfe mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar ist (Art. 7 Abs. 3 VVO), die Beihilfe nur unter Auflagen vereinbar ist (Art. 7 Abs. 4 VVO) oder die Beihilfe unvereinbar ist (Art. 7 Abs. 5 VVO). Wurde im letzten Fall die Beihilfe trotzdem unangemeldet durchgeführt, so gilt diese als illegal und wird vom Empfänger zurückgefordert (Art. 14 Abs. 1 VVO). Im Unterschied dazu kann die Kommission bei der fortlaufenden Überprüfung bereits bestehender Beihilfen (Art. 88 Abs. 1 EGV) eine

Aufhebung/Änderung nur für die Zukunft anordnen – es ist also keine Rückforderung bereits ausgezahlter Beihilfen möglich (Blauberger, M. 2009, S. 69). Dies gilt im übrigen auch für jene von den Mitgliedsstaaten gewährten Beihilfen, die ihre Genehmigung durch Fristverstreichung seitens der Kommission während der Vorprüfungsphase erhalten haben (Wollenweber, L.-E. 2004, S. 143, vgl. Oppermann, T. 2002, S. 444).

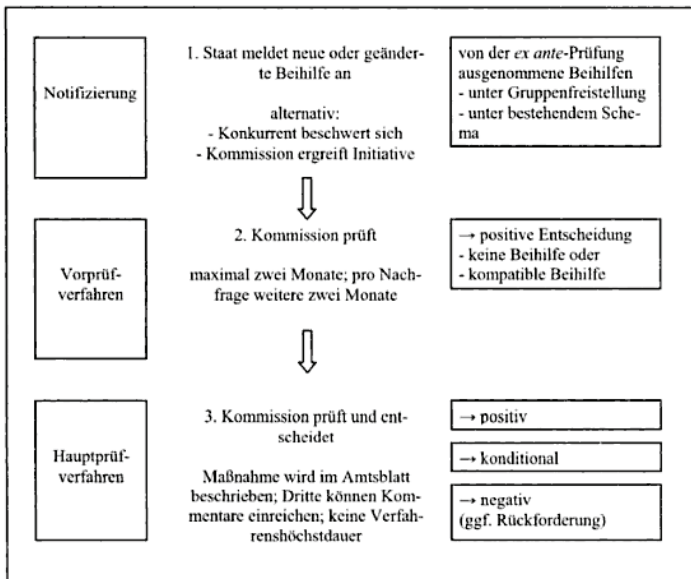


Abbildung 1: Notifizierungsverfahren der Europäischen Kommission.
Quelle: Blauberger, M. 2009, S. 69.

2.3 Legitimationsprobleme von Subventionen und Beihilfen

Subventionen im Sinne von Beihilfen als Instrument der Struktur- und Wettbewerbspolitik sind mit einer Reihe volkswirtschaftlicher Nachteile behaftet (Molitor, B. 2006, S. 215) und in der Wirtschaftswissenschaft deshalb sehr umstritten. Subventionen sind per Definition (vgl. Kapitel 2.1.1. und 2.2.1.) entgeltlose Übertragungen öffentlicher Mittel an Unternehmen. Aus Ihnen resultiert eine Beeinflussung des Wettbewerbs. Bei der Subventionierung von bestimmten Unternehmen und gleichzeitiger Nicht-Subventionierung der Kon-

kurrenten wird der Wettbewerb zu Gunsten des begünstigten Unternehmens verzerrt und staatliche Ressourcen werden nicht effizient eingesetzt bzw. führt das Ganze zu einer suboptimalen Gesamtwohlfahrt (Blauberger, M. 2009, S. 56, vgl. Steinrücken, T. et al 2005, S. 3)⁶.

In einem idealtypischen und in der Realität nur annähernd möglichem vollkommenem Wettbewerb nach neoliberaler Auffassung der Wirtschaftspolitik, sollen Staaten deshalb auf diese Art der Beihilfepolitik verzichten und auf eine Gleichgewichtsbildung nach dem Wettbewerbsprinzip vertrauen (Blauberger, M. 2004, S. 59).

Aus wohlfahrtsökonomischer Perspektive können Beihilfen zur Steigerung der allokativen Effizienz aufgrund von Marktversagen unter bestimmten Bedingungen dennoch zur Steigerung der Gesamtwohlfahrt beitragen (Färber, G. 1995, S. 176). Beispiele hierfür sind Beihilfen für Forschung und Entwicklung im Sinne der Grundlagenforschung, die der Gesamtwirtschaft zu Gute kommen sowie Beihilfen für KMU (z.B. in Form von Krediten oder Bürgschaften). Die damit verbundene Theorie des "second-best" beruht auf der Subventionierung eines Teilmarktes, wodurch eine Verzerrung auf einem anderen Markt verhindert wird und die Wohlfahrtswirkung insgesamt positiv sein kann (Staiger, B. 2009, S. 87). Die Theorie bedeutet die große Herausforderung an die EU-Beihilfekontrolle, die Fähigkeit zu besitzen, wohlfahrtsschmälernde von wohlfahrtssteigernden Beihilfen unterscheiden zu können (Staiger, B. 2009, S. 90). Mangels einer hinreichenden ökonomischen Analyse dieser Theorie in Bezug auf die Realität ist eine grundsätzliche Ablehnung (und Befürwortung) von derartigen Beihilfen derzeit aber nur schwer möglich (Staiger, B. 2009, S. 90). Neben der neoliberalen und der wohlfahrtsökonomischen Perspektive unterscheidet die Wissenschaft als Drittes die interventionistische Perspektive der Beihilfepolitik. Mit dem Ziel der Verteilungsgerechtigkeit sollen nach dieser Theorie Ungleichheiten zwischen Regionen und wirtschaftlichen

⁶ Zudem widerspricht diese einseitige Art der Subventionierung der Idee eines "level playing field" im Sinne von einheitlichen, wettbewerblichen Rahmenbedingungen im europäischen Binnenmarkt (vgl. Blauberger, M. 2009, S. 55).

Sektoren ausgeglichen werden (vgl. Blauburger, M. 2009, S. 58). Häufig geht diese Art der Beihilfe mit einer Behinderung des Strukturwandels (vgl. Staiger 2009, S. 90, Zimmermann, H. 2005, S. 451ff.), beispielsweise in Regionen des Kohlesektors, einher. Bleibt man beim Beispiel der Kohleförderung, so wird hier ein Wirtschaftszweig mit ineffizienten Erhaltungssubventionen künstlich aufrechterhalten. Die dafür eingesetzten finanziellen Transfers müssen dafür bei anderen Vorhaben abgezogen werden (Molitor, B. 2006, S. 216). Man kann insofern bei der Kohleförderung sogar schon von einer Art Gewöhnungsfaktor sprechen, dass die Subvention im Hinblick auf die hohe Beschäftigungszahl über einen größeren Zeitraum immer wiederkehrend gezahlt wird. Molitor unterstellt, dass Großunternehmen dieses Instrument als politisches Druckmittel benutzen. Im Gegenzug liegt die Vermutung nahe, dass Parteien Subventionen in und um die Wahljahre als Mittel zur Wiederwahl nutzen. Die im Sinne der Allokation ineffizienten Erhaltungssubventionen gehen zu Lasten von Sektoren und Regionen mit höherer Produktivität und verhindern das Angebot kostengünstiger Güter (Molitor, B. 2006, S. 216).

Die negative Auswirkung vieler Subventionszahlungen ist ebenso unbestritten wie die Notwendigkeit der europaweiten Reduktion von Beihilfen. Die EU-Kommission hat die Zielsetzung, die Anzahl der genehmigten Beihilfen im volkswirtschaftlichen Sinne zu reduzieren. Die seit Ende 2008 anhaltende Finanz- und Wirtschaftskrise und die dagegen verabschiedeten milliardenschweren Konjunkturprogramme der Mitgliedsstaaten (meist befristet bis 31.12.2010) lassen dieses Ziel kurzfristig unmöglich erscheinen. Denn auch die Realität der letzten Jahre hat gezeigt, dass es oft einfacher ist eine Subventionierung zu gewähren, als diese wieder abzuschaffen (vgl. Zimmermann, H. et al 2005, S. 454).

Um die volkswirtschaftlichen Kosten durch Subventionen einzudämmen, nennt Molitor (Molitor, B. 2006, S. 216f.) folgende Leitlinien zu deren Handhabung:

1. zeitliche Limitierung der Einzelmaßnahmen

2. Fixierung des maximalen Subventionsvolumen durch ein Repartitionsverfahren⁷
3. steuerliche Vergünstigungen, Kredite und Bürgschaften (die alle einen eigenen Verdienst des Empfängers voraussetzen) sind gegenüber Zuschüssen vorzuziehen.

2.4 Bürgschaften als Instrument der Risikoabsicherung von Krediten für KMU

„Kleinstunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind der Motor der europäischen Wirtschaft. Sie tragen wesentlich zur Entstehung von Arbeitsplätzen bei, fördern den Unternehmergeist und die Innovationstätigkeit in der EU..."(Europäische Gemeinschaften 2006, S. 3). Dieses Zitat von Günter Verheugen (Mitglied der Europäischen Kommission Barroso I, als EU Kommissar zuständig für Unternehmen und Industrie) beschreibt die soziale und wirtschaftliche Wichtigkeit von KMU für die gesamteuropäische Volkswirtschaft. Wenn man sich zusätzlich vor Augen führt, dass KMU mit einer Gesamtzahl von ca. 23 Mio. in den 25 Mitgliedsstaaten der erweiterten Union 99 % aller europäischen Unternehmen darstellen und etwa 75 Mio. Arbeitsplätze liefern, wird Verheugens Aussage unterstrichen (vgl. Europäische Gemeinschaften 2006, S. 3f.). Der hohe Stellenwert der KMU-Unterstützung resultiert aber auch daraus, dass diese Unternehmen häufig mit Marktungsvollkommenheiten zu kämpfen haben. Besonders in der Gründungsphase gibt es oft Probleme beim Zugang zu Kapital und Krediten. Kleine und mittlere Unternehmen sind deshalb der größte Nachfrager von staatlichen Bürgschaften zur Kreditsicherung.

2.4.1 Die Europäische KMU-Definition

Eine europaweit einheitliche Definition bildet die Grundlage für die einzelstaatlichen und europaweiten KMU-Förderungsprogramme. Zielsetzung dieser Definition ist eine höhere Kohärenz und Effizienz der Maßnahmen sowie der Abbau von Wettbewerbsverzerrungen

⁷ Das Repartitionsprinzip legt zunächst den Gesamtförderbetrag fest, der dann auf die Anzahl der potentiellen Empfänger aufgeteilt wird (Zimmermann, H. 2005, S. 456)

im gemeinsamen Binnenmarkt (Europäische Gemeinschaften 2006, S. 6). „Die Größenklasse der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen setzt sich aus Unternehmen zusammen, die weniger als 250 Personen beschäftigen und die entweder einen Jahresumsatz von höchstens 50 Mio. EUR erzielen oder deren Jahresbilanzsumme sich auf höchstens 43 Mio. EUR beläuft.“ (Europäische Union 2003, S. 39). Um gezielte Maßnahmen für die einzelnen Größenklassen innerhalb der KMU realisieren zu können, werden die Schwellenwerte innerhalb der Definition weiteren Abstufungen unterzogen (vgl. Abbildung 2).

Größenklasse	Mitarbeiterzahl: Jahresarbeits- einheit (JAE)	Jahresumsatz	Jahresbilanz- summe
Mittleres Unternehmen	< 250	≤ 50 Mio. EUR (1996: 40 Mio. EUR)	≤ 43 Mio. EUR (1996: 27 Mio. EUR)
Kleines Unternehmen	< 50	≤ 10 Mio. EUR (1996: 7 Mio. EUR)	≤ 10 Mio. EUR (1996: 5 Mio. EUR)
Kleinst- unternehmen	< 10	≤ 2 Mio. EUR (bisher nicht definiert)	≤ 2 Mio. EUR (bisher nicht definiert)

Abbildung 2: Die KMU-Schwellenwerte, Quelle: Europäische Gemeinschaften 2006, S. 14.

2.4.2 Öffentliche Bürgschaften

Wie eingangs bereits erwähnt, ist kleinen und mittleren Unternehmen der Zugang zu Bankkrediten mangels fehlender Sicherheiten oft verwehrt. Die öffentlichen Gebietskörperschaften bieten deshalb die Möglichkeit, diesen Unternehmen mit einer Bürgschaft als immaterielle Sicherheit den Erhalt von Kapital im Sinne von Krediten zu erleichtern und die Finanzierung volkswirtschaftlich förderungswürdiger und betriebswirtschaftlich vertretbarer Vorhaben zu

ermöglichen. Dieses Instrument hat gerade seit dem neuen Regelwerk des Basler Ausschusses für die Bankenaufsicht (Basel II, vgl. Europäische Union 2006, S. 1ff., Europäische Union 2006a, S. 1ff.), welches eine verschärfte Kreditprüfung durch die Kreditinstitute vorschreibt und die Kreditvergabe noch abhängiger von Besicherungen macht, an Bedeutung gewonnen (Kokalj, L. et al. 2003, S. 95).

a. Rechtsgrundlagen und Funktionsweise

Bürgschaften als immaterielle Sicherheiten für die Kreditgewährung an Unternehmen können von Bürgschaftsbanken, Bundesländern, deren Finanz- und Wirtschaftsministerien, Bund, bundeseigenen Förderinstitutionen (z.B. KfW-Bankengruppe) sowie landeseigenen Förderbanken (z.B. Thüringer Aufbaubank) vergeben werden (Kokalj, L. et al. 2003, S. 96). Gemäß Zivilrecht § 765 Abs. 1 BGB ist die Bürgschaft ein Vertragsverhältnis, in dem sich ein Bürge (im Fall der öffentlichen Bürgschaft einer der oben genannten Akteure) gegenüber einem Gläubiger (z.B. Kreditinstitut oder Sparkasse) eines Dritten (z.B. KMU) verpflichtet, für die Erfüllung der Verbindlichkeit des Dritten einzustehen (Schmidt, A.G. et al 2006, S. 30). Mit anderen Worten: es wird vom Bürgen eine fremde Schuld gesichert (Kokalj, L. et al. 2003, S. 96). Nach dem Grundsatz der Akzessorietät⁸ ist für die Verpflichtung des Bürgen der Bestand der Hauptverbindlichkeit (auch: Hauptschuld) maßgebend (§ 767 Abs. 1 BGB).

Wird ein Darlehen oder ein Kredit durch eine Bürgschaft besichert, entsteht dabei ein Dreiecksverhältnis zwischen Bürge, Kreditgeber und Kreditnehmer (siehe Abbildung 3). Dabei besteht das eigentliche Bürgschafts-verhältnis zwischen dem Bürgen (z.B. einer Bürgschaftsbank) und dem Finanzinstitut (z.B. einer Hausbank oder Sparkasse), während zwischen Bürge und Kreditnehmer das sog. Grundverhältnis (die Kreditleihe) existiert. Das Kreditverhältnis bezeichnet die Geldleihe (also den tatsächlichen Geldfluss) zwischen Kreditnehmer und Finanzinstitut (Kramer, D. 2008, S. 12, vgl. Flessa, R. 1989, S. 29f.). Die Bürgschaft der Bürgschaftsbank oder einer lan-

⁸ Akzessorietät ist die Abhängigkeit eines Rechts von einem anderen Recht. Am Bsp. der Bürgschaft, ist die Bürgschaft als Sicherung abhängig von dem zu Grunde liegenden Kredit, der Forderung (Mosena, R. et al 2010, o.S.).

deseigenen Förderbank wird durch eine Rückbürgschaft vom Staat und/oder Bundesland gesichert. Der Staat als Rückbürge verpflichtet sich dazu, die durch einen möglichen Bürgschaftsausfall notwendige Zahlung ganz oder teilweise (an die Bürgschaftsbank) zu erstatten (Flessa, R. 1989, S. 31, vgl. auch Kapitel 2.4.5.4).

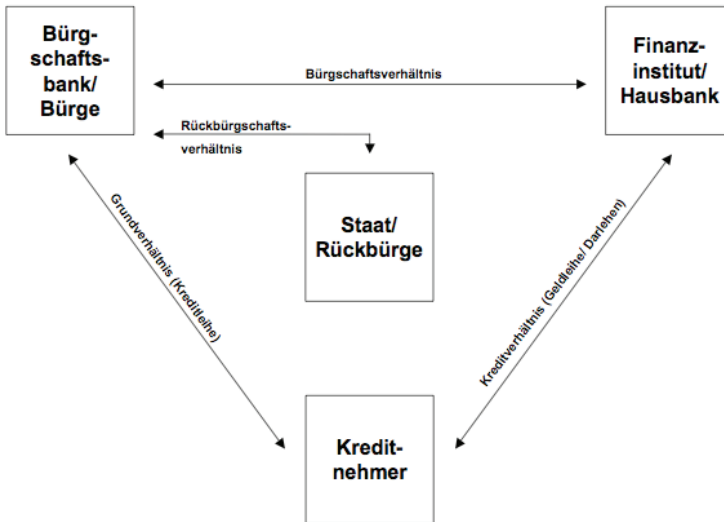


Abbildung 3: Rechtsverhältnisse bei der Bürgschaftsvergabe. Quelle: eigene Darstellung, in Anlehnung an Kramer, D. 2008 und Flessa, R. 1989.

b. Die modifizierte Ausfallbürgschaft

Bei öffentlichen Bürgschaften handelt es sich um eine sog. modifizierte Ausfallbürgschaft. Diese beinhaltet sowohl Bestandteile der selbstschuldnerischen Bürgschaft als auch der Ausfallbürgschaft. Bei einer selbstschuldnerischen Bürgschaft gemäß § 773 Abs. 1 Nr. 1 BGB verzichtet der Bürge auf die Einrede der Vorausklage und gewährt dem Gläubiger das Recht, mit seiner Forderung direkt auf den Bürgen zuzugreifen, ohne beim Hauptschuldner eine Zwangsvollstreckung durchzuführen (Schmidt, A.G. et al 2006, S. 30 f.). Bei der Ausfallbürgschaft – in der Literatur und Rechtsprechung oft auch Schadlosbürgschaft genannt – haftet der Bürge lediglich subsi-

diär. Das bedeutet, dass der Bürge erst leisten muss, wenn die Ansprüche des Gläubigers nicht durch Zwangsvollstreckung oder Sicherheitenverwertung des Hauptschuldners (Kreditnehmers) befriedigt werden können (vgl. § 767 Abs. 1 BGB; vgl. Schmidt, A.G. et al 2006, S. 31, Vgl. Kokalj, L. et al. 2003, S. 96 f.).

Bei der modifizierten Ausfallbürgschaft gilt wie bei der selbstschuldnerischen Bürgschaft der Verzicht auf die Einrede der Vorausklage (§ 771 BGB) – der Bürge haftet also selbstschuldnerisch. Die Leistungspflicht des Bürgen tritt allerdings wie bei der "normalen" Ausfallbürgschaft schon bei erwiesenen Ausfällen laut Bürgschaftsvertrag in Kraft (Vgl. Kaufmann, F. et al 1989, S. 13f.). Der Ausfallbürge haftet demzufolge subsidiär, wenn der Gläubiger seine Forderungen nicht durch die Verwertung von Sicherheiten des Hauptschuldners befriedigen kann, sobald ein im Bürgschaftsvertrag fixiertes Ausfallereignis eingetreten ist (Vgl. Kokalj, L. et al. 2003, S. 96 f.). Ein Ausfall in diesem Sinne stellt z.B. die Zahlungsunfähigkeit des Antragstellers (z.B. durch Zahlungseinstellung, Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder eidesstattliche Versicherung nach § 807 ZPO) dar (Schmidt, A.G. et al 2006, S. 31, vgl. Kokalj, L. et al. 2003, S. 97 f.). Weiterhin kann die Zahlungsfähigkeit als eingetreten gelten, wenn der Hauptschuldner fällige Zins-, Provisions- und Tilgungsbeträge trotz Aufforderungen und Bemühungen des Kreditgebers innerhalb von zwölf Monaten nicht beglichen hat (vgl. Thüringer Aufbaubank 2009b, S. 2). Der Ausfallbürge (bei Bürgschaftsleistungen öffentlicher Gebietskörperschaften Bund, Länder, Gemeinden oder Bürgschaftsbanken) wird dabei lediglich für den noch offenen Restkreditbetrag in Anspruch genommen, der nach der Sicherheitenverwertung beim Hauptschuldner noch nicht gedeckt ist. Der maximal zu zahlende Betrag des Ausfallbürgen entspricht dabei dem nominalen Bürgschaftsbetrag (Kramer, D. 2008, S. 13, vgl. Schmidt, A.G. et al 2006, S. 30ff., vgl. Kokalj, L. et al. 2003, S. 97f.). Da die Ausfallzahlung dabei eine nur bedingt rückzahlbare Zuwendung ist, werden Bürgschaften auch als Eventualverbindlichkeit bezeichnet (Flessa, R. 1989, S. 30).

c. Abgrenzung zu Garantien und Haftungsfreistellungen

Wenn man von Mittelstandsfinanzierung spricht, werden neben dem Begriff "Bürgschaft" häufig auch die Subventionsformen "Garantien" und "Haftungsfreistellungen" zur Kreditsicherung genannt. Garantien werden von Bürgschaftsbanken für Beteiligungen an KMU vergeben, spielen aber im Vergleich zum Bürgschaftsgeschäft die Nebenrolle in deren Fördertätigkeit (vgl. Abbildung 13 am Bsp. der BBT)⁹. Die Garantie ist nicht gesetzlich geregelt, wird aber wie eine Bürgschaft als einseitig verpflichtender Vertrag gehandhabt (Kokalj, L. et al. 2003, S. 98). Laut Definition der Garantie "verpflichtet sich der Dritte (formlos), unabhängig von dem Bestehen einer Verbindlichkeit für einen bestimmten Erfolg einzustehen, oder die Gewähr für einen künftigen noch nicht entstandenen Schaden zu übernehmen." (Brox, H. et al 2002, S. 382). Anwendung findet ein solcher Garantievertrag z.B. beim Mitarbeiterbeteiligungsprogramm (MBP) des Freistaates Thüringen (vgl. Kapitel 3.3.4.8).

Eine Haftungsfreistellung kann u.a. als Sicherungsinstrument von bundeseigenen Förderbanken (z.B. KfW Bankengruppe) oder landeseigenen Investitionsbanken (z.B. TAB, LfA) im Rahmen von Förderkreditprogrammen für KMU angeboten werden (Kokalj, L. et al. 2003, S. 98). Als Haftungs-freistellungen werden in dem Zusammenhang jene Förderungen bezeichnet, bei denen Kredit und Ausfallbürgschaft in einem Vertrag geregelt werden. Das jeweilige Förderinstitut übernimmt bei geringen Sicherheiten einen Teil des Finanzierungsrisikos der Hausbank. Bei Investitionskrediten können das bis zu 90 %, bei Betriebsmittelfinanzierungen bis zu 60 % der Kreditsumme sein. Dies bedingt eine unterschiedliche rechtliche Wirkung von Ausfallbürgschaft und Haftungsfreistellung (Kokalj, L. et al. 2003, S. 98). Anders als bei einer Ausfallbürgschaft verbleibt der besicherte Kredit rechtlich gesehen nicht allein beim Gläubiger (Hausbank). Der durch die Haftungsfreistellung gesicherte Kreditteil geht an das jeweilige Förderinstitut als Direktdarlehen der Hausbank über (Kokalj, L. et al. 2003, S. 98). Der Kreditteil des Kreditnehmers wird dabei i.d.R. genauso besichert wie bei vollständi-

⁹ Garantien sind für Bürgschaftsbanken mit einem signifikant höheren Eigenrisiko im Vergleich zur Bürgschaft verbunden (Kokalj, L. et al. 2003, S. 98).

ger Haftung der Hausbank (Nachranghaftung, vgl. Kokalj, L. et al. 2003, S. 99).

d. Anlässe für die Beantragung öffentlicher Bürgschaften

Öffentliche Bürgschaften im weiteren Sinne dienen der Wirtschaftsförderung eines Landes, einer Region oder einer Kommune. Im engeren Sinne handelt es sich um die Übernahme von Kreditrisiken für Kredite an Unternehmen (meist kleine und mittelständische Unternehmen). Ein erweiterter Kapitalbedarf von Unternehmen entsteht durch Investitions- und Desinvestitionsvorgänge im weitesten Sinne und damit verbundene Aus- und Einzahlungen bzw. Aufwendungen und Erträge, die zeitlich auseinander fallen (Kriszeleit, R. 2006, S. 1026). Dies ist beispielsweise bei Existenzgründungen, Unternehmenserweiterungen, der Entwicklung und Markteinführung neuer Produkte, Großaufträgen aber auch Restrukturierungen der Fall. Fehlendes Eigenkapital zur Eigen- und Selbstfinanzierung der unternehmerischen Vorhaben erfordert die Kreditaufnahme. Eingeschränkte oder nicht vorhandene Sicherheiten haben dabei eine restriktive Wirkung auf die Kreditvergabe (vgl. Kriszeleit, R. 2006, S. 1027). Die im Weiteren erklärten Arten von öffentlichen Bürgschaften sollen helfen, diese Restriktionen zu beseitigen und die Unterstützung von betriebswirtschaftlich vertretbaren und volkswirtschaftlich sinnvollen Unternehmenskonzepten (auch im Hinblick auf die Regional- und Arbeitsmarktpolitik) zu gewährleisten (vgl. Kriszeleit, R. 2006, S. 1027).

e. Bürgschaftsarten nach dem deutschen Bürgschaftsprogramm

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie unterscheidet je nach Zuständigkeit und Bürgschaftsbetrag ein dreigliedriges Bürgschaftssystem.

1. Bürgschaften von Bürgschaftsbanken

Bis zu einer Gesamthöhe von 2 Mio. EUR sichern die Bürgschaftsbanken der Bundesländer bzw. deren Kreditgarantiegemein-

schaften Investitions-¹⁰ und Betriebsmittelkredite¹¹ für Existenzgründungen und mittelständische Unternehmen ab (BMWi 2009, S. 8).

2. Landesbürgschaften

Bürgschaftsbeträge für Investitionsdarlehen sowie Betriebsmittelkredite (inklusive Avale) bis zu einer Höhe von 50 Mio. EUR (in den neuen Bundesländern nur bis 10 Mio. EUR) können von den Ländern bzw. deren Landesförderinstituten (z.B. Aufbau- und Förderbanken der Bundesländer) unter Risikobeteiligung des Bundes genehmigt werden (BMWi 2009, S. 8).

3. Parallele Bund-Land-Bürgschaften

Höhere Bürgschaften können unter bestimmten Voraussetzungen als Kombination aus Bundes- und Landesbürgschaften im Rahmen des sog. Bund-Länder-Programms vergeben werden (BMWi 2009, S. 8). Die Bedingungen der Bürgschaft können je nach Einzelfall unterschiedlich ausfallen. Es werden bei diesem Programm aber maximal 80 % (unter bestimmten Voraussetzungen 90 %) des Ausfallrisikos gedeckt (ohne Vorabbefriedigungsrecht und ohne Bereitstellung von Sondersicherheiten für den Risikoanteil des Kreditgebers) (vgl. Kokalj, L. et al. 2003, S. 158 ff., BMWi 2009, S. 11). Das verbleibende Obligo bleibt wie bei den Landesbürgschaften beim Kreditgeber. Mandatar (vgl. Kapitel 2.4.2.6.) für dieses Programm ist die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers AG (PWC) in Berlin. Sie nimmt im Zuge dieser Aufgabe die formlosen Bürgschaftsanträge entgegen, bearbeitet diese und betreut Antragsteller sowie Kreditinstitute während der Bürgschaftslaufzeit.

¹⁰ Definition Investitionskredit (auch Anlagekredit): langfristiges Fremdkapital, das der Finanzierung von Produktionsanlagen dient (Mosena, R. et al 2010, o. S.).

¹¹ Definition Betriebsmittelkredit: kurzfristiger Kredit an Unternehmen zur Finanzierung des Umlaufvermögens. Mit diesem Kredit wird der Zeitraum zwischen den Waren- und Rohstoffeinkäufen und der Absatz der Produkte überbrückt, die Rückzahlung erfolgt aus den Umsatzerlösen. Im laufenden Produktionsprozess wird dieser Kredit häufig immer wieder neu benötigt und deshalb durch Prolongationen auch länger zur Verfügung gestellt. Betriebsmittelkredite werden überwiegend als Kontokorrentkredit auf dem laufenden Konto oder als kurzfristige Darlehen (Betriebsmitteldarlehen) vergeben (Mosena, R. et al 2010, o. S.).

f. Rolle der Mandatare

Mandatare unterstützen entgeltlich im Auftrag einer staatlichen Institution (Öffentliche Einrichtung von Bund oder Ländern)¹² bei der Abwicklung der öffentlichen Bürgschaften. Im Zuge dessen übernehmen sie die Prüfung und Begutachtung der Bürgschaftsanträge und verwalten diese nach Genehmigung durch den Bürgen. Anders als die Bürgschaftsbanken sind die Mandatare nicht am Ausfallrisiko der Bürgschaft beteiligt (vgl. Kramer, D. 2008, S. 22).

Mandatar für Bürgschaften mit Beteiligung des Bundes (in den neuen Bundesländern oberhalb von 10 Mio. EUR) ist die Wirtschaftsprüfungs-gesellschaft PricewaterhouseCoopers AG (PwC) in Berlin (BMWi 2009, S. 8). Die jeweiligen Länderververtretungen von PwC übernehmen zudem das Mandat für Landesbürgschaften in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. In den übrigen Bundesländern treten die ländereigenen Förder-, Investitions- oder Aufbaubanken als alleiniger oder zusätzlicher Mandatar (je nach Bürgschaftsprogramm und -höhe) auf. Als Daseinsberechtigung der Mandatare ist anzunehmen, dass sich diese aus der Reduzierung des Aufwands auf Seiten der öffentlichen Behörde und insbesondere bei dem Mandatar PwC aus der Erfahrung in der Überprüfung und Begutachtung der unternehmerischen Lage eines Hauptschuldners ergibt.

2.4.3 Bürgschaften als Beihilfe – Berechnung des Beihilfewertes

Dass staatliche Beihilfen (zumindest sofern sie unterhalb der Marktbedingungen gewährt werden) nach Art. 87 Abs. 1 EG-Vertrag in der EU grundsätzlich verboten sind, wurde bereits erläutert (vgl. Kapitel 2.2.1.). Ebenso dass es von diesem Verbot Legalausnahmen (vgl. Art. 87 Abs. 2 EG-Vertrag), Ermessenstatbestände und Gruppenfreistellungsverordnungen (vgl. Art. 87 Abs. 3 EG-Vertrag) gibt (vgl. Kapitel 2.2.2.). Um eine transparente Beurteilung zu gewährleisten, ob eine staatliche Bürgschaft eine Instrument zur Begünstigung von

¹² Zur Definition vgl. ausführlich Hufeld, U. 2003, S. 210ff.

Kreditnehmern (Unternehmen) darstellt, gibt es die sog. "Bürgschaftsmitteilung" der EU (vgl. *Europäische Kommission 2008, S. 1ff.*). Die Mitteilung regelt, wann eine staatliche Bürgschaft eine Beihilfe im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EG-Vertrag ist (unabhängig davon, ob die Beihilfe mit dem gemeinsamen Markt vereinbar ist). Die Mitteilung unterscheidet zwischen Einzelbürgschaften und Bürgschaftsregelungen. Einzelbürgschaften stellen unter folgenden Bedingungen keine Beihilfe dar (alle müssen kumulativ erfüllt sein):

- a) Hauptschuldner (Kreditnehmer) ist kein Unternehmen in Schwierigkeiten¹³
- b) die Bürgschaft ist an eine finanzielle Transaktion mit festen Höchstbetrag und fester Laufzeit geknüpft
- c) die Bürgschaft sichert max. 80 % des Kreditbetrages¹⁴
- d) der Kreditnehmer zahlt ein marktübliches Bürgschaftsentgelt (bei KMU: Safe-Harbour-Prämie)¹⁵.

Unter Beibehaltung von a) bis c) setzt die Mitteilung in Bezug auf beihilfefreie Bürgschaftsregelungen folgende kumulativ erfüllbare Bedingungen voraus:

- d) eine realistische Risikobewertung als Basis, damit sich die Regelung aus den Zahlungen der Begünstigten selbst trägt
- e) jährliche Überprüfung auf Basis der Ausfallquoten, inwieweit sich die Regelung selbst trägt und ggf. Anpassung der Prämien
- f) Prämien müssen normale Risiken, Verwaltungskosten und jährliche Vergütung eines angemessenen Kapitalbetrags decken, um als marktkonform zu gelten

¹³ Zur Definition "Unternehmen in Schwierigkeiten" vgl. *Europäische Kommission 2004, S. 1ff.*

¹⁴ Mehr als 80 % sind möglich bei Unternehmen die mit staatlichem DAWI beauftragt sind oder wenn es sich nachweislich nicht um eine Beihilfe handelt.

¹⁵ Safe-Harbour-Prämien sind Mindestentgelte für Garantien und Bürgschaften, die sich aus der Bonitätseinstufung des Kreditnehmers ergeben. Je nach Bonität liegen diese Prämien zwischen 0,4 % und 6,3 % (*Europäische Kommission 2008, S. 6ff.*), berechnet auf Basis von Ratingsystemen der Ratingagenturen. Liegt kein geeignetes Rating für ein Unternehmen vor (z.B. bei Start-ups), so wird die Prämie pauschal mit 3,8 % festgelegt (darf aber niemals kleiner als bei der Muttergesellschaft sein).

- g) Transparenz innerhalb der Regelung über Bedingungen zukünftiger Bürgschaften¹⁶.

(Europäische Kommission 2008, S. 4ff., Kleine, J. 2008, S. 15 in Anlehnung an VöB 2008, o.S.).

Sind die genannten Bedingungen und Voraussetzungen nicht ausnahmslos erfüllt, wird die Bürgschaft aber nicht automatisch als Beihilfe gewertet. Im Zweifelsfall hat der staatliche Bürge die Möglichkeit der Vorlage bei der EU-Kommission. Steht dagegen eine Einzelbürgschaft oder eine Bürgschaftsregelung nicht mit dem Grundsatz des marktwirtschaftlich handelnden Kapitalgebers¹⁷ überein, wird davon ausgegangen, dass sie eine staatliche Beihilfe darstellt oder beinhaltet. Handelt es sich um eine Beihilfe, so muss nun deren Wert berechnet werden. Nur so kann geklärt werden, ob diese aufgrund bestimmter Freistellungsbestimmungen als mit dem gemeinsamen Markt vereinbar erklärt werden kann.

Staatliche Bürgschaftsübernahmen mit Beihilfeelement stellen in den meisten Fällen eine Begünstigung des Kreditnehmers dar (Kassow, J. 2004, S. 212ff.), weil sie es Unternehmen ermöglichen Darlehen zu erhalten, die sie ohne Bürgschaft nicht erhalten hätten. Nach Begriffsverständnis der Europäischen Kommission ergibt sich bei einer öffentlichen Einzelbürgschaft die Begünstigung für den Kreditnehmer daraus, dass das Risikoentgelt unter dem marktüblichen Bürgschaftszins liegt (vgl. Europäische Kommission 2008, S. 10ff.). Das sog. Beihilfenäquivalent bei der öffentlichen Bürgschaft errechnet sich demzufolge als Differenz zwischen dem marktüblichen Entgelt (bei KMU: Safe-Harbour-Prämie, vgl. Anhang 1) und dem von einem Unternehmen tatsächlich gezahlten Bürgschaftszins (vgl. Kas-

¹⁶ Bei KMU's gilt die Sonderregelung, dass a-c und g erfüllt sein müssen. Bei gleichzeitiger Anwendung der Safe-Harbour-Prämien, gelten d-f automatisch als erfüllt. Bei einer Bürgschaftshöhe bis max. 2,5 Millionen EUR müssen a-c und e-g erfüllt sein, sofern die Bürgschaftsregelung sich selbst trägt.

¹⁷ Der Grundsatz des marktwirtschaftlich handelnden Kapitalgebers: Bedingungen zu denen ein privater, unter marktüblichen Bedingungen handelnder Kapitalgeber bereit gewesen wäre, in ein vergleichbares privates Unternehmen zu investieren. (vgl. Bührle F. 2006, S. 254f., Bauer, S. 2008, S. 96f.)

sow, J. 2004, S. 213). Bei Bürgschaftsprogrammen (auch Bürgschaftsregelungen genannt), wird der Beihilfewert anhand einer von der EU genehmigten Berechnungsmethode festgestellt. In Deutschland geschieht dies anhand der online zugänglichen PwC-Methode¹⁸. Ausgangspunkt dieser Berechnungsmethode ist das Kreditrating des Kreditgebers, welches in ein fünfstufiges bürgschaftsspezifisches Ratingsystem auf Basis der Ein-Jahres Ausfallwahrscheinlichkeit übertragen wird. Im Anschluss wird unter Berücksichtigung des Kreditverlaufes, der Bürgschaftsquote und der Recovery Rate¹⁹ der tatsächliche Beihilfewert berechnet. Alternativ kann der Beihilfewert auch mit der Pauschalmethode der De-minimis Verordnung berechnet werden. Der Kreditbetrag darf hierbei 1.5 Mio. EUR nicht übersteigen, wobei höchstens 80 % verbürgt werden. Die Gesamtsumme der einem Unternehmen innerhalb von drei Steuerjahren gewährten De-minimis-Beihilfen darf 200.000,- EUR (im Straßen-transportsektor 100.000,- EUR) nicht übersteigen.

Im Zuge dessen drängt sich die Überlegung auf, dass der Staat durch eine begünstigende Bürgschaftsübernahme an Unternehmen in den Markt der Unternehmensfinanzierung eingreift und als Finanzierungsinstrument in Konkurrenz zu anderen Finanzierungsmöglichkeiten wie staatl. Förderbanken, privaten Beteiligungsgesellschaften (bspw. Privat-Equity- oder Venture-Capital-Gesellschaften, Business Angels) tritt. Betrachtet man die Wirtschaftsförderung als Eingriff in einen Markt der sich nicht selbst reguliert (Marktversagen), erscheint diese Handlungsweise durchaus nachvollziehbar. Fraglich ist jedoch, inwieweit die staatl. Bürgschaftsübernahme tatsächlich als letztes Mittel zur Finanzierung (nach Prüfung aller anderen Möglichkeiten der Finanzierung) gehandhabt wird und eine marktmäßige Kapitalbeschaffung als aus staatlicher Sicht vorzuziehende Alternative überhaupt hinreichend geprüft wurde bzw. überhaupt geprüft werden kann.

¹⁸ Der Beihilfewertrechner: <http://www.pwc.de/de/beihilfewertrechner>

¹⁹Recovery Rate pauschal 12,5 % bei Betriebsmittelbürgschaft und 20 % bei Investitionsbürgschaft. (PwC 2007, o. S.), zur Definition der Recovery Rate (Sicherheitsenerlösquote) vgl. Schramm, S. 2008, S. 8.

Zur Vollständigkeit sei an dieser Stelle erwähnt, dass außer den kreditnehmenden Unternehmen in bestimmten Ausnahmefällen auch die kreditgewährende Bank als Beihilfebegünstigter gelten kann. Die EU-Kommission sieht diesen Fall als gegeben, wenn der Kreditgeber für einen gewährten Kredit eine Bürgschaft ohne Anpassung der Kreditkonditionen übernimmt oder wenn ein verbürgter Kredit für die Rückzahlung eines nichtverbürgten Kredites an dasselbe Kreditinstitut genutzt wird (*Europäische Kommission 2008, S. 3., vgl. Kassow, J. 2004, S. 216ff.*).

2.4.4 Besondere Bürgschaftsregelungen während der Wirtschaftskrise

Ende 2008 hat die Finanzkrise auf die Realwirtschaft übergegriffen. Um die sich daraus entwickelnde beträchtliche Störung im Wirtschaftsleben der Mitgliedsstaaten zu beheben, hat die EU-Kommission binnenmarktkonforme Maßnahmen gemäß Artikel 87 Abs. 3 Buchst. b EG-Vertrag erlassen, die sich auch auf die Gewährung von Bürgschaften auswirken.

Auf Basis des "Vorübergehenden Gemeinschaftsrahmens für staatliche Beihilfen zur Erleichterung des Zugangs zu Finanzierungsmitteln in der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise" (*vgl. Europäische Kommission 2009, S. 1ff.*) hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie die "Regelung zur vorübergehenden Gewährung von Bürgschaften im Geltungsbereich der Bundesrepublik Deutschland während der Finanz- und Wirtschaftskrise (kurz: "Befristete Regelung Bürgschaften", *vgl. BMWi 2009a, S. 1ff.*) erstellt, um die Gewährung von Bürgschaften für die Unternehmenstätigkeit zu erleichtern und so Unternehmen mit Finanzierungsproblemen zu unterstützen.

Die Bürgschaftsregelung gilt sowohl für Investitions- als auch Betriebsmittelkredite an Unternehmen aller Wirtschaftsbereiche, die bis zum 31.12.2010 gewährt werden (*BMWi 2009a, S. 1ff.*). Eine Erhöhung der bislang gültigen maximalen Bürgschaftsquote von 80 % auf 90 % des verbürgten Kredites bedeutet dabei eine Halbierung des Bankrisikos von 20 % auf 10 % und soll dadurch die Kreditvergabe aus Sicht der Bank vereinfachen (*vgl. BMWi 2009a, S. 1ff.*). Zur Risikoabsicherung der Mittel ausgebenden Stellen (z.B. Bürgschaftsbanken) wurde die Rückbürgschaftsquote des Bundes deshalb um

10 % erhöht. Die von den kreditnehmenden Unternehmen zu zahlenden Bürgschaftsentgelte wurden für die ersten zwei Jahre der Bürgschaftsgewährung auf 85 % (für KMU sogar 75 %) der bisherigen Safe-Harbour-Prämien als Mindestentgelt herabgesetzt (*BMWi 2009a, S. 1ff.*). Der verbürgte Kredit darf jedoch die jährliche Lohn- und Gehaltssumme (inkl. Sozialversicherungsbeiträge) nicht überschreiten. Bei Unternehmen, die erst nach dem 01.01.2008 gegründet wurden, darf der verbürgte Kredit die geschätzten Lohn- und Gehaltszahlungen der ersten beiden Jahre nicht übersteigen. Die im Rahmen dieser Regelung gewährten Bürgschaften können nicht mit bereits gewährten De-minimis-Beihilfen für dieselbe förderbare Aufwendung kumuliert werden (*BMWi 2009a, S. 1ff.*). Die Kumulierung mit anderen Beihilfen, die nicht De-minimis-Beihilfen sind, aber mit Gemeinschaftsmitteln finanziert werden, ist erlaubt. Allerdings nur, wenn die aus der Kumulierung entstehende Förderintensität nicht die in Freistellungsverordnung, Genehmigungen oder Leitlinien festgelegte Förderintensität übersteigt (*BMWi 2009a, S. 1ff.*). Ausgeschlossen von der Regelung sind Exportkreditgarantien und Unternehmen, die sich vor dem 01.07.2008 also vor der Wirtschaftskrise bereits in finanziellen Schwierigkeiten befanden (*BMWi 2009a, S. 1ff.*).

Ein weiterer Bestandteil des vorübergehenden Gemeinschaftsrahmens der EU ist die ebenfalls von der EU notifizierte "Regelung zur vorübergehenden Gewährung geringfügiger Beihilfen im Geltungsbereich der Bundesrepublik Deutschland während der Finanz- und Wirtschaftskrise" (kurz: "Bundesregelung Kleinbeihilfen", *vgl. BMWi 2008*). Die Regelung erlaubt es, Mittel ausgebenden Stellen in den Jahren 2008 bis 2010 genehmigungsfreie Kleinbeihilfen bis zu einem Höchstbetrag von 500.000,- EUR zu gewähren (*vgl. BMWi 2008, S. 1ff.*). Diese Regelung gilt ebenfalls für die Gewährung von Bürgschaften. Der neue Höchstbetrag entspricht einer Erhöhung von 200.000,- EUR gegenüber der ursprünglichen Regelung.

Zusammenfassend betrachtet, eignen sich die "Befristete Regelung Bürgschaften" und die "Bundesregelung Kleinbeihilfen" gut, um die Versorgung von KMU mit Krediten zu fördern. Der Risikoteil der Banken bei der verbürgten Kreditvergabe wurde verringert (von 20

% auf 10 %), wodurch die Zinsen für langfristige Kredite gesenkt werden sollten. Die parallele Senkung der Bürgschaftsentgelte entlastet zudem die kreditnehmenden Unternehmen, die sonst unter der Last höherer Zinsen zu leiden hätten. Die anmeldefreie Gewährung von Kleinbeihilfen bis zu einem Höchstbetrag von 500.000,- EUR gibt Unternehmen zusätzlich mehr Spielraum für die Beantragung von Bürgschaften (wenngleich Klein- und De-minimis-Beihilfen für dieselbe förderbare Aufwendung nicht kumuliert werden können) und beschleunigt die schnelle Versorgung von Unternehmen, die durch die Wirtschaftskrise in Schwierigkeiten geraten sind, mit finanziellen Mitteln.

In der Praxis wurden die Regelungen von Anfang an gut angenommen: 6.200 beantragte Bürgschaften allein von März 2009 bis August 2009 bedeuteten eine Steigerung von 29 % (*VdB 2009b, S. 1*) im Vorjahresvergleich. Die Zahl der Genehmigungen stieg im selben Zeitraum um 9,3 %, das dahinter stehende Kreditvolumen um 9,9 % und das Bürgschaftsvolumen um 13,4 % (*VdB 2009b, S. 1*). In Thüringen hat die Bürgschaftsbank bereits in den ersten 9 Monaten 2009 mit rund 60 Mio. EUR fast 40 % mehr Kreditmittel verbürgt als im Vorjahr.

Bei aller positiven Intention des Gemeinschaftsrahmens darf aber nicht vergessen werden, dass die vorübergehenden Regelungen zeitlich begrenzt sind, um den Wettbewerb zwischen Unternehmen in den Mitgliedsstaaten der EU nicht nachhaltig und übermäßig zu verzerren. Aber auch hier gilt wahrscheinlich die bekannte Regel: Eine Subvention ist meist schneller gewährt als wieder abgeschafft. Der VdB fordert im Juni 2010 bereits die Beibehaltung einer erhöhten staatl. Rückbürgschaftsquote.

2.4.5 Das System der Bürgschaftsbanken in Deutschland

Bürgschaften als immaterielle Sicherungsinstrumente können in Deutschland von bundes- und landeseigenen Förderinstituten sowie von Bürgschaftsbanken gewährt werden (*Schmidt, G. A. et al 2006, S. 33f., vgl. Schiereck, D. 2002, S. 174f.*). Im Hinblick auf die Praxis der

Gewährung von Bürgschaften in Thüringen wird an dieser Stelle das System der deutschen Bürgschaftsbanken erläutert.

a. Entstehungsgeschichte

Die Gründung der deutschen Bürgschaftsbanken lässt sich in zwei Phasen aufteilen. Phase 1 beginnt Anfang der 50er Jahre vor dem Hintergrund eines hohen Investitionsbedarfs von KMU und problematischer Liquiditätssituation²⁰ der Banken (*Schiereck, D. 2002, S. 175*). Die in dieser Phase gegründeten Kreditgarantiegemeinschaften (KGGen) waren nach Branchen gegliedert und sollten KMU den Zugang zu Fremdkapital durch die Gewährung von Bürgschaften und Garantien erleichtern (*Kokalj, L. et al 2003, S. 102, vgl. Flessa, R. 1989, S. 31*). Nach dem Vorbild der Schweizer Bürgschaftsgenossenschaften wurde 1953 die KGG des Niedersächsischen Handwerks als erste deutsche Kreditgarantiegemeinschaft ins Leben gerufen (*Schmidt, G. A. et al 2006, S. 34*). Weitere KGGen in den übrigen Bundesländern und Branchen folgten prompt (*vgl. Kaufmann, L. et al 1989, S. 9*)²¹.

Die zweite Gründungsphase der deutschen Bürgschaftsbanken ging mit der deutschen Wiedervereinigung einher (*vgl. Schiereck, D. 2002, S. 175., Schmidt, G. A. et al 2006, S. 35*). Durch die wirtschaftliche Systemumstellung in den neuen Bundesländern gab es erneut einen hohen Kreditbedarf der KMU, dem fehlende Sicherheiten entgegenstanden (*Schiereck, D. 2002, S. 175*). Mit Hilfe von Pateninstituten aus den alten Bundesländern wurde deshalb in Ostdeutschland zügig das westdeutsche Bürgschaftsbankensystem mit einer neuen Bürgschaftsbank je Bundesland zur Bereitstellung von Kreditbürgschaften und Garantien eingeführt (*vgl. Schiereck, D. 2002, S. 175, vgl. Schmidt, G. A. et al 2006, S. 36*). Parallel zu dieser Entwicklung verabschiedete man sich in den 90er Jahren von der branchenspezifischen Ausrichtung der Kreditgarantiegemeinschaften (*Schmidt, G. A. et al*

²⁰ Die sich daraus ergebende restriktive Kreditvergabepraxis für KMU hängt damit zusammen, dass zu der Zeit ausschließlich Grundpfandrechte als Kreditsicherheit durch die Kreditinstitute zugelassen waren (*Schmidt, G. A. et al 2006, S. 34, vgl. Schiereck D. 2002, S. 175, Kaufmann, L. et al 1989, S. 7*).

²¹ Mehr zur Entstehungsgeschichte und Entwicklung in: *Giebitz, R. 1987, S.1ff.*

2006, S. 35). "Um Diversifikationsvorteile und innerbetriebliche Effizienzpotenziale besser ausschöpfen zu können" (*Schmidt, G. A. et al 2006, S. 35*), wurden die Branchen-Kreditgarantiegemeinschaften seitdem in allen Bundesländern²² zu einer Institution namens "Bürgschaftsbank"²³ vereint.

b. Rechtsform und Besteuerung

Die 19 im Verband der deutschen Bürgschaftsbanken organisierten Bürgschaftsbanken²⁴ sind ausnahmslos in der Rechtsform GmbH geführte Kreditinstitute nach §1 KWG (*VdB 2009a, S. 5*). Sie besitzen eine auf das Garantiegeschäft und deren Hilfgeschäfte beschränkte Bankzulassung (*Flessa, R. 1989, S. 31*) und handeln somit unter Aufsicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (kurz: BaFin). Bedingt durch ihre im öffentlichen Interesse liegende und nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtete Tätigkeit (*Schmidt, G. A. et al. 2006, S. 42*) werden Bürgschaftsbanken gewöhnlich von der Körperschafts-, Gewerbe- und Vermögenssteuer befreit (*vgl. Flessa R. 1989, S. 31, vgl. Schiereck, D. 2002, S. 176*).

c. Aufgaben und Ziele der Bürgschaftsbanken

Unter dem Mantel einer "Selbsthilfeeinrichtung der Wirtschaft" (*VdB 2009a, vgl. Flessa, R. 1989, S. 31, vgl. Schmidt, G. A. et al 2006, S. 34f.*) beschreiben die Bürgschaftsbanken ihren Geschäftszweck als "ausschließlich oder erheblich auf die Gewährleistung von Krediten und Kapitalbeteiligungen zugunsten kleiner und mittlerer Unterneh-

²² Als letztes Bundesland hat Bayern seine vier Kreditgarantiegemeinschaften für Handel, Handwerk, Gartenbau und des Hotel- und Gaststättengewerbes am 01.07.2009 zur Bürgschaftsbank Bayern GmbH vereint (*BBB 2009, S. 5*).

²³ Mit der Umbenennung trug man der Tatsache Rechnung, dass das überwiegende Geschäft der KGGen mit Bürgschaften und nicht mit Garantien gemacht wurde (*Schmidt, G. A. et al 2006, S. 35, vgl. Kokalj, L. et al. 2003, S. 102*)

²⁴ Bestehend aus insgesamt 16 Bürgschaftsbanken der Bundesländer, der übergeordneten Bürgschaftsbank für Sozialwirtschaft, der Bayerischen Garantiegesellschaft für mittelständische Beteiligungen sowie der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (*VdB 2009a, S. 5*).

men²⁵ und der freien Berufe ausgerichtet" (VdB 2009a, S. 5). Im Zuge dessen übernehmen die Bürgschaftsbanken Ausfallbürgschaften gegenüber Hausbanken für kurz-, mittel- und langfristige Kredite aller Art, z.B. für Existenzgründungen und Betriebsübernahmen, Investitions- und Wachstumsfinanzierungen, Betriebsmittel, Avale und Garantien bis zu einer Gesamthöhe von 2 Mio. EUR²⁶. Ergänzend dazu werden auch Leasing- und Mietkauffinanzierungen verbürgt (VdB 2009, S. 1).

Im Mittelpunkt dieser Aufgaben steht dabei aber vor allem die Unterstützung von Existenzgründungen²⁷. Vor dem Hintergrund der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen sollen dabei wirtschaftlich sinnvolle und Erfolg versprechende Investitionsvorhaben nicht daran scheitern, dass Sicherheiten nicht in ausreichender Form zur Verfügung stehen. (VdB 2009, S. 1). Das unterstreicht auch, dass es den Bürgen nicht um die reine Gewährung der Bürgschaft (und das daraus erzielte Entgelt in Form von Provisionen und Gebühren) geht, sondern vielmehr um ein erfolgreiches Gelingen der Geschäftsidee bzw. des jeweiligen unternehmerischen Vorhabens.

d. Finanzierungsquellen

Bürgschaften von Bürgschaftsbanken stellen eine sehr hohe Qualität der Sicherheit dar, da sie von Bund und Ländern rückverbürgt werden (vgl. Kokalj, L. et al. 2003, S. 103). Diese Rückbürgschaften halten die Bürgschaftsbanken leistungsfähig und machen deren Bürgschaft für die Hausbanken der Unternehmen akzeptabel im Sinne der Kreditsicherheit (Flessa, R. 1989, S. 32). Der Kreditgeber hat für den verbürgten Kreditteil im Prinzip kein Ausfallrisiko mehr und muss dafür auch keine Eigenkapitalunterlegung bereithalten (Kokalj, L. et al. 2003, S. 103). Die globalen Rückbürgschaften²⁸ des Bundes und der

²⁵ Definition der KMU nach EU-Recht siehe Kapitel 2.4.1.

²⁶ Sonderregelungen in einigen Ländern sind möglich.

²⁷ Im Jahre 2008 entfielen 43 % des Bürgschaftsgeschäfts auf Neugründungen (entspricht der Unterstützung von etwa 2.900 Existenzgründungen, VdB 2009a, S. 11).

²⁸ Global- oder Rahmenbürgschaft bedeutet in dem Zusammenhang, dass Bund und Länder nicht für jeden Einzelfall, sondern innerhalb bestimmter

Länder betragen dabei in den alten Bundesländern 65 % und in den neuen Bundesländern 80 % des individuellen Ausfallrisikos der Bürgschaftsbanken. Innerhalb dieser Regelung tragen der Bund 60 % und das Land 40 % der Rückbürgschaft²⁹. Die Laufzeit der Rückbürgschaften beträgt in der Regel jeweils 5 Jahre, um auf strukturelle Veränderungen der Risikoentwicklungen der Bürgschaftsbanken angemessen reagieren zu können und wird im Anschluss neu verhandelt (*Kokalj, L. et al. 2003, S. 103, vgl. Schiereck, D. 2002, S. 179*). Schiereck bezeichnet die Rückbürgschaften als "konstituierendes Element des deutschen Bürgschaftsbankensystems" (*Schiereck, D. 2002, S. 178*), "da das Ausfallrisiko des verbürgten Kredites auf mehrere Schultern verteilt wird" (*Kokalj, L. et al. 2003, S. 104*). Diese Aussage soll ein Rechenbeispiel, in Anlehnung an *Schiereck, D. 2002, S. 179* verdeutlichen: Bund und Länder übernehmen in den neuen Bundesländern gemeinschaftlich globale Rückbürgschaften i.H.v. 80 % des individuellen Ausfallrisikos der von einer Bürgschaftsbank übernommenen Bürgschaft und tragen somit 64 % des Kreditausfallrisikos (38,4 % der Bund und 25,6 % die Länder), wobei 16 % Obligo bei den Bürgschaftsbanken verbleiben und die Hausbank geht mit 20 % für den unverbürgten Kreditteil ins Obligo. Dieses Beispiel zeigt auch, dass die Bürgschaftsbanken trotz eines relativ geringen Eigenanteils ein hohes Bürgschaftsvolumen gewähren können (*vgl. Schmidt, G. A. et al 2006, S. 41*).

Weiterhin umfasst die staatliche Unterstützung der Bürgschaftsbanken neben den Rückbürgschaften auch Finanzierungshilfen im Sinne von zinsgünstigen Darlehen aus dem ERP-Sondervermögen³⁰ (zu einem Zinssatz von 3 %) bis zu einer Höhe von 12 % des Bürgschaftsvolumens (*Schmidt, G. A. et al 2006, S. 42*). Betrachtet man die staatlichen Unterstützungen der Bürgschaftsbanken durch Rück-

Grenzen die Rückbürgschaft aller durch die Bürgschaftsbank gewährten Bürgschaften übernehmen (*Flessa, R. 1989, S. 32*).

²⁹ vgl. z.B. Rückbürgschaftserklärung des Bundes für das Land Thüringen: *BaDV 2007, S. 1ff.*

³⁰ ERP ist die Abkürzung für das European Recovery Program, welches nach dem 2. Weltkrieg auf Grundlage des Marshallplans zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft diente. Mittlerweile wird dieses vom BMWi verwaltete Sondervermögen zur Finanzierung von Wirtschaftsförderungsprogrammen verwendet und durch die KfW zugeteilt (*Mosena, R. et al 2010, o. S.*).

bürgschaften, Finanzierungshilfen vor dem Hintergrund der Steuerbefreiung und unter Berücksichtigung der Eigenkapitalgeberstruktur, so ist Schierecks Kritik am Selbstverständnis der Bürgschaftsbanken als tatsächliche "Selbsthilfeeinrichtung der mittelständischen Wirtschaft" nachzuvollziehen (vgl. *Schiereck, D. 2002, S.180*).

Weitere Finanzierungsquelle neben den staatlichen Rückbürgschaften sind Zinserträge des Deckungskapitals sowie Gebühren und Provisionen für die Bürgschafts- und Garantieübernahme. Die Bearbeitungsgebühren betragen i.d.R. zwischen 1 % und 1,5 % des Kredit- bzw. Beteiligungskapitals (Mindestgebühren möglich). Die Provisionen im Sinne eines jährlichen Zinses liegen meist bei 1 % (*Schmidt, G. A. et al 2006, S. 42*).

e. Gesellschafter- und Organisationsstruktur

Am Kapital der Bürgschaftsbanken sind Kammern und Verbände (IHK, HWKs, Fachverbände der Wirtschaft und Innungen)³¹, Kreditinstitute aller drei Gruppierungen der Kreditwirtschaft (Sparkassen, Genossenschaftsbanken, private Banken)³² und berufsständische Versicherungsgesellschaften beteiligt (*VdB 2009a S. 5, Schmidt, G. A. et al 2006, S. 35, vgl. Flessa, R. 1989, S. 31*). Historisch und politisch bedingt differiert die Organisations- und Gesellschafterstruktur dabei in den einzelnen Ländern. Bund und Länder sind normalerweise nicht an den Bürgschaftsbanken beteiligt, lediglich in Schleswig-Holstein sind sie Gründungspartner, allerdings ohne Gesellschaftereigenschaft (vgl. *Kokalj, L. et al. 2003, S. 103*). Die Bürgschaftsbanken sind demzufolge private (als GmbH organisierte) und keine öffentlichen Institutionen.

Dem föderalistischen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland folgend, sind die Bürgschaftsbanken nach Bundesländern organisiert und auch nur für die Mittelstandsförderung in ihrem jeweiligen

³¹ Kammern und Verbände können dabei als direkte gemeinwohlorientierte Vertretung der KMU in der Bürgschaftsbank angesehen werden (vgl. *Kramer, D. 2008, S. 23*).

³² Ausführlich zu den Kreditinstituten als Kooperationspartner der Bürgschaftsbanken in *Kramer, D. 2008, S. 22ff*.

Land zuständig (vgl. Kaufmann, F. et al. 1989, S. 18) Es besteht somit kein Wettbewerbsverhältnis zwischen den einzelnen Banken (Schmidt, G. A. et al 2006, S. 38f.). Es gibt zwei übergeordnete Organisationen des Bürgschaftsbankenwesens in Deutschland (vgl. Schmidt, G. A. et al 2006, S. 39 und Kokalj, L. et al. 2003, S. 103). Dies ist zum einen die Dachorganisation Bundeskreditgarantiegemeinschaft des Handwerks (BKGG), welche selbst aber keine Bürgschaften vergibt. Außerdem sind die rechtlich und wirtschaftlich selbstständigen Bürgschaftsbanken der Bundesländer freiwillig im übergeordneten Verband deutscher Bürgschaftsbanken organisiert (vgl. Kapitel 2.4.5.2.). Der VdB hat die Funktion einer gemeinsamen Interessenvertretung gegenüber Partnern und Trägern und beinhaltet ebenso die seit 1992 bundesweit tätige Bürgschaftsbank für Sozialwirtschaft, die ausschließlich soziale Projekte verbürgt (vgl. Kokalj, L. et al. 2003, S. 103). Ihre Gesellschafter sind neben diakonischen und sozialen Institutionen ebenfalls die Banken. Neben den in diesem Kapitel genannten Bürgschaftsbanken, bestehen in den einzelnen Bundesländern landeseigene Landesförderanstalten, Investitions- oder Aufbaubanken, die ebenfalls Bürgschaften gewähren können. Ein Bsp. dafür wird in Kapitel 3.4. anhand der Thüringer Aufbau-bank beschrieben.

f. Organe der Bürgschaftsbanken

Auf Grundlage von Schmidt (vgl. Schmidt, G. A. et al 2006, S. 39f.), Kokalj (vgl. Kokalj, L. et al. 2003, S. 104) und Kramer (vgl. Kramer, D. 2008, S. 10) werden hier die handelnden Akteure innerhalb einer Bürgschaftsbank kurz vorgestellt. Die interne Organisation der Bürgschaftsbanken ist wesentlich durch ihre Rechtsform, die GmbH, geprägt. Nach den Vorgaben des GmbHG haben Bürgschaftsbanken folgende Organe:

- a) eine Gesellschafterversammlung als Beschlussorgan der GmbH (Mitglieder sind die in Kapitel 2.4.5.5. genannten Beteiligten)

- b) eine Geschäftsführung, bestehend aus mindestens zwei³³ von der Gesellschafterversammlung berufenen Personen zur Ausübung des operativen Geschäfts, also der Prüfung aller eingegangenen Bürgschaftsanträge auf Tragfähigkeit
- c) einen Bewilligungsausschuss (auch Bürgschafts-, Garantie- oder Kredit-ausschuss genannt), bestehend aus stimmberechtigten Vertretern der Gesellschafter, Geschäftsführern und Rückbürgen³⁴ zur Bewilligung oder Ablehnung einer Bürgschaft³⁵, wobei die Rückbürgen ein Vetorecht³⁶ besitzen
- d) einen Verwaltungs- oder Aufsichtsrat (zusammengesetzt aus Mitgliedern der Gesellschafter) zur Kontrolle der Geschäftsführung.

Die Bürgschaftsbanken in den Bundesländern sind eng mit Mittelständischen Beteiligungsgesellschaften (MBG) als Schwesterunternehmen verbunden (u.a. in Thüringen). Dabei unterstützen die Bürgschaftsbanken das operative Geschäft der MBG mittels Geschäftsbesorgungsvertrag, bearbeiten Anträge für Beteiligungen an KMU und sichern diese durch Garantien (*Kramer, D. 2008, S. 11*). Auf die Zusammenarbeit zwischen Bürgschaftsbank und Beteiligungsgesellschaft wird in Kapitel 3.3.4 am Beispiel der Bürgschaftsbank Thüringen und Mittelständischer Beteiligungsgesellschaft eingegangen.

g. Geschäftsvolumen

Im Jahre 2009 wurden von den deutschen Bürgschaftsbanken insgesamt 7.745 Bürgschaften und Garantien mit einer Bürgschafts- und Garantiesumme i.H.v. 1,26 Milliarden EUR gewährt (vgl. Abbildungen 4 und 5). Den Löwenanteil daran hält das Land Baden-

³³ Die gesetzliche Klassifikation der Bürgschaftsbank als Kreditinstitut, bedingt die Anwendung des Vier-Augen-Prinzips nach KWG (*Schmidt, G. A. et al 2006, S. 40*).

³⁴ Die Rückbürgen Bund und Bundesländer werden im Ausschuss meist durch die Landesministerien der Finanzen und der Wirtschaft *vertreten* (*Kramer, D. 2008, S. 11*)

³⁵ Es sind also alle von einem Ausfall betroffenen Parteien an der Bürgschaftsentscheidung beteiligt (vgl. *Kokalj, L. et al. 2003, S. 105*).

³⁶ Zum Vetorecht des Rückbürgen bei rückverbürgten Bürgschaften: vgl. *Flessa, R. 1989, S. 32f.*

Württemberg mit 24,3 %, gefolgt von Nordrhein-Westfalen mit 8,9 %. In den neuen Bundesländern hatte 2009 Sachsen mit 515 Bürgschaften i.H.v. 96,0 Mio. EUR das größte Bürgschaftsvolumen. Für die regional sehr unterschiedlich ausgeprägten Volumina sind nach Kolkaj vor allem strukturelle Gegebenheiten wie die regionale Struktur der Wirtschaftsbereiche, die Unternehmensdichte, Gründungsquoten und der Anteil an Branchen mit Finanzierungsproblemen verantwortlich. Einen weiteren Grund stellt die länderspezifische Existenz von alternativen Sicherungsinstrumenten dar (vgl. Kolkaj, L. et al. 2003, S. 105).

	2000 ANZAHL	2001 ANZAHL	2002 ANZAHL	2003 ANZAHL	2004 ANZAHL	2005 ANZAHL	2006 ANZAHL	2007 ANZAHL	2008 ANZAHL	2009 ANZAHL	% VERÄNDERUNG 2009 ZU 2000
Baden-Württemberg	1.471	1.249	1.232	1.577	2.139	2.162	2.028	1.997	1.938	2.266	54,0
Bayern	328	284	267	264	311	294	342	363	356	389	18,6
Berlin	435	380	248	144	171	303	340	347	331	341	-21,6
Brandenburg	245	200	214	194	208	363	346	390	364	336	37,1
Bremen	68	75	54	38	70	65	72	87	90	98	44,1
Hamburg	510	504	378	398	431	480	561	540	549	633	24,1
Hessen	311	274	243	210	241	209	201	241	186	274	-11,9
Mecklenburg-Vorpommern	332	286	230	196	204	211	157	187	150	174	-47,6
Niedersachsen	217	240	246	284	358	341	272	295	296	286	31,8
Nordrhein-Westfalen	747	681	471	328	306	372	599	696	570	554	-25,8
Rheinland-Pfalz	204	201	185	133	189	359	391	390	312	420	105,9
Saarland	20	18	23	10	14	22	32	33	39	51	155,0
Sachsen	439	508	474	454	469	535	457	409	323	515	17,3
Sachsen-Anhalt	326	337	375	357	393	330	326	285	288	307	-5,8
Schleswig-Holstein	381	383	418	415	485	528	552	626	723	798	109,4
Thüringen	327	289	255	282	255	278	274	326	251	303	-7,3
insgesamt	6.361	5.909	5.313	5.284	6.244	6.852	6.950	7.212	6.766	7.745	21,8
Differenz zum Vorjahr	-9,9%	-7,1%	-10,1%	-0,5%	18,2%	9,7%	1,4%	3,8%	-6,2%	14,5%	

Abbildung 4: Anzahl genehmigter Bürgschaften und Garantien der Bürgschaftsbanken 2000 - 2009 nach Bundesländern, Quelle: VdB 2010a, S. 74.

Mit 2.682 genehmigten Bürgschaften und Garantien 2009 wurden bundesweit 34,6 % allein für Existenzgründungen verwendet (2008: 42,1 %). Betrachtet man die 2009er Zahlen getrennt nach Wirtschaftszweigen, so entfielen 23,5 % der genehmigten Bürgschaften auf das Handwerk, 21,8 % auf Handel und 21,2 % auf Dienstleistun-

gen³⁷, 17,1 % auf die Industrie, je 6,6 % auf Gastgewerbe und freie Berufe, 2,3 % auf das Verkehrsgewerbe und 0,76 % auf den Gartenbau (*VdB 2010a*, S. 80). Die bundesweite Ausfallquote lag 2009 bei rund 3 %, im Vorjahr waren es noch 2,6 % (*VdB 2010a*, S.14).

Die Anzahl der genehmigten Bürgschaften und Garantien durch Bürgschaftsbanken ist von 2008 auf 2009 um 14,5 % gestiegen (2007 auf 2008: - 6,2 %). Aufgrund der gesunkenen Bonität kleiner und mittelständischer Unternehmen, verursacht durch die Wirtschaftskrise, ist ein erhöhter Bedarf an verlässlichen Sicherheiten bei der Kreditvergabe durch die Banken auch für 2010 zu erwarten. Durch die Lockerung der Beihilfekontrolle der EU während der Wirtschaftskrise konnte das Konjunkturpaket II der Bundesregierung mit dem Wirtschaftsfonds Deutschland zur Stärkung des Bürgschaftsinstrumentariums beitragen. So wurden seit März 2009 bundesweit fast 130.000 Arbeitsplätze durch Bürgschaften der Bürgschaftsbanken gesichert. Das Bürgschaftsgeschäft stieg damit um 20 % auf ein Kreditvolumen von 1,8 Mrd. EUR (*BBT et al 2010*, S. 28).

³⁷ inkl. Fisch- und Landwirtschaft.

	2000 Mio. EURO	2001 Mio. EURO	2002 Mio. EURO	2003 Mio. EURO	2004 Mio. EURO	2005 Mio. EURO	2006 Mio. EURO	2007 Mio. EURO	2008 Mio. EURO	2009 Mio. EURO	% VERÄNDERUNG 2009 ZU 2000
Baden-Württemberg	257,1	235,3	238,8	245,3	293,8	287,8	281,3	285,3	284,2	306,7	19,3
Bayern	66,5	68,8	59,0	61,1	74,5	65,5	69,1	72,4	75,3	82,0	23,3
Berlin	66,3	66,9	38,5	21,3	27,1	55,5	48,0	53,0	44,0	54,2	-18,3
Brandenburg	50,5	36,5	46,0	45,0	45,2	62,8	61,0	69,9	66,3	66,9	32,5
Bremen	13,6	12,8	9,0	5,6	8,3	9,0	11,5	11,7	14,6	15,8	16,2
Hamburg	68,7	77,0	58,1	53,5	58,4	67,2	75,0	75,1	72,4	88,5	28,8
Hessen	49,2	55,2	44,3	42,7	52,4	41,4	37,1	44,5	36,2	58,5	18,9
Mecklenburg-Vorpommern	58,7	46,5	35,1	30,5	36,1	34,1	26,7	34,9	23,1	28,1	-52,1
Niedersachsen	31,3	35,6	33,9	45,1	59,8	53,4	44,9	49,3	50,8	46,0	47,0
Nordrhein-Westfalen	118,1	106,1	73,0	56,2	58,8	65,9	92,7	106,8	101,3	112,5	-4,7
Rheinland-Pfalz	33,8	31,0	34,6	34,7	41,6	67,9	67,2	63,0	65,9	86,0	154,4
Saarland	2,1	1,8	4,2	1,0	1,9	5,1	5,8	4,8	8,4	9,7	361,9
Sachsen	65,9	64,1	66,9	80,0	80,9	93,3	77,9	77,3	49,1	96,0	45,7
Sachsen-Anhalt	57,3	65,3	75,1	65,3	76,7	67,2	66,7	58,0	56,2	64,2	12,0
Schleswig-Holstein	54,1	61,2	56,9	62,3	65,3	73,5	76,9	77,3	75,0	82,6	52,7
Thüringen	52,7	44,2	38,0	44,1	48,8	55,8	53,8	68,6	50,0	63,6	20,7
insgesamt	1.045,9	1.008,5	911,4	893,7	1.029,6	1.105,4	1.095,6	1.151,9	1.072,8	1.261,3	20,6
Differenz zum Vorjahr	-9,9%	-3,6%	-9,6%	-1,9%	15,2%	7,4%	-0,9%	5,1%	-6,9%	17,6%	

Abbildung 5: Bürgschafts- und Garantiesummen der genehmigten Bürgschaften und Garantien der Bürgschaftsbanken 2000 - 2009 nach Bundesländern, Quelle: VdB 2010a, S. 75.

h. Gesamtwirtschaftlicher Nutzen der deutschen Bürgschaftsbanken

In einer im Jahre 2006 veröffentlichten empirischen Studie des Instituts für Mittelstandsökonomie der Universität Trier, wurde von Schmidt, G. A. und van Elkan, M. ein positiver gesamtwirtschaftlicher Nutzen der deutschen Bürgschaftsbanken nachgewiesen (*vgl. Schmidt, G. A. et al 2006, Vorwort*). Bei der Untersuchung der quantitativ gesamtwirtschaftlichen Nutzeneffekte standen die Auswirkungen von Bürgschaften auf den Finanzierungssaldo des Staates im Mittelpunkt. Der Staat profitiert von den durch Bürgschaften ausgelösten Investitionen und dadurch bedingten Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen. Demgegenüber steht die Inanspruchnahme der staatlichen Rückbürgschaft bei Ausfall einer Bürgschaft. In dem

in der Studie untersuchten Zeitraum zwischen 1996 und 2002 konnte für die Situation "mit Bürgschaftsbanken" ein empirisch um jährlich 670 Mio. EUR höherer Finanzierungssaldo des Staates gegenüber einer Situation "ohne Bürgschaftsbanken" identifiziert werden (vgl. Schmidt, G. A. et al 2006, S. 160f.)³⁸. Neben diesem quantitativ positivem Gesamteffekt wurden in der Studie auch einige positive qualitative Effekte der Bürgschaftsgewährung durch Bürgschaftsbanken für die Volkswirtschaft identifiziert:

- ca. 2.000-3.000 verbürgte Existenzgründungen jährlich fördern Wettbewerb und Strukturwandel
- ca. 1.000 unterstützte Unternehmensnachfolgen (z.B. durch MBO, MBI) halten den Wettbewerb aufrecht, verhindern Konzentrations Tendenzen und erhalten bzw. schaffen Arbeitsplätze
- ein hoher Anteil an unterstützten Unternehmen aus zukunftsorientierten Marktsegmenten tragen zum gesamtwirtschaftlich erwünschten Strukturwandel bei.

(Schmidt, G. A. et al 2006, S. 161f.)

Das System der deutschen Bürgschaftsbanken kann zudem als besonders effizient aus Sicht des Staates bezeichnet werden. Ausfallzahlungen für in Anspruch genommene Bürgschaften müssen meist erst dann geleistet werden, wenn bereits positive gesamtwirtschaftliche Effekte die negative Wirkung einer Ausfallzahlung übersteigen. Außerdem wird der staatl. Bürokratieaufwand durch die Bürgschaftsbanken als Selbsthilfeeinrichtung der Wirtschaft effizient eingesetzt (vgl. Schmidt, G. A. et al 2006, S.162). Aus finanzwissenschaftlich theoretischer Sicht fassen Schmidt und van Elkan die Wirkung der deutschen Bürgschaftsbanken in ihrer Studie zusammen: "Bürgschaftsbanken reduzieren den Verlust an gesamtwirtschaftlicher Effizienz bei der Allokation von Ressourcen, der aus Unvollkommenheit des Kapitalmarktes und hier insbesondere aus der asymmetrischen Informationsverteilung zwischen Kreditanbieter und -

³⁸ Durch Tätigkeit der deutschen Bürgschaftsbanken zwischen 1996 und 2002 prognostizierte jährlich durchschnittliche positive Effekte: BIP-Plus von 3,2 Mrd. EUR, Beschäftigungsplus 12.900, Anzahl Erwerbslose minus 9.100, Einnahmen aus Gütersteuern plus 330 Mio. EUR, Vermögenssteuer plus 390 Mio. EUR (Schmidt, G. A. et al 2006, S. 160f.).

nachfrage und den damit zusammen-hängenden Anreizproblemen resultiert." (*Schmidt, G. A. et al 2006, S.162f.*).

3 Praxis der Bürgschaftsgewährung in Thüringen

Während es in den bisherigen Kapiteln um die rechtliche und begriffliche Einordnung des Bürgschaftsinstrumentariums ging, wird im folgenden Hauptteil dieser Arbeit die Praxis der Gewährung von Bürgschaften in Thüringen beleuchtet. Dazu werden alle Programme, Institutionen und Instrumente für die Gewährung von Bürgschaften erläutert.

Der Freistaat Thüringen gewährt auf Basis von § 39 Abs. 1 der Thüringer Landeshaushaltsordnung in Verbindung mit dem Thüringer Haushaltsgesetz³⁹ Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen zur Kreditsicherung. Allgemeine Voraussetzung sind die Kreditwürdigkeit des Kreditnehmers und die Tatsache, dass das Kreditvorhaben im öffentlichen Interesse liegt. Dabei ermächtigen die Haushaltsgesetze das Land zur Gewährung von Bürgschaften für die Förderung des Wohnungsbaus, der Land- und Forstwirtschaft, der gewerblichen Wirtschaft und freien Berufe, von sozialen Einrichtungen und von Gesellschaften in mehrheitlicher Landesbeteiligung. Rund 55 % des Bürgschaftsvolumens werden dabei für die Förderung der gewerblichen Wirtschaft (hauptsächlich für Neugründungen von KMU) verwendet (*TFM 2010, o. S.*).

3.1 Thüringer Bürgschaftssystem

3.1.1 Bürgschaftsprogramme und Institutionen

Je nach Höhe des Bürgschaftsobligos, unterscheidet der Freistaat Thüringen vier Bürgschaftsprogramme zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft:

1. Landesbürgschaftsprogramm ab Bürgschaftsobligo i.H.v. 2,5 Mio. EUR
2. TAB-Bürgschaftsprogramm bis Bürgschaftsobligo

³⁹ Genauer dazu vgl. Kapitel 3.1.3.

- i.H.v. 2,5 Mio. EUR
- 3. Bürgschaften der Bürgschaftsbank Thüringen bis Bürgschaftsobligo i.H.v. 1 Mio. EUR
- 4. Mitarbeiterbeteiligungsprogramm (MBP)

Das Thüringer LBP ist durch ein maximales Bürgschaftsobligo i.H.v. 10 Mio. EUR nach oben begrenzt. Ab einem Obligo von 10 Mio. EUR handelt es sich um eine Bundesbürgschaft. Der Bürgschaftsvertrag entsteht jeweils zwischen dem Kreditinstitut des Kreditnehmers (Hausbank) und den mit dem Freistaat Thüringen verbundenen Kreditsinrichtungen wie der Thüringer Aufbaubank beim TABBP oder der Bürgschaftsbank Thüringen bei BBT und MBP. Bei Bürgschaften über 2,5 Mio. EUR (LBP) dagegen ist grundsätzlich das Thüringer Finanzministerium direkter Vertragspartner der Hausbank⁴⁰. Der Bürgschaftsantrag wird in fast allen Fällen über die Hausbanken gestellt.

3.1.2 Verankerung von Bürgschaften im Thüringer Haushaltsplan

Im Thüringer Gesetz über die Feststellung des Landeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2010 ermächtigt der Thüringer Landtag die zuständigen Ministerien, Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen im Rahmen eines vorgegebenen Haushaltsbudgets zu gewähren (vgl. Abbildung 6). Den Löwenanteil an dem dafür vorgesehenen Etat erhält mit 635 Mio. EUR das Ministerium für Finanzen zur Förderung von Unternehmen im weitesten Sinne⁴¹ (vgl. *Freistaat Thüringen 2009a*, S.11 f.). Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur verfügt über 200 Mio. EUR jährlich zur Abdeckung von Ersatzansprüchen im Rahmen von Ausstellungen und das Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz darf Freistellungen für ökologische Altlasten i.H.v. 30 Mio. EUR erteilen (*Freistaat Thüringen 2009a*, S.12).

⁴⁰ Das Thüringer Finanzministerium ist zudem bei gemeinsam mit dem Bund übernommenen kombinierten Bundes- und Landesbürgschaften über 10 Mio. EUR unmittelbarer Vertragspartner der Geschäftsbanken.

⁴¹ Genauer dazu vgl. auch Kapitel 3.1.4 Sektorspezifische Förderung in Thüringen.

Die aktuellsten publizierten Zahlen bezüglich der tatsächlichen Inanspruchnahme des vorhandenen Budgets durch die Ministerien für die Eventualverbindlichkeiten (Bürgschaften, Garantien und Gewährleistungen) stammen aus 2007: von 635 Mio. EUR wurden lediglich 147 Mio. EUR genutzt. Zum Vergleich: Im Jahre 2006 waren es 154,3 Mio. EUR bei einem vorhandenen Budget von 440 Mio. EUR (*Thüringer Rechnungshof 2009, S. 81*).

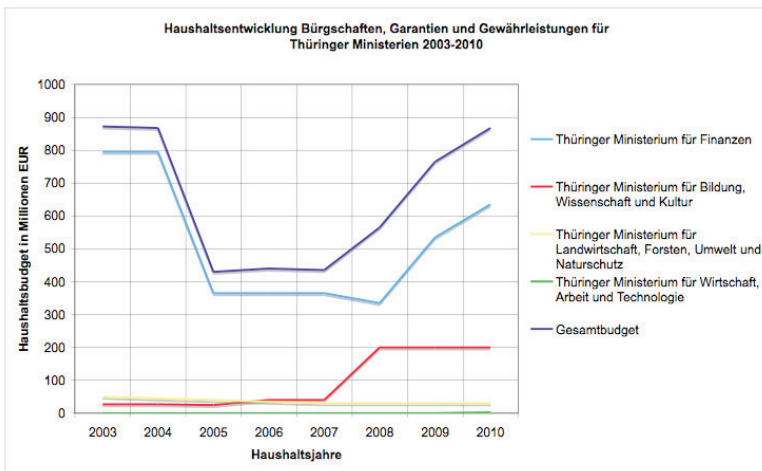


Abbildung 6: Haushaltsentwicklung Bürgschaften, Garantien und Gewährleistungen für Thüringer Ministerien 2003-2010, Quelle: eigene Berechnung aus Landeshaushaltsplänen des Freistaates Thüringen 2003-2010.

Der im Rahmen dieser Arbeit relevante Etat für das Ministerium für Finanzen hat sich dabei in den letzten Jahren stark erhöht. Im Landeshaushaltsplan 2008/2009 (Doppelhaushalt) waren noch 300 Mio. EUR weniger als 2010 angesetzt. Die Erhöhung bezieht sich dabei ausschließlich auf die Förderung der gewerblichen Wirtschaft (vgl. *Freistaat Thüringen 2007a, S. 9*). Begründung für die Erhöhung ist die vorsorgliche Flexibilitätserhöhung infolge eines zu vermutenden weiteren Anstiegs der Inanspruchnahme von Bürgschaften durch die gewerbliche Wirtschaft im Folgejahr (vgl. *Freistaat Thüringen*,

2009a, S. 21)⁴². Betrachtet man diesbezüglich den Trend der letzten Jahre, so ist das Bürgerschaftsbudget für gewerbliche Wirtschaft und freie Berufe mit 500 Mio. EUR 2010 auf dem Höchststand angelangt, während der Etat für die übrigen Unternehmensarten tendenziell stagniert bzw. rückläufig ist (vgl. Abbildung 7).

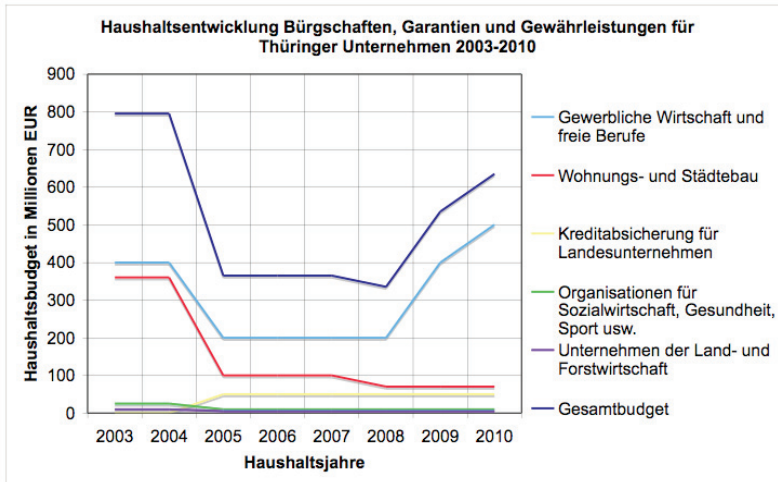


Abbildung 7: Haushaltsentwicklung Bürgerschaften, Garantien und Gewährleistungen für Thüringer Unternehmen 2003-2010, Quelle: eigene Berechnung aus Landeshaushaltsplänen des Freistaates Thüringen 2003-2010.

3.1.3 Sektorspezifische Förderung durch Bürgerschaften in Thüringen

Im Jahr 2003 lagen die Förderung der gewerblichen Wirtschaft und freien Berufe durch Bürgerschaften, Garantien und Gewährleistungen mit 400 Mio. EUR und die Förderung von Wohnungs- und Städtebau mit 360 Mio. EUR noch fast gleichauf (vgl. Abbildung 7). Im Jahr 2010 liegt die Förderung der gewerblichen Wirtschaft mit 500 Mio. EUR klar vor dem nur noch mit 70 Mio. EUR geförderten Wohnungs- und Städtebau. Diese Entwicklung zeigt eine klare Ten-

⁴² Zu diesem Zweck wurde bereits im August des Haushaltsjahres 2009 der Bürgschaftsrahmen für das damals laufenden Jahr von 200 Mio. EUR auf 400 Mio. EUR verdoppelt (vgl. *Freistaat Thüringen, 2009a, S. 21*).

denz auf, die mit einer Sättigung auf Seiten des Wohnungsbaus und erhöhtem Sicherheitsbedarf auf Seiten der KMU (bedingt durch die Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008) einhergeht. Seit 2005 hat zudem die Kreditabsicherung von Unternehmen in mehrheitlicher Landesbeteiligung (konstant 50 Mio. EUR jährlich) an Bedeutung gewonnen. Die Unterstützung von Unternehmen der land- und forstwirtschaftlichen Produktion wurde seit 2003 von 10 auf 5 Mio. EUR halbiert. Die Förderung von Unternehmen und Organisationen der Sozialwirtschaft, Einrichtungen für Sport, Wissenschaft und Kultur i.H.v. 25 Mio. EUR im Jahr 2003 ist seit 2005 konstant bei 10 Mio. EUR pro Haushaltsjahr angelangt.

Die Pole-Position der gewerblichen Wirtschaft in Thüringens Wirtschaftsförderung kommt daher, dass der Freistaat ein Industrieland ist (*TMWTA 2009, S. 44*). Besonders das verarbeitende Gewerbe mit einem Anteil von 23,7 % an der Bruttowertschöpfung in 2008 hat hierbei eine Schlüsselrolle (*TMWTA 2009, S. 44*). Die zuletzt positive Wirtschaftsentwicklung in Thüringen wurde Ende 2008 durch einen starken Rückgang der Nachfrage aus dem Ausland unterbrochen. Die landesspezifischen Förderungsmaßnahmen wurden daraufhin strukturbedingt noch mehr auf die Förderung von Investitionen (Existenzgründungen, Unternehmensansiedlungen und Wachstum der ansässigen Unternehmen) ausgerichtet (*TMWTA 2009, S. 44f*). Es existiert derzeit keine allumfassende publizierte Übersicht über alle Thüringer Bürgschaftsprogramme aus der hervorgeht, welche Branchen und Branchengruppen in welchem Maße durch bewilligte Bürgschaften gefördert werden und wurden. Allerdings lässt sich ein Trend anhand der aktuellen Zahlen der Bürgschaftsbank Thüringen ableiten. Die BBT vergab im Jahr 2009 51,3 % ihres Bürgschafts- und Garantievolumens an die Industrie. Auf den Handel entfielen 10,8 %, auf das Handwerk 17,5 % und die Sonstigen 20,4 % (*BBT et al 2010, S. 31*).

3.2 Thüringer Landesbürgschaftsprogramm (LBP)

Bürgschaften durch den Freistaat Thüringen zugunsten der gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe können u.a. über das Landesbürgschaftsprogramm gewährt werden. Grundlage für die An-

wendung des LBP ist die "Richtlinie für die Übernahme von Bürgschaften durch den Freistaat Thüringen zugunsten der gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe" (vgl. *Freistaat Thüringen 2009c*, S. 1ff.). Im Rahmen dieses Programms wird die Besicherung von Darlehen zur Finanzierung von Erstinvestitionen⁴³ und von Krediten zur Finanzierung von Ersatzinvestitionen und Betriebsmitteln (einschließlich Avalen) angeboten (*Langer, K. et al 2009*, S. 220). Antragsberechtigt sind "freiberuflich Tätige sowie gewerbliche Unternehmen und deren Inhaber bzw. Gesellschafter" (*Langer, K. et al 2009*, S. 220). Darunter fallen auch Personen, "die sich mit Hilfe des zu verbürgenden Kredites in leitender Funktion an einem Unternehmen beteiligen möchten" (*Langer, K. et al 2009*, S. 220). Ausgeschlossen vom LBP sind Bürgschaften zur Förderung des Wohnungs- und Städtebaus sowie von Unternehmen in Schwierigkeiten⁴⁴ (*Langer, K. et al 2009*, S. 220). Ebenso ausgeschlossen ist die Gewährung von Bürgschaften für gemeinnützige Organisationen und Eigenbetrieben von Gebietskörperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts (*Freistaat Thüringen 2009c*, S 2).

3.2.1 Voraussetzungen der Bürgschaftsübernahme

Grundvoraussetzungen für die Beantragung einer Bürgschaft aus dem Thüringer Landesbürgschaftsprogramm sind, dass die zu finanzierende Maßnahme in Thüringen durchgeführt wird (*Langer, K. et al 2009*, S. 220) und "werthaltige Sicherheiten zur Aufnahme eines unverbürgten Bankdarlehens nicht in dem erforderlichen Umfang zur Verfügung stehen" (*Freistaat Thüringen 2009c*, S.3). Zudem muss ein tragfähiges Unternehmenskonzept zugrunde liegen und bei normalem wirtschaftlichen Verlauf eine fristgerechte Rückzahlung des Kredites erwartbar sein (*Freistaat Thüringen 2009c*, S.3)⁴⁵. Andere Bürgschaftsprogramme mit Beteiligung des Bundes sind grundsätzlich vorrangig anzuwenden (*Langer, K. et al 2009*, S. 220). Außerdem

⁴³ Zur Definition "Erstinvestitionen" vgl. *Europäische Union 2006a*, S. 7ff.

⁴⁴ Zur Definition "Unternehmen in Schwierigkeiten" im Sinne der Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten, vgl. *Europäische Kommission 2004*, S. 2. außerdem *BMWi 2009b*, S. 18).

⁴⁵ Eine erwartbare Inanspruchnahme aus der Bürgschaft führt zum Ausschluss (*Langer, K. et al 2009*, S. 220).

darf mit dem Vorhaben nicht schon vor Beantragung der Bürgschaft begonnen worden sein und eine schriftliche Bestätigung der Förderwürdigkeit durch den Mandatar muss vorliegen (*Langer, K. et al 2009, S. 220*).

3.2.2 Bürgschaftshöhe und Rahmenbedingungen des LBP

Landesbürgschaften werden ausschließlich als Ausfallbürgschaften übernommen und dürfen 80 % des verbürgten Kredites nicht überschreiten (*Langer, K. et al 2009, S. 220*). Das Obligo muss über 2,5 Mio. EUR liegen⁴⁶. Die maximale Laufzeit von Bürgschaften für Investitionskredite beträgt 15 Jahre⁴⁷. Betriebsmittelkredite werden auf längstens acht Jahre verbürgt (*Freistaat Thüringen 2009c, S. 4*).

3.2.3 Antrags- und Vergabeverfahren

Das Antragsverfahren zur Übernahme einer Landesbürgschaft startet mit einem Vordruck (vgl. Anhang 2) beim potentiellen Kreditgeber (Kreditinstitut, Geschäftsbank oder Sparkasse). Der Kreditgeber fügt eine Bereitschafts-erklärung zur Begleitung des Bürgschaftsverfahrens und zur Kreditgewährung sowie eine Beurteilung über Antrag und Antragsteller bei (*Freistaat Thüringen 2009c, S. 5*). Zusammen mit einer Bescheinigung des Finanzamtes über die pflichtgemäße Zahlung von Steuern durch den Kreditnehmer wird der ausgefüllte Antrag beim Mandatar eingereicht (PwC AG, Erfurt). Der Antragseingang wird über den Mandatar beim Thüringer Finanzministerium angezeigt. Das Ministerium erteilt daraufhin dem Mandatar den Auftrag, den Bürgschaftsantrag inhaltlich und formal zu prüfen. In Einzelfällen legt der Mandatar den Antrag den nicht im Landesbürgschaftsausschuss vertretenen Fachministerien, Kammern und Verbänden zur Stellungnahme vor (*Freistaat Thüringen 2009c, S. 6*). Die letztendliche Entscheidung über die Bürgschaftsübernahme wird im Landesbürgschaftsausschuss getroffen. Dieser setzt sich zu je einem Vertreter aus dem Geschäftsbankenbe-

⁴⁶ Bei geringeren Obligos kommen das TABBP und Bürgschaften über die BBT in Betracht.

⁴⁷ Für die Binnenschiff-Finanzierung, bauliche Investitionen und Programmkredite von Förderbanken sind in Ausnahmefällen längere Laufzeiten möglich (*Langer, K. et al 2009, S. 221, vgl. BMWi 2009b, S. 13*)

reich Thüringen, dem Thüringer Landtag, dem TMWTA und dem Thüringer Finanzministerium zusammen. Entscheidungen für eine Bürgschaftsübernahme müssen im Ausschuss einstimmig getroffen werden und bedürfen einer Bestätigung durch die Thüringer Finanzministerin (*Freistaat Thüringen 2009c*, S. 6). Bei "besonderem Landesinteresse" (arbeitsmarkt-, struktur- und regionalpolitische Belange) kann sich die Finanzministerin über eine Ablehnung der Bürgschaft im Ausschuss hinwegsetzen (*Freistaat Thüringen 2009c*, S. 6).

Bei positiver Bürgschaftsentscheidung wird über den Mandatar ein Bürgschaftsangebot entworfen und dem Kreditgeber ausgehändigt. Im Gegenzug muss der Kreditgeber innerhalb von drei Monaten den abgeschlossenen Kreditvertrag beim Mandatar vorlegen. Durch Übergabe einer von der Thüringer Finanzministerin unterzeichneten Bürgschaftsurkunde an den Kreditgeber und schriftliche Bestätigung des Bürgschaftsangebots durch den Kreditgeber wird die Bürgschaft letztendlich wirksam (*Freistaat Thüringen 2009c*, S. 7). Jeglichen Verträgen und Angeboten im Rahmen der Bürgschaftsübernahme und -verwaltung liegen die "Allgemeinen Bestimmungen für Thüringer Landesbürgschaften" zugrunde (*vgl. PwC 2007a*, S. 1ff.).

3.2.4 Prüfraster für die Bürgschaftsgewährung

Die Praxis des Thüringer LBP und ganz konkret die Vergabe von Bürgschaften über dieses Programm wird maßgeblich beeinflusst durch das bundes-einheitliche "Prüfraster für staatliche Bürgschaften aus den Bürgschafts-richtlinien des Bundes und der Länder". "Dieses Prüfraster soll das Auffinden relevanter EG-Beihilfebestimmungen erleichtern", (*BMWi, 2009b*, S. 1) und hat als eine Art Zusammenfassung der relevanten EU-rechtlichen, inhaltlichen und formalen Rahmenbedingungen für die Bürgschaftsvergabe eine übergeordnete Rolle. Kurz gesagt: Sie beinhaltet möglichen Szenarien, in denen die Gewährung einer Bürgschaft durch die Bundesländer zulässig ist.

So beinhaltet das Prüfraster neben allgemeinen grundlegenden Bedingungen und Parametern wie dem prinzipiellen Beihilfenverbot

nach Art. 87 Abs. 1 EGV (vgl. Kapitel 2.2.1), der Notifizierungspflicht (vgl. Kapitel 2.2.4), der Berechnung des Beihilfewerts staatlicher Bürgschaften (vgl. Kapitel 2.4.3), beihilfefreier und De-minimis-Beihilfen (vgl. Kapitel 2.2.3) vor allem Regelungen für Bürgschaften an gesunde Unternehmen auf der Grundlage genehmigter bzw. freigestellter Programme (*BMWi 2009b*, S. 13). Diese nach der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (vgl. *Europäische Kommission 2008b*, S. 1ff.) freigestellten Bürgschaftsprogramme regeln im Bereich der gewerblichen Bürgschaften Freistellungstatbestände für Regionalbeihilfen, Investitions- und Beschäftigungsbeihilfen für KMU, Umweltschutzbeihilfen und Beihilfen für Forschung, Entwicklung und Innovationen (*BMWi 2009b*, S. 16). Eine Besonderheit für die neuen Bundesländer stellt dabei die "Betriebsmittel-Bürgschaften Programmgenehmigung neue Länder" (*BMWi 2009b*, S. 29) dar. Nach diesem Sonderprogramm im Rahmen des LBP dürfen neben den beihilfefreien De-minimis Beihilfen in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen Betriebsmittelbürgschaften bis 20 Mio. EUR für den Betriebsmittelbedarf folgender Tatbestände vergeben werden⁴⁸:

- Umsatzwachstum in Zusammenhang mit Kapazitätserweiterung
- Veränderungen des Produktportfolios,
- Sicherstellung der Unternehmensnachfolge,
- Begleitung von großvolumigen Einzelaufträgen.

(*BMWi 2009b*, S. 29)

Die Genehmigung dieses Sonderprogramms wurde bis zum 31.12.2013 durch die Europäische Kommission erteilt (vgl. *BMWi 2009a*, S. 30) Ob nach dem bundesweiten Prüfraster eine Bürgschaft vergeben werden darf, wird in der Praxis durch den Mandatar hinreichend geprüft und im Thüringer Bürgschaftsausschuss abschließend entschieden.

⁴⁸ Die degressiven Höchstbeträge für neue Landesbürgschaften in den Jahren 2008 und 2009 wurden mit jeweils 200 Mio. EUR festgelegt, 2010 und 2011 jeweils 170 Mio. EUR sowie 2012 und 2013 mit 140 Mio. EUR. (*Europäische Kommission 2008a*, S. 4).

3.2.5 Entgeltregelung sowie Einnahmen und Ausgaben

Gemäß "Entgeltmerkblatt für die Übernahme von Bürgschaften nach dem Landesbürgschaftsprogramm" (vgl. *Thüringer Finanzministerium 2009, S. 1*). wird für die Bearbeitung des Bürgschaftsantrags ein festes Bearbeitungsentgelt beim Antragsteller (Kreditnehmer) und für die Übernahme der Bürgschaft ein laufendes Bürgschaftsentsgelt beim Kreditgeber (Hausbank, Geschäftsbank, Kreditinstitut oder Sparkasse) erhoben.

Das Bearbeitungsentgelt "beträgt 0,45 % des beantragten Bürgschaftshöchstbetrages, mindestens 10.000,- EUR, höchstens 45.000,- EUR" und ist mit der Antragstellung zu entrichten (*Thüringer Finanzministerium 2009, S. 1*). Unabhängig von einer Genehmigung oder Ablehnung des Bürgschaftsantrags wird dieses Bearbeitungsentgelt nicht erstattet. Das laufende Bürgschaftsentsgelt ist ab Bürgschaftsübernahme über die gesamte Bürgschaftslaufzeit hinweg i.H.v. mindestens 1,0 % p. a. auf den Bürgschaftsbetrag bzw. den verbliebenen Bürgschaftsbetrag vorschüssig für das jeweilige Jahr bis zum 10.01. zu zahlen (*Thüringer Finanzministerium 2009, S. 1*).

Die anteiligen Einnahmen des Freistaates Thüringen aus diesen Bürgschaftsprovisionen (Antragsgebühr und laufende Entgelte) beliefen sich in 2008 auf 111.129,- EUR (*Freistaat Thüringen 2009b, S.32*). Der Ansatz für 2009 und 2010 laut Entwurf Landeshaushaltsplan 2010 beträgt jeweils 200.000,- EUR⁴⁹. Es ist zu vermuten, dass sich dieser erhöhte Einnahmen-Ansatz aus dem absehbar höheren Bedürfnis der gewerblichen Wirtschaft nach Bürgschaften ergibt. Demgegenüber standen in 2008 Ausgaben im Sinne von rückverbürgten⁵⁰ Auszahlungen durch die Inanspruchnahme (Ausfall) aus Bürgschaften, Garantien und Gewährleistungen i.H.v. 11.660.276,-

⁴⁹ Zum Zeitpunkt der Bearbeitung dieser Diplomarbeit lagen noch keine aktuellen Zahlen für 2009 vor, da der Thüringer Rechnungshof diese erst im Rahmen des Jahresberichts 2011 inkl. Haushaltsrechnung 2009 kommuniziert.

⁵⁰ Landesbürgschaften werden in Thüringen zu 80% durch den Bund rückverbürgt.

EUR⁵¹ (*Freistaat Thüringen 2009b*, S.33). In 2009 und 2010 wird mit erheblich höheren Auszahlungen durch den Ausfall von Bürgschaften gerechnet. So veranschlagt der Freistaat in seinem Haushaltsentwurf für 2010 bis zu 50.000.000,- EUR (67.100.000,- EUR waren es 2009) für die Inanspruchnahme von Landesbürgschaften (*Freistaat Thüringen 2009b*, S.33)⁵². Einen Ländervergleich über die Inanspruchnahme von Bürgschaften in den neuen Bundesländern 2001 - 2007 zeigt Anhang 3. In Thüringen war das Volumen der Inanspruchnahme in diesem Zeitraum am höchsten (377,9 Mio. EUR)

Der aktuellste publizierte Stand der Bürgschafts-, Garantie- und Gewährleistungsübernahmen durch das Land Thüringen vom 31.12.2007 beläuft sich auf 2.215 Mio. EUR (2006: 2.230 Mio. EUR, *Thüringer Rechnungshof 2009*, S. 82). Dies stellt den zweithöchste Wert in den neuen Bundesländern dar, liegt aber dennoch weit hinter dem Bürgschaftsprimus Sachsen (2006: 6.068 Mio. EUR, 2007: 6.401 Mio. EUR).

3.3 Bürgschaften über die Bürgschaftsbank Thüringen

Die Bürgschaftsbank Thüringen mit Sitz in Erfurt wurde am 20.12.1990 im Zuge der Übernahme des westdeutschen Bürgschaftssystems auf die neuen Bundesländer gegründet (vgl. Kapitel 2.4.5.1). Sie wird in der Rechtsform einer GmbH geführt und besitzt ein Stammkapital von 12.946.000,- EUR (*BBT 2009*, S.1). Die BBT ist räumlich, finanziell, personell und operativ eng verbunden mit der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH. Beide Firmen sind in Erfurt ansässig, haben dieselben Geschäftsführer und sind sog. "Schwestergesellschaften" (vgl. *BBT 2009*, S. 28). Die BBT tritt als Gesellschafter der MBGT auf (0,51 % Minderheitsbeteiligung). Noch wichtiger ist aber das gemeinsame Ziel beider Unternehmen: die Förderung der mittelständischen Wirtschaft in Thüringen (*BBT 2009*, S.27 und S. 76). Dabei entlastet die BBT die MBG im

⁵¹ Insbesondere Zahlungen aus Bürgschaftsverpflichtungen bei Feststellung des Ausfalls; weiterhin Zahlungen im Zusammenhang mit Sanierungsvereinbarungen zur Vermeidung eines Gesamtausfalls.

⁵² Zum Vergleich: Ist-Wert 2005: 71,4 Mio. EUR, Ist-Wert 2006: 64,7 Mio. EUR, Ist-Wert 2007: 34,3 Mio. EUR (*Thüringer Rechnungshof 2009*, S. 63, vgl. Anhang 3)

Rahmen der gemeinsamen Risikoteilung bei der Bereitstellung von Kapital für unterkapitalisierte Firmengründer und mittelständische Unternehmen (*BBT 2009, S.76*). Durch Beteiligungen der MBG kann die Kapitalstruktur von Unternehmen im Zusammenhang mit der Bürgschaftsgewährung verbessert werden (*BBT 2009, S.28*).

3.3.1 Aufgaben, Ziele und Rahmenbedingungen

"Als Selbsthilfeorganisation der Wirtschaft verfolgen wir das Ziel, erfolgversprechende Geschäftsideen zu fördern und den Mittelstand zu stärken. Mit den Garantien und Bürgschaften sollen den Unternehmen die nötigen Sicherheiten gegeben werden, um sich zukunftsfähig aufzustellen" (*BBT 2009, S. 27*), beschreibt die BBT ihr Selbstverständnis. In der Praxis bedeutet dies: die Übernahme von Ausfallbürgschaften gegenüber Kreditinstituten, Leasing- und Beteiligungsgesellschaften für die Unternehmenstätigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen und deren Finanzierung über Bankkredite (*BBT 2009, S. 27*). Zielgruppe der BBT sind Existenzgründer, Unternehmensnachfolger, am Markt etablierte mittelständische Unternehmen sowie Freiberufler. Die Ausfallbürgschaft darf max. 80 % des Kreditvolumens besichern, bei einem Höchstbetrag von 1 Mio. EUR bzw. von März 2009 bis Dezember 2010 im Rahmen des Konjunkturpaketes II bis zu 2 Mio. EUR (vgl. Kapitel 2.1.3).

3.3.2 Gesellschafterstruktur und Organe

Wie jede deutsche Bürgschaftsbank, setzt sich die BBT aus folgenden Gesellschaftsorganen zusammen: Gesellschafterversammlung, Verwaltungsrat, Geschäftsführung und Bewilligungsausschüsse (vgl. Kapitel 2.4.5.6). Als Gesellschafter treten Banken, Sparkassen, Beteiligungsgesellschaften sowie Innungen, Kammern und Verbände auf. Die Landesbank Hessen-Thüringen ist mit 31,5 % größter Gesellschafter. Die Anteile am Stammkapital der 24 Gesellschafter zeigt Anhang 4. Über 97 % des Stammkapitals werden dabei von Banken, Kreditinstituten und Beteiligungsgesellschaften gehalten (vgl. Anhang 4). Vor dem Hintergrund vom Selbstverständnis einer "Selbsthilfeorganisation" der Thüringer Wirtschaft hätte man hier einen höheren Anteil bei den Unternehmensverbänden und Kammern vermutet. In der Zusammensetzung von Verwaltungsrat und

Bewilligungsausschuss dagegen ist der Anteil von Mitgliedern aus dem Banken- und Nicht-Banken-Sektor nahezu ausgeglichen (vgl. dazu Anhang 5 und Anhang 6).

Wichtigstes operatives Gremium der Bürgschaftsbank Thüringen ist der Bewilligungsausschuss. Bis Januar 2009 gab es neben den beiden großen Ausschüssen "Industrie und Handwerk" sowie "Handel, freie Berufe und sonstiges Gewerbe" noch den sog. "Kleinen Bürgschaftsausschuss" (*BBT 2009, S. 63*). Dieser entschied ausschließlich über die Bürgschaftsübernahme aus dem BBT Programm BBT Basis (vgl. Kapitel 3.3.4.1). Er bestand aus einem von der Geschäftsführung bestimmten Mitglied aus den beiden oben genannten Ausschüssen sowie zwei namentlich nicht benannten Mitgliedern des TFM und TMWTA, welche sich gegenseitig vertreten durften (*BBT 2009, S. 63*). Seit Januar 2009 gibt es zur Vereinfachung nur noch einen Bewilligungsausschuss (*BBT 2010 et al, S. 61, vgl. Anhang 6*). Für Beratung und Hilfe im Rahmen der operativen Abwicklung des Bürgschaftsgeschäfts stehen 13 nach Regionen zuständige Ansprechpartner sowohl für Unternehmen als auch Banken telefonisch und persönlich zur Verfügung (vgl. Anhang 7).

3.3.3 Aktuelles Geschäftsvolumen

Die in diesem Kapitel genannten Zahlen und Daten entstammen alle dem aktuellsten publizierten BBT Geschäftsbericht 2009 (vgl. *BBT et al 2010, S. 1ff.*). Der BBT Bürgschafts- und Garantiebestand belief sich zum 31.12.2009 auf 2.156 (verteilt auf 1.827 Thüringer Unternehmen). Hinter dieser Anzahl steht ein Kredit- bzw. Beteiligungsvolumen von 399,9 Mio. EUR und ein Bürgschafts- bzw. Garantievolumen von 306,1 Mio. EUR. Allein in 2009 waren 303 Bürgschaften und Garantien mit einem Volumen von 63,6 Mio. EUR hinzugekommen. Damit wurden Kredite und Beteiligungen i.H.v. 80,1 Mio. EUR abgesichert. Genau 55 der 303 neuen Bürgschaften bezogen sich auf Existenzgründungen.

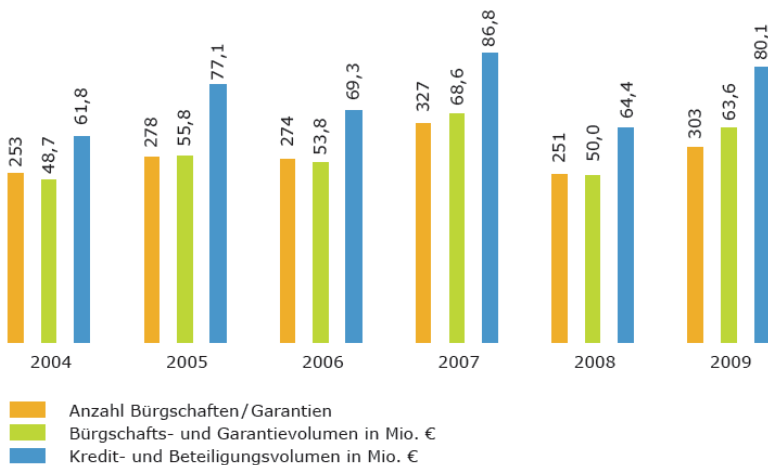


Abbildung 8: Entwicklung Bürgschaften und Garantien der BBT 2004-2009, Quelle BBT et al 2010, S. 29.

Den Verlauf der Bürgschaftsentwicklung in Thüringen von 2004 bis 2009 zeigt Abbildung 10. Das Niveau kann dabei durchaus als Stabil bezeichnet werden (vgl. Abbildung 8). Es gingen 2009 insgesamt 481 Bürgschafts- und Garantieanträge ein. Die Genehmigungsquote lag bei 63,0 % (2008: 80,2 %). Betrachtet man das 2009 bewilligte Bürgschafts- und Garantievolumen nach Branchengruppen, so ist der Industriesektor mit einem Anteil von 51,3 % am stärksten vertreten (+ 9,9 % im Vergleich zu 2008). Abbildung 9 zeigt dazu eine Gegenüberstellung von beantragtem und bewilligtem Volumen nach Branchengruppen in den Jahren 2008 und 2009.

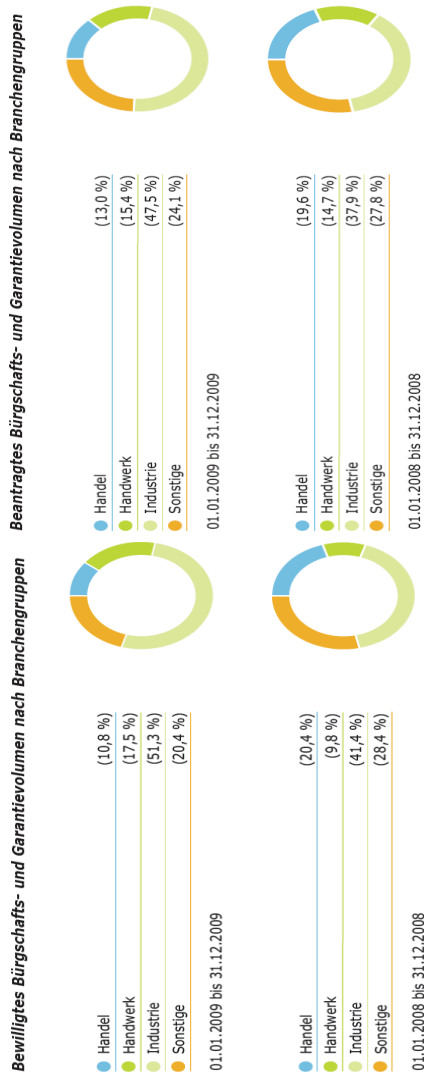


Abbildung 9: Gegenüberstellung "Beantragtes und bewilligtes Bürgschafts- und Garantievolumen der BBT nach Branchengruppen 2008 und 2009", Quelle: BBT et al 2010, S. 30ff.

Betrachtet man das Bürgschafts- und Garantievolumen nach Bankengruppen, so gehen mit 44,5 % in 2009 die meisten Anträge über Thüringens Sparkassen ein, gefolgt von den Privat- und Genossenschaftsbanken (vgl. Abbildung 10).

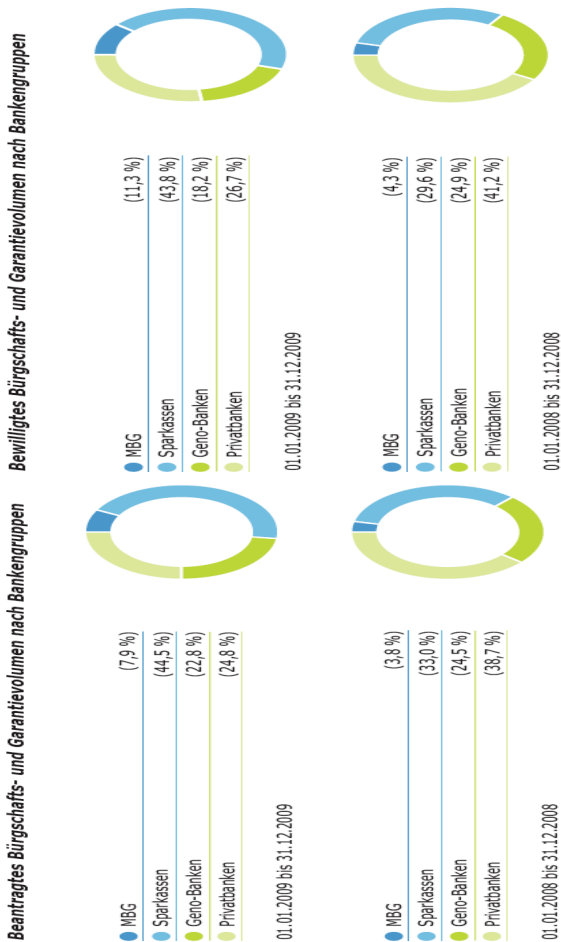


Abbildung 10: Gegenüberstellung "Beantragtes und bewilligtes Bürgschafts- und Garantie-volumen der BBT nach Bankengruppen 2008 und 2009", Quelle: BBT et al 2010, S. 30ff.

Räumlich betrachtet gingen 44,1 % der bewilligten Bürgschaften der BBT 2009 in den Kammerbezirk Erfurt, gefolgt von Suhl mit 29,9 % und Gera mit 26,0 %.

Seit 1991 hat die BBT Bürgschaften und Garantien i.H.v. 1,4 Mrd. EUR gewährt und so Investitionen von 1,7 Mrd. EUR ermöglicht. Rund 51 % davon werden derzeit von der Industrie beansprucht (vgl. Abbildung 11).

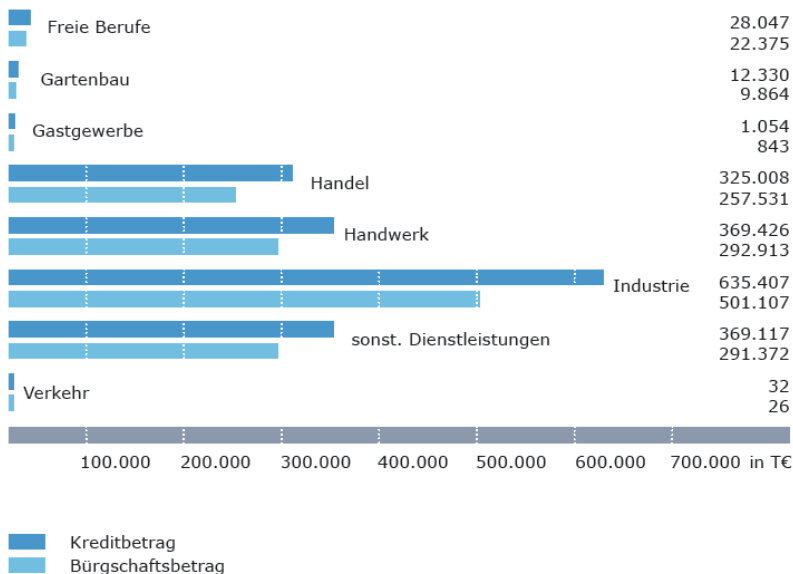


Abbildung 11: Bewilligungen der BBT 1991 - 2009, Quelle: BBT et al 2010, S.33.

Eine detaillierte Übersicht der beantragten und bewilligten Bürgschaften nach Branchen von 1991 bis 2005 zeigt Anhang 8. Aus dieser seit 2006 nicht mehr durch die BBT publizierten Darstellungsform geht hervor, dass besonders Thüringens Metallverarbeitende Industrie und das Baugewerbe zur Risiko-absicherung auf Bürgschaften der BBT zurückgreifen.

Die Summe aus der Inanspruchnahme von Bürgschaften der BBT (Ausfallzahlungen) ist in 2009 im Vergleich zu 2008 von 9.356 Mio.

EUR auf 9,286 Mio. EUR zurückgegangen und bestätigt damit den seit dem Jahr 2000 anhaltenden positiven Verlauf. Aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise war mit diesem anhaltenden Rückgang nicht zu rechnen.

Abschließend betrachtet, ist die wirtschaftliche Situation der BBT GmbH als sehr positiv einzuschätzen. Die Provisionserträge sind seit Jahren auf einem stabilen Niveau, die Ausfallquote gering und rückläufig. Zudem ist das Eigenrisiko der BBT relativ gering, da 80 % des betrieblichen Risikos von Bund und Land rückverbürgt werden. Trotz anzunehmender zurückhaltender Investitionstätigkeit von Thüringer Unternehmen, ist von einem anhaltenden Bedürfnis nach Sicherheiten seitens der Kreditinstitute auszugehen, weshalb eine positive Weiterentwicklung dieses Trends zu erwarten ist.

3.3.4 Programme der Bürgschaftsbank Thüringen

a. BBT basis

Das Basisprodukt der Bürgschaftsbank Thüringen unterscheidet sich von allen anderen Programmen dadurch, dass die BBT die Erstprüfung des Vorhabens übernimmt und nicht die Hausbank (*BBT 2009c, S. 2*). Somit hat der potentielle Kreditnehmer bereits eine Bürgschaft in der Hand und damit eine bessere Ausgangslage für die Verhandlungen über die Kreditgewährung mit seiner Hausbank. Denn die Bürgschaft signalisiert dem potentiellen Kreditgeber, dass das Vorhaben wirtschaftlich tragfähig ist und erhöht damit die Akzeptanz auf Seiten der Hausbank (*BBT 2009c, S. 3*). Das Programm eignet sich deshalb besonders gut für Existenzgründer. Im weiteren Sinne werden mit BBT basis Darlehen und Kredite zur Gründung, Erweiterung, Übernahme von und die Beteiligung an Betrieben gefördert (*BBT 2009c, S. 2*). Im engeren Sinne bezieht sich das auf Investitionen in Betriebsobjekte, Maschinen, Anlagen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung und Betriebsmittel (*Langer, K. et al 2009, S. 215*). Betrachtet man die Förderfähigkeit durch BBT basis nach Branchen, so steht das Förderinstrument neben Handwerk, Industrie und Handel vor allem dem Hotel- und Gaststättengewerbe, Verkehrsgewerbe und dem Gartenbau sichernd zur Seite (*Langer, K. et al 2009, S. 215*). Voraussetzung ist die sachliche und persönliche

Kreditwürdigkeit des Kreditnehmers sowie, dass dieser "nach der betriebs- und gesamtwirtschaftlichen Lage existenz- und wettbewerbsfähig ist." (*Langer, K. et al 2009, S. 215*). Ergänzend dazu muss sich das Unternehmen oder der Investitionsort in Thüringen befinden und das Unternehmen ein KMU gemäß EU-Definition (vgl. Kapitel 2.4.1) darstellen und nicht der landwirtschaftlichen Produktion nachgehen (*BBT 2009c, S.3*)⁵³.

Die Kredithöhe beim Programm BBT basis darf max. 200.000 EUR und muss mind. 31.300 EUR betragen. Bei einem Bürgschaftsgrad von bis zu 80 %, ergeben sich daraus eine max. Bürgschaftshöhe von 160.000 EUR und ein Mindestbetrag von 25.000 EUR im Einzelfall. Die Laufzeit der BBT basis Bürgschaft ist auf 15 Jahre beschränkt (bei Finanzierung baulicher Maßnahmen sogar auf 23 Jahre). Bei Antragstellung ist eine einmalige Bearbeitungsgebühr i.H.v. 2 % des Finanzierungsbetrages fällig (von der im Ablehnungsfall die Hälfte zurückerstattet wird). Die jährliche Provision beträgt 1,25 % des Kreditbetrages (*vgl. Langer, K. et al 2009, S. 215 und BBT 2009c, S. 2f.*).

Das Programm BBT basis eignet sich auch deshalb besonders für Existenzgründer, da die BBT zusammen mit Betriebsberatern der zuständigen Kammern das Vorhaben wirtschaftlich und in Bezug auf die Finanzierung prüft und zudem während der Gründungsphase beratend begleitet (*BBT 2009c, S. 2f.*). Von 2005 bis 2007 ging die Anzahl der Bewilligungen jedoch von 55 auf 25 Bürgschaften zurück (vgl. Abbildung 13). Neuere Fallzahlen wurden seitens der BBT nicht kommuniziert.

b. BBT basis Sonderprogramm Handwerk

Das "Sonderprogramm Handwerk" unter dem Dach von BBT basis besteht seit dem 01.10.2009 als Pilotprojekt und soll kleinen und mittleren Handwerksbetrieben den Zugang zu Finanzmitteln erleichtern. Kernstück dieses neuen Programms ist eine Verfahrensinnovation, bei der die Kredit- und Bürgschaftsanträge bei Haus- und

⁵³ Ebenfalls ausgeschlossen ist "die Finanzierung von Geschäftsanteilskäufen im Unternehmen tätiger Gesellschafter sowie von angehörigen freier Berufe (Steuerberater, Ärzte, Anwälte etc.)" (*BBT 2009c, S. 3*).

Bürgschaftsbank parallel bearbeitet werden (BBT 2009e, S. 39). Ziel dieses Prozesses ist es, dem Antragsteller eine Entscheidung innerhalb von zehn Bankarbeitstagen mitzuteilen (BBT 2009, S. 39). Bei der Umsetzung kooperiert die BBT mit den Thüringer Handwerkskammern (Beratung und Hilfestellung bei der Antragstellung) und ausgewählten Thüringer Kreditinstituten (Kreissparkasse Eichsfeld, Sparkasse Gera-Greiz, Rhön-Rennsteig-Sparkasse, Kreissparkasse Altenburger Land, vr bank Südthüringen eG, Volksbank Saaleetal eG, Raiffeisenbank Gotha eG, Nordthüringer Volksbank eG, Sparkasse Mittelthüringen). Durch die schnelle und unkomplizierte Bearbeitung soll kleinen und mittleren Handwerksbetrieben besonders die kurzfristige Finanzierung von Betriebsobjekten, Maschinen und Anlagen sowie Betriebsmitteln ermöglicht werden. Das einmalige Bearbeitungsentgelt beträgt 1,5 % des zu verbürgenden Kreditbetrages (statt 2 % bei BBT basis, vgl. Kapitel 3.3.4.1). Die laufende Bürgschaftsprovision wurde zum 01.04.2010 wie bei BBT basis von 1,5 % auf 1,25 % des Bürgschaftsobligos gesenkt. In den übrigen Rahmenbedingungen und Voraussetzungen entspricht das "Sonderprogramm Handwerk" dem Programm BBT basis. Seit Juli 2010 gibt es das Schwesterprogramm BBT IHK sprint, welches inhaltlich identisch zu BBT basis Sonderprogramm Handwerk, für Industrieunternehmen bestimmt ist.

BBT classic BBT guw	Einmaliges Bearbeitungsentgelt <ul style="list-style-type: none"> 1,0 % des zu verbürgenden Kreditbetrages, mind. EUR 250,00 Laufende Bürgschaftsprovision <ul style="list-style-type: none"> 1,0 % des zu verbürgenden Kreditbetrages p. a.
BBT basic	Einmaliges Bearbeitungsentgelt <ul style="list-style-type: none"> 2,0 % des zu verbürgenden Kreditbetrages Laufende Bürgschaftsprovision <ul style="list-style-type: none"> 1,25 % des zu verbürgenden Kreditbetrages p. a.
BBT basic Sonderprogramm Handwerk	Einmaliges Bearbeitungsentgelt <ul style="list-style-type: none"> 1,5 % des zu verbürgenden Kreditbetrages Laufende Bürgschaftsprovision <ul style="list-style-type: none"> 1,25 % des zu verbürgenden Kreditbetrages p. a.
BBT buch80	Einmaliges Bearbeitungsentgelt <ul style="list-style-type: none"> 1,0 % des zu verbürgenden Kreditbetrages (mind. € 400), die Hälfte davon bei Antragstellung Laufende Bürgschaftsprovision <ul style="list-style-type: none"> 1,0 % des zu verbürgenden Kreditbetrages p. a.
Garantien Arbeitnehmerbeteiligungen	Einmaliges Bearbeitungsentgelt <ul style="list-style-type: none"> 0,75 % des beantragten Garantiebetrages Laufende Bürgschaftsprovision <ul style="list-style-type: none"> 1,5 % des beantragten Garantiebetrages p. a.
BBT-MBG kombi	BBT Einmaliges Bearbeitungsentgelt <ul style="list-style-type: none"> 1,0 % des zu verbürgenden Kreditbetrages Laufende Bürgschaftsprovision <ul style="list-style-type: none"> 1,0 % des zu verbürgenden Kreditbetrages p. a. MBG Einmaliges Bearbeitungsentgelt <ul style="list-style-type: none"> 1,0 % des beantragten Beteiligungsbetrages Festes Entgelt <ul style="list-style-type: none"> 6,95 % p. a. Gewinnabhängiges Entgelt <ul style="list-style-type: none"> 1,0 % p.a.

Abbildung 12: BBT Konditionentableau Quelle: www.bbthueringen.de, Abruf: 2010-06-17.

c. BBT classic

"Eine sichere Finanzierung soll nicht auf dem Prinzip Hoffnung beruhen!" (BBT 2009d, S. 2). Mit dieser Zielsetzung vereinfacht das Programm BBT classic den Zugang zu Kreditmitteln durch "unabhängige Prüfung", "schnelle und unbürokratische Bearbeitung" und letztendlich "nachhaltige Absicherung" (BBT 2009d, S. 2). Bei Bedarf unterstützt die Bürgschaftsbank Thüringen im Rahmen dieses Pro-

gramms auch bei Planung und Finanzierungscontrolling. Der Vorteil für die Kreditinstitute liegt wie bei allen anderen Bürgschaftsprogrammen in der Minimierung des Eigenrisikos, geringeren Eigenkapitalbindungskosten und Risikominimierung durch eine zusätzliche Prüfung des Kreditrisikos eines unternehmerischen Vorhaben.

Die formalen Voraussetzungen für die Bürgschaftsgewährung sind nahezu identisch mit BBT basis (vgl. Kapitel 3.3.4.1). Der Verfahrensweg unterscheidet sich allerdings darin, dass im ersten Schritt der Antrag auf Kreditgewährung bei der Hausbank gestellt wird. Über die Hausbank wird dann der Bürgschaftsantrag bei der BBT eingereicht (vgl. *Langer, K. et al 2009, S. 214*). Der Bürgschaftsbetrag darf dabei max. 1 Mio. EUR betragen (dies entspricht einer maximalen Kredithöhe von 1,25 Mio. EUR). Eine einmalige Bearbeitungsgebühr i.H.v. 1 % (mind. 250 EUR) ist bei Antragsprüfung fällig. Die jährliche Provision der BBT für die Bürgschaftsgewährung beträgt ebenfalls 1 % von der Bürgschaftshöhe (*Langer, K. et al 2009, S. 213*).

BBT classic fördert sowohl Existenzgründer als auch bestehende Unternehmen bei Neugründungen, Übernahmen, MBO, MBI, Franchise, komplettem Investitions- und Betriebsmittelbedarf sowie Entwicklungs- und Markterschließungskosten (*BBT 2009d, S. 3*). Bereits am Markt etablierte Unternehmen können die Bürgschaft zur Realisierung von "Betriebserweiterungen und -verlagerungen, Modernisierungen, Rationalisierung, Betriebsentwicklung, Markterschließung, Investitions- und Betriebsmittel- und Franchisefinanzierung und Unternehmensnachfolge" (*BBT 2009d, S. 3*) nutzen. Die Laufzeit ist wie bei BBT basis auf max. 15 Jahre begrenzt (bei Bauvorhaben auf 23 Jahre). Für die Verbürgung öffentlicher Programmkredite (z.B. das "ERP-Innovationsprogramm für Anwendungen zur Entwicklung neuer Produkte, Verfahren und Dienstleistungen" oder das KfW-Programm „Erneuerbare Energien“) beträgt die Laufzeit bis zu 20 Jahre (*Langer, K. et al 2009, S.213*). BBT classic war zusammen mit BBT guw80 (vgl. Kapitel 3.3.4.4) mit 289 bewilligten Bürgschaften (entspricht 88,38 %) 2007 abermals das am häufigsten genutzte Programm (vgl. Abbildung 13).

d. BBT guw80

"Darlehen und Sicherheit in einem." (BBT 2009b, S.2) – das ist es, was sich hinter dem Produktnamen "BBT guw80" verbirgt. Diese Bürgschaft ist einzig und allein für das Kredit- und Förderprogramm GuW-Plus der Thüringer Aufbaubank bestimmt (BBT 2009, S.121) und entspricht einer Kombination von zinsgünstigem Darlehen⁵⁴ und Sicherheit (BBT 2009, S.2) zur Gründungs- und Wachstumsfinanzierung (GuW). Das Programm richtet sich an Existenzgründer, KMU und freiberufliche Selbständige aller Branchen (Ausnahmen nach Langer K. 2009, S. 223: Land- und Fischereiwirtschaft, Verkehr, Heilberufe), die weder über die nötigen finanziellen Mittel zu Finanzierung ihres unternehmerischen Vorhabens, noch über ausreichende Sicherheiten zur Risikoabdeckung verfügen. Außer für Unternehmensneugründungen, Betriebsübernahmen und Kauf eines Unternehmens, eignen sich BBT guw80 in Verbindung mit GuW-Plus auch für Investitionen ins Anlagevermögen, Anschaffung und Aufstockung eines Warenlagers, Betriebsmittelfinanzierung und immaterielle Investitionen, z.B. für den Erwerb von Lizenzen und Patenten (BBT 2009b, S.2).

Die Ausfallbürgschaft von 80 % erstreckt sich dabei auf Kreditbetrag, anteilige Zinsen und Provisionen. Das max. verbürgte Kreditvolumen beträgt 1,875 Mio. EUR bei einem Bürgschaftshöchstbetrag von 1,5 Mio. EUR pro Vorhaben (BBT 2009b, S.3). Die Antragstellung geschieht über die Hausbank bei der TAB und ist sehr einfach gehalten. Der Bürgschaftsantrag befindet sich direkt in der Anlage vom GuW Darlehensvertrag. Die abgefragten Informationen decken sich größtenteils mit dem Darlehensvertrag – das Ganze ist also als Ergänzung zu verstehen und mit zwei Seiten dementsprechend kurz gehalten⁵⁵. Die Laufzeit richtet sich nach der Darlehenslaufzeit von GuW Plus und kann bei Investitionskrediten bis zu 5, 10 oder 20 Jahre betragen. Betriebsmittelkredite sind auf eine Laufzeit von 6

⁵⁴ Die Zinsverbilligung des Freistaates Thüringen beträgt 0,80% p.a. bei Darlehen > 750 TEUR oder bei Darlehen an Nicht-KMU 0,55 % p.a. (Thüringer Aufbaubank 2010, S. 1f.)

⁵⁵ Alternativ zur BBTguw80 Bürgschaft können auch BBTclassic und BBTbasis zur Sicherung eines GuW.Plus Darlehens über die Hausbank bzw. (bei BBTbasis) über die BBT direkt beantragt werden (Langer, K. et al 2009, S. 223).

Jahren beschränkt (*Freistaat Thüringen 2008, S. 1*). Bearbeitungsentgelt und Bürgschaftsprovision sind mit je 1 % identisch zum Programm BBT classic (vgl. Abbildung 12).

e. BBT buch80

Seit Mai 2010 kooperiert die BBT mit der Buchhändlerischen Kredit-Garantie-gemeinschaft (BKG) im Rahmen eines Sonderprogramms zur Stärkung der Kreditfinanzierung von KMU's der Buchbranche. Buchhändler und Verleger können zur Steigerung der Liquidität durch Kreditaufnahme auf eine 80%ige⁵⁶ Ausfallbürgschaft zurückgreifen. BBT und BKG bürgen gemeinsam für Kredite bis 200.000 EUR (Mindestbetrag 10.000 EUR). Die Genehmigungsprüfung dauert i.d.R. zehn Werktage (wie BBT basis Sonderprogramm Handwerk). Die Prüfung und Begutachtung des Vorhabens läuft (nach positiver Kreditentscheidung durch die Hausbank) parallel bei BBT und BKG, wodurch der Antragsteller recht schnell Gewissheit über potentielle neue finanzielle Spielräume erhält (*vgl. BBT 2010e, o. S.*). Der Kredit muss für einen der folgenden Zwecke bestimmt sein:

- Erweiterung des Programms/Sortiments
 - Anlauf- und Markeinführungskosten
 - Aus- und Umbauten
 - Investitionen und Modernisierungen in/von Ladeneinrichtung und in/von Betriebs- und Geschäftsausstattung
 - Aufbau einer oder mehrerer weiterer Buchfilialen
 - Erwerb eines Geschäftsbetriebs
 - Erwerb von Gesellschaftsanteilen an einem bestehenden Unternehmen der Buchbranche (Mehr- oder Minderheitsbeteiligung)
 - Nachfolgeregelungen
 - Maßnahmen im Bereich Personalentwicklung und Marketing.
- (*Bürgschaftsbank Thüringen 2010e, o. S.*)

⁵⁶ Bei einem Kontokorrentkredit max. 50 % (*Bürgschaftsbank Thüringen 2010e, o. S.*).

Die Laufzeit einer BBT buch80 Bürgschaft ist auf max. 8 Jahre beschränkt. Die Konditionen sind identisch mit BBT classic⁵⁷.

f. BBT-MBG Kombi

In diesem neuen Programm (erst seit Mai 2010 verfügbar) verbinden BBT und MBG ihre Leistungen für KMU. Ziel von BBT-MBG Kombi ist die Festigung der Liquiditätsbasis bei gleichzeitiger Erhöhung des Eigenkapitals (vgl. *BBT et al 2010, S. 119*). Kern des Programms ist eine Finanzierung bis maximal 500.000 EUR, die zu 75 % aus einem BBT-verbürgten Kredit eines Kreditinstituts und zu 25 % aus einer MBG-Beteiligung besteht (*BBT et al 2010, S. 119*). Neben der erhofften Liquiditätssicherung ist anzunehmen, dass sich die MBG-Beteiligung positiv auf Rating und somit auf Zinskonditionen und Kreditwürdigkeit der KMU auswirkt. Die Bürgschaftsquote beträgt wie bei allen übrigen BBT-Programmen max. 80 %, die Laufzeit bis zu 10 Jahren (*BBT 2010f, o. S.*). Für die Bürgschaft sind ein einmaliges Bearbeitungsentgelt sowie eine laufende Bürgschaftsprovision von je 1 % des Kreditbetrages fällig. Für die Beteiligung fällt ein Bearbeitungsentgelt von 1 % des Beteiligungsbetrages, ein festes laufendes Entgelt von 6,95 % p. a. und im Bedarfsfall ein gewinnabhängiges Entgelt von 1 % p.a. an (vgl. Abbildung 12). Alle Entgelte werden beim Kreditnehmer eingezogen (*BBT 2010f, o. S.*).

g. BBT control

Die Programme BBT control und BBT control handwerk sind bürgschafts-begleitende Beratungsprogramme für Existenzgründer und Unternehmens-nachfolger. Zusammen mit Vertretern der Thüringer Arbeitsgemeinschaften IHK und HWK berät die BBT Jungunternehmer vor allem im ersten Geschäftsjahr mit Plan-Ist-Vergleich, Abweichungsanalyse, Aktualisierung der Jahresplanung, Handlungsempfehlungen bei Fehlentwicklung und Begleitung bei der Durchführung empfohlener Maßnahmen (*BBT 2009e, S. 2*). Durch den Fokus auf das laufende Tagesgeschäft vor allem im ersten Jahr

⁵⁷ Lediglich das zu entrichtende Mindestentgelt für die Bearbeitung ist mit 400 EUR etwas höher (vgl. Konditionentableau Abbildung 12).

einer Geschäftstätigkeit, "fehlt oftmals der Blick für Buchhaltung und sich verändernde Rahmenbedingungen" (*BBT 2009e*, S. 2). Damit es nicht durch eine frühzeitige Fehlleitung des Unternehmens zu einer Inanspruchnahme aus der Bürgschaft kommt, wird nach ca. 6 Monaten (spätestens jedoch nach 1 Jahr) nach Bürgschaftsübernahme der sog. BBT Control-Check mit oben beschriebenen Leistungen von den regionalen IHK- oder HWK-Ansprechpartnern durchgeführt (*BBT 2009e*, S. 3). Die Vorteile von BBT control sind mit der Vorbeugung etwaiger Fehlentwicklungen, Erhöhung der Qualität der Bankbeziehung und Aufzeigen einer transparenten Ist-Situation (*BBT 2009e*, S. 2) nicht nur auf Seiten der Kreditnehmer zu finden. BBT control ist ebenfalls ein Instrument zur Risikominde- rung auf Seiten der BBT. Für die Handwerksbranche (BBT control handwerk) werden die Beratungskosten komplett von der Thüringer HWK übernommen. Für alle anderen Branchen übernimmt die BBT selbst die Beratungsleistung bis zu einem Höchstbetrag von 250 EUR. Alles über diesen Betrag hinaus kann i.d.R. über das KfW-Gründer-Coaching⁵⁸ abgerechnet werden.

h. BBT garant und Garantien Arbeitnehmerbeteiligung

Das Garantieprogramm BBT garant dient der Absicherung von stil- len Beteiligungen an gewerblichen Unternehmen gegenüber der MBT und anderen privaten Beteiligungsgesellschaften (*BBT 2008*, S. 69). Die Garantie⁵⁹ bezieht sich dabei auf max. 0,8 Mio. EUR für die Beteiligungsfinanzierung (80 % von der max. Beteiligungshöhe 1 Mio. EUR). Die Laufzeit beträgt höchstens 15 Jahre und sollte dem Verwendungszweck angemessen sein. Bearbeitungs-gebühr und jährliche Provision betragen jeweils bis zu 2 %⁶⁰ vom Garantiebetrags (*BBT 2010*, S. 1ff.). Der Antragsweg führt nur über die MBG (bzw.

⁵⁸ Das KfW-Gründer-Coaching ist ein bundesweites Programm der KfW Mittelstandsbank, bei dem Existenzgründer bei ihren Vorhaben durch qualifizierte Unternehmensberater betreut werden. Das Beratungshonorar wird in den neuen Bundesländern bis zu 75 % (bei Existenzgründer aus der Arbeitslosigkeit sogar 90%) und einem Höchstbetrag von 6.000 EUR mit einem Zuschuss aus dem europäischen Sozialfonds gefördert. Die Be- antragung läuft ausschließlich online unter <https://rp-plattform.kfw.de> (*KfW-Mittelstandsbank 2010*, o. S.)

⁵⁹ vgl. Kapitel 2.4.2.3.

⁶⁰ Der Mindestbetrag für die Bearbeitung beträgt 500 EUR (*BBT 2010*, S. 3).

eine andere private Beteiligungsgesellschaft). Der formlose Antrag auf die Garantie wird über die Beteiligungsgesellschaft bei der BBT gestellt.

Parallel zum Programm BBT garant ist die BBT "im Auftrag des Freistaates Thüringen zuständig für Beauftragung und Bereitstellung von Garantien für Arbeitnehmerbeteiligungen" (*BBT 2008*, S. 69). Das Programm Garantien Arbeitnehmerbeteiligungen ist gleichbedeutend mit dem Mitarbeiterbeteiligungsprogramm (MBP) des Freistaates Thüringen (vgl. Kapitel. 3.1.1)⁶¹. Zielsetzung dieser Förderung ist die Identifikation von Arbeitnehmern mit dem Unternehmen, die Steigerung des Vermögens in Arbeitnehmerhand sowie die verbesserte Ausstattung des Unternehmens mit Eigenkapital (*BBT 2009a*, S. 1). Garantie- und Beteiligungshöhe sowie Laufzeit sind identisch mit dem Programm BBT garant. Bearbeitungsentgelt und Provisionshöhe sind mit 0,75 % bzw. 1,5 % ungleich geringer (*BBT 2009a*, S. 2f., vgl. *Abbildung 12*). Die BBT wird im Zusammenhang mit diesem Programm durch einen Geschäftsbesorgungsvertrag vom Freistaat Thüringen mit der Begutachtung des Garantieantrages sowie mit der Verwaltung, Überwachung und Abwicklung der Garantie beauftragt (*BBT 2009a*, S. 2). Das Garantierisiko für die Arbeitnehmerbeteiligungen trägt dabei einzig und allein der Freistaat Thüringen. Über die eigentliche Bewilligung des Garantieantrags entscheidet ein Garantieausschuss aus Vertretern von Kammern, Geschäftsbanken, TMWTA und TFM unter Geschäftsführung der BBT (*BBT 2009a*, S. 3). Dieser Ausschuss muss jedoch nicht allzu oft zusammen kommen. So wurden 2006 und 2007 je eine Arbeitnehmerbeteiligung durch den Freistaat Thüringen garantiert (*BBT 2008*, S. 29ff.), 2005 waren es noch fünf (*BBT 2006*, S. 29)⁶². Während die genehmigten Garantien durch den Freistaat Thüringen zurückgingen, ist die Anzahl der durch die BBT bewilligten Garantien konstant geblieben (vgl. *Abbildung 13*).

⁶¹ Da die BBT mittels Geschäftsbesorgungsvertrag für den Freistaat Thüringen handelt, und es sich somit beim Programm Garantien Arbeitnehmerbeteiligungen um kein BBT-eigenes Programm handelt, entfällt im Programmnamen der sonst verwendete Zusatz "BBT".

⁶² Seit 2008 kommuniziert die BBT keine programmspezifischen Anzahlen für ihre Bürgschaften und Garantien.

	2005	2006	2007
BBT classic BBT guw	212	214	289
BBT basis	55	46	25
BBT garant	11	14	13
Gesamt	278	274	327

Abbildung 13: Bewilligte Bürgschaften und Garantien der BBT nach Programmen 2005-2007. Quelle: Eigene Berechnung aus den Geschäftsberichten der BBT 2005-2007.

3.3.5 Vergabeverfahren und Antragsunterlagen der BBT Programme

a. Vergabeverfahren

Während der Abschluss vom Vergabeverfahren eines Bürgschaftsantrages immer zwischen Hausbank und Kreditnehmer mit dem Zustandekommen des Darlehensvertrages und der Ausreichung des Kredites vollzogen wird, gibt es unterschiedliche Startpunkte für den Antragsweg. Betrachtet man die Richtlinien der in den Kapiteln 3.3.4.1 bis 3.3.4.8 beschriebenen Bürgschafts- und Garantieprogramme der Thüringer Bürgschaftsbank, so kann dies die BBT selbst sein (BBT basis, BBT basis Sonderprogramm Handwerk, Garantien Arbeitnehmerbeteiligungen), die Thüringer Handwerkskammer (BBT basis Sonderprogramm Handwerk), die Thüringer Aufbaubank (BBT guw80), die jeweilige Hausbank (BBT classic, BBT guw80, BBT basis Sonderprogramm Handwerk, BBT buch80, BBT-MBG Kombi) oder die MBG (BBT-MBG Kombi, BBT garant). Die Abbildungen 14-20 stellen die unterschiedlichen Vergabeverfahren bis zur Kredit- bzw. Beteiligungsvergabe prozessual und vereinfacht dar.

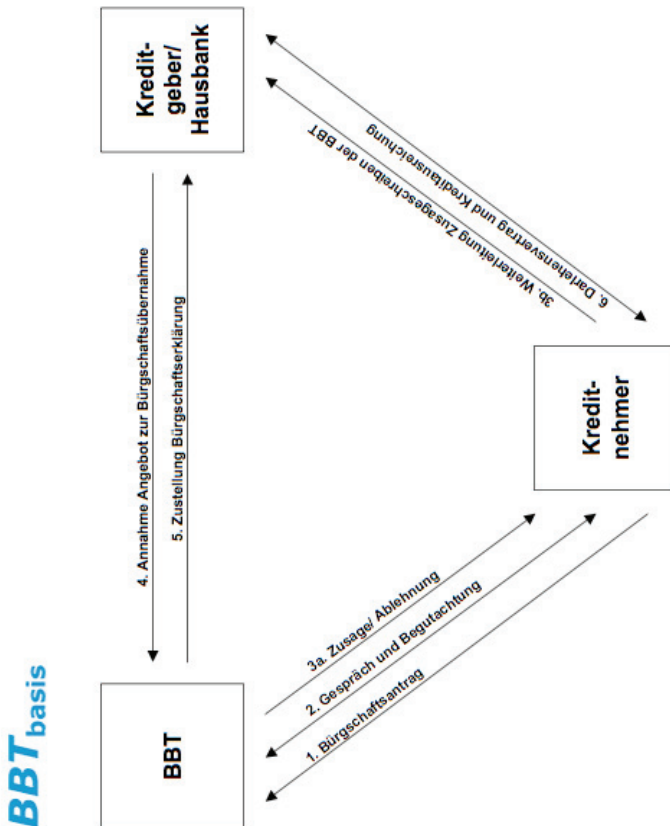


Abbildung 14: Vergabeverfahren BBT basis. Quelle: eigene Darstellung auf Basis von BBT 2010a, S. 1ff. und www.bb-thueringen.de.

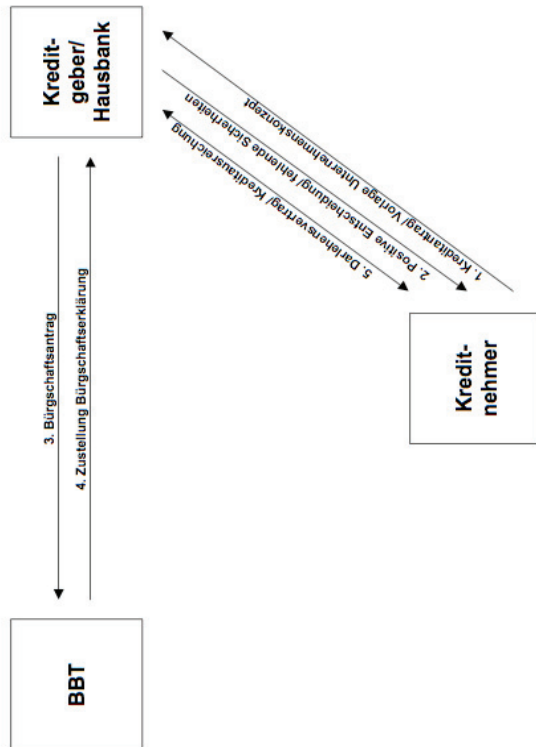


Abbildung 15: Vergabeverfahren BBT classic und BBT buch80. Quelle: eigene Darstellung auf Basis von BBT 2010b, S. 1ff. und www.bbthueringen.de.

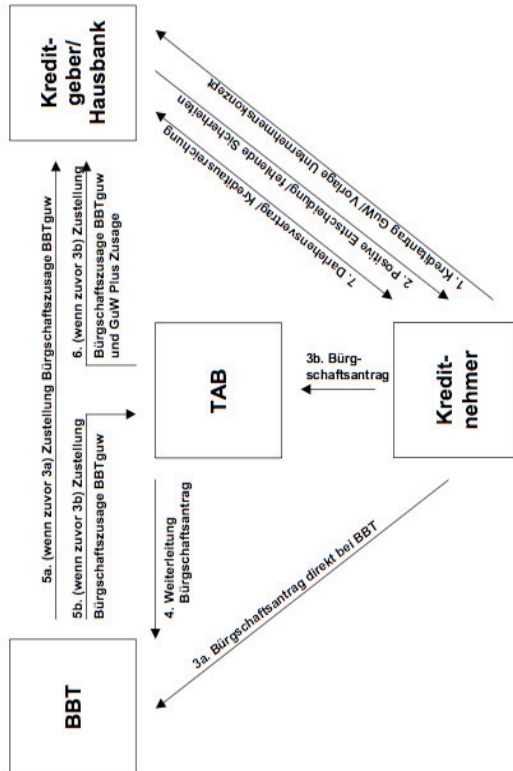


Abbildung 16: Vergabeverfahren BBT guw80. Quelle: eigene Darstellung auf Basis von BBT 2010b, S. 1ff. und www.bbthueringen.de.

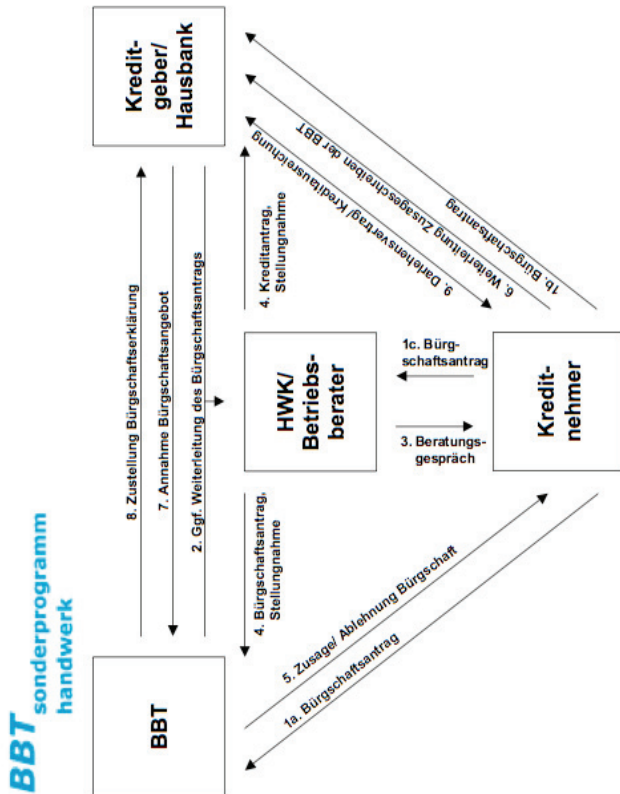


Abbildung 17: Vergabeverfahren BBT Sonderprogramm Handwerk.
 Quelle: eigene Darstellung auf Basis von BBT 2010c, S. 1ff. und
 www.bb-thueringen.de.

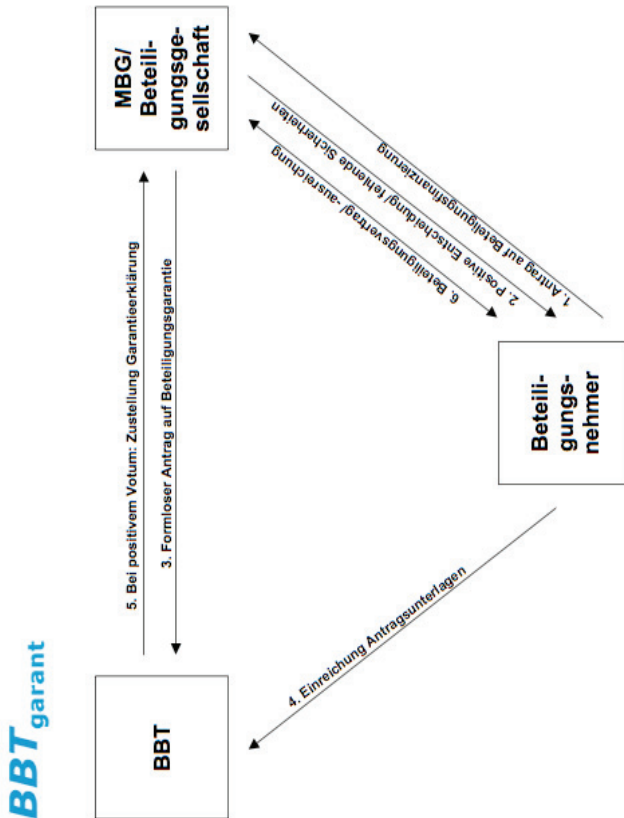


Abbildung 18: Vergabeverfahren BBT garant. Quelle: eigene Darstellung auf Basis von BBT 2010, S. 1ff. und www.bb-thueringen.de.

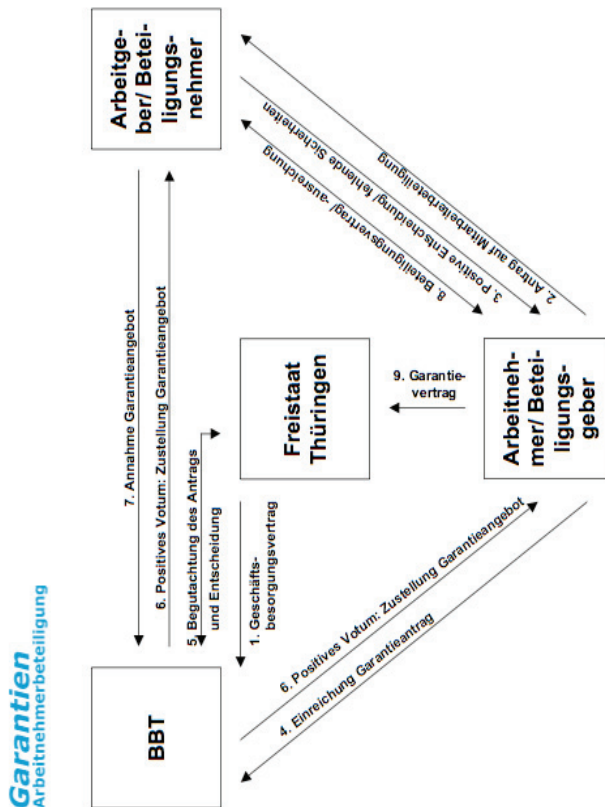


Abbildung 19: Vergabeverfahren Garantien Arbeitnehmerbeteiligung (MBP). Quelle: eigene Darstellung auf Basis von BBT 2009a, S. 1ff. und www.bb-thueringen.de.

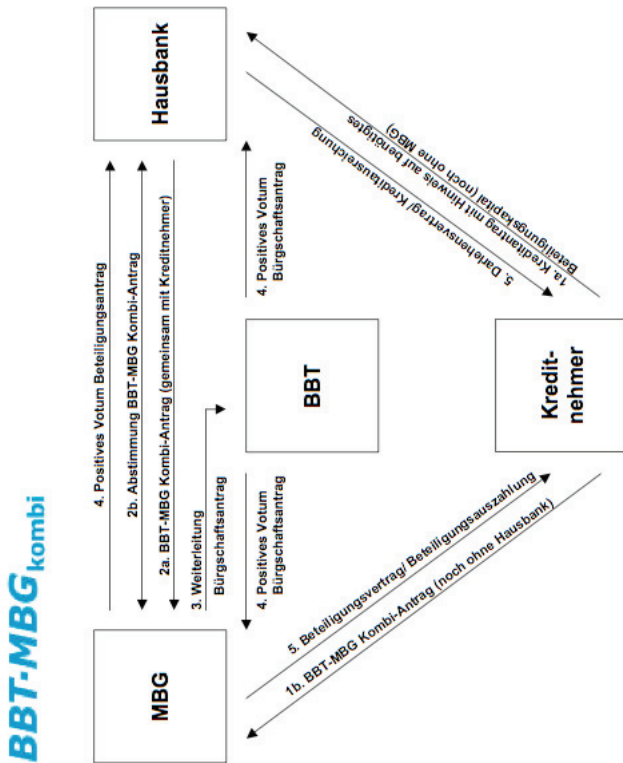


Abbildung 20: Vergabeverfahren BBT-MBG Kombi. Quelle: eigene Darstellung auf Basis der aktuellen Informationen auf www.bb-thueringen.de.

b. Antragsunterlagen

Die Bürgschaftsbank Thüringen übernimmt mit der Gewährung einer i.d.R. 80%igen Ausfallbürgschaft für betriebswirtschaftlich sinnvolle und erfolgversprechende Vorhaben ein hohes Eigenrisiko. Um dieses Risiko zu minimieren, treffen die Bewilligungsausschüsse der BBT (vgl. Kapitel 3.3.2) ihre Entscheidung für oder gegen eine Bürgschaftsgewährung auf einer möglichst breiten Informationsbasis. Die Mitarbeiter der BBT erstellen dafür eine Entscheidungsvorlage, basierend auf drei Informationsquellen: Rücksprache mit der begleitenden Hausbank, das persönliche Gespräch mit dem potentiellen Kreditnehmer und die Antragsunterlagen (*BBT 2009f, S. 2*).

Die Antragsunterlagen für das jeweilige BBT Bürgschaftsprogramm bestehen i.d.R. aus einem Paket von vertraglichen, betriebswirtschaftlichen und sonstigen Unterlagen⁶³. Vertragliche Unterlagen sind in diesem Sinne: Gesellschaftsvertrag und Handelsregisterauszug, Miet- und Pachtverträge sowie Grundbuchauszüge, laufende Leasing- und Lizenzverträge und Übernahme- bzw. Kaufverträge. Die durch den potentiellen Kreditnehmer einzureichenden betriebswirtschaftlichen Unterlagen beinhalten die Jahresabschlüsse der letzten drei Geschäftsjahre, aktuelle betriebswirtschaftliche Auswertungen zum laufenden Geschäftsjahr (z.B. Summen- und Saldenlisten, Aussagen zum Auftragsbestand) und eine Einschätzung der Konkurrenzsituation. Die sonstigen Unterlagen bestehen in erster Linie aus einer Vorhabensbeschreibung aus Sicht des Antragstellers, dessen Unternehmenskonzept, einer Rentabilitätsvorschau (in Form einer prognostizierten GuV) und der zugehörigen Liquiditätsplanung für 12 Monate. Ergänzt werden die sonstigen Unterlagen durch Lebenslauf, beruflichen Werdegang und Selbstauskunft des Antragstellers sowie Informationen über evtl. bestehende Beteiligungen an anderen Unternehmen (inkl. deren Firmenorganigrammen) und den zugehörigen Gewerbeanmeldungen und -genehmigungen. Weitere wichtige Elemente des Antrags sind Angaben über evtl. bestehende Kreditversicherungen, laufende Kredite und deren Konditionen sowie eine Erklärung über ggf. be-

⁶³ Die Zusammenstellung der hier aufgelisteten Unterlagen ergibt sich aus den jeweiligen Antragsformularen für die BBT Bürgschafts- und Garantieprogramme (vgl. Anhang 9).

reits erhaltene Klein- und De-minimis-Beihilfen im Hinblick auf deren Kumulierung⁶⁴. Beispielhaft für die nahezu identischen Antragsunterlagen von BBT und TAB zeigt Anhang 9 den Antrag für die Programme BBT classic und BBT guw80.

3.4 Thüringer Aufbaubank-Bürgschaftsprogramm (TABBP)

Das TABBP ist nach LBP, MBP und BBT der vierte und letzte im Rahmen dieser Arbeit zu beleuchtende Bestandteil des Thüringer Bürgschaftssystems zur Gewährung von Bürgschaften für die Unternehmenstätigkeit.

3.4.1 Ziele und Aufgaben der Thüringer Aufbaubank

Übergeordnetes Ziel der 1992 gegründeten Thüringer Aufbaubank ist die ständige Weiterentwicklung und Stärkung des Wirtschaftsstandortes Thüringen und damit die Unterstützung der staatlichen Förderpolitik (vgl. *ThürAufbbG 2008*, vgl. *TAB 2009*, S. 4). Konkrete Aufgabe der TAB als zentrales Förderinstitut des Freistaates Thüringen ist in diesem Zusammenhang die Gewährung von Finanzhilfen für die Wirtschafts-, Wohnungsbau-, Städtebau- und Infrastrukturförderung (*TAB 2009a*, S. 16) zur Unterstützung des Staates bei der Erfüllung von öffentlichen Aufgaben (*ThürAufbbG 2008*). Diese Finanzhilfen umfassen neben Zuschüssen, zinsverbilligten Krediten und eigenkapitalähnlichen Finanzierungen auch Bürgschaften⁶⁵ (*TAB 2009a*, S. 18) und dürfen nur im Einklang mit den Beihilfevorschriften der Europäischen Gemeinschaft gewährt werden (*Thü-*

⁶⁴ "Nach der „Bundesregelung Kleinbeihilfen“ dürfen alle dem Unternehmen in den Jahren 2009 und 2010 gewährten Kleinbeihilfen den maximal zulässigen Höchstbetrag in Höhe von EUR 500.000 nicht übersteigen. In diesen Höchstbetrag sind neben den gewährten Kleinbeihilfen auch die im Zeitraum vom 01.01.2008 bis zum 31.12.2010 gewährten De-minimis-Beihilfen einzurechnen." ("Kleinbeihilfen und De-minimis-Erklärung", in *BBT 2010d*, S. 7)

⁶⁵ Zur Einschätzung der Größenordnung: Das laufende TAB-Bürgschaftsvolumen (Eventualverbindlichkeit) beläuft sich zum 31.12.2008 auf ca. 27.586.000 EUR (aktuellster kommunizierter Wert). Zum Vergleich: das BBT-Bürgschaftsvolumen am selben Stichtag betrug ca. 299.300.000 EUR. Das aktuellste kommunizierte LBP-Bürgschaftsvolumen vom 31.12.2007 betrug 2.215.000.000 EUR.

rAufbbG 2008). Wie bei den bereits beschriebenen Bestandteilen des Thüringer Bürgschaftssystems (LBP, BBT, MBP) geht es bei dieser Subventionierung vor allem um die Förderung von KMU und Existenzgründungen. Dabei kooperiert die TAB im Rahmen ihrer Programme mit der Thüringer Landesregierung sowie mit der KfW-Bankengruppe. Die eigentliche Kreditförderung wird dabei wettbewerbsneutral über die Thüringer Geschäftsbanken, Kreditinstitute und Sparkassen abgewickelt (*TAB 2009a*, S. 16)⁶⁶. Die TAB ist darüber hinaus in der Lage, gemeinsam mit den zuständigen Ministerien und anderen Förderinstituten eigene bzw. gemeinsame Förderprogramme vorzuschlagen und zu implementieren (*vgl. ThürAufbbG 2008*).

3.4.2 Aufbau und Organe der Thüringer Aufbaubank

Die TAB wird als landesunmittelbares⁶⁷ Kreditinstitut in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts geführt (*ThürAufbbG 2008*). Als Organe treten neben dem Vorstand ein Verwaltungsrat und die Anteilseignerversammlung in Erscheinung⁶⁸. Außerdem gibt es einen Beirat zum Erfahrungsaustausch zwischen Bank, Wirtschaft, Verwaltung und Politik (zur Zusammensetzung der Organe siehe Anhang 10). Maßgeblich für die im Rahmen dieser Arbeit relevante Entscheidung über die Bürgschaftsvergabe ist der Verwaltungsrat (*ThürAufbbG 2008*). Die operativen Aufgaben hinsichtlich der durch die TAB betreuten Thüringer Wirtschaftsförderungsprogramme übernehmen fünf Kundencenter/ Regionalbüros in Erfurt, Gera, Nordhausen, Suhl und Eisenach, die in dieser Reihenfolge persönlich für Beratung, Prüfung und Unterstützung bei der Antragstellung in den Gebieten Mittel-, Ost-, Nord-, Süd- und Westthüringen zuständig sind.

⁶⁶ Bei der Zusammenarbeit mit den Kreditinstituten beachtet die TAB das Diskriminierungsverbot (*Thüringer Landtag 2008*, S.1)

⁶⁷ Das Land Thüringen stellt in dem Zusammenhang sicher, dass die TAB ihre Aufgaben erfüllen kann (Anstaltslast) und haftet unbeschränkt als Gewährträger für deren Verbindlichkeiten (*Thüringer Landtag 2008*, S. 1)

⁶⁸ "Die Anteilseignerversammlung besteht aus je einem Vertreter der am Grundkapital der Bank beteiligten juristischen Personen" (*Thüringer Landtag 2008*, S. 5). Die Zusammensetzung der weiteren Organe zeigt Anhang 10.

Zusammen mit insgesamt sechs verbundenen Unternehmen aus den Bereichen Private Equity, Wirtschaftsförderung und Beteiligungsmanagement bildet die Thüringer Aufbaubank den sog. TAB-Konzern (*TAB 2009a*, S. 16). Durch diese Zusammensetzung ergeben sich neue Kombinationsformen unterschiedlicher Förderungsinstrumente und -quellen (zur Zusammensetzung des TAB-Konzerns vgl. Anhang 11).

3.4.3 Das TAB Geschäftsfeld "Wirtschaftsförderung"

Die Tätigkeit der TAB gemäß Thüringer Aufbaubankgesetz (*vgl. ThürAufbbG 2008*) umfasst im weitesten Sinne vier Geschäftsfelder:

1. Durchführung von öffentlichen Förderaufgaben (u.a. im Bereich Wirtschaft)
2. Beteiligung an Projekten im Gemeinschaftsinteresse
3. Gewährung von Darlehen an Gebietskörperschaften und öffentl.-rechtl. Zweckverbände
4. Maßnahmen rein sozialer Art, insbes. Gewährung von Darlehen zur sozialen Wohnraumförderung.

Die Förderung der Wirtschaft ist 2009 mit 445 Mio. EUR das größte Tätigkeitsfeld der TAB⁶⁹. Für die Finanzierung der Thüringer Wirtschaftsförderung wurden für den Zeitraum von 2007 bis 2013 ca. 2,1 Mrd. EUR aus dem Europäischen Strukturfonds bereitgestellt (*TAB 2009a*, S. 18). Innerhalb der TAB-Wirtschaftsförderung gibt es die vier Förderprogramme Thüringen-Zuschuss, Thüringen-Kredit, Thüringen-Bürgschaft und Thüringen-Beteiligung (*vgl. TAB 2009*, S. 4ff.) Je nach Programm gibt es unterschiedliche Schwerpunkte der Förderung (siehe dazu Abbildung 21).

Die aktuellste Bewilligungshöhe der wichtigsten Förderinstrumente zeigt Abbildung 22. Der größte Förderungsanteil durch die TAB wird dabei im Rahmen der GRW für Investitionen von Industrieun-

⁶⁹ Zum Vergleich: der Wohnungsbau wurde im selben Jahr mit lediglich 39 Mio. EUR TAB-gefördert.

ternehmen, produktionsnahen Dienstleistern sowie für wirtschaftsnahe Infrastrukturprojekte bewilligt⁷⁰. Anzahl und Höhe der genehmigten Bürgschaften hat sich von 2008 zu 2009 aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise mehr als verdoppelt. Mit einem Anteil von < 5 % am gesamten Wirtschaftsförderungsvolumen gehörte das Bürgschaftsgeschäft 2009 trotzdem zu den kleineren Förderprogrammen der TAB.

⁷⁰ Allein im Rahmen der GRW-Zuschüsse 2008 konnten Thüringer Unternehmen laut Aussage der Aufbaubank 3.780 neue Arbeitsplätze schaffen und 17.280 Stellen sichern (TAB 2009a, S. 18).

	Verarbeitendes Gewerbe	Handwerk	Handel	Fremden- verkehr	Sonstige Dienstleister	Wirtschaftsprüfung Freiberufler	Landwirtschaft
Thüringen-Zuschuss							
Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW)	*	[*]		[*]	[*]		
Thüringen-Invest	*	*	*	*	*	*	
Einzelbetriebliche Technologieförderung	*	*			*		
Förderung von Personal in Forschung und Entwicklung	*	*			*		
Förderung von Verbundprojekten	*	*			*		
Agrarinvestitionsförderungsprogramm Thüringen (AFP 2007)							*
Marktstrukturverbesserung							*
Thüringen-Kredit							
GuW Plus – Gründungs- und Wachstumsfinanzierung	*	*	*	*	*	*	
Thüringen-Kapital	*	*	*	*	*	*	
Konsolidierungsfonds	*	[*]					
Thüringen-Invest	*	*	*	*	*	*	
Thüringen-Bürgschaft							
Bürgschaften	*	*	*	*	*	*	
Thüringen-Beteiligung							
bm-t beteiligungsmanagement thüringen gmbh	*	[*]	[*]		*		

[*] eingeschränkt möglich

Abbildung 21: Schwerpunkte der TAB-Förderprogramme. Quelle: TAB 2009, S. 6.

Bewilligungen Wirtschaftsförderung		
Programm	2009	2008
Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaft" (GRW)*	242 Mio. EUR	269 Mio. EUR
Landesinvestitionsprogramm/ Zuschüsse	6 Mio. EUR	7 Mio. EUR
Technologieförderung	77 Mio. EUR	38 Mio. EUR
Gründungs- und Wachstumsfinanzierung / Darlehen	89 Mio. EUR	81 Mio. EUR
Thüringen-Kapital	4 Mio. EUR	2 Mio. EUR
Bürgschaften	22 Mio. EUR	8 Mio. EUR
Konsolidierungsfonds	5 Mio. EUR	2 Mio. EUR
Summe	<u>445 Mio. EUR</u>	<u>407 Mio. EUR</u>

* einschließlich Infrastruktur

Abbildung 22: Bewilligungen Wirtschaftsförderung der TAB 2008/2009. Quelle: Thüringer Aufbaubank 2010a, o. S.

3.4.4 Rahmenbedingungen und Voraussetzungen einer TAB-Bürgschaft

Die Thüringer Aufbaubank übernimmt auf Basis des §39 der Thüringer Haushaltsordnung und unter Beachtung der beihilferechtlichen Vorgaben der Europäischen Kommission⁷¹ (vgl. Kapitel 2.2) sowie gemäß dem Prüfraster für staatliche Bürgschaften bis zu

⁷¹ "Bundesregelung Kleinbeihilfen" und "Befristete Regelung Bürgschaften" (*Freistaat Thüringen 2009e, S. 976*), "Freistellungsverordnung der Europäischen Kommission für regionale Investitionsbeihilfen" (*vgl. Europäische Kommission 2006, S. 1ff.*), Freistellungsverordnung der Europäischen Kommission für De-minimis-Beihilfen" (*vgl. Europäische Kommission 2006a, S. 1ff.*)

80%ige⁷² Ausfallbürgschaften bei einem Bürgschaftsobligo von bis zu 2,5 Mio. EUR (*Freistaat Thüringen 2007, S. 2023f.*)⁷³. Berechtigte Antragsteller (Kreditnehmer) sind Freiberufler, gewerbliche Unternehmen bzw. deren Inhaber und Gesellschafter, sowie Personen, die sich mit einem Kredit/Darlehen in leitender Position an einem Unternehmen beteiligen wollen (*Langer K. et al 2009, S. 217, vgl. Freistaat Thüringen 2007, S. 2023 und TAB 2009, S. 32*). Mit einer Bürgschaft der TAB können sowohl Darlehen und Kredite zur Finanzierung von Erstinvestitionen sowie von Betriebsmitteln (inkl. Avalen) zugunsten gesunder⁷⁴ Unternehmen besichert werden (*Langer K. et al 2009, S. 217, vgl. Freistaat Thüringen 2007, S. 2023 und TAB 2009, S. 32*).

Die formalen Voraussetzungen für eine TAB-Bürgschaft decken sich weitestgehend mit Bürgschaftsprogrammen der BBT und des LBP. Der TAB Bürgschaftsrichtlinie zufolge muss das geplante Vorhaben in Thüringen durchgeführt werden und auf einem tragfähigen Unternehmenskonzept basieren, die Rückzahlung des Kredites erwartbar sein, vorhandene Sicherheiten des Kreditnehmers nicht für ein unverbürgtes Darlehen ausreichen und mit dem Vorhaben darf nicht bereits vor Beantragung der Bürgschaft begonnen worden sein⁷⁵ (*Langer, K. et al 2009, S. 217, vgl. Freistaat Thüringen 2007, S. 2023ff.*). Die Laufzeit der TAB-Bürgschaft ist auf max. 15 Jahre beschränkt, wobei Betriebsmittelkredite längstens 8 Jahre verbürgt werden. Für bauliche Investitionen und Programmkredite von För-

⁷² In Ausnahmefällen bis zu 90 % (*TAB 2009, S. 32*).

⁷³ Bürgschaften mit höheren Obligos fallen unter das Landesbürgschaftsprogramm (vgl. Kapitel 3.23 und *Freistaat Thüringen 2007, S. 2023*). Bei Bürgschaften mit Obligos bis zu 1 Mio. EUR sind die Bürgschaftsprogramme der BBT vorrangig anzuwenden (vgl. Kapitel 3.3 und *Freistaat Thüringen 2007, S. 2023, Langer, K. et al 2009, S. 217*).

⁷⁴ Die Förderung von Unternehmen in Schwierigkeiten ist nicht mit einer TAB-Bürgschaft möglich. Dasselbe gilt für die Förderung von Wohnungs- und Städtebau (*Freistaat Thüringen 2007, S. 2023*).

⁷⁵ Eine schriftliche Bestätigung der Thüringer Aufbaubank, nach der die geplante Maßnahme den Bedingungen der "Richtlinie für die Übernahme von Bürgschaften durch die Thüringer Aufbaubank zugunsten der gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe" entspricht, muss vorliegen (*Freistaat Thüringen 2007, S. 2023*).

derbanken sind ausnahmsweise längere Laufzeiten möglich (vgl. Langer, K. et al 2009, S. 217, Freistaat Thüringen 2009, S. 2024).

a. Entgeltregelung und Konditionen

Genauso wie bei den Bürgschaftsprogrammen der BBT wird beim TABBP ein einmaliges Bearbeitungsentgelt sowie ein laufendes Bürgschaftsentgelt fällig. Schuldner für beide Entgelte ist der Kreditnehmer, erhoben werden sie aber beim Kreditgeber (*Freistaat Thüringen 2007, S. 2025*), der sie dann weiterberechnet. Das Bearbeitungsentgelt beträgt 0,45 % des Bürgschaftshöchstbetrages, mind. 2.500 EUR und max. 10.000 EUR (*Freistaat Thüringen 2007, Anhang 2*). Mit der Bearbeitung des Antrags wird erst nach Zahlungseingang begonnen. Die Zahlung ist unabhängig von einer positiven Entscheidung über den Bürgschaftsantrag und ist im Falle einer Ablehnung nicht erstattbar (*Freistaat Thüringen 2007, Anhang 2*). Das laufende Bürgschaftsentgelt beträgt 1,0 % p. a. des (verbliebenen) Bürgschaftsbetrages (bei revolving ausnutzbaren Krediten wird das festgelegte Bürgschaftsobligo als Bemessungsgrundlage herangezogen) und ist jährlich vorschüssig zum 01.01. fällig, letztmalig im Jahr von Bürgschaftsende bzw. Inanspruchnahme/ Ausfall der Bürgschaft (*Freistaat Thüringen 2009d, S. 976*).

b. Verfahren der TAB-Bürgschaftsgewährung

Der Antrag auf Übernahme einer TAB-Ausfallbürgschaft wird nach positivem Kreditvotum bei fehlenden Sicherheiten auf Seiten des Kreditnehmers durch den Kreditgeber bei der TAB gestellt (*Freistaat Thüringen 2007, S. 2024*)⁷⁶. Der Auftragseingang wird zunächst durch die TAB beim TFM angezeigt. Diese prüft, inwieweit ein anderes Bürgschaftsprogramm evtl. vorrangig infrage kommt (v. A. Programme seitens der BBT). Erst nachdem das TFM über die Zuständigkeit der TAB entschieden hat, prüft diese den Antrag und legt diesen bei Bedarf den nicht im Bürgschaftsausschuss vertrete-

⁷⁶ Beizufügen sind dem Antrag eine Bereitschaftserklärung der Hausbank zur Kreditgewährung und eine Beurteilung des Kreditnehmers aus Sicht des Kreditgebers (hausbankinternes Rating), sowie eine Bescheinigung des Finanzamts über das Nachkommen der Steuerpflichten des Kreditnehmers (*Freistaat Thüringen 2007, S. 2024*).

nen Ministerien, Kammern und Verbänden zur Stellungnahme vor. Die eigentliche Entscheidung für bzw. gegen die Bürgschaftsübernahme wird dann einstimmig im Bürgschaftsausschuss der TAB getroffen. Dieser setzt sich zu je einem Vertreter aus Thüringer Geschäftsbankenbereich, TFM und TMWTA unter Vorsitz der TAB zusammen (*Freistaat Thüringen 2007, S. 2024*). Das bei positivem Votum an die Hausbank ausgehändigte Bürgschaftsangebot muss dann innerhalb von drei Monaten durch Zusendung des abgeschlossenen Kreditvertrags schriftlich angenommen werden, ehe die Bürgschaft in Kraft tritt (*Freistaat Thüringen 2007, S. 2024*). Das komplette Verfahren der Gewährung einer TAB-Bürgschaft zeigt Abbildung 23.

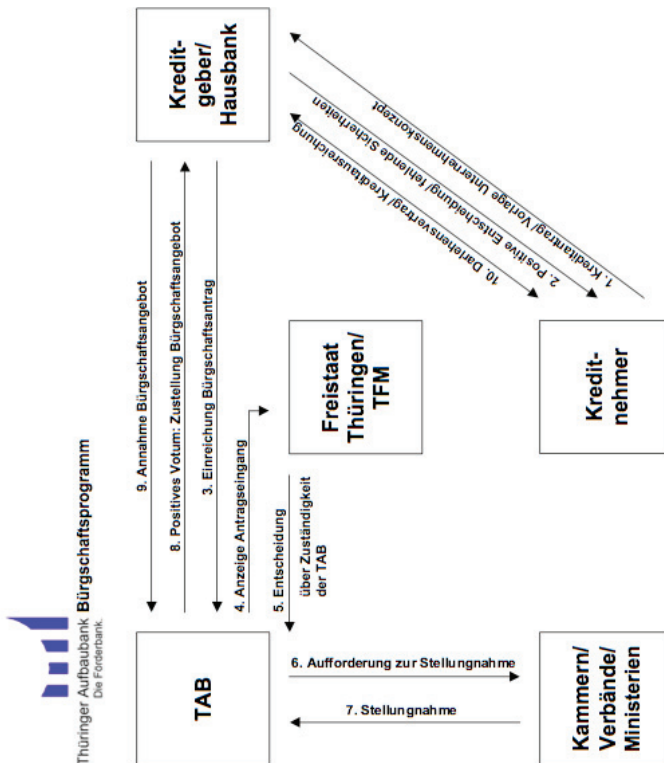


Abbildung 23: Vergabeverfahren Thüringer Aufbaubank Bürgschaftsprogramm (TABBP). Quelle: eigene Darstellung auf Basis von Freistaat Thüringen 2007, S. 224.

4 Ländervergleich

Im Rahmen der Ausführungen zur Praxis der Gewährung von Bürgschaften im Freistaat Thüringen wurden bereits einige Vergleichsdaten zwischen den deutschen Bundesländern inhaltlich eingestreut. Im nun folgenden Kapitel 4 werden die Bürgschaftssysteme von zwei Vergleichsbundesländern beschrieben sowie Unterschiede und spezifische Innovationen identifiziert.

Betrachtet man das genehmigte Bürgschafts- und Garantievolumen auf Basis der deutschen Bürgschaftsbanken nach Bundesländern 2009, so fallen hier bedingt durch die unterschiedlichen Rahmenbedingungen in den Ländern große Volumenunterschiede auf (vgl. Abbildung 24).



Abbildung 24: Ländervergleich genehmigtes Volumen der deutschen Bürgschaftsbanken. Quelle: BBT et al 2010, S. 28.

Baden-Württemberg ist mit einem Anteil von über 24 % am Gesamtvolumen wie schon in den Jahren zuvor Spitzenreiter in Bezug auf die Anzahl der Genehmigung von Bürgschaften und Garantien. Betrachtet man nur die neuen Bundesländer (inkl. Berlin), so ist Sachsen mit einem Anteil von fast 26 % hier der Bürgschaftsprimus. Die Bürgschaftssysteme dieser beiden Bundesländer werden in den nachfolgenden Unterkapiteln näher unter die Lupe genommen. Aus Abbildung 24 geht außerdem ein weiterer interessanter Sachverhalt hervor. Der durchschnittliche Bürgschaftsgrad in den alten Bundesländern liegt bei 65,24 %. In den neuen Bundesländern (inkl. Berlin) sind es dagegen 78,34 %. Dieser Sachverhalt ist darauf zurückzuführen,

ren, dass die Bürgschaftsbanken der alten Länder vermehrt Programme im Portfolio haben, die lediglich einen max. Bürgschaftsgrad von 60 % bzw. 50 % (z.B. GuW50, Tech60, Umwelt50)⁷⁷ aufweisen, während in den neuen Ländern bei nahezu allen Programmen bis zu 80 % der Kreditsumme verbürgt werden. Der Bürgschaftsgrad korreliert damit nahezu mit den stattlichen Rückbürgschaftsquoten von 65 % in den alten Bundesländern und 80 % in den neuen.

4.1 Landesspezifische Bürgschaftspraxis in Baden Württemberg

Im Rahmen der Wirtschaftsförderung unterstützt das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg Unternehmen mit staatlich rückverbürgten Bürgschaften zur Verbesserung der Kapitalversorgung (vgl. *WMBW 2000, S. 745ff. und WMBW 2009, S. 2*). Ähnlich wie in Thüringen (vgl. Kapitel 3.1.1.), gibt es je nach Oblighöhe eine Dreiteilung innerhalb des Landesbürgschaftsprogramms:

1. Landesbürgschaften durch den Wirtschaftsausschuss von i.d.R. 50 % zur Verbürgung von Krediten, sowie Förder- und Hausbankdarlehen mit einer Höhe ab 5 Mio. EUR bis i.d.R. 25 Mio. EUR für mittelständische und Großunternehmen
2. Bürgschaften der L-Bank⁷⁸ zur 50%igen Verbürgung von Krediten sowie Förder- und Hausbankdarlehen mit einer Höhe von bis zu 5 Mio. EUR für mittelständische Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und freie Berufe
3. Bürgschaften der Bürgschaftsbank BW i.H.v. 90 % für Investitions- und 80 % für Betriebsmittelkredite von KMU⁷⁹ bis zu 2 Mio. EUR⁸⁰. (*WMBW 2009, S. 2*)

⁷⁷ Bei diesen Programmen handelt es sich um Bürgschaften der Bürgschaftsbank Baden-Württemberg.

⁷⁸ Die L-Bank ist die Landeskredit- und Förderbank (auch: Staatsbank) für das Bundesland Baden Württemberg (vgl. *Kokalj, L. et al. 2003, S. 152*).

⁷⁹ Nach KMU-Definition der EU (vgl. Kapitel 2.4.1).

⁸⁰ Bürgschaften über 1 Mio. EUR dürfen dabei nur an Unternehmen mit max. 15 Mio. EUR vergeben werden. Für Unternehmen ab 15 Mio. EUR Umsatz ist die L-Bank bereits ab Krediten von 1 Mio. EUR zuständig (*WMBW 2009, S. 2*).

Für alle einzelbetrieblichen Bürgschaften gilt auch in BW das sog. Hausbankprinzip, d.h. diese dürfen aus wettbewerbsrechtlichen Gründen nur über die Hausbank bei den Mittel ausreichenden Stellen beantragt werden. Während in Thüringen die Landesbürgschaften über den Mandatar PwC AG gehandelt werden, kümmert sich in BW die L-Bank in Zusammenarbeit mit dem Finanzministerium BW um Abwicklung und Prüfung eines Bürgschaftsantrags, während die Bewilligung durch den Wirtschaftsausschuss des Landtags vollzogen wird (*vgl. Kokalj, L. et al. 2003, S. 152f.*). Die unterschiedliche Praxis bezüglich der Vergabe von Landesbürgschaften der Bundesländern in der Vergangenheit zeigt, dass eine Teilung der Zuständigkeit nach Höhe der Obligos eine schnellere Verfahrensdauer begünstigt (*Kokalj, L. et al. 2003, S. 95.*). Bei Bürgschaften über den durch das Land BW angebotenen Höchstbetrag hinaus, ist wie in Thüringen die PwC AG als Mandatar für die Antragstellung dieser sog. Bundesbürgschaften unter paralleler Einbindung von Landesbürgschaften zuständig (*vgl. Kapitel 2.4.2.5*).

Betrachtet man die Tätigkeit der Bürgschaftsbank Baden-Württemberg so fällt auf, dass diese im Vergleich zur BBT größenbedingt⁸¹ ein viel höheres Auftragsvolumen zu bewältigen hat (*vgl. BBBW et al 2010, S. 17.*). Das Jahr 2009 stand dabei im Zeichen der Finanz- und Wirtschaftskrise und wurde zum Rekordjahr für die BBBW. Es wurden 2.266 Bürgschaften⁸² und Garantien i.H.v. ca. 306 Mio. EUR bewilligt – in Thüringen waren es im selben Jahr 303 bei einem Gesamtvolumen von ca. 63 Mio. EUR. Insgesamt ca. 71 % der 3.141 Antragseingänge wurden bewilligt. Bedingt durch die Finanz- und Wirtschaftskrise und dem damit gestiegenen Bedarf an Betriebsmittelkrediten, ist die Anzahl der Anträge im Vergleich zu 2008 um fast 30 % gestiegen. Die Ausfallquote der BBBW liegt seit 2007 stabil bei 2,5 % und damit knapp unter dem bundesweiten Durchschnitt von ca. 3 %. Betrachtet man die bewilligten Bürgschaften und Garantien 2009 der BBBW nach Branchengruppen, wird die

⁸¹ Damit sind alle Rahmenbedingungen und Größenvorteile gemeint, die aus der Größe des Bundeslandes hervorgehen (z.B. Anzahl Einwohner und Unternehmen, Innovationskraft, BIP etc.).

⁸² Einen höheren Wert hat es seit Gründung der BBBW noch nicht gegeben (*BBBW et al 2010a, S. 48*).

Wichtigkeit des Handwerkssektors mit einem Anteil von über 25 % (Thüringen: 17,5 %) deutlich. Danach folgen Industrie- und Dienstleistungssektor mit je ca. 21 % (Anteil Industrie Thüringen: 51 %) und der Handel mit knapp 17 %. Der Bestand an laufenden Bürgschaften und Garantien durch die BBBW wurde 2009 um 7 % auf 12.815 mit einem Gesamtvolumen von 1,437 Milliarden EUR ausgeweitet (vgl. BBBW et al 2010, S. 3ff.). Das Programmportfolio der BBBW unterscheidet Bürgschaftsprogramme für Existenzgründungen, etablierte Unternehmen, zur Innovationsfinanzierung und Programme für Sonderthemen. Prozessinnovationen wie beispielsweise "Bürgschaft ohne Bank" (vgl. BBT basis oder ähnliche "BoB"-Programme anderer Bundesländer), kostenfreie Antragsvorprüfung (vgl. u.a. Sachsen Anhalt) oder Programme mit Online-Antragstellung (vgl. u.a. Bayern, Hamburg, Schleswig-Holstein) sind darin nicht zu erkennen. Allerdings bietet die BBBW mit speziellen Sonderprogrammen für die Förderung der Filmwirtschaft, Bioenergievorhaben und Agrarinvestitionen sowie Bürgschaften zur Förderung von Entwicklung und Markteinführung besonders innovativer und nachhaltiger Produkte inhaltlich innovative Bürgschaftsprogramme, die zukunftsorientiert und speziell auf die Gegebenheiten des Standortes Baden-Württemberg zugeschnitten sind (vgl. BBBW et al 2010b, S. 4ff., vgl. BBBW et al 2006, S. 1ff., vgl. BBBW et al 2007, S. 1ff.). Aus den Programminhalten von BBBW und L-Bank wird eine enge Zusammenarbeit mit der MBGBW, KfW-Mittelstandsbank sowie Kammern und Verbänden deutlich. Dadurch entsteht ein Finanzierungsangebot "aus einer Hand", von dem die Unternehmen" durch attraktive Konditionen profitieren" (L-Bank 2010, S. 4). Sowohl für KMU als auch die Kreditwirtschaft entsteht dadurch ein prozessbedingter Mehrwert (vgl. Achteik et al 2010, S. 144). Ein erkennbarer Fokus liegt in dem Zusammenhang auf der Kombination von Bürgschaften mit weiteren öffentlichen Förderprogrammen wie Nachrangdarlehen⁸³, Programmkrediten, Mitarbeiterbeteiligungen sowie Gründungs-⁸⁴ und Wachstumsfinanzie-

⁸³ Alle Darlehen und Krediten der L-Bank können mit einer Bürgschaft von BBBW oder L-Bank besichert werden (L-Bank 2010, S. 11).

⁸⁴ Z.B. das gemeinsame Programm von BBBW und L-Bank "Starthilfe Baden-Württemberg" als Kombination aus zinsgünstigem Darlehen der L-Bank und 80%iger Bürgschaft der BBBW für kleinvolumige Finanzierungen bis 150.000 EUR (L-Bank 2010, S. 6).

rungen. Ein gut funktionierendes und stark genutztes Beispiel dafür ist das Erfolgsprogramm "Starthilfe Baden-Württemberg" als Kombination aus zinsgünstigem Kredit und standardisierter Bürgschaftsübernahme (vgl. *Achtelik et al 2010, S. 144*).

4.2 Landesspezifische Bürgschäftspraxis in Sachsen

Ähnlich wie Thüringen und Baden-Württemberg, führt Sachsen auf Basis des landeseigenen Haushaltsgesetzes und der geltenden Bürgschaftsrichtlinien ein geteiltes Landesbürgschaftssystem zur Gewährung von Ausfallbürgschaften für die Unternehmenstätigkeit:

1. Landesbürgschaften von 2,5 Mio. EUR bis 10 Mio. EUR werden unter Mitwirkung des Mandatars PwC durch den Bürgschaftsausschuss (zusammengesetzt u.a. aus Vertretern von SMF und SMWA) bewilligt (vgl. *SMF 2009, S. 1193f.*)
2. Bürgschaften von 0,75 Mio. EUR bis 2,5 Mio. EUR werden durch die Sächsische Aufbaubank – Förderbank vergeben (vgl. *SMF 2009, S. 1189, vgl. SAB 2010, S. 1*)
3. Bürgschaften bis zu 1 Mio. EUR (im Rahmen des Konjunkturpakets befristet bis 31.12.2010 bis zu 2 Mio. EUR), werden über die Bürgschaftsbank Sachsen bewilligt (vgl. *SMF 2009, S. 1189*).

Darüber hinaus gibt es auch in Sachsen die Möglichkeit, Großbürgschaften für Großunternehmen im Rahmen des Bund-/Landprogrammes ab 10 Mio. EUR über den Mandatar PwC zu beantragen. Für jeden Bürgschaftsantrag gilt das sog. Hausbankprinzip. Ebenso das Prinzip der Subsidiarität: Bürgschaften, die parallel von Bund und Land rückverbürgt werden (z.B. Bürgschaften über die BBS) haben grundsätzlich immer Vorrang gegenüber Programmen mit dem Freistaat Sachsen als alleinigem Bürgen (z.B. SAB, Landesbürgschaften, vgl. *SMF 2009, S. 1190*). Das alles lässt erkennen, dass sich der grundsätzliche Aufbau der länderspezifischen Bürgschaftssysteme der meisten Bundesländer kaum unterscheidet – Sachsen und Thüringen haben gar einen nahezu identischen Aufbau. Was die konkreten Maßnahmen und Konditionen angeht, unterscheiden sich die beiden Freistaaten jedoch im Detail. So muss

beispielsweise für Landesbürgschaften in Sachsen lediglich ein laufendes jährliches Entgelt i.H.v 0,5 % des Bürgschaftsbetrages durch den Kreditnehmer entrichtet werden – in Thüringen beträgt es 1 %. Thüringen und Sachsen greifen bei der Vergabe von Landesbürgschaften auf den Mandatar PwC zurück. In Baden Württemberg hat die staatl. Förderbank L-Bank diese Aufgabe übernommen. Der Rechnungshof Sachsen kritisiert in dem Zusammenhang die seit Jahren nicht erfolgte Überprüfung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft im Hinblick auf den effizienten Mitteleinsatz und regt an, ob nicht die SAB deren Aufgabe übernehmen könne (*SRH 2009, S. 15, S. 170ff.*). Betrachtet man die Praxis in Baden-Württemberg und sieben weiteren Bundesländern, so macht dieser Gedanke durchaus Sinn, denn dadurch könnten weitere Synergien im Hinblick auf die Bürgschaftsvergabe genutzt werden und die Integrität der einzelnen Wirtschaftsförderungsmaßnahmen würde ggf. erhöht. Das die eine Hälfte aller Bundesländer auf PwC als bundes- und landeserfahrenen Mandatar für die Landesbürgschaften zurückgreift, und die andere Hälfte die landeseigenen Förderbanken dafür nutzen, zeigt wie unterschiedlich hier die Erfahrungen bzw. eingefahren die Strukturen sind.

Das quantitative Niveau der durch die Bürgschaftsbank Sachsen genehmigten Bürgschaften und Garantien ist seit jeher führend in den neuen Bundesländern. In 2009 übernahm die BBS 515 Bürgschaften und Garantien mit einem Volumen von 96 Mio. EUR (*vgl. BBS et al 2010, S. 5*). Dies entspricht einer Steigerung der Bewilligungen von fast 60 % gegenüber 2008 und bedeutet gleichzeitig einen Anstieg des Volumens um 96 %⁸⁵ (*BBS et al 2010, S. 28*). Über 25 % der Bürgschaften entfallen dabei auf das Handwerk, gefolgt von Industrie und Handel mit 23 % bzw. 21 %. Bei den genehmigten Garantien für Beteiligungen in 2009 entfallen 57 % des Beteiligungsvolumens auf die Industrie (*BBS, MBGS 2010, S. 24*). Besonders das Programm BBS "Bürgschaft ohne Bank" (BBS BoB) hat in der jüngsten Vergangenheit hohen Anklang gefunden. Allein 209 der 474 bewilligten Bürgschaften 2009 entfielen darauf (Volumen: 20,9 Mio. EUR). Der Vor-

⁸⁵ Diese quasi Volumenverdopplung resultiert v.a. aus der Erhöhung des max. Bürgschaftsbetrages auf 2 Mio. EUR seit dem 06.03.2009 (besondere Regelung während der Wirtschaftskrise).

teil von BBS BoB: Der Kreditnehmer besitzt bereits eine Bürgschaftserklärung und sucht sich damit einen Kreditgeber⁸⁶. Nach Vorprüfung einer Bürgschaftsbank schätzen die Hausbanken das Risiko des Kreditausfalls geringer ein und der Kreditnehmer wird in eine günstigere Rating-Kategorie eingeordnet und erhält damit einen niedrigeren Zinssatz. Im Gegensatz zum Thüringer BoB-Programm BBT basis, gewährt die BBS Bürgschaften ohne Bank bis zu einer Obergrenze von 500.000 EUR (BBT: nur 160.000 EUR, *vgl. BBS et al 2010, S. 29*). Ebenfalls zur Erhöhung des BBS-Volumens 2009 hat das Programm BBS Liqui mit 149 Bewilligungen und einem Volumen von 30 Mio. EUR beigetragen (*vgl. BBS et al 2010, S. 29*).⁸⁷ Dieses Sonderprogramm wurde eigens zur Besicherung von Betriebsmittelkrediten und Avalen für von der Wirtschaftskrise betroffene Unternehmen ins Leben gerufen. Als Anreiz diente eine Halbierung der Bearbeitungsgebühr (*vgl. BBS et al 2010, S. 29*). Weiterer Vorteil: Bei Kreditbeträgen bis 625.000,- EUR kann sich der Kreditnehmer wie bei BBS BoB direkt an die Bürgschaftsbank wenden. Dort erhält der Kreditnehmer eine Übernahmeerklärung, mit welcher er sich einen Kreditgeber suchen kann. Die Programme BBS Standard und BBS GuW sind inhaltlich weitestgehend identisch mit BBT classic und BBT GuW⁸⁸. Mit BBS Leasing gibt es ein spezielles Programm zur Absicherung von Leasing- oder Mietkaufkrediten. Die Antragstellung geschieht bei diesem Programm über die Leasinggesellschaft anstelle der Hausbank (*BBS et al 2010a, o. S.*). Das Programm BBS Plus beauftragt eine Ausfallbürgschaft mit der Teilnahme am KfW-Programm "Gründercoaching Deutschland" - einer kaufm. Beratung für Existenzgründer (*BBS et al 2010a, o. S.*). Eine nachvollziehbare Praxis zur Minimierung des Ausfallrisikos, die in den letzten Jahren vermehrt von vielen Bürgschaftsbanken in Deutschland angewandt wurde. Im Vergleich zur BBT fällt auf, dass es bei der BBS keine Sonderprogramme gibt, bei denen die Bearbeitungszeit von besonders eiligen Anträgen durch parallele Prüfung von Bürg-

⁸⁶ Das Hausbankprinzip (Finanzierung und Begleitung der Unternehmen) bleibt somit auch bei BoB gewährleistet.

⁸⁷ Auch die Bürgschaftsbank Baden-Württemberg hat krisenbedingt ein Programm zur Förderung der Liquidität ins Leben gerufen. Das Programm wird ebenfalls positiv angenommen (*vgl. Achtelek et al 2010, S. 144*).

⁸⁸ Die BBS berechnet jedoch keine Bearbeitungsgebühr für ihre GuW-Bürgschaft.

schafts- und Kreditvertrag verkürzt werden kann (vgl. BBT basis Sonderprogramm Handwerk und BBT buch80).

5 Zusammenfassung und Fazit

Bürgschaften als Instrument der Wirtschaftsförderung haben während der Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2009 ihre Daseinsberechtigung als Subvention gestärkt. Wie selten zuvor haben sie die Versorgung des Mittelstandes mit Krediten zur Finanzierung von Betriebsmitteln unterstützt und so eine Vielzahl von Arbeitsplätzen gesichert und geschaffen. Dieser Erfolg soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass EU, Bund und Länder unter dem Druck der Öffentlichkeit und dem Vorwand einer angeblich aufkeimenden "Kreditklemme" mit der Erweiterung des Bürgschaftsinstrumentariums als (zumindest zeitlich begrenztem) Anreiz für die Kreditvergabe von Geschäftsbanken (Vorübergehende Regelung Kleinbeihilfen, Erhöhung De-minimis-Beihilfen) einen weiteren Eingriff in den Wettbewerb ermöglicht haben. Es wird interessant sein zu beobachten, inwieweit die befristeten Maßnahmen Ende 2010 tatsächlich wieder außer Kraft gesetzt werden. Positiv ist die Zunahme der Nutzung von Bürgschaften für Existenzgründungen 2009 zu beurteilen. Diese resultiert aus einer schwierigen Situation auf dem Arbeitsmarkt. Es ist anzunehmen, dass bei sich entspannender wirtschaftlicher Lage die Nachfrage nach Bürgschaften für Investitionskredite wieder steigen und für Betriebsmittelkredite sinken wird.

Das Thüringer Bürgschaftssystem ist auf die Förderung von KMU ausgerichtet. Bürgschaften für Großunternehmen werden fast ausschließlich durch die übergeordneten KfW-Mittelstandsprogramme bzw. Bundes- oder parallele Bund-Länder-Bürgschaften begünstigt. Die Förderhoheit obliegt dem Thüringer Finanzministerium. Bürgschaften für die Unternehmenstätigkeit sind die mit Abstand am häufigsten gewährten Bürgschaften in Thüringen, wenngleich das Potenzial der vorhandenen Etats nicht annähernd ausgeschöpft wird. Die Wege der Bürgschaftsgewährung sind standardisiert und auf Basis der europarechtlichen und landesspezifischen Rahmenbedingungen strukturiert. Je nach Höhe des Bürgschaftsbetrages sind das Thüringer Finanzministerium (operativ vertreten durch den

Mandatar PwC) bzw. die Bürgschaftsbank Thüringen und die Thüringer Aufbaubank als Mittel ausgebende Institutionen für die Bürgschaftsgewährung verantwortlich. Die beiden letztgenannten übernehmen eine wichtige Rolle zur operativen Entlastung des Finanzministeriums und besitzen dabei zugleich eine wichtige beratende Funktion für Existenzgründer und bestehende Unternehmen. Vor allem die BBT arbeitet dabei eng mit Thüringer Innungen, Kammern und Berufsverbänden zusammen und ist somit auf eine integrierte, zielgerichtete und landesspezifische Fördertätigkeit ausgerichtet. Positiv hervorzuheben sind prozessinnovative Programme, die beispielsweise zu einer schnelleren Bürgschaftszusage (innerhalb von 10 Banktagen) führen (vgl. Sonderprogramm Handwerk, BBT buch80) bzw. zu einem besseren Rating beim Kreditgeber und somit zu günstigeren Zinsen für den Kreditnehmer (vgl. BBT basis).

Die Bürgschaftssysteme der betrachteten Bundesländer sind sich in ihrem Aufbau sehr ähnlich bzw. größtenteils identisch (vgl. Thüringen, Sachsen). Unterschiede gibt es bei Konditionen, Höhe der verbürgten Obligos und inhaltlicher Ausgestaltung der Bürgschaftsprogramme in den jeweiligen Bürgschaftsbanken der Länder. Ein quantitativer Ländervergleich der Bürgschaftssysteme ist aufgrund starker Informationsasymmetrien bezüglich der Landesbürgschaftsprogramme bzw. Bürgschaften durch landeseigene Förderbanken nur schwer möglich. Lediglich die durch die Bürgschaftsbanken kommunizierte Informationsbasis ist in den Bundesländern annähernd gleich. Durch eine empirische qualitative Befragung von Förder- und Bürgschaftsbanken, Hausbanken, Ministerien und Unternehmen ließen sich anknüpfend an meine Diplomarbeit weitere interessante landesspezifische Aspekte des Bürgschaftsinstrumentariums erschließen.

Zusammenfassend hat diese Arbeit folgende Faktoren identifiziert, die sich positiv auf die Nutzung des Bürgschaftsinstrumentariums in den betrachteten Bundesländern ausgewirkt haben:

- Die Erhöhung der Rückbürgschaftsquoten durch Bund und Länder sowie eine Lockerung des beihilferechtlichen Rahmens zur Bürgschaftsvergabe durch die Europäische Kommission ha-

ben zu einem Anstieg der Nutzung des Bürgschaftsinstrumentariums geführt.

- Die Tätigkeit von Förder- und Bürgschaftsbanken entlastet die zuständigen Landesministerien prozessual bei der Bürgschaftsvergabe und führt in dem Zusammenhang zu schnelleren Bearbeitungszeiten. Die Trennung der Zuständigkeiten in Abhängigkeit von der Obligohöhe hat sich bewährt.
- Kooperationsprogramme mit Kammern, Innungen und Verbänden steigern die Effizienz und Zielgerichtetheit des Bürgschaftsystems.
- Von der Einführung sog. BoB-Programme als Prozessinnovation profitieren Kreditnehmer durch bessere Ratings bei ihrer Hausbank und dadurch niedrigeren Zinssätzen bei der Kreditgewährung.
- Eine Kombination aus zinsgünstigem Kredit durch Förderbanken und standardisierter Bürgschaftsübernahme durch Bürgschaftsbanken steigert die prozessuale Effizienz für Unternehmen und Banken.
- Bürgschaftsprogramme mit verbundener Beratung für Existenzgründer minimieren das Risiko eines Bürgschaftsausfalles.
- Die inhaltliche Anpassung der Bürgschaftsprogramme von Bürgschaftsbanken auf die strukturellen und wirtschaftlichen Gegebenheiten in den Bundesländern steigert die Nutzung des Förderinstrumentes.

I. Abkürzungsverzeichnis

ABl. EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft
AG	Aktiengesellschaft
AGFVO	Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung
BaDV	Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BBBW	Bürgschaftsbank Baden Württemberg GmbH
BBS	Bürgschaftsbank Sachsen GmbH
BBT	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH
BGBI	Bundesgesetzblatt
BKG	Buchhändlerische Kredit-Garantiegemeinschaft
BKGG	Bundeskreditgarantiegemeinschaft des Handwerks
BMJ	Bundesministerium der Justiz in Deutschland
BoB	Bürgschaft ohne Bank
BVMW	Bundesverband mittelständische Wirtschaft
BW	Bundesland Baden-Württemberg
DAWI	Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
EG	Europäische Gemeinschaften
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften
EGV-A	EG-Vertrag von Amsterdam
ehem.	ehemalig, ehemals
ERP	European Recovery Programm
EU	Europäische Union
EUR	Euro
f.	fortfolgend
ff.	fortfolgende
GABI	Gemeinsames Amtsblatt des Landes Baden-Württemberg
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GRW	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regiona-

	len Wirtschaftsstruktur“
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
GuW	Gründungs- und Wachstumsfinanzierung
HWK	Handwerkskammer
Ifo	Institut für Wirtschaftsforschung
IfW	Institut für Weltwirtschaft
IHK	Industrie- und Handelskammer
i.H.v.	in Höhe von
insbes.	insbesondere
KfW	KfW-Bankengruppe (ehem. Kreditanstalt für Wiederaufbau)
KGGen	Kreditgarantiegemeinschaften
KMU	klein- und mittelständische Unternehmen
KWG	Gesetz über das Kreditwesen
LBP	Thüringer Landesbürgerschaftsprogramm
LfA	Landesanstalt für Aufbaufinanzierung – Förderbank Bayern
MBGBW	Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Baden-Württemberg mbH
MBGS	Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Sachsen mbH
MBGT	Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH
MBI	Management-Buy-In
MBO	Management-Buy-Out
MBP	Mitarbeiterbeteiligungsprogramm
MFG	Filmförderung Baden-Württemberg
Mio.	Millionen
p.a.	pro anno
PwC	Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers AG
SAB	Sächsische Aufbaubank - Förderbank
SächsABl	Sächsisches Amtsblatt
SMF	Sächsisches Staatsministerium der Finanzen
SMWA	Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit
SoFFin	Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung
sog.	so genannte

SRH	Rechnungshof des Freistaates Sachsen
StabG	Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft
TABBP	Bürgschaftsprogramm der Thüringer Aufbaubank
TFM	Thüringer Finanzministerium
ThürAufbbG	Thüringer Aufbaubankgesetz
ThürHhG	Thüringer Haushaltsgesetz
ThürLHO	Thüringer Landeshaushaltsordnung
TMLFUN	Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz
TMWTA	Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Arbeit
VdB	Verband deutscher Bürgschaftsbanken
VÖB	Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands
VVO	Verfahrensverordnung
WiGBI	Gesetzblatt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes

Anhang

- Anhang 1: Neue beihilfefreie Bürgschaftsprämien in Basispunkten (BMWi, 2009a, Anlage 1)
- Anhang 2: Antrag auf Übernahme von Bürgschaften durch den Freistaat Thüringen (Landesbürgschaftsprogramm, online unter: www.bb-thueringen.de, Abruf: 2010-04-15)
- Anhang 3: Inanspruchnahme aus Bürgschaften, Garantien und Gewährleistungen der neuen Länder in den Haushaltsjahren 2001 - 2007 (Thüringer Rechnungshof 2009, S. 83)
- Anhang 4: Zusammensetzung des Gesellschafterkreises der BBT und Anteile am Stammkapital zum 31. Dezember 2009 (Quelle: BBT et al 2010, S. 62.)
- Anhang 5: Zusammensetzung BBT-Verwaltungsrat (BBT et al 2010, S. 63f.)
- Anhang 6: Zusammensetzung BBT-Bewilligungsausschuss (BBT et al 2010, S. 65.)
- Anhang 7: Übersicht "BBT Ansprechpartner Neugeschäft Bürgschaften und Garantien, Bestandsgeschäft, Beteiligungen" (BBT 2009, S.119)
- Anhang 8: Übersicht "Auftragseingang und Bewilligungen Bürgschaften und Garantien der BBT von 1991 bis 2005." (BBT 2006, S.15)
- Anhang 9: Antragsunterlagen BBT classic und BBT guw (online unter: www.bb-thueringen.de; Abruf: 2010-04-15)
- Anhang 10: Organe der Thüringer Aufbaubank und deren Mitglieder (TAB 2009a, S. 73f., www.aufbaubank.de)
- Anhang 11: Zusammensetzung des Thüringer Aufbaubank-Konzerns (TAB 2009a, S. 16)

Anhang 1 - Neue beihilfefreie Bürgschaftsprämien in Basispunkten:

Neue beihilfefreie Bürgschaftsprämien in Basispunkten (kursiv in Klammern alte safe-harbour-Prämien bei aktuellem Rating)			
Rating- Kategorie (S&P)	Besicherung		
	Hoch	Normal	Niedrig
AAA	40	40	40
AA+	40	40	40
AA			
AA-			
A+	40	55	55
A	(bisher 55)		
A-			
BBB+	55	80	80
BBB	(bisher 80)		
BBB-			
BB+	80	200	200
BB	(bisher 200)		
BB-	200	380	380
B+	(bisher für B + 380)		
B	200	380	630
B-	(bisher für B – 630)	(bisher für B – 630)	
CCC und darunter	380 (bisher keine Bürgschaft möglich)	630 (bisher keine Bürgschaft möglich)	980 (bisher keine Bürgschaft möglich)

Anhang 2 - Antrag auf Übernahme von Bürgschaften durch den Freistaat Thüringen (Landesbürgschaftsprogramm):

Antrag auf Übernahme von Bürgschaften durch den Freistaat Thüringen

(Bitte das Antragsformular in dreifacher Ausfertigung über den Kreditgeber einreichen.)

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Parsevalstraße 2
99092 Erfurt

Telefon: 0361 5586 143
Fax : 0361 5586 262

I. Bürgschaftsantrag des Kreditnehmers

Ich/Wir beantrage(n) die Übernahme einer Bürgschaft des Freistaats Thüringen nach Maßgabe der "Richtlinie für die Übernahme von Bürgschaften durch den Freistaat Thüringen zugunsten der gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe" für folgende(n) von mir/uns bei

(Kreditgeber)

aufzunehmende(n) Kredit(e) in Höhe von

EUR

1. *Name des Antragstellers mit vollständiger Anschrift:

Name:

Anschrift:

Telefon:

/

Telefax:

/

e-Mail:

ggf. Kreis:

2. *Rechtsform:

3. Datum der Gründung:

4. Handelsregister:

5. Berufsständische Vertretung:

- 1 -

6. Gegenstand des Unternehmens:

7. *Inhaber oder Gesellschafter:

Name, Vorname und Wohnsitz bzw. Firmenname ¹⁾	geb. am	ehelicher Güterstand / Handelsregister ¹⁾	Rechtsstellung im Unternehmen, Höhe der Beteiligung, Datum der Übernahme der Beteiligung

¹⁾ bei Gesellschaften

8. Geschäftsleitung:

Name	geb. am	Rechtsstellung im Unternehmen	Tätigkeitsbereich

Prokura:

9. Anzahl der Beschäftigten:

	aktueller Stand:	nach Durchführung des Vor- habens geplant:
Gesamtzahl der Beschäftigten (ohne Auszubildende):		
davon männlich:		
davon weiblich:		
davon produktive Mitarbeiter:		
davon in der Verwaltung tätige Mitarbeiter:		
Auszubildende:		

10. Beschreibung und Begründung des Vorhabens:

☐ *Mit dem Vorhaben wurde noch nicht begonnen.

11.*Mittelverwendung und Finanzierung:

Mittelverwendung in EUR	Finanzierung in EUR
Grundstück	Eigenmittel/Eigenleistungen
Bauliche Investitionen	Investitionszuschüsse
Maschinen und Einrichtungen	Investitionszulagen
Immaterielle Wirtschaftsgüter	<u>unverbürgte Darlehen:</u>
erstes Warenlager	Programmkredite
Anlaufkosten	Bankdarlehen
Betriebsmittel	<u>verbürgte Darlehen:</u>
Sonstige:	Programmkredite
	Bankdarlehen
Gesamt:	Gesamt:

12. a) *Sind bei dem Antragsteller oder dessen Inhaber/Gesellschaftern früher Zwangsvollstreckungsmaßnahmen, eidesstattliche Versicherungen, Konkurs-, Insolvenz- oder Vergleichsverfahren, Wechsel- oder Scheckproteste vorgekommen (ggf. wann)?
- b) *Ist/sind der Antragsteller oder dessen Inhaber/Gesellschafter Kläger oder Beklagte in schwebenden Rechtsstreitigkeiten und Prozessen oder sind solche für sie zu erwarten? Muss nach vorsichtigem Ermessen mit ihrer Inanspruchnahme gerechnet werden? Gegebenenfalls nähere Angaben:
- c) *Ist in den letzten fünf Jahren ein Steuerstrafverfahren gegen die Inhaber/Gesellschafter, den/die Ehegatten oder Vertreter der Firma eingeleitet oder abgeschlossen worden?
- d) *Bestehen Beitragsrückstände im Sozialbereich (ggf. Art und Höhe)?
- e) *Liegen zur Zeit bei öffentlichen Stellen weitere Anträge auf Darlehen, Bürgschaften oder Zuschüsse/Zulagen vor bzw. ist beabsichtigt, demnächst solche Anträge zu stellen (wenn ja, bei welcher Stelle, in welcher Höhe, für welchen Zweck)?

13. Verzeichnis der beigefügten Anlagen

Die Verpflichtungen gemäß den "Allgemeinen Bestimmungen für Thüringer Landesbürgschaften" und die unter Nr. 15 der "Richtlinie für die Übernahme von Bürgschaften durch den Freistaat Thüringen zugunsten der Wirtschaft und der freien Berufe" genannte Kostenregelung werden von uns anerkannt.

Das einmalige Antragsentgelt in Höhe von 0,45 v. H. des beantragten Bürgschaftsbetrages, (mindestens € 10.000 und höchstens € 40.000) das sind € , haben wir auf das Konto der PricewaterhouseCoopers, AG (BLZ 820 400 00) Konto-Nr. 100 383 900 bei der Commerzbank Erfurt überwiesen.

Ich versichere/wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden und sich aus den Anlagen ergebenden Angaben.

Ich/wir verpflichte(n) mich/uns, Sie jeweils unverzüglich zu unterrichten, wenn sich bis zur Aushändigung der Bürgschaftsurkunde Änderungen bezüglich der im Antrag und nachträglich dazu gemachten Angaben ergeben.

Ich bin/wir sind darüber unterrichtet, dass die von mir/uns zu den in diesem Antrag und in den zugehörigen Anlagen mit * gekennzeichneten Punkten angegebenen Tatsachen subventionserheblich i. S. d. § 264 StGB sind.

Mir/uns ist die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges nach § 264 StGB bekannt. Mir/uns ist ferner bekannt, dass ich/wir verpflichtet bin/sind, alle Änderungen, insbesondere der subventionserheblichen Tatsachen, dem Kreditgeber unverzüglich anzuzeigen.

Ich/wir erkläre(n) hiermit, dass ich/wir die Finanzbehörden unter Befreiung vom Steuergeheimnis ermächtige(n), ab Antragstellung bis zur Rückzahlung des Kredites dem Thüringer Finanzministerium sowie den von ihm beauftragten Stellen alle Auskünfte über meine/unsere durch § 30 der Abgabenordnung geschützten Verhältnisse zu erteilen.

Ich verpflichte mich/wir verpflichten uns, dem Finanzministerium und dem zuständigen Fachministerium des Freistaats Thüringen sowie den von ihnen beauftragten Stellen alle zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

Ort, Datum

(Firmenstempel, rechtsverbindliche Unterschrift Antragsteller)

II. Stellungnahme des Kreditgebers

Das unterzeichnende Kreditinstitut ist bereit, den/die beantragten Kredit(e) in Höhe von insgesamt

€

zu gewähren, wenn der Freistaat Thüringen hierfür eine Ausfallbürgschaft

in Höhe von % des Ausfalls

übernimmt.

1. Kreditgeber mit vollständiger Anschrift:

Kreditgeber:

Anschrift:

Verantwortlicher Bearbeiter:

Telefon: /

Fax:

e-Mail:

2. Zu verbürgende Kredite (bei mehreren Krediten jeden Einzelkredit aufführen):

Lfd. Nr.	Kreditart ¹⁾	Betrag EURO	Auszahlung %	Zinssatz ²⁾ % p.a.	Laufzeit ³⁾ Jahre	Tilgung

1) Investitionskredit/Betriebsmittelkredit/Kontokorrentkreditlinie/Avale

2) mit Angabe: fest (ggf. bis wann) oder variabel (mit Angabe des derzeitigen Zinssatzes)

3) mit Angabe des voraussichtlichen Laufzeitendes

3. Beurteilung des Antragstellers/des Managements:

4. Stellungnahme zum Vorhaben und zur Finanzierung sowie zur Möglichkeit der Erbringung des Kapitaldienstes für den/die zu verbürgenden/verbürgende Kredit(e) unter Berücksichtigung der sonstigen Verpflichtungen des Antragstellers:

5. Sicherheitenvorschlag und Stellungnahme zum Wert der Sicherheiten:

Bei der Beantragung einer Landesbürgschaft ist der Kreditnehmer verpflichtet, seine Vermögensverhältnisse offen zulegen und alle zumutbaren Sicherheiten anzubieten. Personen und Gesellschaften, die durch ihre Stellung als Gesellschafter wesentlichen Einfluss auf das Antrag stellende Unternehmen ausüben können, müssen für den zu verbürgenden Kredit zumindest in Höhe eines angemessenen Teilbetrages die Mithaft (etwa durch die Belastung von Privat- oder weiterem Betriebsvermögen, Übernahme selbstschuldnerischer Bürgschaften, Abgabe von Rangrücktrittserklärungen für Gesellschafterdarlehen, Abgabe von Patronatsklärungen durch Muttergesellschaften, Verpfändung der Geschäftsanteile, Abschluss von Risikolebensversicherungen zugunsten des antragstellenden Unternehmens) übernehmen.

Die angebotenen Sicherheiten sind mit allen für die Wertbeurteilung erforderlichen Einzelheiten anzugeben; bei Heranziehung von Anlagewerten sind die zur Beurteilung erforderlichen Angaben zu machen/Unterlagen beizufügen, z. B.

bei Grundbesitz: Wertschätzung eines Sachverständigen bzw. Beleihungswertberechnung des Kreditgebers. Grundbuchauszüge sind beizufügen, Vorlasten in Abt. II und III sowie etwaige öffentliche Lasten sind zu erläutern und ihre derzeitige Valutierung anzugeben;
bei Maschinen etc.: Anschaffungswert und -jahr, inzwischen vorgenommene Abschreibungen, Zeitwert.

Sonstige Rechte Dritter an den angebotenen Sicherheiten sind anzugeben.

Falls der Kreditgeber als Unterlage für den vom Freistaat Thüringen zu verbürgenden Kredit ein Wertgutachten vorlegt, muss dieses dem Kreditgeber gegenüber verbindlich erstattet sein.

6. Warum wird eine Landesbürgschaft für erforderlich gehalten?

7. Rating des Antragstellers Sonstiges

Rating (Angabe der Einjahresausfallwahrscheinlichkeit):

bzw.

bankinterne Ratingkategorie:

mit Angabe der Untergrenze der Einjahresausfallwahrscheinlichkeit:

und

Angabe der Obergrenze der Einjahresausfallwahrscheinlichkeit:

8. Die "Richtlinie für die Übernahme von Bürgschaften durch den Freistaat Thüringen zugunsten der gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe" nebst Anlagen erkennen wir an.

Die Subventionserheblichkeit der Angaben zu den mit * gekennzeichneten Punkten in diesem Antrag und in den zugehörigen Anlagen i. S. d. § 264 StGB ist uns bekannt.

Ort, Datum

(rechtsverbindliche Unterschrift Hausbank)

Anhang 3 - Inanspruchnahme aus Bürgschaften, Garantien und Gewährleistungen der neuen Länder in den Haushaltsjahren 2001 - 2007:

Bundesland		Soll	Ist
	Jahr	Mio. €	Mio. €
1		2	3
Brandenburg	2001	17,9	17,9
	2002	20,0	20,0
	2003	20,0	17,0
	2004	20,0	19,8
	2005	25,0	25,0
	2006	20,0	23,9
	2007	20,0	28,5
Mecklenburg-Vorpommern	2001	10,2	52,2
	2002	23,0	17,3
	2003	21,0	18,6
	2004	21,0	44,3
	2005	36,0	24,4
	2006	29,0	10,7
	2007	29,0	9,5
Sachsen-Anhalt	2001	13,8	13,7
	2002	74,9	59,5
	2003	40,0	18,2
	2004	30,0	28,7
	2005	56,0	55,5
	2006	9,0	8,1
	2007	20,8	14,3
Sachsen	2001	46,0	25,2
	2002	51,1	26,8
	2003	35,0	37,5
	2004	50,0	30,0
	2005	45,0	42,7
	2006	50,0	68,9
	2007	60,0	53,0
Thüringen	2001	30,7	43,0
	2002	30,7	49,1
	2003	26,0	28,0
	2004	48,7	87,4
	2005	69,0	71,4
	2006	74,0	64,7
	2007	73,0	34,3

Quelle: Haushaltsrechnungen der Länder.

Anhang 4 – Zusammensetzung des Gesellschafterkreises der BBT und Anteile am Stammkapital zum 31. Dezember 2009:

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital	
	Angaben in T€	Angaben in %
Landesbank Hessen-Thüringen, Frankfurt am Main	4.077,9	31,5
DZ Bank AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main	2.864,8	22,1
Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main	1.125,5	8,7
Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG, München	1.125,5	8,7
Commerzbank AG, Frankfurt am Main	844,5	6,5
Commerzbank AG, Frankfurt am Main	742,2	5,7
SEB AG, Frankfurt am Main	241,0	1,9
Bankhaus Max Flessa KG, Schweinfurt	18,0	0,1
Thüringer Aufbaubank, Erfurt	1.023,0	7,9
SIGNAL IDUNA Beteiligungsgesellschaft für Bürgschaftsbanken und Kreditgarantie-gemeinschaften mbH, Hamburg	511,9	4,0
Industrie- und Handelskammer Erfurt, Erfurt	51,2	0,4
Industrie- und Handelskammer Ostthüringen zu Gera, Gera	51,2	0,4
Industrie- und Handelskammer Südthüringen, Suhl	51,2	0,4
Handwerkskammer Erfurt, Erfurt	51,2	0,4
Handwerkskammer für Ostthüringen, Gera	51,2	0,4
Handwerkskammer Südthüringen, Suhl	51,2	0,4
Landesverband Groß-/Außenhandel und Dienstleistungen Thüringen e. V., Erfurt	15,4	0,5
Einzelhandelsverband des Freistaates Thüringen – Verband Thüringer Kaufleute e. V., Erfurt	15,4	
Wirtschaftsverband der Handelsvertretungen Hessen-Thüringen (CDH) e. V., Frankfurt am Main	8,0	
Landesverband Gartenbau Thüringen e. V., Erfurt	5,2	
Fachverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Hessen/Thüringen e. V., Wiesbaden	5,2	
Verband der Wirtschaft Thüringens e. V., Erfurt	5,2	
Steuerberaterkammer Thüringen, Erfurt	5,2	
Landesverband der Freien Berufe Thüringen e. V., Weimar	5,2	
Insgesamt gezeichnetes Kapital	12.946,3	100,0

Anhang 5 – Zusammensetzung BBT-Verwaltungsrat:

Ordentliche Mitglieder	Stellvertreter	Ordentliche Mitglieder	Stellvertreter
Michael Schneider Staatssekretär a.D. Vorstandsmitglied der Thüringer Aufbaubank, Erfurt	Ingrid Röseler Abteilungsleiterin Front Office der Thüringer Aufbaubank, Erfurt	Paul Otto (Vorsitzender) Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Eichsfeld, Worbis	Karl Pfifferling stellv. Vorstandsvorsitzender der Rhön-Remsteig-Sparkasse, Meiningen
Oskar Dieter Epp Vorstandsvorsitzender der Volksbank Saaletal eG, Rudolstadt	Manfred Roth Vorstandsvorsitzender der VR Bank Weimar eG, Weimar	Christian Brasche (stellv. Vorsitzender) Geschäftsführer der Handwerkskammer Erfurt, Erfurt	Dr. Wolfgang Oehring Leiter Betriebsberatung der Handwerkskammer Südthüringen, Juhl
Volker Schmitz-de Rippert d'Alauzier Abteilungsleiter Leiter Neue Bundesländer VR-Mittelstand der DZ Bank AG Deutsche Zentral- Genossenschaftsbank, Berlin	Stefan Hug stellv. Abteilungsleiter/Firmen- kundenbetreuung der DZ Bank AG Deutsche Zentral-Genossenschafts- bank, Leipzig	Steffen Schulze Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Erfurt, Erfurt	Almut Weinert Leitern des Geschäftsbereichs Standortpolitik, Starthilfe und Unternehmensförderung der Industrie- und Handelskammer Ostthüringen zu Gera, Gera
Thomas Gillmeister Abteilungsleiter Commerzbank AG, L CB GK 31, Leipzig	Michael Varona Leiter der Firmenkundenbetreuung der Commerzbank AG, Erfurt	Maik Vierling M. A. Geschäftsführer der Ingenieurkammer Thüringen Körperschaft des öffentlichen Rechts, Erfurt	Hans-Joachim Reiml Geschäftsführer der Handwerkskammer für Ostthüringen, Gera
Olaf Klose Mitglied der Geschäftsleitung Region Bayern-Nord/Thüringen Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG, Erfurt (bis 31.03.2009)	Hans-Ulrich Göhringer Leiter der Niederlassung Thüringen Firmenkunden und Freie Berufe der Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG, Erfurt	Günter Bock Vorsitzender der Bezirksgruppe Thüringen Wirtschaftsverband der Handels- vertretungen Hessen-Thüringen (CDH) e. V., Erfurt	Dr. Ralf Piefenwas Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Südthüringen, Suhl
Thomas Deinzer Mitglied der Geschäftsleitung Region Bayern-Nord/Thüringen Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG, Erfurt (ab 01.04.2009)		Wilfried Hild Geschäftsführer des Verbandes der Wirtschaft Thüringens e.V., Erfurt	Dr. Herbert Becherer Präsident der Steuerberaterkammer Thüringen, Erfurt
		Arnold Senft Präsident des Einzelhandels- verbandes des Freistaates Thüringen – Verband Thüringer Kaufleute e.V., Leinefelde	Dr. Siegfried von Hoff Präsident des Landesverbandes Groß-/Außenhandel und Dienstleistungen Thüringen e.V., Erfurt
		Hermann Meyer Landesdirektor der SIGNAL IDUNA Gruppe, Berlin	Peter Krapohl Filialdirektor der SIGNAL IDUNA Gruppe, Erfurt
		Hartmut Bieneck Direktor der Landesbank Hessen-Thüringen, Erfurt	Klaus Georg Schmidbauer Abteilungsleiter der Landesbank Hessen-Thüringen, Erfurt

Anhang 6 – Zusammensetzung BBT-Bewilligungsausschuss:

Ordentliche Mitglieder	1. Stellvertreter	2. Stellvertreter
Ingrid Röseler (Vorsitzende) Thüringer Aufbaubank, Erfurt	Thomas Gröger Thüringer Aufbaubank, Erfurt	Kathrin Stracke-Wagner Thüringer Aufbaubank, Erfurt
Christian Brasche (stellv. Vorsitzender) Handwerkskammer Erfurt, Erfurt	Dr. Wolfgang Oehring Handwerkskammer Südthüringen, Suhl	Wolfgang Nötzold Handwerkskammer für Ostthüringen, Gera
Ines Heinze Industrie- und Handelskammer Südthüringen, Suhl	Falk Hundertmark Industrie- und Handelskammer Ostthüringen zu Gera, Gera	Reinhard Stark Industrie- und Handelskammer Erfurt, Erfurt
Dr. Siegfried von Hoff Landesverband für Groß-/Außenhan- del u. Dienstleistungen Thüringen e.V., Erfurt	Ilona Ruschel Steuerberaterkammer Thüringen, Erfurt	Maik Vierling M.A. Ingenieurkammer Thüringen Körperschaft des öffentlichen Rechts, Erfurt
Helmut Schmidt Kreissparkasse Saale-Orla, Schleiz	Bernhard Anderson, Kreissparkasse Saalfeld-Rudolstadt, Rudolstadt Bernd Wannenwetsch Sparkasse Altenburger Land, Altenburg (ab 01.07.2009)	Harald Weiß Wartburg-Sparkasse, Eisenach (ab 01.07.2009)
Bernd Krekel Commerzbank AG, Jena	Karina Bleek Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG, Erfurt	Dirk Sauermann-Collier Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG, Erfurt
Willi Obitz Volksbank Saaletal eG, Rudolstadt	Werner Reichert Erfurter Bank eG, Erfurt	Peter Herbst Nordthüringer Volksbank eG, Nordhausen

Anhang 7 – Übersicht "BBT Ansprechpartner Neugeschäft Bürgschaften und Garantien, Bestandsgeschäft, Beteiligungen":

Abteilungsleitung

René Albrecht

Telefon: +49(0)361/2135-170

Neugeschäft Bürgschaften und Garantien

Zuständig für die Regionen
Landkreis Eichsfeld, Landkreis
Nordhausen, Kyffhäuserkreis,
Unstrut-Hainich-Kreis:

Sabine Cammradt

Firmenkundenberaterin
Telefon: +49(0)361/2135-138

Bernd Kleßling

Telefon: +49(0)361/2135-171

Zuständig für die Regionen
Wartburgkreis, Stadt Eisenach,
Landkreis Gotha, Stadt Erfurt,
Landkreis Sömmerda, Landkreis
Weimarer Land, Stadt Weimar:

Anke Oberender

Firmenkundenberaterin
Telefon: +49(0)361/2135-134

Matthias Arnold

Telefon: +49(0)361/2135-132

Zuständig für die Regionen
Stadt Jena, Saale-Holzland-Kreis,
Saale-Orla-Kreis, Landkreis Greiz,
Stadt Gera, Altenburger Land:

Hendrik Hofmann-Oertel

Firmenkundenberater
Telefon: +49(0)361/2135-128

Rainer Schenk

Telefon: +49(0)361/2135-177

Christa Trautmann

Telefon: +49(0)361/2135-174

Zuständig für die Regionen
Landkreis Schmalkalden-Meinin-
gen, Stadt Suhl, Landkreis Hild-
burghausen, Ilm-Kreis, Landkreis
Sonneberg, Landkreis Saalfeld-
Rudolstadt:

Ursula Heibig

Firmenkundenberaterin
Telefon: +49(0)361/2135-175

Silke Krebs

Telefon: +49(0)361/2135-176

Bestandsgeschäft

Andrea Elchhorn

Teamleiterin fachl.
Telefon: +49(0)361/2135-133

Zuständig für die Regionen
Landkreis Gotha, Ilm-Kreis,
Stadt Erfurt, Stadt Weimar, Land-
kreis Weimarer Land, Landkreis
Saalfeld-Rudolstadt:

Anett Luhn

Telefon: +49(0)361/2135-173

Zuständig für die Regionen
Stadt Jena, Saale-Holzland-Kreis,
Landkreis Schmalkalden-Meinin-
gen, Landkreis Hildburghausen,
Landkreis Sonneberg, Stadt Suhl:

Kerstin Wolf

Telefon: +49(0)361/2135-172

Zuständig für die Regionen
Kyffhäuserkreis, Landkreis
Eichsfeld, Landkreis Nordhausen,
Landkreis Sömmerda, Unstrut-
Hainich-Kreis, Stadt Eisenach,
Wartburgkreis:

Eva Langwisch

Telefon: +49(0)361/2135-185

Beteiligungen

Zuständig für die Regionen
Landkreis Gotha, Landkreis Söm-
merda, Stadt Erfurt, Landkreis
Weimarer Land, Stadt Weimar:

Annette Friedrich

Telefon: +49(0)361/2135-127

Zuständig für die Regionen
Stadt Jena, Saale-Holzland-Kreis,
Saale-Orla-Kreis, Landkreis Saal-
feld-Rudolstadt, Landkreis Greiz,
Stadt Gera, Altenburger Land:

Hendrik Hofmann-Oertel

Telefon: +49(0)361/2135-128

Zuständig für die Regionen
Wartburgkreis, Stadt Eisenach,
Ilmkreis, Landkreis Schmalkalden-
Meiningen, Stadt Suhl, Landkreis
Hildburghausen, Landkreis Son-
neberg:

Stefan Schmidt

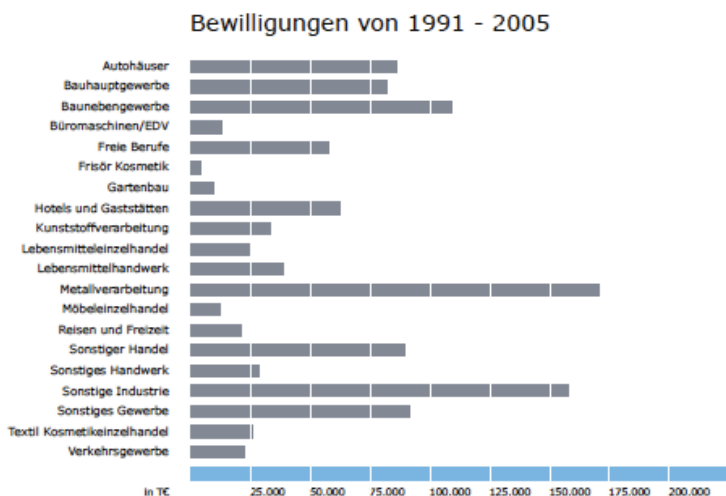
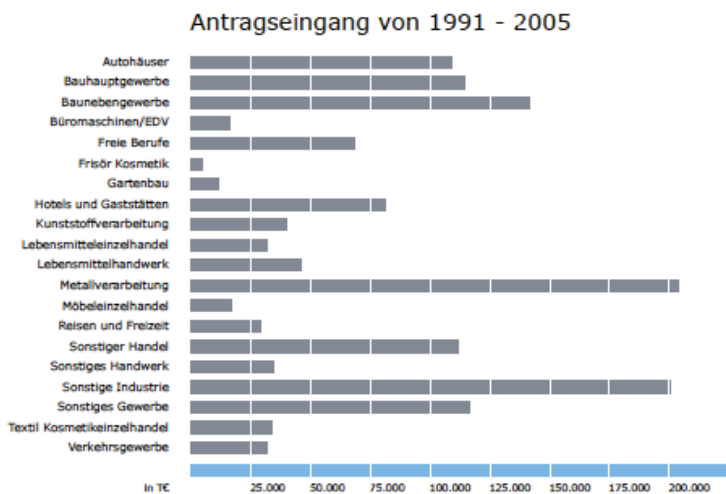
Telefon: +49(0)361/2135-126

Zuständig für die Regionen
Landkreis Eichsfeld, Landkreis
Nordhausen, Kyffhäuserkreis,
Unstrut-Hainich-Kreis:



Sabine Cammradt


Firmenkundenberaterin
Telefon: +49(0)361/2135-138

Anhang 8 - Übersicht "Auftragseingang und Bewilligungen Bürgschaften und Garantien der BBT 1991 - 2005.":



Anhang 9 - Antragsunterlagen BBT classic und BBT guw:



Bürgschaftsbank Thüringen GmbH
Postfach 80 03 16
99029 Erfurt

Kreditinstitut
Aktenzeichen
Bearbeiter
Telefondurchwahl
Fax
E-Mail

ANTRAG auf Übernahme einer Ausfallbürgschaft

1. Kreditnehmer

Name, Vorname oder Firma	
Wohnort (PLZ, Ort, Straße)	
Tel.:	
Betriebsanschrift (PLZ, Ort, Straße)	
Tel.:	
Investitionsort (PLZ, Ort, Straße)	

Unternehmen

Gesellschafter (ggf. auch der Komplementär-GmbH) Name, Vorname, Geb.-Datum, Wohnsitz	Höhe der Beteiligung TEUR	Tätigkeit im Unternehmen

Gegenstand des Unternehmens

Arbeitsplätze bestehende neu davon Ausbildungsplätze

Kammer-/ Verbandszugehörigkeit

2. Zu verbürgende Kredite

Mittelherkunft	Kreditbetrag EUR	Zinssatz %	Auszahlung %	Laufzeit	Verbürgungsgrad <input type="text"/> % (maximal 80%)		%
					davon Freijahre	Tilgung p.a. EUR	
					/	/	/
					/	/	/
					/	/	/
					/	/	/
					/	/	/
					/	/	/
Summe							

3. Beabsichtigte Sicherheiten

Bürgschaftsbank Thüringen GmbH
 Bonifaciusstraße 19 • 99084 Erfurt
 Telefon: 03 61 2135-0 E-Mail: info@bbt-thueringen.de
 Fax: 03 61 2135-100 Internet: www.bbt-thueringen.de

BBT 2010_02

4. Erklärungen des Kreditinstituts

Der vorstehende Antrag wird auf der Grundlage der Bürgschaftsrichtlinien gestellt, die wir hiermit anerkennen. Wir bestätigen, dass die zu verbürgenden Kredite bisher nicht gewährt sind.

Die Subventionserheblichkeit der im Antrag angegebenen Tatsachen im Sinne von § 264 StGB ist uns bekannt.

Ort, Datum	Stempel und Unterschrift des Kreditinstituts

5. Erklärungen des Kreditnehmers

- Ich habe die Bürgschaftsrichtlinien der Bürgschaftsbank erhalten und erkenne diese an.
- Mir ist/Uns ist bekannt dass sich die Bürgschaftsbank der elektronischen Datenverarbeitung bedient (§ 33 BDSG). Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass sämtliche Daten, die sich aus diesem Bürgschaftsantrag ergeben und die damit zusammenhängen, von der Bürgschaftsbank zum Zwecke der Antragsbearbeitung, Bürgschaftsverwaltung, statistischen Auswertung und späteren Abwicklung des Bürgschaftsgeschäfts elektronisch gespeichert und verarbeitet werden. Ferner stimme ich/stimmen wir der elektronischen Speicherung der Daten durch die Bürgschaftsbank Thüringen GmbH auch über den Zeitpunkt der Abwicklung des heute beantragten Bürgschaftsgeschäfts bzw. im Falle der Ablehnung des Antrags zu, um der Bürgschaftsbank eine Auswertung dieser Daten bei der Bearbeitung und Abwicklung zukünftiger vom Kreditnehmer beantragter Bürgschaften zu ermöglichen.
- Ich bin damit einverstanden, dass die Bürgschaftsbank zur Beurteilung des Bürgschaftsantrages gutachterliche Stellungnahmen anfordert. Zu diesem Zweck befreie ich die Bürgschaftsbank, Kammern und Verbände sowie Behörden von ihren Verschwiegenheitspflichten.
- Ich nehme zustimmend zur Kenntnis, dass die Unterlagen/Informationen auch an die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH (MäG), Bonifaciusstraße 19, 99084 Erfurt, weitergeleitet werden, damit mir die MBG nach Abstimmung mit meinem Kreditinstitut **gegebenenfalls** ein ergänzendes Angebot über eine stille Beteiligung unterbreiten kann (sofern nicht gewünscht, bitte hier kennzeichnen ☐).
- Ich erkläre, innerhalb der letzten drei Jahre ☐ keine ☐ die in der Anlage erläuterten „de minimis“-Beihilfen gemäß den Beihilferegulierungen der EU erhalten bzw. beantragt zu haben.
- Mir ist bekannt, dass den Bürgschaften der Bürgschaftsbanken Subventionen der öffentlichen Hand zugrunde liegen. Ich bin darüber unterrichtet, dass meine Angaben zur Person und zur Firma, zur Betriebsstätte und zum Investitionsort, zum Vorhaben und zur Finanzierung, und „de minimis“-Beihilfen, zu gewerblichen und privaten Eigentums- und Vermögensverhältnissen sowie zu Beteiligungsverhältnissen subventionserheblich im Sinne des § 264 StGB sind.
- Gleichzeitig gestatte ich unwiderruflich, dass der Finanzminister des Landes Einsicht in die Steuerakten beim Finanzamt bis zur endgültigen Abwicklung des Bürgschaftsengagements nimmt. Im Falle der drohenden Inanspruchnahme aus der Ausfallbürgschaft ist der Finanzminister berechtigt, dem Kreditgeber und der Bürgschaftsbank zweckdienliche Angaben aus den Steuerakten zu machen.
- Ich ermächtige die Bürgschaftsbank, die jährlich fällige Bürgschaftsprovision durch Lastschrift vom folgenden Konto einzuziehen:

Kreditinstitut	Kontonummer
Kontoinhaber	BLZ

- Die einmalige Bearbeitungsgebühr zuzüglich der gesetzlichen USt. überweise ich sofort an die Bürgschaftsbank - Bankverbindung: Commerzbank AG (vormals Dresdner Bank), Bankleitzahl 820 800 00, Konto Nr. 813 657 900.

Ort, Datum	Stempel und Unterschrift des Antragstellers

Bürgschaftsbank Thüringen GmbH
Bonifaciusstraße 19 • 99084 Erfurt
Telefon 03 61 2135-0 E-Mail info@bb-thueringen.de
Fax 03 61 21 35-100 Internet www.bb-thueringen.de

BOT 2010_02

Ergänzende Unterlagen, soweit zur Kreditbeurteilung erforderlich

- ☐ Kreditvorlage / Stellungnahme des Kreditinstitutes
- ☐ Kopie des gestellten KfW-Antrages / sonstigen Förderantrages
- ☐ Übersicht über bestehende Kredite einschl. Konditionen und Sicherheiten, ggf. auch bei anderen Kreditinstituten
- ☐ Vorhabensbeschreibung / Unternehmenskonzept
- ☐ Investitions- und Finanzierungsplan (stets beizufügen bei Investitionsfinanzierungen)
- ☐ Angaben zu den Sicherheiten für nicht verbürgte Kredite
- ☐ Lebenslauf bzw. beruflicher Werdegang des Kreditnehmers / Gesellschafters
- ☐ vollständiger Jahresabschluss für die letzten 3 Geschäftsjahre einschl. für verbundene Unternehmen
- ☐ Daten zum laufenden Geschäftsjahr (z.B. betriebswirts. Auswertungen einschl. Summen- und Saldenliste, o. ä.)
- ☐ Gesellschaftsvertrag, Handelsregisterauszug einschl. verbundener Unternehmen
- ☐ Firmenorganigramm
- ☐ Miet-/ Pacht-, Leasing- und Lizenzverträge
- ☐ Übernahme- / Kaufverträge
- ☐ Rentabilitätsvorschau in Form einer vorweggenommenen Gewinn- und Verlustrechnung
- ☐ Liquiditätsplan für 12 Monate
- ☐ Grundbuchauszug bei vorhandenem Grundbesitz
- ☐ Selbstauskunft
- ☐ Schufa – Auskunft bei Existenzgründern
- ☐ Erklärung über bereits erhaltene „de-minimis“- Beihilfen, falls unter 5. nicht „keine“ angekreuzt wurde
- ☐ Angaben zu einer evtl. bestehenden Kreditversicherung

Bank für Sozialwirtschaft AG
Burgstraße 19 • 99084 Erfurt
Telefon 03 61 2135-0 E-Mail info@bb-thueringen.de
Fax 03 61 21 35-100 Internet www.bb-thueringen.de

BBT 2010_02

Ertragsvorschau

erstellt von Herrn/Frau/Firma _____

		1. Jahr	2. Jahr
		nach Kreditbewilligung	
1	alle Beträge in TC		
2	1. Umsatz/Erlöse		
3	Wareneinsatz/Materialeinsatz (=%)		
	Rohrertrag/Rohgewinn		
4	2. Umsatz/Erlöse		
	Wareneinsatz/Materialeinsatz (=%)		
	Rohrertrag/Rohgewinn		
	Gesamtrohertrag/-rohgewinn		
	abzüglich		
5	Personalkosten		
	Geschäftsführergehälter		
	Raumkosten: Miete, Pacht		
	Reinigung		
	Heizung etc.		
	Energiekosten		
	(Elektrizität, Wasser, Gas)		
	Reparaturen, Instandhaltung		
	Versicherungen, Beiträge		
6	Gewerbesteuer		
7	Sonstige Steuern (ohne Körperschaftsteuer)		
	Kraftfahrzeugekosten		
	Reisekosten		
8	Kosten aus Leasingverträge		
9	Wäsche		
	Buchführungskosten, Beratung		
	Werbung		
	Telefon		
10	Zinsen		
	Sonstige Kosten		
11	Abschreibungen		
12			
	Summe der Aufwendungen		
	Betriebsgewinn		
13	Körperschafts- bzw. Einkommenssteuer		

Erläuterungen vgl. Rückseite

2	alle Angaben (bei produzierenden Betrieben auch halbfertige Arbeiten) netto ohne Mehrwertsteuer.
3	Waren-, Materialeinsatz ohne Mehrwertsteuer und in Prozent zum Umsatz/zur Leistung
4	Hier wären Erlöse aus einem zweiten gesonderten Geschäftsbereich auszuweisen (z. B. Erlöse eines Handwerksbetriebes aus Handeltätigkeiten).
5	Gehälter und Löhne einschließlich Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und freiwillige soziale Aufwendungen ohne Aufwand für geschäftsführende GmbH-Gesellschafter (vgl. Extrazeile).
6	Steuer vom Gewerbeertrag und vom Gewerkekaptal – abgerundeter Betrag -.
7	Nicht Körperschaftssteuer
8	Auf die Bedingungen der Leasingverträge (Laufzeit etc.) bitte auf besonderem Blatt eingehen.
9	Nur bei Gaststätten, Friseuren u. ä.
10	Vereinbarte Zinsen ohne Tilgungsbeträge, aber einschließlich Bürgschaftsprovision.
11	Absetzung für Abnutzung der Sachanlagen sowie geringwertige Wirtschaftsgüter.
12	Leerzeilen für sonstige Aufwendungen (z. B. Verkaufsprovisionen u. a.).

Es versteht sich, dass alle Angaben sorgfältig und nach bestem Wissen zu ermitteln sind.

KleinBeihilfen sind Beihilfen (von der „Bundesregelung Kleinbeihilfen“), die auf Grundlage von Artikel 87 Absatz 3 lit. b des EG-Vertrages und dem „Vorübergehenden Gemeinschaftsrahmen für staatliche Beihilfen zur Erleichterung des Zugangs zu Finanzierungsmitteln in der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise“ (Amtsblatt der EU C 161/ vom 22.02.2009) von der Europäischen Kommission für Deutschland als befristete Beihilfemaßnahme während der Finanz- und Wirtschaftskrise genehmigt wurde (Entscheidung der EU-Kommission N 668/2008 vom 30.12.2008). Nach der „Bundesregelung Kleinbeihilfen“ dürfen alle dem Unternehmen in den Jahren 2009 und 2010 gewährten Kleinbeihilfen (einschließlich der „Kleinbeihilfen“, die im Rahmen der „Bundesregelung Kleinbeihilfen“ beantragt wurden) nicht mehr den gewährten Kleinbeihilfen auch in die Zeitraume vom 01.01.2008 bis zum 31.12.2010 gewährten De-minimis-Beihilfen einzurechnen.

De-minimis-Beihilfen sind Beihilfen nach der Verordnung (EG) Nr. 1998/2006 der Kommission vom 15. Dezember 2006 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf „De-minimis-Beihilfen (Amtsblatt der EU Nr. L 379/5 vom 28.12.2006), die auf Grund ihrer vergleichsweise geringfügigen Auswirkungen auf Wettbewerb und Handel zwischen den Europäischen Mitgliedsstaaten von der Europäischen Kommission nicht genehmigt werden müssen. Der maximal zulässige Gesamtbetrag von De-minimis-Beihilfen je Unternehmen beträgt innerhalb von drei Steuerjahren (Steuerjahr entspricht Kalenderjahr) EUR 200.000 (bzw. EUR 100.000 für Unternehmen des Straßenverkehrssektors).

Nicht möglich ist nach § 4 Abs.1 der „Bundesregelung Kleinbeihilfen“ die Gewährung von Kleinbeihilfen und De-minimis-Beihilfen für dieselben förderbaren Aufwendungen.

Die Bewilligungsstelle ist verpflichtet, vom begünstigten Unternehmen eine vollständige Übersicht der erhaltenen Beihilfen

- a) bei Kleinbeihilfen nach § 5 Abs. 1 der „Bundesregelung Kleinbeihilfen“ über die im Zeitraum 01.01.2009 bis 31.12.2010 erhaltenen Kleinbeihilfen und über die im Zeitraum vom 01.01.2008 bis zum 31.12.2010 erhaltenen De-minimis-Beihilfen nach Artikel 3 Abs. 1 Satz 4 der De-minimis-Verordnung über die in den zwei vorangehenden Kalenderjahren sowie im laufenden Kalenderjahr erhaltenen De-minimis-Beihilfen

Subventionserhebliche Angaben:
Antragsteller:

Unternehmen

1. Ich / Wir erkläre(n), dass mir / uns über die hier beantragte Beihilfe hinaus

- a) seit dem 01.01.2009
☐ keine weiteren Kleinbeihilfen ☐ die nachstehend aufgeführten Kleinbeihilfen
- b) in den zwei vorangegangenen Kalenderjahren sowie im laufenden Kalenderjahr
☐ keine De-minimis-Beihilfen ☐ die nachstehend aufgeführten De-minimis-Beihilfen

gewährt wurde(n):

Datum Zuwendungs- bescheid / Vertrag	Zuwendungs- geber (Beihilfegeber)	Aktenzeichen / Projekt-Nr.	K / D *	Form der Beihilfe (z.B. Zuschuss, Darlehen, Bürg- schaft, Beteiligung)	Fördersumme in EUR (z.B. Zuschuss-, Darlehens-, Bürg- schaftsbeitrag)	Subventions- wert in EUR
SUMME						

* Bitte geben Sie an, ob es sich bei der bereits gewährten Beihilfe um eine Kleinbeihilfe oder eine De-minimis-Beihilfe handelt (K= Kleinbeihilfe, D=De-minimis)

2. Darüber hinaus habe(n) ich / wir die folgenden Kleinbeihilfen / De-minimis-Beihilfen beantragt, die noch nicht bewilligt wurden:

Datum Förderantrag	Zuwendungsgeber (Beihilfgeber)	Förderprogramm	K / D*	Form der Beihilfe (z. B. Zuschuss, Darlehen, Bürgschaft, Beteiligung)	beantragte Fördersumme in EUR

Falls keine Eintragung oder Mitteilung erfolgt, wurden keine Kleinbeihilfen bzw. De-minimis-Beihilfen gemäß Ziffer 1. und 2. in Anspruch genommen oder beantragt.

3. Die mit dem aktuellen Antrag vom voraussichtlich förderbaren Aufwendungen werden gemäß Finanzierungsplan mit sonstigen staatlichen Beihilfen für diese Aufwendungen gefördert:

Datum Förderantrag / Zuwendungsbescheid / Vertrag	Zuwendungsgeber (Beihilfgeber)	Aktenzeichen / Projekt-Nr.	Form der Beihilfe (z. B. Zuschuss, Darlehen, Bürgschaft, Beteiligung, Investitionszulage)	Fördersumme in EUR (beantragt/ gewährt)	Subventionswert in EUR (falls bereits bekannt)

In der Anlage ist - sofern vorhanden - jeweils eine Kopie der betreffenden Förderanträge, Zuwendungsbescheide bzw. Zusagen beigelegt.

4. Ich / Wir verpflichte(n) mich / uns, Änderungen oder Ergänzungen zu sämtlichen in dieser Kleinbeihilfen- und De-minimis-Erklärung enthaltenen Angaben der Bewilligungsstelle mitzutteilen, sofern sie mir / uns vor der Zusage der hier beantragten Kleinbeihilfe bzw. De-minimis-Beihilfe bekannt werden.

Mir / Uns ist bekannt, dass die in dieser Erklärung anzugebenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) i. V. m. § 2 Subventionsgesetz vom 29.07.1976 (BGBl. I, S. 2037) sind und unrichtige, unvollständige oder unterlassene Angaben, die subventionserhebliche Tatsachen betreffen und dem Zuwendungsempfänger zum Vorteil gereichen, als Subventionsbetrug strafbar sind. Mir / Uns sind weiterhin die nach § 1 des Thüringer Subventionsgesetzes vom 16.12.1996 (GVBl. Nr. 19, S. 319) i. V. m. § 3 des Subventionsgesetzes vom 29.07.1976 bestehenden Mitteilungspflichten bekannt.

Ort, Datum _____

Stempel / rechtsverbindliche Unterschrift des Unternehmens _____

* Bitte geben Sie an, ob es sich bei der bereits gewährten Beihilfe um eine Kleinbeihilfe oder eine De-minimis-Beihilfe handelt (K= Kleinbeihilfe, D=De-minimis)

Anhang 10 – Organe der Thüringer Aufbaubank und deren Mitglieder:

Der Vorstand	
Matthias Wierbacher (Vorstands- vorsitzender)	Michael Schneider
Der Verwaltungsrat	
ordentliche Mitglieder	stellvertretende Mitglieder
Matthias Machnig (Vorsitzender) Minister, Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie, Erfurt	MDgt. Johannes Drissen Abteilungsleiter, Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie, Erfurt
Christian Carlus Minister, Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr, Erfurt	Dr. Marion Eich-Born Staatssekretärin, Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr, Erfurt
Niels Lund Christensen Präsident der Industrie- und Handelskammer Erfurt	Rolf Ostermann Präsident der Handwerkskammer Erfurt
Dr. Rainer Spaeth (stellv. Vorsitzender) Staatssekretär, Thüringer Finanzministerium, Erfurt	MDgt. Hans-Karl Rippel Leiter Zentralabteilung, Thüringer Finanzministerium, Erfurt
Kai Uwe Schmidt Mitglied der Geschäftsleitung, Commerzbank AG Mitteldeutschland, Dresden	
Lutz Brüggemann Mitglied des Vorstandes der Thüringer Aufbaubank a.D., Bad Homburg	Paul Otto Vorsitzender des Vorstandes, Kreissparkasse Eichsfeld, Worbis

Mitglieder des Beirates der Thüringer Aufbaubank	
Mitglieder	
Dr. Franc Ferdinand von Falkenhausen Präsident der IHK Ostthüringen, Gera Seit 31.5.2008 Vorsitzender	Thomas Kretschmer Stellv. Vorsitzender der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag, Erfurt Seit 31.5.2008
Stefan Unterlandstätter Mitglied des Vorstandes der DKB Deutsche Kreditbank AG, Berlin Vorsitzender seit 1.5.2008	Steffen-Claudio Lemme Vorsitzender des DGB-Landesverbandes Thüringen, Erfurt
Friedrich Hermann Vorsitzender des Verbandesrates des vvnv Verband Thüringer Wohnungs- und Immobilienwirtschaft e.V., Erfurt Seit 1.6.2008 Vorsitzender	Thomas Melcherek Geschäftsführer des Thüringer Handwerkstages e.V., Erfurt
Peter Bock Präsident der Werbung-Sparkasse, Eisenach	Dr. Ralf Pienewas Vizepräsident der IHK Südthüringen, Suhl Seit 1.6.2008
Walter Botschabel Vizepräsident des Verbandes der Wirtschaft Thüringens e.V., Erfurt	Dr. Holmut Schubert Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag, Erfurt
Dieter Hausold Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Erfurt	

Anhang 11 - Zusammensetzung des Thüringer Aufbaubank-Konzerns:

Zusammensetzung des Thüringer Aufbaubank-Konzerns		
Bilanzsumme in TEUR	31.12.2008	31.12.2007
TAB Anstalt öffentlichen Rechts, Erfurt	2.287.361	2.008.710
bm-t beteiligungsmanagement thüringen gmbh, Erfurt	2.677	2.024
PET Private Equity Thüringen GmbH & Co. KG, Erfurt	44.158	11.475
GFAW – Gesellschaft für Arbeits- und Wirtschaftsförderung des Freistaats Thüringen mbH, Erfurt	3.184	2.791
Nicht einbezogen in den Konzernabschluss:		
TAB Systems GmbH, Erfurt	29	28
Private Equity Thüringen Verwaltungs GmbH, Erfurt	26	25
Private Equity Thüringen Initiator GmbH & Co. KG, Erfurt	6	7

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Achtelik, O., Selbherr, G. (2010): *Der neue Beihilferechner für Bürgschaftsbanken*, in: BankPraktiker 04/2010, S. 142-146, Heidelberg.
- Bauer, S. (2008): *Die mitgliedstaatliche Finanzierung von Aufgaben der Daseinsvorsorge und das Beihilfeverbot des EG-Vertrages*, Baden-Baden: Nomos.
- BGB (2010): "Bürgerliches Gesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, 2909; 2003 I S. 738), das zuletzt durch das Gesetz vom 28. September 2009 (BGBl. I S. 3161) geändert worden ist".
- Blauberger, M. (2009): *Staatliche Beihilfen in Europa - Die Integration der Beihilfekontrolle in der EU und die Europäisierung der Beihilfepolitik in den neuen Mitgliedstaaten*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage.
- Bührle, F. (2006): *Gründe und Grenzen des "EG-Beihilfenverbots"*, Tübingen: Mohr Siebeck.
- Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (2007): *Rückbürgschaftserklärung*, online unter: http://www.thueringen.de/imperia/md/content/tfm/buergschaften/rbe_bund_2008.pdf, Abruf: 2010-01-05.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2009): *Das Kredit- und Bürgschaftsprogramm. Bundesregierung sichert Finanzierung der Unternehmen*, Berlin.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2009a): *Regelung zur vorübergehenden Gewährung von Bürgschaften im Geltungsbereich der Bundesrepublik Deutschland während der Finanz-*

und Wirtschaftskrise ("Befristete Regelung Bürgschaften"), Berlin.

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2009b): *Prüfzettel für staatliche Bürgschaften aus den Bürgschaftsrichtlinien des Bundes und der Länder*, Berlin.

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2008): *Regelung zur vorübergehenden Gewährung geringfügiger Beihilfen im Geltungsbereich der Bundesrepublik Deutschland während der Finanz- und Wirtschaftskrise ("Bundesregelung Kleinbeihilfen")*, Berlin.

Bundesverband öffentlicher Banken Deutschlands (2008): *Beihilfen in Form von Bürgschaften*, online unter: http://www.voeb.de/de/themen/foerdergeschaefte/beihilferecht_2009/, Abruf: 2009-12-30.

Bürgschaftsbank Baden-Württemberg, Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Baden-Württemberg (2010): *Statistik 2009*, Stuttgart.

Bürgschaftsbank Baden-Württemberg, Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Baden-Württemberg (2010a): *Stark durch die Krise mit Bürgschaftsbank und MBG – Geschäftsberichte 2009*, Stuttgart.

Bürgschaftsbank Baden-Württemberg, Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Baden-Württemberg (2010b): *Schneller am Ziel – Bürgschaften & Beteiligungen, Innovation und Technologie*, Stuttgart.

Bürgschaftsbank Baden-Württemberg, L-Bank (2007): *Bürgschaftsprogramm zur Förderung der Bioenergie in Baden-Württemberg*, Online unter: <http://www.buergschaftsbank.de/angebot.php/Sonderprogramme/Bioenergieanlagen/>, Abruf: 2010-05-22.

Bürgschaftsbank Baden-Württemberg, Filmförderung Baden Württemberg (2006): *Bürgschaftsprogramme für die Filmwirtschaft in Baden Württemberg*, Online unter: www.buergschaftsbank.de/angebot.php/Sonderprogramme/Filmfoerderung/, Abruf: 2010-05-22.

Bürgschaftsbank Bayern (2009): *Geschäftsbericht 2008*, München: BBB.

Bürgschaftsbank Sachsen, Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Sachsen mbH (2010): *Geschäftsberichte 2009*, Dresden.

Bürgschaftsbank Sachsen, Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Sachsen mbH (2010a): *Wir finanzieren*, online unter: www.bbs-sachsen.de, Abruf: 2010-05-29.

Bürgschaftsbank Thüringen (2010): *Richtlinien für die Übernahme von Garantien durch die Bürgschaftsbank Thüringen GmbH im Rahmen des Programms BBT garant*. Erfurt.

Bürgschaftsbank Thüringen (2010a): *Richtlinien und allgemeine Geschäftsbedingungen für die Übernahme von Ausfallbürgschaften durch die Bürgschaftsbank Thüringen GmbH im Rahmen des Programms BBT basis*. Erfurt.

Bürgschaftsbank Thüringen (2010b): *Richtlinien und allgemeine Geschäftsbedingungen für die Übernahme von Ausfallbürgschaften durch die Bürgschaftsbank Thüringen GmbH im Rahmen des Programms BBT classic und BBT guw80*. Erfurt.

Bürgschaftsbank Thüringen (2010c): *Richtlinien und allgemeine Geschäftsbedingungen für die Übernahme von Ausfallbürgschaften durch die Bürgschaftsbank Thüringen GmbH im Rahmen des Programms BBT Sonderprogramm Handwerk*. Erfurt.

Bürgschaftsbank Thüringen (2010d): *Antrag auf Übernahme einer Ausfallbürgschaft*. Erfurt.

Bürgschaftsbank Thüringen (2010e): *Unsere Bürgschaft BBT buch80*, online unter:http://www.bb-thueringen.de/index.php?option=com_content&task=view&id=208&Itemid=179, Abruf: 2010-06-13.

Bürgschaftsbank Thüringen (2010f): *Unsere Bürgschaft - BBT-MBG kombi*, online unter: http://www.bb-thueringen.de/index.php?option=com_content&task=view&id=214&Itemid=187, Abruf: 2010-06-15.

Bürgschaftsbank Thüringen, Mittelständische Beteiligungsgesellschaft (2010): *Geschäftsberichte 2009 - Verantwortlich handeln. Vielfalt fördern. Zukunft gestalten*. Erfurt.

Bürgschaftsbank Thüringen (2009): *Geschäftsbericht 2008*. Erfurt.

Bürgschaftsbank Thüringen (2009a): *Richtlinien für die Übernahme von Garantien und Arbeitnehmerbeteiligungen im Freistaat Thüringen (Mitarbeiterbeteiligungsprogramm)*. Erfurt.

Bürgschaftsbank Thüringen (2009b): *BBT guw80 – Mit Sicherheit kombinieren*. Erfurt.

Bürgschaftsbank Thüringen (2009c): *BBT basis – Mit Sicherheit starten Sie Ihr Vorhaben*. Erfurt.

Bürgschaftsbank Thüringen (2009d): *BBT classic – Wir geben Ihnen Sicherheit*. Erfurt.

Bürgschaftsbank Thüringen (2009e): *BBT control – Begleitende Beratung für Existenzgründer und Unternehmensnachfolger*. Erfurt.

Bürgschaftsbank Thüringen (2009f): *news aktuell, gemeinsam für den Thüringer Mittelstand 02/09*, Erfurt.

Bürgschaftsbank Thüringen (2008): *Wachstum aus der Mitte – Geschäftsbericht 2007*. Erfurt.

Bürgschaftsbank Thüringen (2007): *Gemeinsam mehr bewegen – Geschäftsbericht 2006*. Erfurt.

Bürgschaftsbank Thüringen (2006): *Geschäftsbericht 2005*. Erfurt.

Brox, H., Walker, W.-D. (2002): *Allgemeines Schuldrecht*, München: C.H. Beck.

Europäische Gemeinschaften (2006): *Die neue KMU-Definition, Benutzerhandbuch und Mustererklärung*, online unter: http://ec.europa.eu/enterprise/enterprise_policy/sme_definition/sme_user_guide_de.pdf, Abruf: 2010-01-05.

Europäische Gemeinschaften (1999): *Verordnung (EG) Nr. 659/1999 des Rates vom 22. März 1999 über besondere Vorschriften für die Anwendung von Artikel 93 des EG-Vertrags*, in ABl der Europäischen Union vom 27.03.1999.

Europäische Kommission (2009): *Mitteilung der Kommission – Vorübergehender Gemeinschaftsrahmen für staatliche Beihilfen zur Erleichterung des Zugangs zu Finanzierungsmitteln in der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise*, in ABl der EU C 16/01 vom 22.01.2009.

Europäische Kommission (2008): *Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Artikel 87 und 88 des EG-Vertrags auf staatliche Beihilfen in Form von Haftungsverpflichtungen und Bürgschaften*, in ABl. der EU C 155 vom 20. Juni 2008.

Europäische Kommission (2008a): *Mitteilung Staatliche Beihilfe N 439/2007 Deutschland - Bundesbürgschaften für Betriebsmittelkredite unter Einbindung paralleler Landesbürgschaften in den neuen Ländern vom 16.07.2008*, Online unter: http://ec.europa.eu/community_law/state_aids/comp-2007/n439-07.pdf, Abruf: 2010-04-17.

Europäische Kommission (2008b): *Verordnung (EG) Nr. 800/2008 der*

Kommission vom 6. August 2008 zur Erklärung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Gemeinsamen Markt in Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag (allgemeine Gruppenfrei-stellungsverordnung), in ABl. der Europäischen Union vom 09.08.2008.

Europäische Kommission (2006): *Freistellungsverordnung der Europäischen Kommission für De-minimis-Beihilfen – Verordnung (EG) Nr. 1998/2006 vom 15. Dezember 2006 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG- Vertrag auf "De-minimis"-Beihilfen*, in: ABl. der Europäischen Union vom 28.12.2006.

Europäische Kommission (2006a): *Freistellungsverordnung der Europäischen Kommission für regionale Investitionsbeihilfen – Verordnung Nr. 1628/2006 vom 24.10.2006*, in ABl. der Europäischen Union Nr. L 302/29 vom 01.11.2006.

Europäische Kommission (2004): *Mitteilung der Kommission – Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten*, in: ABl C 244/02 der Europäischen Union vom 01.10.2004.

Europäische Union (2006): *Richtlinie 2006/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2006 über die Aufnahme und Ausübung der Tätigkeit der Kreditinstitute (Neufassung)*, in Amtsblatt der Europäischen Union vom 30.06.2006.

Europäische Union (2006a): *Richtlinie 2006/49/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2006 über die angemessene Eigenkapitalausstattung von Wertpapierfirmen und Kreditinstituten (Neufassung)*, in Amtsblatt der Europäischen Union vom 30.06.2006.

Europäische Union (2003): *Empfehlung der Kommission (2003/361/EG) betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen*, in: Amtsblatt der Europäischen Union vom 20.05.2003.

Färber, G. (1995): *Binnenmarktgerechte Subventionspolitik in der Europäischen Gemeinschaft. Strukturen, Normen und Defizite*, Frankfurt a.M./ New York: Campus.

Flessa, R. (1989): *Bürgschaften des Staates und der Kreditgarantie- gemeinschaften. Rechtsgrundlagen, erläutert für Kreditinstitute, Bewilligungsbehörden, Kreditnehmer und ihre Berater*, Frankfurt am Main: Fritz Knapp Verlag.

Freistaat Thüringen (2009): *Landesbürgschaftsprogramm*.
<http://www.thueringen.de/de/tfm/buergschaften/buerg/programme/lbp/>, 2009-11-30.

Freistaat Thüringen (2009a): *Landeshaushaltsplan 2010*, Erfurt.

Freistaat Thüringen (2009b): *Landeshaushaltsplan 2010 – Einzelplan 17, Allgemeine Finanzverwaltung*, Erfurt.

Freistaat Thüringen (2009c): *Richtlinie für die Übernahme von Bürgschaften durch den Freistaat Thüringen zugunsten der gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe (Landesbürgschaftsprogramm)*.
<http://www.thueringen.de/de/tfm/buergschaften/buerg/programme/lbp/>,
2010-04-04.

Freistaat Thüringen (2009d): *Änderung Richtlinie für die Übernahme von Bürgschaften durch die Thüringer Aufbaubank zugunsten der gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe (TAB- Bürgschaftsprogramm)*, in Thüringer Staatsanzeiger Nr. 22/2009, S. 976, 30.04.2009.

Freistaat Thüringen (2008): *Richtlinie GuW Plus – Gründungs- und Wachstumsfinanzierung*, in Thüringer Staatsanzeiger Nr. 30/2008, S. 1283-1284, 28.07.2008.

Freistaat Thüringen (2007): *TAB-Bürgschaftsprogramm*, in: Thüringer Staatsanzeiger Nr. 45 / 2007, S. 2022 – 2025.

Freistaat Thüringen (2007a): *Landeshaushaltsplan 2008/2009*, Erfurt.

Giebitz, R. (1987): *Kreditgarantiegemeinschaften – Entstehung, Entwicklung und aktuelle Fragen*, Band 8 der Schriftenreihe des Instituts für bankhistorische Forschung, Frankfurt am Main: Knapp Fritz Verlag.

Homburg, S. (2009): *Deutschlands Konjunkturpaket ist bestenfalls wirkungslos*, in Wirtschaftswoche vom 09.02.2009, online unter: <http://www.wiwo.de/politik-weltwirtschaft/deutschlands-konjunkturpaket-ist-bestenfalls-wirkungslos-386340/>, Abruf: 2009-12-28.

Hufeld, Ulrich (2003): *Die Vertretung der Behörde*, Tübingen: Mohr Siebeck.

Kaufmann, F, Kokalj, L. (1989): *Kreditgarantiegemeinschaften – Ein Finanzierungsinstrument der mittelständischen Wirtschaft*, Schriften zur Mittelstandsforschung Nr. 29 NF, Stuttgart.

Kassow, J. (2004): *Die Beihilfe im Sinne des Art. 87 I EG als staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte Begünstigungen*. Göttingen: Cuvillier Verlag.

KfW-Bankengruppe (2007): *Gesetz über die KfW vom 5. November 1948 (WiGBl. S. 123) in der Fassung vom 23. Juni 1969 (BGBl. I S. 573), zuletzt geändert durch die Neunte Zuständigkeitsanpassungsverordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2427).*, online unter: http://www.kfw.de/DE_Home/Service/Download_Center/Die_Bank/KfW-Gesetz_und_Satzung/KfW-Gesetz_D.pdf, Abruf: 2010-02-15.

KfW-Mittelstandsbank (2010): *Gründercoaching Deutschland*, online unter: http://www.kfw-mittelstandsbank.de/DE_Home/Beratungsangebot/Beratungsfoerderung/Gruendercoaching_Deutschland/index.jsp, Abruf: 2010-07-20.

- Kleine, J. (2008): *Die kommunale Bürgschaft – eine Betrachtung aus beihilferechtlicher Sicht. Vortrag im Rahmen des "1. Kommunalforums der Thüringer Aufbaubank"*, online unter: http://www.aufbaubank.de/imag/es/vortraege/Kommunalforum_TAB2008_Buergschaft.pdf, Abruf: 2010-01-07.
- Kokalj, L., Paffenholz, G., Moog, P. (2003): *Neue Tendenzen in der Mittelstandsfinanzierung*, Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag/ GWV Fachverlage.
- Kramer, Dirk (2008): *Bürgschaftsbanken als Instrument zur Überwindung von Kreditrationierung in Deutschland? Eine empirische Untersuchung in den Ländern Brandenburg und Berlin*. Stuttgart: Ibidem-Verlag.
- Kriszeleit, R. (2006): *Öffentliche Bürgschaften - insbesondere Landesbürgschaften*, in Hommel, Knecht, Wohlenberg (Hrsg.), *Handbuch Unternehmensrestrukturierung – Grundlagen, Konzepte, Maßnahmen*, Wiesbaden: Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler/ GWV Fachverlage, S. 1017 - 1042.
- KWG (2010): *"Kreditwesengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. September 1998 (BGBl. I S. 2776), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Juli 2010 (BGBl. I S. 950) geändert worden ist"*
- Langer, K., Wahl, D. (2009): *Das Förderbuch Thüringen 2009 – Förderprogramme in Thüringen*, Erfurt: TIAW Verlag.
- L-Bank (2010): *Gründen und finanzieren*, Karlsruhe, Stuttgart: L-Bank.
- Manager Magazin (2009): *Kreditklemme – Steinbrück prüft Direktkredite vom Staat*, online unter: <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/0,2828,634847-2,00.html>, Abruf: 2009-11-04.

- Mestmäcker, E.J., Schweitzer, H. (2004): *Europäisches Wettbewerbsrecht*, München: C.H. Beck.
- Molitor, B. (2006): *Wirtschaftspolitik*, München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag
- Mosena, R. et al (2010): *Gabler Wirtschaftslexikon*, online unter: wirtschaftslexikon.gabler.de, Abruf: 2010-02-17.
- Oppermann, T. (2002): *Europarecht*, München: C.H. Beck.
- PwC (2007): *Berechnung des Beihilfewertes staatlicher Bürgschaften*, online unter: <http://www.pwc.de/de/beihilfewertrechner>, Abruf: 2010-02-12.
- PwC (2007a): *Allgemeine Bestimmungen für Thüringer Landesbürgschaften*, online unter: http://pwc.de/portal/pub/!ut/p/c4/04_SB8K8xLLM9MSSzPy8xBz9CP0os3gDA2NPz5DgAF9nA0dPN3M_V0tnAwjQL8h2VAAQAXrjpRg!!/?content=e58d404fc70a69e&topNavNode=49c411a4006ba50c&siteArea=49c746509e131a37, Abruf: 2010-03-11.
- Rechnungshof des Freistaates Sachsen (2009): *Jahresbericht 2009*, Leipzig.
- Reschl, R., Rogg, W. (2003): *Kommunale Wirtschaftsförderung. Standortdialog und Standortentwicklung in Kommunen und Regionen*, Sternenfels: Verlag Wissenschaft & Praxis.
- Sächsische Aufbaubank (2010): *SAB-Bürgschaft – Merkblatt*, Online unter: http://www.sab.sachsen.de/de/foerderung/programme/p_wirtschaft/fp_wirtschaft/detailfp_wi_2457.html, 2010-06-10.
- Sächsisches Staatsministerium der Finanzen (2009): *Richtlinie zur Übernahme von Bürgschaften durch den Freistaat Sachsen für die gewerbliche Wirtschaft und die freien Berufe (Landesbürgschafts-*

- programm*), in: SächsABl Jg. 2009, S. 1189-1203.
- Schiereck, D. (2002): *Bürgschaftsbanken in Deutschland*, in: Zeitschrift für öffentliche und Gemeinwirtschaftliche Unternehmen, Band 25, S. 174 – 188.
- Schmidt, A. G., van Elkan, M. (2006): *Der gesamtwirtschaftliche Nutzen der deutschen Bürgschaftsbanken*. Berlin: Lit-Verlag
- Schmidt, I., Schmidt A. (2006): *Europäische Wettbewerbspolitik und Beihilfekontrolle*, München: Vahlen.
- Schramm, S. (2008): *Die Bedeutung potenzieller Einflussfaktoren auf die Höhe der Recovery Rate von Bankkrediten an kleine und mittlere Unternehmen – Eine Umfrage in der Bankpraxis von Jens Grunert und Martin Weber*, o.O.: Grin Verlag.
- StabG (2006): *Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967 (BGBl. I S. 582), das zuletzt durch Artikel 135 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407) geändert worden ist*.
- Staiger, B. (2009): *Die Kontrolle staatlicher Beihilfen in der Europäischen Union*, Hamburg: Verlag Dr. Kovač.
- Statistisches Bundesamt Deutschland (2010): *Destatis – wissen nutzen*, online unter: www.destatis.de, Abruf: 2010-05-13.
- Steinrücken, T., Jaenichen, S. (2005): *Wo bleiben die Subventionen? – Probleme des Beihilfenrechts und ein alternatives Regulierungskonzept*. Institut für Volkswirtschaftslehre, Ilmenau.
- StGB (2009) : *"Strafgesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. November 1998 (BGBl. I S.3322), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 2. Oktober 2009 (BGBl. I S. 3214) geändert worden ist"*
- ThürAufbbG (2008): *Thüringer Aufbaubankgesetz vom 21. November 2001; zuletzt geändert durch: Zweites Gesetz zur Änderung des*

Thüringer Aufbaubankgesetzes vom 20. Mai 2008.

Thüringer Aufbaubank (2010): *Konditionentableau GuV- Gründungs- und Wachstumsfinanzierung*, Online unter: www.aufbaubank.de, Abruf: 2010- 05-29.

Thüringer Aufbaubank (2010a): *Zahlen und Fakten*, online unter: <http://www.aufbaubank.de/index.php?p=41&>, Abruf: 2010-03-05.

Thüringer Aufbaubank (2009): *Förderprogramme für die Wirtschaft*, Erfurt.

Thüringer Aufbaubank (2009a): *Geschäftsbericht 2008*, Erfurt.

Thüringer Aufbaubank (2009b): *Allgemeine Bürgschaftsbestimmungen für Kreditinstitute*, Erfurt.

Thüringer Finanzministerium (2010): *Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen*, online unter: <http://www.thueringen.de/de/tfm/buergschaften/buerg/allgemein/>, Abruf: 2010-04-12.

Thüringer Finanzministerium (2009): *Entgeltmerkblatt für die Übernahme von Bürgschaften nach dem Landesbürgschaftsprogramm*, online unter: <http://www.thueringen.de/de/tfm/buergschaften/buerg/programme/lbp/>, Abruf: 2010-04-12.

ThürHHG (2010): *Thüringer Gesetz über die Feststellung des Landeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2010* .

ThürLHO (2009): *Thüringer Landeshaushaltsordnung (2000) vom 19. September 2000 (GVBl. S. 282) zuletzt geändert durch das Zweite Gesetz zur Änderung der Thüringer Landeshaushaltsordnung vom 8. Juli 2009 (GVBl. S. 604).*

Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Arbeit
(2009): *Wirtschaftsbericht 2009 für den Freistaat Thüringen
mit den Ergebnissen der Jahre 2007 und 2008*. Erfurt.

Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Arbeit
(2007): *Wirtschaftsbericht 2007 für den Freistaat Thüringen.
Die Thüringer Wirtschaft der Jahre 2005 und 2006*. Erfurt.

Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Arbeit
(2005): *Mittelstands- und Jahreswirtschaftsbericht 2005. Die
Entwicklung des Mittelstands 2001 bis 2004*. Erfurt.

Thüringer Rechnungshof (2009): *Jahresbericht 2009 mit Bemerkungen
zur Haushalts- und Wirtschaftsführung und zur Haushaltsrech-
nung 2007 sowie Jahresbericht 2009 der Abteilung Überörtliche
Kommunalprüfung, Online unter:*
<http://www.rechnungshof.thueringen.de>, Abruf: 2010-04-10.

Verband deutscher Bürgschaftsbanken (2010): *Nachfrage nach Bürg-
schaften auf Rekordniveau - "Wirtschaftsfonds Deutschland"
zur Stärkung des Mittelstands durch Bürgschaftsbanken umfang-
reich genutzt, online unter:*
[http://www.vdb-info.de/media/file/6.PM_Nutzung-
Wirtschaftsfonds-Deutschland.pdf](http://www.vdb-info.de/media/file/6.PM_Nutzung-Wirtschaftsfonds-Deutschland.pdf), Abruf: 2010-02-29.

Verband deutscher Bürgschaftsbanken (2010a): *Aufschwung sichern
2009 – Die deutschen Bürgschaftsbanken*, Berlin.

Verband deutscher Bürgschaftsbanken (2009): *Wir bieten mit Si-
cherheit(en) die richtige Adresse, damit sinnvolle Vorhaben nicht an
fehlenden Sicherheiten scheitern*, Berlin.

Verband deutscher Bürgschaftsbanken (2009a): *Mit Sicherheit(en) aus
der Krise – Die deutschen Bürgschaftsbanken 2008/2009*, Berlin.

Verband der Wirtschaft Thüringens (2009c): *Verbandsnachrichten Nr.
2 / Februar 2009*, Erfurt.

- Verband deutscher Bürgschaftsbanken (2006): *Erfolgsgeschichten der Bürgschaftsbanken*, Bonn: Verband der Bürgschaftsbanken.
- Wirtschaftsministerium Baden Württemberg (2000): *Gesetz zur Mittelstands- förderung*, in: GABl Nr. 23, S. 745ff. vom 28.12.2000, Stuttgart.
- Wirtschaftsministerium Baden Württemberg (2009): *... die Krise meistern – Die wichtigsten Finanzierungsprogramme und Beratungsangebote für den Mittelstand*, Stuttgart.
- Wollenweber, L.-E. (2004): *EU-Beihilfenkontrollpolitik – Eine Politikfeldanalyse der EU-Beihilfekontrolle mit Fokus auf die Entscheidungspraxis für Regional- und Investitionsbeihilfen in Ostdeutschland*, Hamburg: Verlag Dr. Kovač.
- Zimmermann, H. (2005): *Finanzwissenschaft*, München, Verlag Franz Vahlen.
- ZPO (2009): „Zivilprozessordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3202; 2006 I S. 431; 2007 I S. 1781), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 24. September 2009 (BGBl. I S. 3145) geändert worden ist“.

